Antifaschistisches INFO BLATT

47

April / Mai 1999 6,– DM

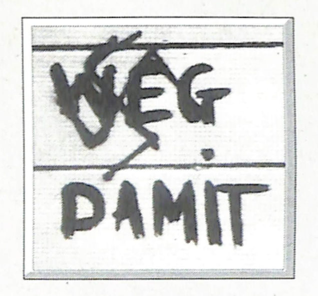


Schwerpunkt: Antisemitismus

Bombenanschlag in Saarbrücken

Hintergründe aus Frankreich und Österreich

MIT 8 SEITEN *Was geht ab?*



INHALT

Antifaschismus mit Biß!

Antifaschistisches INFO-Blatt
13. Jahrgang
Nr. 47, April/Mai 1999

Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, Liebe LeserInnen!

Anfang März veröffentlichte das Bundeskriminalamt seinen jährlichen Rückblick auf die Kriminalstatistik des vergangenen Jahres: Nach diesen offiziellen Angaben wurden 1998 bundesweit 7.414 rechtsextremistische Straftaten gezählt – gerade einmal 376 weniger als 1997. Bei sogenannten »fremdenfeindlichen« Straftaten registrierte das BKA einen Rückgang von angeblich 10,5 Prozent. Diese Zahlen spiegeln ohnehin nur die Spitze des Eisbergs. Denn zum einen sind die Kriterien, nach denen eine Straftat offiziell als rechtsextremistisch, rassistisch oder antisemitisch bewertet wird, sehr eng gefaßt; zum anderen werden viele Angriffe von den Opfern ohnehin nicht angezeigt, weil sie – allzu oft zu Recht – davon ausgehen, daß sie von den Strafverfolgungsbehörden ein weiteres Mal gedemütigt und nicht ernst genommen oder gar selber verfolgt werden. Diese abstrakten Zahlen beweisen jedenfalls einmal mehr die Notwendigkeit, in unseren Anstrengungen, aktiv und effektiv gegen rassistischen und neonazistischen Terror vorzugehen, nicht nachzulassen und unsere Kreativität und Phantasie noch mehr zu strapazieren. Der Tod des algerischen Flüchtlings Omar ben Noui nach einer Hetzjagd von Neonazis im brandenburgischen Guben ist unserer Einschätzung nach leider nur die Eröffnung der rassistischen Menschenjagd, die sich jedes Jahr ab dem Frühjahr steigert – fast schon Normalität in der Kontinuität rassistischer Gewalt der letzten zehn Jahre. Auf Seite 44 findet Ihr hierzu einen Hintergrundartikel.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das Thema »Antisemitismus«. Wir haben uns dafür entschieden, dieses Thema aufzugreifen, weil wir angesichts der öffentlichen Diskussionen nach der Rede von Martin Walser davon ausgehen, daß eine antifaschistische Bewegung und die Linke sich wesentlich intensiver mit dem Antisemitismus der gesellschaftlichen Mitte und der weit verbreiteten »Schlußstrich«-Mentalität beschäftigen sollte. Auch das AIB hat dem Thema erst einmal einen Schwerpunkt gewidmet: In der Nummer 15 aus dem Jahr 1991 anläßlich des Golfkriegs. Wir können sicherlich mit dem Schwerpunkt nicht die Versäumnisse der letzten Jahre nachholen und erheben keinesfalls den Anspruch, das Thema Antisemitismus in dieser Ausgabe umfassend und in all seinen unterschiedlichen Facetten abzuhandeln. Vielmehr soll dieser Schwerpunkt den Beginn einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Thema darstellen. Im übrigen wäre die Erstellung des Schwerpunkts und insbesondere der Chronologie antisemitischer Straftaten ohne die Unterstützung des Antifaschistischen Pressearchivs Berlin nicht möglich gewesen – Danke! Auch Ihr könnt Euch an das Archiv wenden wenn Ihr speziellle Wünsche nach Informationen habt (siehe Anzeige Seite 62).

Auf Seite 34 findet Ihr einen Artikel über den Bombenanschlag und die Nazidemonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken. Angesichts des Anschlags ist es wichtig, die Drahtzieher und Hintermänner der Kampagne – insbesondere den verurteilten Naziterroristen und Manfred Roeder und Peter Naumann – genauer unter die Lupe zu nehmen.

Daneben findet Ihr in dieser Ausgabe eine Beilage »Doppelte Staatsbürgerschaft – Doppelte Herausforderung«. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt mit den Zeitungen Arranca!, ZAG – Antirassistische Zeitung, RAG – Rundbrief antifaschistischer GewerkschafterInnen sowie einigen MigrantInnen und anderen Einzelpersonen. Angesichts des Zurückweichens der Regierungskoalition vor der rassistischen Kampagne der CDU/CSU-Opposition und der Stammtische ist es notwendiger denn je, eigene Standpunkte und Positionen und damit offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen – und wir hoffen, daß die Beilage für Euch auch in der alltäglichen Arbeit nützlich ist. Sie kann für Büchertische, Veranstaltungen, Verteilaktionen in Fußgängerzonen etc. auch in größeren Mengen nachbestellt werden.

Zusätzliche Aktualität hat das Thema durch die Proteste der Kurden und Kurdinnen seit der Verhaftung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan Mitte Februar durch den türkischen Geheimdienst erhalten. Auch wenn wir als Linke aus der Geschichte unserer eigenen Bewegungen den Personenkult, die hierarchischen Strukturen, den Nationalismus, das brutale Vorgehen gegen »Abweichler« und die antisemitischen Ausfälle der PKK immer wieder heftig kritisiert haben und werden: Die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei ist nur mit Hilfe deutscher Waffenexporte und mit Duldung des NATO-Partners Deutschland möglich. Deutschland ist Kriegspartei und angesichts der rassistischen Medienhetze gegen hier protestierende KurdInnen ist eine solidarische Einmischung von deutschen Linken mehr als notwendig. Einerseits werden Bundeswehrsoldaten in den Kosovo geschickt; andererseits wird über neue deutsche Waffenexporte an die Türkei verhandelt und keinerlei realer Druck auf die türkische Regierung in Fragen der Menschenrechte oder der Kriegsführung gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Nordirak ausgeübt. Und gleichzeitig droht Innenminister Otto Schily in alter Tradition sozialdemokratischer Innenminister mit Abschiebungen in den Folterstaat Türkei und der Aushebelung internationaler Abkommen, die politisch Verfolgte schützen sollen, um sich und seine Partei als die wahren Hüter von »Law & Order« zu profilieren. Die Hetze gegen Kurdinnen und Kurden dient eindeutig innenpolitischen Zwecken: Das Asyl- und Ausländerrecht soll weiter ausgehöhlt werden, die Diskussion um eine gleichberechtigte Integration von MigrantInnen und ihre Rechte soll damit abgewürgt werden. Gleichzeitig malen die Sicherheitsapparate via Massenmedien ein Bedrohungsszenario an die Wand, das sie – angesichts mangelnder realer Gründe – dringend benötigen, um ihre Budgets und Personaldecke auszuweiten und insbesondere in Berlin den Überwachungsstaat weiter auszubauen. Internationale Solidarität ist immer ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Politik gewesen und beginnt vor der eigenen Haustür. In diesem Sinne wünschen wir Euch viel Spaß beim Lesen und – trotz aller Naziaufmärsche – einen sonnigen antifaschistischen Frühling.

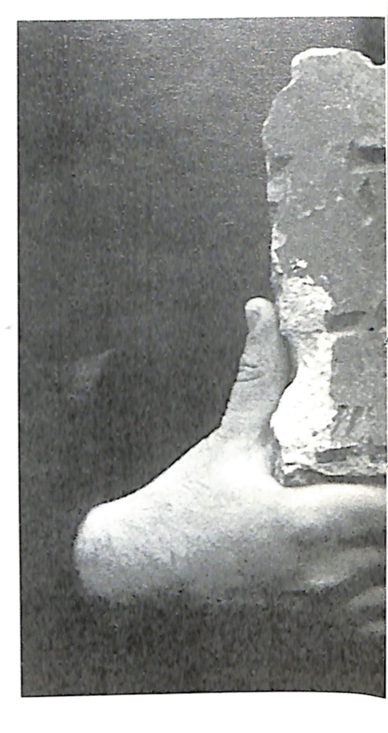
Eure AIB-Redaktion

Berichtigungen und Ergänzungen zur letzten Ausgabe

Im Artikel »Der Traum von rot-braunen Bündnissen« ist auf Seite 27 ein Foto abgebildet, auf dem wir Michael Koth (4.v.l.) mit dem NPD'ler Gerd Freitag vertauscht haben.

Im Artikel »Vom Knast zur Kameradschaft« berichteten wir über Mike Danowski (geb. Mike Nasetkin) aus der JVA Brandenburg. Dieser heißt mittlerweile Mike Selle. Vor ihm wird mittlerweile von diversen Nazi-Gruppen gewarnt, da er die Publikationen »Die Terrorbibel« und »Horst Wessel ein Leben für die Bewegung« raubkopiert und außerdem Hammerskin-T-Shirts unerlaubt an Nicht-Mitglieder verkauft haben soll. Außerdem soll er ein Flugblatt der Knastkameradschaft Brandenburg gefälscht haben.

»Eine jroße Macht« Antisemitismus im Aufwind



Antisemitismus drückt sich in Deutschland längst nicht mehr »nur« in Vorurteilen aus, sondern auch wieder in gewalttätigen Übergriffen, Grab- und Friedhofsschändungen oder in Telefonterror gegen Mitglieder der jüdischen Gemeinden. Antisemitismus findet sich in den Leserbriefseiten der großen Tageszeitungen ebenso wie in einigen Feuilletonartikeln zur Holocaust-Mahnmaldiskussion und zur Walser-Debatte. Insbesondere der Spiegel-Herausgeber RUDOLF AUGSTEIN hat mittlerweile sämtliche Hemmungen fallengelassen. In einem Artikel zur Walser-Debatte im Spiegel bezeichnet er das geplante Holocaust-Mahnmal als *»steinernes Brandmal«* und schreibt dann weiter mit kaum verhülltem Antisemitismus: *»Nun soll in der Mitte der wiedergewonnen Hauptstadt Berlin ein Mahnmal an unsere fortwährende Schande erinnern. (...) Man wird es aber nicht wagen, so sehr die Muskeln auch schwellen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand, die Mitte Berlins freizuhalten von solch einer Monstrosität.«* Diese Presse betreibe *»eine Stimmungsmache, der schon Konrad Adenauer Anfang der fünfziger Jahre mit den Worten Ausdruck gegeben hatte: 'Das Weltjudentum ist eine jroße Macht'.«* [1]

Antisemitismus ist noch immer in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert und wird von dort aus weitergetragen; er ist keinesfalls nur ein Phänomen rechtsextremer oder neonazistischer Gruppen. Eine Ende Dezember 1998 veröffentlichte Umfrage der Zeitung »Die Woche« kam zu dem Ergebnis, daß rund 20 Prozent aller Bundesbürger »latent antisemitisch« eingestellt seien. 63 Prozent der rund 2.000 Befragten wollten einen Schlußstrich unter die Diskussion um die Judenverfolgung in der Nazizeit ziehen. Dabei gab es in dieser Frage kaum Meinungsverschiedenheiten zwischen Jungen und Alten: 65 Prozent der 14- bis 24jährigen und über 65jährigen fordern den Schlußstrich. Auch zwischen Ost- und Westdeutschen herrscht an diesem Punkt Einigkeit. Gegen einen Schlußstrich wandten sich gerade einmal 31 Prozent der Befragten. Nur drei Prozent der Befragten konnten die Anzahl der in Deutschland lebenden 70.000 Juden ungefähr korrekt angeben. 16 Prozent gingen von einer niedrigeren Zahl aus, die Mehrheit von einer höheren.

Antisemitismus wird in Deutschland immer gewalttätiger: 1998 zählte das Bundeskriminalamt nach einer im März diesen Jahres veröffentlichten Statistik bundesweit 991 antisemitische Straftaten – eine Steigerung von 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Berlin stieg die Zahl antisemitischer Straftaten im Vergleich zu 1997 sogar um 20 Prozent. So versuchten Ende September 1998 unbekannte Täter, die Grabstätte von Heinz Galinski, dem früheren Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, zu verwüsten. Daraufhin kontrollierten Polizeipatrouillen im Stundenabstand die fünf jüdischen Friedhöfe in Berlin. Das verhinderte den zweiten Anschlag jedoch nicht: Am 19. Dezember zerstörte ein Sprengsatz die Grabplatte fast vollständig. Ignatz Bubis kommentierte den Anschlag mit den Worten: *»Heinz Galinski steht für die Nachkriegsgemeinschaft der Juden in Deutschland. Den Tätern ist es um ein besonderes Symbol gegen die Jüdische Gemeinde gegangen.«* Ruth Galinski machte den Schriftsteller MARTIN WALSER und dessen Äußerungen bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche im Oktober 1998 mitverantwortlich dafür, daß die Täter auf ein gesellschaftliches Klima zurückgreifen könnten, das ihnen Rückendeckung verleihe.[2] Bisher sind die Ermittlungen zu den Tätern des Anschlags ergebnislos verlaufen – wenig verwunderlich angesichts der Tatsache, daß die für ihre antisemitischen Anschläge und Propagandaaktionen bekannten Neonazis EKKEHARD WEIL und das Ehepaar PIA und GÜNTER BERNBURG seit Jahren unbehelligt von Berlin aus agieren können.

Antisemitismus ist im übrigen weder ein überliefertes Vorurteil, noch Zweckpropaganda der Herrschenden zur Ablenkung der Wut der Beherrschten über soziale und wirtschaftliche Mißstände. Er hat seinen Vorläufer im religiösen Antijudaismus des Christentums. Der moderne Antisemitismus hat sich im Gegensatz zur »traditionellen« Judenfeindschaft als politische Bewegung formiert, die sich im 19. Jahrhundert in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft – gegen das Modell des Stände- und Feudalstaats – herausbildete. Antisemitismus ist *»eine ideologische Reaktion auf die von vielen als Bedrohung ... erfahrene Universalisierung der kapitalistischen Warenvergesellschaftung und dem dadurch eingeleiteten Umbruch der*

Chronologie anitsemitischer Vorfälle und Prozesse mit antisemitischem Hintergrund aus der Region Berlin/Brandenburg zwischen 1992 und 1999

1992, Januar Oranienburg: Antisemitische Flugblätter der NATIONALISTISCHEN FRONT werden verteilt: »Deutscher, willst du ewig zahlen«. **Februar** Fürstenberg: öffentliche Streitereien um den Bau eines Supermarktes auf dem Gelände des KZ Ravensbrück. Es sollen Arbeitsplätze geschaffen und Investoren angelockt werden. Berlin: Unbekannte beschmieren Gräber auf der Gedenkstätte der Sozialisten mit Hakenkreuzen und Davidsternen. **April** Potsdam: Das Bezirksgericht verurteilt die Täter des Brandanschlags auf die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück zu Bewährungsstrafe von 18 Monaten und zwei Jahren. Erfurt: in der Nacht zum 20. April werfen Rechte eine Schweinekopfhälfte in den Vorgarten der Erfurter Synagoge, als Anstifter gilt der Neonazi THOMAS DIENEL. **Juli** Brandenburg-Land: Flugblattaktion »Sühneklappspaten«, mit dem sollen sich die »Wiedergutmachungswinsler« begraben lassen. **August** Berlin: Auf das jüdische Mahnmal an der Berliner Putlitzbrücke wird ein Sprengstoffanschlag verübt. **September** Berlin: In Berlin-Hohenschönhausen wer-



gesellschaftlichen Beziehungen, Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsformen.«[3] Oder, in den Worten von Hannah Arendt: »*Erst im 19. und 20. Jahrhundert, als die Emanzipation (der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, Anm. d. AIB) vollzogen war und die Assimilation sich ausbreitete, begann der Antisemitismus eine Rolle für die Konservierung des Volkes zu spielen.*«[4]

Mit der damit einhergehenden Biologisierung des Unterschieds zwischen »Deutschen« und »Juden« verdichteten sich antisemitische Vorurteile immer mehr zur Vorstellung einer koordinierten jüdischen (Welt-)Verschwörung. Juden und Jüdinnen wurden in der Vorstellung der Antisemiten zu einer Weltmacht, die das Handels- und Finanzwesen in der Hand habe. Auch der dann von den Nazis propagierte Begriff des »wurzellosen, international raffenden Kapitals«, welches sich gegen das bodenständige, organisch verwurzelte, »schaffende Kapital« verschworen habe, hat hier seinen Ursprung. Die Denkfigur einer »jüdischen Weltverschwörung« ermöglichte es den Nazis dann auch, sowohl zu behaupten, Juden und Jüdinnen stünden hinter dem internationalen Finanzkapital als auch hinter dem »russischen Bolschewismus« – beides wurde gleichermaßen zum Feind »des Deutschtums« deklariert. Antisemitismus unterscheidet sich von anderen Formen des Rassismus. Rassismus geht von einer quasi »naturgegebenen« Überlegenheit bestimmter ethnischer Gruppen gegenüber anderen Gruppen, zumeist Nichtweißen und NichteuropäerInnen, aus. Antisemitismus hat dagegen als Grundlage die Stigmatisierung von Juden und Jüdinnen als den »Anderen«. Der Begriff »Jude« steht dann als Chiffre für Kapital, Herrschaft und große Macht.[5] Oder, wie es Moishe Postone formuliert: »*Nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Qualität der den Juden zugeschriebenen Macht unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Alle Formen des Rassismus schreiben dem Anderen eine potentielle Macht zu. Die Macht ist gewöhnlich aber konkret – materiell und sexuell. (...) Die den Juden antisemitisch zugeschriebene Macht wird nicht nur als größer, sondern auch im Unterschied zur rassistischen Vorstellung über die potentiellen Mächte der 'Untermenschen' als wirklich angesehen. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfaßbare internationale Verschwörung.*"[6] Der moderne Antisemitismus identifiziert Juden und Jüdinnen als Verursacher der als negativ empfundenen Erscheinungsformen der Welt im 20. Jahrhundert. Mit diesen Zuschreibungen bietet der Antisemitismus ein einfaches Erklärungsmuster der kapitalistischen Herrschaftsordnung an, das bei fast einem Viertel der deutschen Bevölkerung offenbar immer noch nicht an Attraktivität verloren hat.

In Deutschland nach 1945 ist Antisemitismus eng mit Revisionismus und Holocaust-Leugnung verknüpft. Im Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre lassen sich mehrere Wellen feststellen, in denen revisionistische und antisemitische Ideen von unterschiedlichen gesellschaftlichen, akademischen und politischen Gruppen und Einzelpersonen in die Mitte der Gesellschaft getragen wurden:

– Die Ausstrahlung des Films »Holocaust« in Deutschland Ende der 70er, die zwar einerseits zu einer Diskussion über das Thema in einer breiteren Öffentlichkeit führte, zum anderen aber auch zu einer massiven Kampagne von Neonazis bis weit hinein ins konservative Lager. Militante Neonazis wie Peter Naumann sprengten Sendemasten, um die Ausstrahlung zu verhindern.

– Die (verhinderte) Aufführung von und Auseinandersetzung um Rainer Werner Fassbinders Theaterstück »*Der Müll, die Stadt und der Tod*« Mitte der 80er, in dem antisemitischen Stereotype unkommentiert auf die Bühne gebracht werden.

– Der gemeinsame Besuch der Wehrmachts- und SS-Kriegsgräber des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand 1986 in Bitburg.

– Der sogenannte »Historikerstreit« Ende der 80er Jahre, in dem konservative Historiker wie Ernst Nolte die Singularität des Holocaust leugneten und behaupteten, der Holocaust sei eine Reaktion auf die sowjetischen Gulags gewesen.

– Der Revisionisten-Kongreß des Neonazispektrums 1990 in München unter dem Motto »*Wahrheit macht frei*«, wo internationale Holocaust-Leugner wie David Irving vor mehreren hundert Alt- und Neonazis aus ganz Europa ihre Lügen vertreten konnten.[7]

– Der sogenannte »zweite Historikerstreit« als Reaktion auf die Veröffentlichung von Daniel Goldhagens Buch »*Hitlers willige Vollstrecker*« 1995 mit unterschwellig antisemitischen Angriffen gegen Goldhagen.

– Die ab 1997 offensiv auf die Straßen getragene Kampagne von Alt- und Neonazis, Vertriebenenverbänden und Teilen der CDU/CSU gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung »*Verbrechen der Wehrmacht. 1941 – 1945*« und der Anschlag in Saarbrücken am 9. März '99.

– Die Rede von Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Oktober 1998 und die anschließende Diskussion.

Über 50 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus zeigt sich, daß eine Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Wurzeln des modernen Antisemitismus und des exterminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialisten und der Zustimmung eines Großteils der

den antisemitische Flugblätter verteilt. V.i.S.d.P. ist Andreas Pohl, stellvertretender Vorsitzender der Nationalistischen Front. Berlin: In das Auto der Frau des israelischen Ministerpräsidenten wird bei ihrem Berlinbesuch ein Hakenkreuz eingeritzt. Berlin: Der Jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee wird geschändet. Berlin: In einer Gaststätte in Berlin-Kaulsdorf schwingt der Neonazi Thomas Dienel antisemitische Reden. Berlin: Die Mauer des jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee wird am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes mit Hakenkreuzen besprüht. Berlin: Drei Personen werden wegen des Sprengstoffanschlags im August auf das jüdische Mahnmahl auf der Putlitzbrücke in Berlin-Tiergarten festgenommen. In der Wohnung von Detlef Mahn wird ein Waffen- und Sprengstoffarsenal gefunden. Er hatte mit dem zweiten Tatverdächtigen Lutz Me. im Juni einen Sprengstoffanschlag auf ein Ausländerwohnheim verübt. Motiv sei es etwas gegen Juden und Ausländer zu haben. Freunde der beiden sind ebenfalls festgenommen worden wegen des Verdachts, ebenfalls Sprengungen vorgenommen zu haben. Sachsenhausen: Brandanschlag auf die Jüdische Barracke in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenhausen. **Oktober** Berlin: Die jüdische Schriftstellerin Inge Deutschkron wird schriftlich und telefonisch bedroht. Potsdam: Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Brandenburg bittet nach Drohanrufen einer Antizionistischen Aufsichtsbehörde mehrfach erfolglos um Polizeischutz für reli-

deutschen Bevölkerung noch immer nicht in einem ausreichenden Maß stattgefunden hat. Während für militante Alt- und Neonazis sowie bekennende Rechtsextreme Revisionismus, Holocaust-Leugnung und antisemitische Verschwörungstheorien Kernstücke ihrer Ideologie und ihrer politischen Identität darstellen, basiert der Antisemitismus der gesellschaftlichen Mitte auf der Relativierung des Holocaust und der Leugnung jeglicher kollektiver Verantwortung für den Genozid an den europäischen Juden. Dieser Antisemitismus der Mitte präsentiert sich am häufigsten in Form von antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen, nach wie vor auch in religiöser Judenfeindschaft und in einer wehleidigen Selbststilisierung der Deutschen als die eigentlichen Opfer.

So verwundert es auch nicht, daß der von Martin Walser aggressiv vorgetragene Wunsch nach einer deutschen »Normalität« mitten in die Wunschvorstellungen des gewöhnlichen Antisemiten trifft: Den Holocaust nicht als ein singuläres Ereignis zu begreifen, und sich damit von jeglicher Verantwortung für eine Aufarbeitung, ein Gedenken und eine Solidarität oder auch nur Entschädigung der wenigen überlebenden Opfer zu entledigen. Wörtlich sagte Walser u.a.: *»Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. (...)Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken.«*[8] Kein Wunder, daß von der JUNGEN FREIHEIT bis zur NATIONALZEITUNG alle relevanten Publikationen des deutschen Rechtsextremismus die Walser-Rede einhellig feierten.[9] Zu aktiverem Eingreifen in die Diskussion veranlassen sollten Linke und AntifaschistInnen die Reaktionen aus der bürgerlichen Mitte und von Seiten bekannter Politiker wie HANS DOHNANY und Intellektueller wie MONIKA MARON, die Walser verteidigten und Ignatz Bubis wegen seiner Kritik an Walser angriffen. Die von ihnen vertretenen Positionen spiegeln sich auch in der von der jetzigen Bundesregierung und insbesondere von GERHARD SCHRÖDER betriebenen Politik der »Normalisierung« wieder. Gewünscht wird ein »unverkrampftes« Nationalgefühl, damit einher gehen sollen ein erweiterter Einfluß Deutschlands in internationalen Gremien und unbegrenzte Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Dieses Projekt wurde von der CDU/CSU-Regierung begonnen und wird jetzt von den Sozialdemokraten – immer auf der Suche nach der »neuen Mitte« und von der Angst getrieben, als »vaterlandslose Gesellen« stigmatisiert zu werden – noch offener fortgesetzt.



Die von manchen geäußerte Verwunderung über die vermeintliche Wandlung des ehemaligen kommunistischen Sympathisanten Walser ist dagegen kaum nachvollziehbar. Schließlich hatte er sich schon 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung auf der Seite der Revisionisten positioniert, als er sagte: *»(...) Hitler ist ganz und gar eine Ausgeburt von Versailles. Die Behandlung Deutschlands durch die Siegermächte von 1918 bis 33 produziert in den Deutschen die Stimmung der in die Ecke getriebenen Ratte. (...) Der deutsche Rassismus hätte sich ohne die Minderwertigkeit, zu der die Sieger Deutschland verurteilten, nicht zum Wahn gesteigert. (...) Wenn aber Hitlerdeutschland nicht durch Germanenkult, sondern durch Versaillesdiktat entstand, dann ist der zweite Krieg eine Folge des ersten. (...)«*[10]

Bisher hat es allerdings – trotz aller Vorstöße von Walser & Co. – noch nicht ganz geklappt mit dem Vergessen und dem Schlußstrich. Dies liegt in erster Linie sicherlich an den Bemühungen der Überlebenden, einiger HistorikerInnen, einer kritischen internationalen Öffentlichkeit, lokalen Geschichtsinitiativen und auch jungen AntifaschistInnen. Als Beispiele hierfür seien die jüngsten Klagen von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und Überlebenden gegen die NS-Profiteure Siemens, Deutsche Bank u.a. genannt, die Initiativen zur Errichtung von Mahnmalen an Orten der NS-Vernichtungspolitik, die Workcamps in den Gedenkstätten, Veranstaltungen mit Überlebenden etc. Aber die letzten Überlebenden und AugenzeugInnen werden nicht mehr lange leben. Und dann? Es liegt an uns, das Erinnern und die Konsequenzen aus dem Holocaust in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen weiterzutragen und dem Antisemitismus – ob aus der Mitte der Gesellschaft oder von der extremen Rechten – entgegenzutreten. ■

1) Der Spiegel, 49/1998, S. 31f.
2) Berliner Zeitung vom 21.12.1998
3) Thomas Haury, in Poliakov L., Vom Antisemitismus zum Antizionismus, Freiburg 1992, S. 127
4) Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 1951, S. 21
5) vgl. auch »Ist die Linke antisemitisch?«, in Brüche Nr. 58, S. 17 ff., Kassel, Februar 1999
6) Moishe Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus, in »Antisemitismus und Gesellschaft«, Frankfurt/Main, 1995
7) vgl. AIB Nr.17 und »Drahtzieher im braunen Netz«, Berlin, 1992.
8) Frankfurter Rundschau vom 12.10.1998
9) Der Rechte Rand Nr.56, Januar/Februar 1999, S. 13f.
10) Martin Walser in Weltwoche, 31.1.1985, »Tartuffe weiß, wer er ist«, vgl. konkret 10/98, S.46f.

giöse Veranstaltungen. Ravensbrück: Rechte Jugendliche versuchen das Krematorium in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück in Brand zu setzen. Strausberg: Gedenkstäte am ehemaligen jüdischen Friedhof in Straußberg wird geschändet. Sachsenhausen: Der Prozeß gegen zwei Beschuldigte wegen des Brandanschlags auf die jüdische Barracke in der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen endet nach schweren Ermittlungsfehlern und Polizeipannen mit Freisprüchen. Ravensbrück: Auf die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück wird ein Brandanschlag verübt. Die Polizei gibt dies erst nach zwei Tagen Nachrichtensperre zu. Überlingen: Anschlag auf die KZ-Gedenkstätte in Überlingen am Bodensee. **Dezember** Berlin: Ein Ehemaliger DDR-Übersiedler wird zu 9.000,- Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt. Er hatte 1990 im Aussiedlerheim Aussiedler aus Polen und der UdSSR mit antisemitischen Sprüchen beleidigt. Berlin: Ein Mitarbeiter von BMW wird wegen antisemitischer Äußerungen entlassen. Gransee: Vier Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren geben einen Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück sowie weitere Anschläge auf ein russisches Denkmal und ein besetztes Postenhaus vor einer russischen Kaserne zu. Guben: Der jüdische Friedhof in Guben wird geschändet. Berlin: Das Grab der Familie Rathenau in Berlin-Oberschöneweide wird mit antisemitischen und Hakenkreuzschmierereien geschändet. Berlin: Das Grab von Marlene Dietrich wird geschändet. Berlin: Der REP-Fraktionsvorsitzende in der Bezirks-

NS-Verschwörungswahn als Lizenz zum Morden

Die Nacht des 24. September '93 – fünf besoffene Skinheads rasen mit dem Auto über englische Landstraßen. Wie aus dem Nebel taucht die jüdische Weltverschwörung auf und rafft den Anführer der Blood & Honour Vereinigung Ian Stuart Donaldson dahin. Würde man etlichen Naziskin-Gazetten Glauben schenken, so war für dessen Tod nicht etwa der Brückenpfeiler verantwortlich, den das Fahrzeug rammte, sondern eine zionistisch gesteuerte Regierung – kurz ZOG.[1]



ZOG oder der alte Wahn in neuen Schläuchen

Antisemitismus ist ein zentrales Element der nationalsozialistischen Ideologie. Er dient der Feindbildbestimmung, schafft Sündenböcke und beliefert die AnhängerInnen des NS mit dem Selbstbild, einer »überlegenen Rasse« anzugehören, deren Existenz bedroht sei. Im Gegensatz zum Rassismus, der auf die Legitimierung einer vermeintlichen »Ungleichheit« zwischen Menschen abzielt, liefert Antisemitismus scheinbar weitreichendere Erklärungsmuster. Die Mär einer jüdischen Weltverschwörung zieht sich bis heute als brauner Faden durch das NS-Weltbild. »Der Jude« wird als eigentlicher Drahtzieher im Hintergrund des politischen und wirtschaftlichen Systems dargestellt.

Kampfbegriffe wie *»die Weisen von Zion«* oder *»raffendes jüdisches Kapital«* gehören zum Standardrepertoire der nazistischen Terminologie. Versuchten deutsche Nazis in der Vergangenheit, Antisemitismus in ihrer Propaganda zu verklausulieren, so zeichnet sich in der jüngeren Zeit der Trend ab, kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen. Augenfällig wird dies etwa in Zusammenhängen der Naziskinheads, wie beispielsweise in dem Hetzlied *»Nehmt die Waffen«* der Naziskinband WAW-Kampfkapelle: *»Parlamante, Quasselbuden, da haben sie agiert, die Knechte der Juden. Räuchert sie aus, schlagt sie zu Brei. Der Schande ein Ende, Deutschland wird frei.«*[2] Derart aggressive antisemitische Hetzpropaganda macht aus Tätern selbsternannte Opfer, deren mörderisches Handeln durch einen vermeintlichen »Überlebenskampf« einer »arischen Rasse« legitimiert werden soll. Die Bedeutung des Antisemitismus leitet sich durch diese ideologische Funktion ab. Er versetzt seine Verfechter in die Rolle des Angegriffenen, der sein »Recht auf Selbstverteidigung« wahrnehmen würde. Dementsprechend zahlreich sind die Varianten »jüdischer Weltverschwörungstheorien«. In den letzten zwei Jahren ist eine vermehrte Bezugnahme deutscher Nazis auf die Theorie des sogenannten »Zionist Occupation Government (ZOG)« zu beobachten.[3]

Das auch unter bundesdeutschen Neonazis weitverbreitete antisemitische Konzept des »ZOG« stammt aus den Kreisen der US-amerikanischen Aryan Nations. Die Vereinigung um den fanatischen Neonazi Richard Butler versteht sich als *»religiöse Gemeinschaft«* und tritt für den Aufbau rein »arisch« bevölkerter Staaten[4] ein. In *»Homelands für Arier«* will sie die *»weiße christliche Rasse«* für den *»jüngsten Tag«* bewahren, an dem *»nicht degenerierte Weiße«* die Weltherrschaft erringen würden.[5]

Zwischen Fiktion und Terror-Handbuch – die Turner Diaries

»Heute hat es endgültig begonnen! Nach all den Jahren des Redens – und nichts als Reden - haben wir endgültig unsere erste Aktion durchgeführt. Wir befinden uns im Krieg mit dem System, und das ist nicht länger ein Krieg der Worte.«[6] Pathetische Sätze, die das Buch »The Turner Diaries« von William Pierce einleiten. Pierce steht den Aryan Nations nahe und ist der Chef der National Alliance. Auf dem NPD-Bundeswahlkongreß letztes Jahr in Passau war er als Redner vorgesehen gewesen. Er beschreibt in den Turner Diaries – im Tagebuchstil gehalten – den Kampf einer neonazistischen Untergrundarmee, die sich im *»Rassenkrieg«* mit einer jüdisch kontrollierten Regierung in den USA befindet. Angeführt wird diese von einer elitären Kommandoebene, die sich selbst The Order nennt. Nach Massackern an Juden und Minderheiten gewinnt in der Fiktion die Nazi-Untergrundarmee.

Die Turner-Tagebücher, eine der widerlichsten antisemitischen Hetzschriften, reproduzieren nicht nur die skurrilen Wahnvorstellungen ihres Autors, sondern dienen immer wieder als Handbuch für Nazigruppen in aller Welt. Aus der Fiktion wurde schnell Realität. So gelangte beispielsweise in den 80er Jahren die US-amerikanische Terrortruppe um Robert Mathews zu unrühmlicher Bekanntheit. Diese nannte sich getreu dem

verordneten Versammlung Friedrichshain, Mahn, veröffentlicht eine antisemitische Presseerklärung anläßlich der Deportation von Palästinensern in den Libanon. **1993, Januar** Berlin: Mehrere hundert Berliner Juden erhalten vor dem Jahrestag der Machtergreifung Hitlers Drohbriefe, in denen sie aufgefordert werden, Deutschland zu verlassen. Berlin: Die REPs stellen in der Bezirksverordneten-Versammlung von Tempelhof den Antrag die Städtepartnerschaft mit Nahariya in Israel zu kündigen. Eisenhüttenstadt: Der jüdische Friedhof in Eisenhüttenstadt wird geschändet. Berlin: Vor dem Architekturbüro, welches für die Bauleitung der Synagoge zuständig ist, wird ein Schweinekopf aufgehängt. **Februar** Prenzlau: Die Gedenktafel für die Jüdische Gemeinde in Prenzlau wird gestohlen. **März** Berlin: Abgeordnete fordern die Abschiebung sowjetischer Juden aus Berlin. Berlin: Die jüdische Synagoge in Berlin-Charlottenburg wird mit Parolen beschmiert. Oranienburg: Eine Gedenktafel »zur Erinnerung an das erste KZ Deutschlands« wird beschädigt. Eisenhüttenstadt: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen wird der jüdische Friedhof in Eisenhüttenstadt geschändet. Hakenkreuze und Nazisymbole werden gesprüht, Grabsteine umgeworfen. **April** Berlin: Angeblich aus Furcht vor antisemitischen Aktionen muß eine Gedenktafel für den früheren Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde an einem Nachbarhaus angebracht werden. Repten: Zentrale Gebäude und Straßen in Repten bei Vetschau

Vorbild The Order[7], verübte mehrere Banküberfälle und Morde – beispielsweise an dem jüdischen Journalisten Alan Berg im Juni 1984. Ein Jahr später wurde The Order vom FBI aufgelöst und Mathews in einem 36 Stunden andauernden Feuergefecht erschossen. Seither gilt er in der Naziszene als Identifikationsfigur und Märtyrer und wird in Liedern wie beispielsweise in *»Hail the Order«* der britischen Naziband NO REMORSE besungen.

Direkten Bezug auf die Turner Diaries und The Order nahm auch der schwedische VAM (Weißer Arischer Widerstand). In ihrer Publikation STORM bildete sie unter der Überschrift *»Tod für ZOG«* Juden ab und rief zu einem *»Heiligen Rassenkrieg«* auf. Den Worten folgten Taten: Im April 1991 bewaffnete sich der VAM. Seine Mitglieder überfielen u.a. eine Polizeistation und raubten drei Dutzend Pistolen. Im August desselben Jahres wurde der VAM-Anführer KLAS LUND bei einem Banküberfall verhaftet, Bis 1993 war die terroristische Strategie des VAM für die schwedische Naziskinszene das bestimmende Moment. Etliche seiner Anhänger sind für eine Vielzahl von Gewaltverbrechen verantwortlich. In der Folgezeit sollte sich das Auftreten der VAM-Aktivisten als Reaktion auf staatliche Verfolgungsmaßnahmen ändern. Inzwischen sind sie in die »White-Power«-Musikszene eingestiegen und produzieren seit 1995 das Vierfarb-Hochglanzmagazin NORDLAND. Geändert hat sich lediglich das Auftreten, die Inhalte sind dieselben geblieben.[8] So findet sich 1996 in einer Ausgabe von Nordland u.a. ein mehrseitiges Interview mit William Pierce.[9]

Auf die Propaganda folgen Taten

Den Schritt, geistige Brandstiftung zu betreiben, vollzieht auch die deutsche Neonazipublikation ZENTRALORGAN in ihrer vierten Ausgabe. *»Ich hoffe doch sehr, daß meine Schriften und ich Einfluß auf das Leben der amerikanischen Gesellschaft ausüben«*[10] und *»eine moralische Berechtigung, Gegengewalt anzuwenden, gibt es in den USA meiner Ansicht nach schon heute«* ist dort in einem Interview mit William Pierce zu lesen.[11] Hervorgehoben wird dabei, daß die Turner Diaries in Zu-



sammenhang mit dem Bombenanschlag in Oklahoma gebracht würden. Bei diesem Anschlag wurden 1995 über einhundert Menschen ermordet. Das Feindbild des Attentäters TIMOTHY MCVEIGH ist mit dem von Pierce deckungsgleich. Es wendet sich gegen die »(...) *Handlungsträger, gegen die politische Klasse der USA«*, im Klartext gegen ZOG.[12] Das Zentralorgan wird von den Strukturen der ehemaligen GDNF um CHRISTIAN WORCH erstellt, die sich in sogenannten FREIEN KAMERADSCHAFTEN organisieren. Die Verlagsanschrift befindet sich in Hamburg, das V.i.S.d.P. in Rotterdam. Die Brisanz derartiger Propaganda, die sich um den Begriff »ZOG« entwickelt hat, besteht in der antisemitisch motivierten Legitimation zum Mord und in deren Umsetzung. Die mordenden Vertreter dieser Ideologie, wie Mathews oder McVeigh, werden zur Märtyrern eines *»heiligen Rassenkrieges«* stilisiert und dienen der Naziszene als Vorbilder. Kein Wunder, wenn die Kreise um das Zentralorgan regelmäßig zur Solidarität mit KAY DIESNER aufrufen. Sah sich dieser doch bei seinen Schüssen auf den Berliner Buchhändler Klaus Baltruschat und dem Mord an einem Polizisten ebenfalls vom »System« und dessen Vertretern verfolgt. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß Diesner ein Einzeltäter war und seine Taten Ausnahmen bleiben werden. ■

1) Vgl. »Blood & Honour«, Hrsg. East Anglian & Midland Divisions«, Großbritannien, 1994, Vorwort:« (...) *im September wurde unser Führer Ian Stuart durch ZOG ermordet* (...).«
2) WAW (Weißer Arischer Widerstand)-Kampfkapelle, »Nehmt die Waffen« auf der CD »Lieder zum Mitsingen«, Nordland.
3) Zionist Occupation Government – Zionistische Besatzungsregierung
4) Das Territorium hierfür sollen die fünf US-Bundesstaaten Washington, Oregon, Idaho, Montana und Wyoming sein.
5) Zugrunde liegt diesem Konzept die sogenannte »Zehn Prozent Lösung«, wonach der *»jüngste Tag«* gekommen wäre, wenn zehn Prozent der USA durch *»arische Homelands«* kontrolliert wurden.
Die Aryan Nations sehen dann den Zeitpunkt gekommen, an dem sich die *»nicht degenerierte weiße Rasse«* erhebt, sich in einer Revolution ihrer Gegner entledigt und die »Arier« über die Welt herrschen würden. Vgl. »The Silent Brotherhood«, Kevin Flynn, Penguin Group, New York, 1990
6) The Turner Diaries, William Pierce, 1978, National Vanguard Books, Arlington, S.1 f.
7) Eine Vielzahl der Mitglieder von The Order rekrutierten sich wie Mathews aus den Reihen der Aryan Nations.
8) Vgl. »White Noise – Inside the International Nazi Skinhead Scene«, Hrsg. Searchlight, London, 1998.
9) Nordland Nr. 11, Dezember 1997
10) Zentralorgan Nr. 4/98, Wolf-Verlag Norddeutschland, »Im Gespräch mit Dr. William Pierce«, S. 24 - 25, Hamburg, 1998.
11) Ebenda
12) Ebenda

werden mit antisemitischen und rassistischen Parolen großformatig beschmiert. Prenzlau/Berlin: Die Polizei nimmt den 22jährigen Arbeiter und Sympathisanten der NATIONALISTISCHEN FRONT THOMAS HABERLAND aus Prenzlau und den 19jährigen INGO KEHN aus Berlin wegen Beteiligung an einem Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen fest. Gegen weitere 15 Berliner Skinheads wird ermittelt. Neuruppin: Auf jüdischem Friedhof Lindow bei Neuruppin werden Grabsteine umgeworfen. **Juni** Berlin: Mit einer Plakataktion machen Kunststudenten auf die antisemitische Geschichte des Stadtteils Schöneberg aufmerksam. Die Polizei entfernt die Plakate. **Juli** Frankfurt/Oder: Gegen den Neonazi SVEN RUDA wird wegen Verdachts der Schändung eines jüdischen Friedhofs in Müncheberg im September 1992 Anklage erhoben. Eine Anklage aufgrund §129a (Terroristische Vereinigung) im Zusammenhang mit seiner Wehrsportgruppe KAMERADSCHAFTSBUND DEUTSCHLAND wird von Generalbundesanwalt ALEXANDER VON STAHL abgelehnt. Berlin: Der Franzose RAYMOND R. wird zu einer Geldstrafe verknackt. Er hatte am 20. April 1992 eine Tüte mit Kot auf das jüdische Mahnmal auf der Putlitzbrücke in Berlin-Tiergarten geworfen. **August** Falkensee: Eine ehemalige Lagerhalle des KZ Sachsenhausen wird mit Hakenkreuzen besprüht. Sachsenhausen: Im Sachsenhausen-Prozeß berichtet SVEN S. von organisierten Strukturen einer Wehrsportgruppe, mit der er und der Angeklagte H. im brandenburgi-



»Die große Jeder-kann-mitmachen-Schau des schlechten Gewissens«

Das Holocaust-Mahmal in Berlin

»Es ist das größte Menschheitsverbrechen. Es belastet unsere Geschichte bis auf den heutigen Tag.« Das, was Lea Rosh hier meint, ist der Holocaust. Und das, was diese Last mindern soll, ist das geplante »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Seit der »Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas« sich 1989 konstituiert hat, wird über das Vorhaben Mahnmal diskutiert und (vornehmlich) gestritten. Insbesondere die Debatte um den sogenannten Naumann-Vorschlag hat die Zeitungen gefüllt und scheinbar prinzipielle Fragen erneut aufgeworfen. In der linksradikalen Szene finden jedoch kaum Diskussionen über das Thema statt. Diese Nicht-Thematisierung ist einerseits sicher der Fülle an Material geschuldet. Andererseits ist es wahrscheinlich auch die Furcht, zu so einem »heiklen« Thema Stellung zu beziehen. Der folgende Artikel soll einen Überblick bieten und Diskussionsansätze in den Raum stellen.

Auf die Idee, ein zentrales Mahnmal in Berlin errichten zu wollen, sind Lea Rosh (Journalistin und Publizistin) und Eberhard Jäckel (Kunsthistoriker) ihrer Aussage nach bei einem Besuch in Yad Vashem (zentrale Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem) gekommen. Es scheint absurd, daß ein solcher Besuch nötig ist, um auf die Idee zu kommen, in Deutschland ein ähnliches Denkmal zu errichten. Dies mutet angesichts der Diskrepanz zwischen einem Denkmal im Land der Täter und einem im Land der Opfer seltsam an.

Im Frühjahr 1992 erklärte der Bund seine Bereitschaft, gemeinsam mit dem Land Berlin die Trägerschaft für das Mahnmal zu übernehmen, und ein halbes Jahr später wurde der Ort festgelegt: das Mahnmal sollte südlich des Brandenburger Tors auf dem Gelände des ehemaligen »Führerbunkers« in direkter Nähe zur ehemaligen Reichskanzlei und zum Reichssicherheitshauptamt, von denen aus der Mord an den Juden und Jüdinnen dirigiert wurde, errichtet werden. Damit liegt das geplante Mahnmal genau auf der TouristInnenmeile zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz und wird zusammen mit der schönen neuen gesäuberten Innenstadtarchitektur um den Potsdamer Platz Teil eines skurrilen »Erlebnisparks«. Andererseits wird mit dem gewählten Standort der Mythos fortgeschrieben, demgemäß Hitler und seine obersten Chargen die alleinige Verantwortung für den Holocaust trugen. So wird die Unterstützung der Nazis – ob aktiv oder durch Schweigen und Zuschauen – durch die Bevölkerung, nicht thematisiert.

Die Kosten für die Errichtung des Mahnmals sollten zwischen Bund, Land und dem Sponsoring durch Konzerne, die während der NS-Herrschaft unbezifferbare Gewinne durch die Zwangsarbeit erzielt hatten, aufgeteilt werden. Als Auslober für den architektonischen Wettbewerb fungierte dementsprechend ein Kuratorium, das sich neben Mitgliedern des Förderkreises aus VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammensetzte.

Der Wettbewerb wurde 1994 öffentlich international ausgeschrieben. Henryk M. Broder beschreibt die Präsentation der Ergebnisse im April 1995 am plastischsten: »...insgesamt 528 Modelle, eines peinlicher, mißglückter, blamabler als das andere. Es war die große Jeder-kann-mitmachen-Schau des schlechten Gewissens. Ein Künstler wollte ein Super-Riesenrad bauen, mit 16 Viehwaggons als Gondeln. Ein anderer einen auf einem See schwimmenden David-Stern von 120 Metern Durchmesser mit einem gebrochenen Herzen als Krönchen obendrauf und ´Trauerarbeitsplätzchen´ untenrum.«[1]. Der favorisierte Entwurf, der auch die Unterstützung von Ignatz Bubis fand, stellte eine große, leicht geneigte Betonplatte dar, in die die Namen der ermordeten Juden eingemeißelt werden sollten. Den Vorschlag des Förderkreises, dafür Spenden zu sammeln, nannte Bubis einen »Ablaßhandel« und nachdem der damalige Bundeskanzler Kohl sein Veto eingelegt hatte, wurde der Entwurf wieder fallengelassen.

Auch die Opfergruppen, denen gedacht werden soll, wurden diskutiert. Die Einbeziehung von Roma und Sinti wurde aufgrund der »Einzigartigkeit der Judenverfolgung« abgelehnt. Daraufhin einigte man sich auf ein eigenes nationales Roma-und-Sinti-Mahnmal, von dem heute nicht mehr gesprochen wird.

Die weitere Debatte in den Medien in den Jahren 1995/96 drehte sich darum, inwiefern bestehende Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern die Greuel des Holocaust nicht viel direkter vermitteln könnten als ein abstraktes Mahnmal. Die Frage des abstrakten Erinnerns und Mahnens wurde im weiteren Verlauf wiederholt aufgegriffen.

Schließlich wurden 1997 nach drei internationalen Kolloquien und zwei weiteren Wettbewerben vier Siegerentwürfe präsentiert. An den Kolloquien nahmen zwar einige wenige Überlebende des Holocaust teil, doch ohne institutionalisiertes Mitspracherecht. Aus den Siegerentwürfen kristallisierte sich schließlich der von Eisenmann und Serra heraus. Dieser sah ein begehbares Labyrinth von 4.000 bis zu 7,50 Meter hohen Betonstelen vor,

---

schen Wald Nahkampf und Schießen unter Anleitung eines ehem. NVA-Fallschirmjägers namens »Dragon« trainiert haben. Berlin: Auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde Adass Jisroel werden erneut Grabsteine umgeworfen. **September** Wriezen: Der Jüdische Friedhof wird geschändet, die Grabsteine mit Hakenkreuzen und FAP und NSDAP besprüht. Drei 14jährige werden ermittelt und gestehen. Sie bereuen nichts und geben rassistisches und antisemitisches Zeug von sich. Gräbendorf: Das sowjetische Ehrenmal wird mit Hakenkreuzen und »Jude verrecke« beschmiert. Sachsenhausen: Das Kondolenzbuch in der Gedenkstätte Sachsenhausen wird mit Hakenkreuzen und rechtsradikalen Sprüchen beschmiert. **Oktober** Berlin: Zum vierten Mal wird das Wahlkreisbüro von Gregor Gysi in Berlin-Marzahn in der Nacht zum 3. Oktober mit antisemitischen und Nazi-Parolen beschmiert. Ravensbrück: Drei Rechtsextremisten bedrohen eine Beschäftigte in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück, beschmieren das Gästebuch und den Krematoriumsofen. Berlin: Das Mahnmal für deportierte Juden am S-Bahnhof Grunewald wird mit zwei Schweineköpfe geschändet. **November** Berlin: Bombendrohung gegen einen Vortrag von Ignatz Bubis, der allerdings gelassen bleibt. Oranienburg: Antisemitische Parolen und Hakenkreuze werden in Oranienburg, Wittenberge und auf B 167 zwischen Alt Ruppin und Neuruppin gesprüht. Berlin: Bereits zum siebten Male werden bei der Synagoge in Berlin-Kreuzberg die Scheiben einge-

die an Grabsteine erinnern und beim Betreten das Gefühl der Ausweglosigkeit hervorrufen sollten. Nachdem Ex-Bundeskanzler Kohl Eisenmann dazu gebracht hatte, den Entwurf auf 2700 bis zu vier Meter hohe Stelen zu verkleinern, stieg Eisenmanns Kollege Serra aus dem Projekt aus. Später warf er der deutschen Öffentlichkeit vor, daß sie das Denkmal ohnehin *»nur aus Gründen der political correctness«* wolle.[2]

Die Entscheidung über das Mahnmal wurde im Sommer 1998 auf nach der Bundestagswahl verschoben. Im folgenden wurde die Idee des Mahnmals wiederholt prinzipiell in Frage gestellt. Mit dem Vorschlag des Kulturbeauftragten der jetzigen Bundesregierung, Michael Naumann, das Mahnmal zu verkleinern und es um eine Dokumentations- und Forschungsstätte zu ergänzen, werden die verschiedenen Ansprüche an ein solches Projekt wiederholt sehr deutlich.

Sowohl die Frage nach dem Warum eines Mahnmals als auch die, was es bezwecken soll, werden sehr unterschiedlich beantwortet. Salomon Korn sieht bspw. in dem Mahnmal das Setzen *»eines öffentlichen Zeichens historischer Verantwortung«*[3], und Bubis gar *»ein Stück Schuldbekenntnis«*[4]. Auch bei der Frage der Wirkung auf die Betrachtenden sind die Meinungen geteilt. Der Historiker Jürgen Kocka fordert, das Mahnmal solle *»Trauer und Entsetzen, nicht Schuld sondern Scham«* ausdrücken und stellt damit das Projekt als solches in Frage, denn *»Scham ist leise und wendet sich nach innen«*[5]. Naumann plädiert für eine *»schockhafte Wirkung«*[6], Eisenmann will mit seinem Entwurf *»Unruhe und Unsicherheit hervorrufen«*[7]. Die wenigsten Kommentare und Diskussionsbeiträge während der ganzen Debatte beziehen sich auf die Problematik, ein Denkmal im Land der Täter errichten zu wollen. Der Kasseler Künstler Horst Hoheisel thematisierte dies in seinem Wettbewerbsvorschlag. Ein Mahnmal im Land der Täter müsse vollkommen anders aussehen als im Land der Opfer. Es müsse die Täterschaft reflektieren: *»Sonst schiebt sich Deutschland mit diesem Denkmal unbemerkt zwischen die Opferländer des Naziterrors, und plötzlich sind auch die Täter unter diesem Denkmal verschwunden, und alle sind Opfer der 'Gewaltherrschaft', die wie eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen ist.«* Hoheisel schlug vor, das Brandenburger Tor zu zermahlen und das Steinmehl



auf dem Mahnmalsgelände zu zerstreuen und mit Platten zu überdecken. *»Damit wären wir gezwungen, die Leere beider Orte auszuhalten.«*

Daß ein Mahnmal in Deutschland nicht eine bequeme Identifikation mit den jüdischen Opfern beinhalten darf, sondern eine negative Identifikation der Nachkommen der TäterInnen mit der deutschen Vergangenheit ausdrücken muß, wurde kaum thematisiert. Vielmehr steht zu befürchten, daß mit dem geplanten Denkmal – falls es denn gebaut wird – eine Art Schlußstrich unter die mühsame Debatte über das Erinnern gesetzt wird und damit ein Schlußstrich unter die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit.

Auffällig ist, daß die Erwartungen an ein Denkmal auf allen Seiten extrem überhöht sind. Denkmäler dienen zwar der Identitätsvergewisserung (einer Nation beispielsweise), aber auf einer sehr plakativen Ebene. Aleida Assman weist darauf hin, daß Denkmäler zuallererst im Kontext internationaler Diplomatie zu betrachten sind: *»Denkmäler als Orte für die Inszenierung von Gedenkriten gehören zum Formenarsenal politischer Repräsentation; sie sind Teil nationaler Selbstthematisierung und internationaler symbolischer Kommunikation.«*[8] Sinn linker Diskussion über das Holocaust-Mahnmal kann deshalb nicht sein, die perfekte Umsetzung des Projekts zu erörtern. Letztendlich bleibt die Beantwortung der Frage, welche künstlerische Umsetzung am Ansprechendsten erscheint, abhängig von einer subjektiven Einschätzung. Es muß vielmehr darum gehen, die Motivation hinter der Denkmalsdebatte zu thematisieren: die Gefahr des »Schlußstrichs«, des Freikaufens (im Sinne von: »Jetzt haben wir Deutschen doch ein riesengroßes Mahnmal, was wollt Ihr denn noch?«) und die politische Repräsentation Deutschlands im Ausland. Die Aufgabe einer antifaschistischen Linken wäre dagegen, aufmerksam zu machen auf die Prozesse der langsamen Umdeutung und des Vergessens der Geschichte, die auch in der Form der Befürwortung eines zentralen Mahnmals als kollektivem Ablaßhandel zu befürchten sind.

Um dem etwas entgegenzusetzen, muß man sich Gedanken über sinnvolle Erinnerungsarbeit und mögliche Formen eines dezentralen Gedenkens machen; und dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Überlebenden – die in die Entscheidung über das Holocaust-Mahnmal oder die Umgestaltung von Gedenkstätten kaum einbezogen werden –, um deren Erinnerungsarbeit in ihrem Sinne fortzusetzen. ■

1) Spiegel 4/99)
2) FR 18.11.98
3) FR 18.12.98
4) FR 16.12.98
5) taz 13.1.98
6) Tagesspiegel 20.12.98
7) Zeit 10.12.98
8) taz 20.3.96

schlagen. Die Polizei ermittelt erfolglos. Berlin: Die jüdische Gemeinde Berlin verweigert wegen der unsäglichen Inschrift (es wird pauschal aller Toten, egal ob Täter oder Opfer, gedacht) die Teilnahme an der Einweihung der Neuen Wache durch Bundeskanzler Helmut Kohl. Eisenhüttenstadt: Friedhöfe in Schönfließ und Koppeln werden geschändet. Falkensee: Der Ort wird nächtens mit NPD-Zeichen, Hakenkreuzen, Davidsternen und »Schlesien bleibt unser« vollgeschmiert. **Dezember** Berlin: Mahnwache für eine Gedenktafel, die an die ehemaligen jüdischen Besitzer des Nobelhotels Kempinski erinnert. Das Kempinski wurde 1937 »arisiert«, in den folgenden Jahre mußten JüdInnen dort unter P. Spethmann Zwangsarbeit leisten. Spethmann und die Hotelbetrieb GmbH übernahmen 1953 die Reste. Ein heute noch lebender Kempinski möchte die Gedenktafel. Die Hotelangestellten reagieren aggressiv auf ein Plakat an der Eingangstür zum Hotel. Berlin: Zum wiederholten Male wird das Grab von Marlene Dietrich beschmiert und mit Kot und Unrat beschmutzt. Oranienburg: Antisemitische Pöbelei gegen Lehrer mit jüdisch klingendem Nachnamen in der Schülerrevolte (FMJ). **1994, Januar** Berlin: Ein 29jähriger Skin wird wegen antisemitischer Hetzlieder zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Er war bereits wg. Mißhandlung zweier Algerier zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. **Februar** Berlin: Ein Denkmal für deportierte Jüdinnen und Juden in Berlin-Steglitz droht an Einwänden zu

Deutsche verwerten jüdische Nachbarn

»Wenn es ein Formular dafür gibt, wird es seine Ordnung haben.« Im Zusammenhang mit dem Holocaust zeigt diese alte deutsche Spruchweisheit ihre grausamste Seite. Die Belege dafür befinden sich in den Akten der Finanzämter und sind bis heute unter Verschluß. Wäre es nach der Oberfinanzdirektion Köln und dem Bundesfinanzministerium gegangen, wüßte immer noch niemand, was für hochbrisantes Material über Jahre hinweg in deren Kellern verstaubte. Aber glücklicherweise ist es dem engagierten Düsseldorfer Historiker Wolfgang Dreßen gelungen, an den bürokratischen Klippen vorbei in das Archiv zu gelangen. Aus seiner Arbeit ist eine ausgezeichnete Buchdokumentation sowie eine interessante Ausstellung entstanden, die zuerst im Düsseldorfer Stadtmuseum zu sehen war und für reichlich Zündstoff in der politischen Debatte gesorgt hat.



Die bürokratische Vorbereitung des Holocaust begann lange vor der Ermordung der Juden in den Konzentrationslagern. Dies wird in Form von behördlichen Vordrucken, Verfügungen, Vermögenserklärungen und Deklarationen der Banken über Aktiendepots erschreckend deutlich. Juden, die deportiert wurden, mußten auf »ordnungsgemäßem Weg« ihr Vermögen auflisten, das dem Staat zufiel und von den Finanzämtern verwaltet wurde.

Nicht der gewalttätige Barbar, sondern der pflichtbewußte Beamte als Motor der Judenvernichtung

Die Akten geben Hinweise auf die intensive Beteiligung der Bevölkerung. Vom Beispiel eines Hausverwalters, der erfolgreich um die »Abwanderung« einer jüdischen Familie bittet, um die Wohnung einer arischen Familie zu vermieten bis hin zu dem denunzierenden Nachbarn, der das Schlafzimmer der »abgewanderten« jüdischen Familie gern nimmt. Unter dem Titel »Aktion 3« veranstalteten die Finanzbehörden in den deutschen Großstädten regelmäßige Massenversteigerungen (selbstverständlich »ordnungsgemäß« durchgeführt), von denen die Bevölkerung über die lokale Presse benachrichtigt wurde. Porzellan, Sessel und Stühle, Küchenschränke und Damenbekleidung, sowie Hygieneartikel konnten äußerst billig von der Normalbevölkerung ersteigert werden. Nahezu jede »ausgebombte« Familie saß an einem Tisch, der aus dem Besitz ehemaliger jüdischer Nachbarn stammte. Kostbare Gegenstände gelangten an höhere Stellen. Der Oberbürgermeister von Köln erwarb einen Gobelin, an anderer Stelle wird über den Kauf »antiker Schränke« Buch geführt. Die Träger des Ritterkreuzes, der höchsten Auszeichnung der Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges, wurden mit besonders wertvollen Möbelstücken aus den Beständen französischer Juden bedacht, die wahrscheinlich heute noch zum Nachlaß von Mitgliedern der nach wie vor bestehenden Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger gehören.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft hatten diejenigen, die das KZ überlebt hatten, große Probleme, ihr Eigentum, ihre Wohnung oder ihren Hausrat wiederzuerlangen. Nur ein Beispiel: »In einer Wiedergutmachungs-

scheitern. **März** Berlin: Der Geschichtsrevisionist Prof. Ernst Nolte läßt in der in Talk-Show Talk im Turm bei Sat 1. Sprüche wie, daß jüdische WiderstandskämpferInnen zu Recht *»in die Mühle«* gehört hätten ab. Berlin: Der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, muß eine geplante Fotoausstellung mit Bildern von Hitlers Hoffotograf Heinrich Hoffmann absagen. Berlin: Es wird bekannt, daß es in den vergangenen 18 Jahren mehr als 25 Bombendrohungen gegen die Jüdische Gemeinde in Berlin gab. **April** Müncheberg: Der Neonazi Sven Ruda wird vom Strausberger Gericht wegen Schändung des Jüdischen Friedhofs in Müncheberg im September 1992 zu 21 Monaten verurteilt. Berlin: Die REP Fraktion der Bezirksverordneten-Versammlung Berlin-Reinickendorf vergleicht die Behandlung der REPs mit der Judenverfolgung. Hohenwutzen: Zwei Nazis pöbelten am Grenzübergang Hohenwutzen polnische Grenzpassanten mit Parolen wie »Judenschweine« und »Heil Hitler« an und bewerfen sie mit Getränkedosen. Berlin: Das Mahnmal zum Gedenken an die Verfolgung der Juden in Berlin-Tiergarten wird in der Nacht zum 20. und 21. April geschändet. **Mai** Berlin: Der Geschichtsrevisionist Prof. Ernst Nolte schreibt in der Tageszeitung Tagesspiegel einen Artikel, in dem er Bubis zu einem Wegbereiter der *»Einschränkung der geistigen Freiheit in Deutschland«* erklärt. Berlin: Gemeinsam mit der Bezirks-CDU, der FDP und den Reps will nun auch der Landesverband der CDU den Bau des

sache aus dem Jahre 1961 wird der Fall einer Jüdin geschildert, die nach der Ermordung ihrer Eltern im August 1945 in ihr früheres Heimatdorf zurückkehrte und versuchte, den versteigerten Hausrat zurückzuerhalten. Sie wurde vom Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf in schärfster Form gerügt' und auf das gesetzliche Verfahren verwiesen. (...) Im September 1950 wurde der Steuerinspektor Krüppel vernommen. Er bezeichnete die von ihm mitgeleitete Versteigerung aus dem Jahr 1942 als ,ordnungsgemäß'. Diese Sprachregelung begann sich durchzusetzen. Die Versteigerung sei notwendig gewesen, weil die Herkunft der Dinge unbekannt war. Alle hatten vergessen, daß der jüdische Eigentümer mitten im Dorf gelebt hatte. Dankbar übernahm im Oktober 1950 der Oberfinanzpräsident Düsseldorf die Sprachregelung.« (Betrifft: Aktion 3, S. 233)



Wir wollen nichts gewußt haben – und sorgen dafür, daß das so bleibt

Diese Dokumente zeigen das unglaubliche Ausmaß kollektiver Verdrängung, die bis heute stattfindet. In schlichter Fortführung der NS-Logik führten die Finanzämter nicht nur die Akten weiter, sondern waren auch die Ansprechpartner für Rückerstattungen. Teilweise waren es dieselben Personen, die zuvor die Enteignung und Versteigerung des jüdischen Eigentums durchgeführt hatten. Die Akten wurden als angebliche Steuerakten unter besonderen Schutz des Archivgesetzes gestellt und sollten über achtzig Jahre für die wissenschaftliche und politische Auswertung gesperrt werden. Inzwischen vertritt das Bundesfinanzministerium den Standpunkt, daß es sich um sogenannte »Parteiakten« handele, »*bei denen die Verfahrensbeteiligten auf der einen Seite NS-Verfolgte bzw. deren Nachkommen sind und auf der anderen Seite Rückerstattungsverpflichtete. (...) Aus Gründen des Persönlichkeits- und Datenschutzrechts darf daher vor Ablauf der archivrechtlichen Aufbewahrungsfrist Akteneinsicht grundsätzlich nur mit Zustimmung der Verfahrensbeteiligten bzw. deren Rechtsnachfolgern gewährt werden.*« (aus einem Brief des Bundesfinanzministeriums vom 6.1.99) NS-Verfolgte, die sich dazu in den letzten Monaten geäußert haben, haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie auf diesen »Persönlichkeitsschutz« keinen Wert legen, daß sie darin keinerlei Vorteile für die Opfer erkennen können, wohl aber den Schutz der TäterInnen, der auch nach mehr als fünfzig Jahren immer noch im Vordergrund steht. Um das Schweigen zu durchbrechen und das hochbrisante Material endlich der öffentlichen Diskussion und Auswertung zugänglich zu machen, hat Wolfgang Dreßen sich über einige Regeln hinwegsetzen müssen. Ein Armutszeugnis für die bundesdeutsche NS-Verarbeitung, daß dieses Unrecht auch nach so vielen Jahren nur über einen »Rechtsbruch« zutage zu fördern ist. Erst dadurch konnte überhaupt deutlich gemacht werden, worum es in diesen Akten geht und warum sie nicht länger verstauben dürfen. Die Forderung nach Auswertung der Aktenbestände wird in der Öffentlichkeit inzwischen von Ignatz Bubis und Michael Friedmann bis in die Finanzbehörden hinein vertreten. Das hessische Finanzministerium hat den entsprechenden Aktenbestand, nachdem sie über die Düsseldorfer Ausstellung auf seine Existenz aufmerksam geworden sind, dem Fritz-Bauer-Institut zur wissenschaftlichen Erschließung übergeben. Ein Staatssekretär im NRW-Finanzministerium hat sich inzwischen ausgesprochen erfreulich in der Öffentlichkeit verortet: »*Ich persönlich bin der Auffassung, daß es in bestimmten Lebenssituationen solche Provokationen geben muß, wenn sie einem höheren Rechtsgut untergeordnet sind, und das heißt in diesem Fall ,Gerechtigkeit'.*« Die Arbeitsstelle Neonazismus an der FH-Düsseldorf bemüht sich derzeit um eine weitere Öffnung von Archiven. In Düsseldorf wurde nur ein kleiner Ausschnitt aus hunderttausenden Akten gezeigt, die noch in den deutschen Finanzbehörden vieler Städte lagern. »*Wir bemühen uns um eine Initiative, die eine Offenlegung dieser Archive fordert. Es handelt sich im ehemaligen Reichsgebiet um hunderttausende Akten, die das Schicksal der Juden, die Begehrlichkeit und das Wissen der Deutschen und den legalen Raubzug der deutschen Bürokratie belegen.*« (Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf, Fax 0211/811-1490) ■

Buchhinweis: Betrifft: Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn – Dokumente zur Arisierung, ausgewählt und kommentiert von Wolfgang Dreßen, Aufbau-Verlag, 256 S. mit Abb., 39.90 DM

Mahnmals für 2.000 deportierte Juden verhindern. **Juni** Berlin: Der Präsident der Oberfinanzdirektion Trendelenburg läßt eine Gedenktafel für Opfer des NS vor dem Gelände des Hauptzollamts entfernen. Berlin: Es wird bekannt, daß jüdische Bürger immer häufiger bedroht werden, die Anzeigen verlaufen im Sande. Sachsenhausen: Rechte Jugendliche aus dem Raum Perleberg legen einen Kranz am SS-Wachturm auf der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen nieder. Die Polizei hat nichts gesehen. **Juli** Berlin: Auf Einladung des CDU-Abgeordneten Jürgen Adler, findet eine CDU-Veranstaltung statt, auf der unter anderem der Deutschkonservative Kreis unter Adrian Winkler gegen Michel Friedmann im CDU-Parteivorstand hetzt. Berlin: Am Nobelhotel Kempinski wird eine Gedenktafel ohne Nennung der Geschichte vor 1933 und nach 1945 angebracht, Familienangehörige wurden nicht eingeladen. Berlin: In der Umgebung der Großen Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße werden Handzettel verteilt, mit denen zu einer »Party in der Gaskammer im KZ Sachsenhausen« aufgerufen wird. **August**, Sachsenhausen: Im ehem. KZ-Sachsenhausen werden zwei Neonazis mit Messern und Hämmern festgenommen. Sachsenhausen: In der Gedenkstätte des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen werden Hakenkreuzschmierereien entdeckt. Sie könnte, so die Staatsanwaltschaft, mit der Abweisung zweier Neonazis zusammenhängen. Berlin: Ein 17jähriger ehemaliger Polizeianwärter wird wegen Volksver-

Vom »Judenknax« und »Gärten des Bösen«

Antisemitismus in der deutschen Linken

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem deutlich werdenden Ausmaß der von den Deutschen betriebenen Massenvernichtung ließen sich antisemitische Positionen nicht mehr ohne weiteres in der bisher geläufigen Offenheit äußern. Dies bedeutete weniger eine Läuterung der deutschen Gesellschaft als vielmehr eine Anpassung des Erscheinungsbildes des immer noch weitverbreiteten Antisemitismus an die neue Situation. Was sich vorher an unterschiedlichen Bildern und Stereotypen zum »Juden« zusammenfügen und als »Gegenrasse« konstruieren ließ, mußte nun in mehr oder weniger vermischter Form aus Versatzstücken des klassischen Antisemitismus zusammengesetzt werden. So konnten in der Ablehnung vermeintlich amerikanischer Werte wie der Liberalisierung von Sexualität oder der Verurteilung einer mit den USA in Verbindung gebrachten extremen Orientierung an materiellen Reichtümern klassische antisemitische Bilder konserviert werden.

In ähnlicher Weise wirkten die aufkommenden anti-intellektuellen Haltungen. Sie zeigten sich u.a. in einer Verweigerung gegenüber Forderungen, die – als Konsequenz des Nationalsozialismus – eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Bedeutung des individuellen Handelns und Denkens anstrebten. Ein solcher Anti-Intellektualismus ging nicht selten einher mit vereinfachenden Deutungen der Welt, die oft genug in esoterischen Welterklärungsversuchen gipfelten. Die teilweise äußerst diffusen Verschwörungstheorien, die Machtverhältnisse mit weltweiten Konspirationen der Freimaurer, »des Kapitals« oder schlicht »der Juden der amerikanischen Ostküste« erklärten, ermöglichten es auch, antisemitische Stereotype in der Mitte der Gesellschaft am Leben zu halten.

Als zusätzliches wesentliches Element des Antisemitismus kamen schließlich all jene Argumentationsmuster hinzu, die Auschwitz selbst zum Ausgangspunkt ihrer Denunziation des »Juden« machten. Dieser Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz zeigte sich insbesondere auch im Umgang mit jüdischen Überlebenden sowie in der Politik gegenüber dem Staat Israel. Eine Betrachtung linker Diskussionen in Westdeutschland seit 1968 macht deutlich, wie wenig die Neue Linke vor Antisemitismus gefeit ist. Dennoch geht es bei dem Aufzeigen tendenziell antisemitischer Vorstellungen in linken Diskursen nicht um eine Denunziation linker, emanzipatorischer Positionen an sich. Es geht vielmehr darum, linke Politik in Deutschland wieder mit jener Verantwortung zu konfrontieren, die aus dem Nationalsozialismus resultierte und zum bestimmenden Maßstab jeder Politik in Deutschland wurde.



Im Antiimperialismus und Internationalismus haben sich seit den 70ern Positionen durchgesetzt, die von verschiedenen Seiten wegen ihrer strukturellen Nähe zur antisemitischen Logik kritisiert wurden. Die antiimperialistische Sichtweise bleibt durch ihre vereinfachende Gegenüberstellung von Gut und Böse anfällig für Darstellungen, die weniger auf ein Begreifen als auf ein Verurteilen abzielen. Gerade im Antizionismus der 70er und 80er Jahre führte eine solche Sichtweise zu offen antisemitischen Ausfällen.[1] Als Geschöpf des imperialistischen Bösen stand Israel – noch in den 90ern oftmals in Anführungszeichen gesetzt – dem ursprünglichen, für die Befreiung kämpfenden palästinensischen Volk gegenüber. Die Verurteilung Israels als faschistisches Regime, welches die PalästinenserInnen mit nazistischen Methoden bekämpfe – *»wie die Nazis mit den Völkern Polens und der UdSSR«* (Rote Kommentare, 20.2.1973), gehörte dabei zum gängigen Repertoire gegen eine angebliche Zurückhaltung von Teilen der Linken gegenüber dem Land, welches u.a. von Überlebenden des Holocaust gegründet wurde. Eine Zurückhaltung, die vom Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann noch in den 70ern als »Judenknax« denunziert werden konnte.[2] Einen Höhepunkt erreichte diese Solidarisierung gegen den Staat Israel im Juni 1976, als bei einer Flugzeugentführung in Entebbe durch

hetzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Er hat die Polizei inzwischen auf eigenen Wunsch verlassen. **September** Berlin: Trotz häufiger antisemitischer und rechtsextremer Auffälligkeiten ist die Freiwillige Polizeireserve (FPR) ist laut Innensenator Heckelmann keineswegs rechtsextrem unterwandert. Die FPR soll auch künftig Ausländerwohnheime und jüdische Einrichtungen schützen. Sachsenhausen: Die Gedenkstätte des ehemaligen KZ-Sachsenhausen wurde erneut geschändet. Sachsenhausen: Haftbefehl gegen den 28jährigen Berliner Thomas S. und 23jährigen Enrico M. aus dem Landkreis Oberhavel, jedoch umgehend mit Auflagen außer Vollzug gesetzt. Ebenfalls Haftbefehl gegen den 24jährigen Marko V. aus dem Landkreis Oberhavel und 26jährigen Thomas N. aus Berlin. Diese beiden bleiben wegen Fluchtgefahr in Haft. Alle vier werden der rechtsextremen Skinszene zugerechnet. Sie waren am 2. September in der Gedenkstätte Sachsenhausen wegen Randalierens festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin erhebt Anklage gegen vier Nazis wegen Verunglimpfung und Volksverhetzung. Sachsenhausen: Auf die ehemalige KZ-Bäckerei wird ein Brandanschlag verübt. Die Staatsanwaltschaft schließt einen »Racheakt der rechtsradikalen Szene« nach Aufhebung des Freispruchs beim Prozeß gegen die Neonazis Haberland und Kehn nicht aus. Berlin: Das Anne-Frank-Gymnasium in Berlin-Treptow wird mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert. Berlin: Zwei Schüler werden verur-

eine palästinensisch-deutsche Gruppe jüdische von nicht-jüdischen Passagieren getrennt und erstere gefangengehalten wurden. Diese *»Selektion (...) entlang völkischer Linien«* (Papier der Revolutionären Zellen vom Dez. 1991) führte erst zu Beginn der 90er zu einer weitergehenden Auseinandersetzung um die Problematik antizionistischer Positionen. Bereits während der palästinensischen Intifada hatte ein Wandbild der Hamburger Hafenstraße, auf welchem *»Boykottiert 'Israel'! Waren, Kibbuzim + Strände«* gefordert wurde, eine umfangreiche Kritik linker Positionen bezüglich Israels ausgelöst, die sich auch nach den Äußerungen des Grünen-Vorstandssprechers Christian Ströbele während des zweiten Golfkrieges – die irakischen Raketenangriffe auf Israel seien *»die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels«* – weiter verstärkte.

Dennoch zeigen Diskussionsbeiträge antiimperialistischer Gruppen auch in der Zeit nach dem Golfkrieg, daß die Bereitschaft zur Infragestellung Israels weiterhin erschreckend hoch ist. Dieses andauernde irrationale Festbeißen am vermeintlichen Hauptfeind Israel scheint dabei mittlerweile in keinerlei Verhältnis zur tatsächlichen Bedeutung des Konfliktes zu stehen. Angesichts diverser ähnlicher Konflikte weltweit sowie der Vielzahl von Kritikpunkten an den Verhältnissen in Deutschland selbst, die nicht annähernd mit ähnlicher Entschiedenheit in der Linken aufgegriffen wurden, läßt sich das erklärungsbedürftige Mißverhältnis bezüglich des Engagements gegen die israelische Politik erkennen.

Ebenso weist die mangelnde Differenzierung in der Beurteilung der israelischen Politik sowie deren oft zwanghaft wirkende Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus auf eine besondere Rolle Israels in der linken Kritik hin. Gerade die Vehemenz, mit der sich auf den Staat Israel als vorrangiges Übel eingeschossen wurde, macht die Ähnlichkeit der antizionistischen Positionen zu antisemitischen Weltbildern deutlich.

Dennoch lassen sich diese strukturellen Gemeinsamkeiten nicht nur in antiimperialistischen Positionen zum Antizionismus finden. So zeigen sich aktuell weitere aus der antiimperialistischen Logik resultierende Fallstricke an der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln.[3] So führt die Konzentration auf den Gipfel als Symbol des internationalen Herrschaftssystems zu einer Personifizierung und Vereinfachung der komplexen Zusammenhänge, die diesem System zugrundeliegen. Eine Reduktion der Kritik auf »die Herren der Welt«, mit der die Bedeutung sozialer Verhältnisse vernachlässigt wird, muß zwangsläufig verkürzende Erklärungen zur Folge haben. Die Heraufbeschwörung einer »Weltherrschaft der Konzerne« begünstigt die Vorstellung von einer undurchschaubaren Verschwörung weniger Männer, die *»reale Absprachen über die Verteilung von Interessenssphären«*[4] betreiben. Mit einer solchen verkürzten Deutung und der Personifizierung von Herrschaft läuft eine unreflektierte antiimperialistische Argumentation Gefahr, tendenziell antisemitische Vorstellungen weltweiter Verschwörungen zu bedienen.

Mit der Kritik an Ähnlichkeiten linker Weltbilder zum Antisemitismus gerieten auch Äußerungen zur Globalisierung und Finanzspekulation in den Blick.[5] Aktuelle Krisenerscheinungen des Wirtschaftssystems, in dem internationale Konzerne durch den Aufkauf von Konkurrenten zu Giganten anwachsen und deren Manager mit Spekulationen das Glück der ArbeiterInnen verzocken, haben auch in Teilen der Linken eine Verschiebung der Kritik begünstigt. Diese richtet sich immer stärker auf oberflächliche Erscheinungen, in denen die Ungerechtigkeit innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft vermeintlich am deutlichsten zu Tage tritt. Finanzspekulationen erscheinen dabei nicht selten als die eigentlichen Übel, ohne daß die reale Ausbeutung über Lohnarbeit zur Grundlage der Kritik gemacht wird. Eine solche Verkürzung der Kapitalismuskritik auf das Finanzverhalten einiger Banken begünstigt schließlich ein Wiederaufleben jener klassischen antisemitischen Unterscheidung zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital. Der Versuch, verschiedene Kapitalformen in ihrer »Sozialverträglichkeit« gegeneinander abzuwägen, deutet sich an, wenn Finanzspekulationen zum Gegenstand der Kritik werden, während gleichzeitig Firmen, die durch Investitionen in moderne Produktionsanlagen vermeintlich Gutes leisten,



als positive Beispiele hochgehalten werden. Gerade in einer Verkürzung der Kritik am vorgeblich »schlechteren« Finanzkapital lassen sich klassische Motive antisemitischer Denunziation erkennen.

In mehreren öffentlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, in denen von der Linken vielfältige antisemitische Motive nachgewiesen und kritisiert wurden, zeigte sich, daß sie dabei keineswegs einhellig agierte. Die Diskussionen um die Weigerung der BewohnerInnen von Gollwitz, in ihrem Ort jüdische EmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion zu dulden, sowie die öffentlichen Reaktionen auf Daniel Goldhagens »Hitlers willige Vollstrecker« machten vielmehr deutlich, daß gerade auch in Teilen der Linken nach 1989 eben jenes Verlangen nach »Normalität« zu erken-

teilt, über einen Besuch im ehemaligen KZ Sachsenhausen einen Aufsatz zu schreiben. Sie hatten im Internet antisemitische Witze verbreitet. Sachsenhausen: Die Fotoausstellung in der Gedenkstätte des KZ-Sachsenhausen wird beschädigt. Berlin: Der Friedhof der jüdischen Gemeinde Adass-Jisroel wird erneut geschändet. Berlin: Ein Hausbesitzer weigert sich, eine Gedenktafel für den Juden Benno Heller anzubringen. **Oktober** Berlin: Der jüdische Friedhof an der Prenzlauer Allee wird geschändet. Brandenburg/Land: In mehreren Städten in Brandenburg werden Wahlplakate der PDS mit antisemitischen Schmierereien versehen. Berlin: Ein 39jähriger Elektromeister hat ein jüdisches Ehepaar auf dem Weg zur Synagoge als »Saujuden« beschimpft und mit einer Peitsche angegriffen. Er wurde zu fünf Monaten ohne Bewährung verurteilt. **November** Sachsenhausen: Das Besucherbuch der Gedenkstätte des KZ-Sachsenhausen wird mit Hakenkreuzen vollgeschmiert. **1995, Februar** Strausberg: Das Gericht Frankfurt/Oder hebt das Urteil gegen SVEN RUDA wegen antisemitischer Friedhofsschändung auf. Frankfurt/Oder: Der Gedenkstein zur Erinnerung an die von den Nazis 1938 zerstörte Synagoge wird geschändet. Berlin: HEINER KAUSCH, Berliner JU-Landesvorsitzender, versucht das Papier der JU »Kein Judendenkmal am Potsdamer Platz« zu relativieren. Die Überschrift sei nicht mit ihm abgesprochen worden. Vom Kern des Beschlusses distanziere er sich nicht. Berlin: Auf die Ausstellung »Die Welt der

nen ist, das die deutsche Realität mittlerweile entscheidend bestimmt. Allein die Existenz von Auschwitz hatte bisher jede Normalität und jede Suche nach nationaler Identität unmöglich gemacht, weshalb die Fixierung auf Ersatzobjekte der linken Solidarität in den 70ern und



80ern vorzugsweise in jenen Ländern der »Dritten Welt« erfolgte, in denen den eigenen Vorstellungen entsprechende Völker gegen auswärtige Bedrohungen kämpften. Mit der Vereinigung zum größeren Deutschland scheint sich die Forderung einer Politik jenseits und unabhängig von Auschwitz auch in der Linken stärker durchzusetzen. Einige jener antisemitischen Motive, die in der Walser-Rede des letzten Jahres im bürgerlichen Spektrum der Gesellschaft deutlich wurden und auf eine Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit abzielen, scheinen sich in ähnlicher Form auch in der Linken zu finden. So wiesen mehrere Reaktionen auf Goldhagen Parallelen zu jener »Normalisierung« des Verhältnisses zum Holocaust auf.[6] Die vom linken Politologen Reinhard Kühnl angemahnte *»andere Hälfte der Wahrheit [...], daß erhebliche Teile der Bevölkerung im Jahre 33 gegen dieses System standen«*[7], kann als Baustein eines solchen Versuches gesehen werden, ein 'anderes', gutes Deutschland als Gegenbeweis für die von Goldhagen formulierten Vorwürfe zu zeichnen.

Auch die Relativierung deutscher Schuld, die mit Versuchen einhergeht, eine Mitverantwortung der verfolgten Jüdinnen und Juden am Holocaust zu suggerieren, scheint innerhalb linker Diskussionen nicht unvorstellbar zu sein. So zeigten die Reaktionen der Jungen Welt auf die Kritik an den Gollwitzern – *»Pressegeier über Gollwitz«* (Junge Welt, 6.10.1997) –, daß auch hier jüdische Kreise als Mitverursacher von Antisemitismus vermutet werden.

All jene anti-amerikanischen Vorstellungen, die bereits in der Friedensbewegung der 80er anzutreffen waren und zusammen mit der teilweise sehr »nationalen« Angst vor der Hochrüstung die massenhafte Unterstützung der Friedensbewegung begünstigten, scheinen heute in weniger verdeckten Formen diskutabel zu sein. Gerade auch die Bereitschaft von Teilen der Linken, diese offensiv zu einem nationalen Bekenntnis – *»wir können das auch Nachdenken über Heimat nennen«*[8] – zu bewegen, ist Hinweis genug auf Versuche, die deutsche Vergangenheit um jene Teile zu reinigen, die einer Selbstfindung und positiven Identifikation mit Deutschland entgegenstehen. Schließlich läßt sich die vom ND aufgeworfene Frage *»Wie national muß die Linke sein?«* nur ohne Bewußtsein für Auschwitz ernsthaft diskutieren. Dies allein ist Grund genug, allen nationalen Ambitionen innerhalb der Linken entschieden entgegenzutreten.[9]

Argumentationsweisen innerhalb der Linken, deren Nähe zu antisemitischen Weltbildern nicht von der Hand zu weisen sind, scheinen trotz einer mittlerweile verstärkten Selbstkritik weiterzubestehen. Während allerdings in Teilen der Internationalismusbewegung die Positionen bezüglich Israels deutlich verändert und frühere Fehler eingeräumt wurden, nehmen die Bekenntnisse zur nationalen Identität und damit die Verdrängungsversuche der deutschen Geschichte erschreckend zu. Gerade in der Berufung auf die deutsche Identität und den damit einhergehenden Antisemitismus bildet sich die Schnittstelle, an welcher der rege Autoren- und Gedankenaustausch zwischen der neurechten Jungen Freiheit und dem Neuen Deutschland ansetzen kann. Die deutliche Abgrenzung gegenüber solchen Annäherungen und nationalen Ambitionen wären Voraussetzungen für eine glaubwürdige Auseinandersetzung mit antisemitischen Stereotypen innerhalb der Linken. ■

1) vgl. Diner, Dan, Linke und Antisemitismus, in: Schneider, K.H: [Hg.], Solidarität und deutsche Geschichte, Berlin 1987 sowie Haury, Thomas, Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: Berlowitz, Shelley u.a. [Hg.], Antisemitismus in der Linken, Zürich 1994 und Kloke, Martin W., Israel und die deutsche Linke, Frankfurt 1994 und Wehmeier, Klaus, Vom linken Antizionismus zum deutschen Antimperialismus, in: Bahamas, Heft 20/1996

2) zit. nach Kloke, Martin W., Zwischen Ressentiment und Heldenmythos – Das Bild der Palästinenser in der deutschen Linkspresse, in: Zentrum für Antisemitismusforschung [Hg.], Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Frankfurt 1994

3) siehe dazu u.a. Jungle World Dossier »O Soli Mio !«, 04.11.1998

4) beide Zitate aus der Stellungnahme des Linksradikalen Anti-EU/WWG- Plenum, in: Jungle World Dossier, 04.11.1998

5) vgl. ak kassiber, Die Wiederkehr des »ewigen Juden« – Elemente des Antisemitismus 1996, in: Bahamas, Heft 20/1996

6) vgl. Küntzel, Matthias/Thörner, Klaus, Goldhagen und die deutsche Linke, Berlin 1997

7) Reinhard Kühnl in: Wessen Schuld? – Konkret-Debatte, Heft 6/1997, S.13 sowie Haury, Thomas, »Goldhagen gegen rechts verteidigen und von links kritisieren« – Die deutsche Linke in der Goldhagen-Debatte, in: Heil/Erb [Hg.], Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit - Der Streit um Daniel J. Goldhagen, Frankfurt 1998

8) Marcel Braumann, Korrespondent des Neuen Deutschland in einem Leserbrief an die Junge Freiheit, zit. nach: Salzborn, Samuel, Ostdeutsche Allianzen, in: konkret, Heft 12/1997, S. 17

9) vgl. Jungle World Dossier "Do you remember the days of November", 6.11.1997 und »Links & Rechts – Rechts & Links«, 4.12.1997

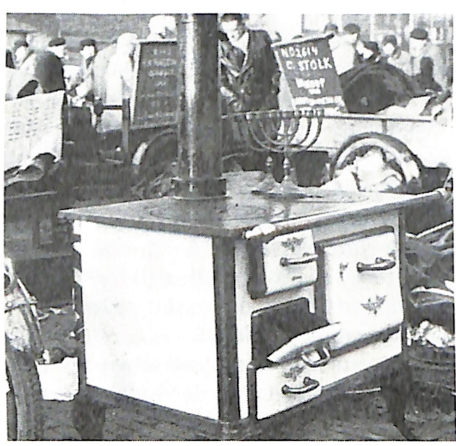
Anne Frank. 1929-1945« wird ein Anschlag verübt, bei dem Ausstellungsgegenstände zerstört werden. **März** Berlin: Es wird bekannt, daß die Zahl antisemitischer Beleidigungen und Bedrohungen in Berlin steigt. Im Jahr 1994 gab es 104 antisemitische Straftaten. Berlin: Parlamentarier von CDU, FDP und REP der Bezirksverordneten-Versammlung Berlin-Steglitz lehnen die von der SPD vorgeschlagene Einladung von israelischen Vertretern der Partnergemeinde Kiryat Bialik zur Einweihung eines Steglitzer Holocaust-Denkmals ab. **April** Sachsenhausen: Erneut Schmierereien in der Nähe der Gedenkstätte Sachsenhausen. **Mai** Berlin: In der jüdischen Gemeinde Adass Jisroel wird versucht einzubrechen. Es entsteht erheblicher Sachschaden. Finsterwalde: Der Friedhof der Gemeinde Klein Elster bei Finsterwalde wird geschändet. Die Grabsteine werden mit Davidsternen verschmiert. Berlin: Der Landesausschuß der JU bestätigt den Geschäftsführer Thomas Dorn trotz des antisemitischen Flugblattes zur Denkmals-Diskussion. Falkensee: In Falkensee werden zwei Mahnmale und eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus mit antisemitischen Parolen beschmiert. Falkensee: Zum zweiten Male innerhalb einer Woche wird die KZ-Gedenkstätte in Falkensee mit SS-Runen und Hakenkreuzen besprüht. **Juni** Berlin: Nach ewigem Hick-Hack wird das Mahnmal für die ermordeten jüdischen BewohnerInnen des Bezirks Berlin-Steglitz eingeweiht. Berlin: Der Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer der Gemeinnützigen Märki-

Sozialismus und Antisemitismus

Um den Antisemitismus in der deutschen Vergangenheit zu verstehen, braucht es auch eine Analyse der Behandlung der sog. »Judenfrage« durch die verschiedenen politschen Strömungen. Unser Gastbeitrag soll dazu dienen, das Verhältnis von Sozialismus und Antisemitismus zu beleuchten. Und in der Tat weist eine Analyse auf die Schwächen der pauschalen Erklärungen à la Goldhagen.

Ein Gastbeitrag von Prof. Moshe Zimmermann, Professor für Deutsche Geschichte an der Hebrew University Jerusalem

Der deutsche Sozialismus war spätestens seit der Reichsgründung ein Angriffsziel für Antisemiten. Die Tatsache, daß die als jüdisch bezeichneten Personen – Ferdinand Lasalle, Moses Heß, Karl Marx – prominente Sozialisten waren, war für konservative und reaktionäre Politiker Grund genug, um den Sozialismus bzw. die sozialistische Partei als »Judenpartei« anzugreifen und sie auf diese Art zu diskreditieren. Zu einer direkten Konfrontation kam es aber 1879, nachdem das Deutsche Reich die SPD verbot. Der Mann, der eine neue Partei gründete, um mit den Sozialisten zu konkurrieren, Hofprediger A. Stoecker, entdeckte die Judenfeindschaft als Mittel zum Zweck. Seine christlich-soziale Partei hatte bei den Wahlen 1878 den Einzug in den Reichstag verpaßt, und A. Stoecker schaltete um auf antijüdische Propaganda. Dieser Schritt zeigt, daß man den Sozialismus nun effektiver mit Hilfe der Judenfeindschaft – seit 1879 Antisemitismus genannt – bekämpfen kann. Von nun an ging es darum, wieder den Sozialismus als jüdische Angelegenheit zu bekämpfen oder gegen diesen Sozialismus, der in der SPD verkörpert war, mit Hilfe eines anderen, nationalen Sozialismus die Wähler zu gewinnen. Die Taktik der Antisemiten führte die SPD dazu, den Antisemitismus abzulehnen, ihn als *»Sozialismus der dummen Kerle«* zu bezeichnen. Die Versuchung, nach dem Beispiel des frühen Sozialismus und Frankreich selbst antisemitische Parolen und Argumente zu übernehmen, wurde abgelehnt, und zwar aus einem prinzipiellen Grund: Die Definition der Kernfrage der Zeit – der sogenannten »Sozialen Frage« – war bei Antisemiten und Sozialisten diametral entgegengesetzt: Für Antisemiten war die »Judenfrage« identisch mit der sozialen Frage, für die Sozialisten (d.h. hier für die SPD) war es die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus, der nicht mit jüdischem Kapitalismus gleichgesetzt wurde. Die Diskussion in der SPD um die Jahrhundertwende hatte eine klare politische Aussage hinterlassen: Für den Antisemitismus gibt es keinen Platz. Dabei muß man berücksichtigen, daß die politische Haltung der SPD nicht automatisch bei allen SPD-Wählern oder Mitgliedern jegliche antisemitische Stereotypen auslöschte. In Wort und Bild zeigen sich sozialistische Veröffentlichungen nicht unbedingt frei von den geläufigen judenfeindlichen Klischees.



Um solche Klischees loszuwerden, braucht man mehr als nur eine politische Richtlinie einer Partei. Als die Revolution 1918 ausbrach und die Weimarer Republik gegründet wurde, fielen die Überreste der institutionellen antijüdischen Diskriminierung weg, dank der SPD und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Zwar haben sozialistische Juden sich am Anfang der Republik profiliert, aber der Vorwurf von der *»Jüdischen Republik«* oder die Gleichsetzung des Judentums mit dem Sozialismus war unbegründet. Trotzdem konnte sich die bekannte Konfrontation wiederholen: Die Antisemiten greifen den Sozialismus (hier die Weimarer Republik) als »Judensache« an. Diesmal befand sich die Sozialdemokratie in Bedrängnis: Man war ein Grundpfeiler des »Systems« und Angriffsziel einer populären nationalen Opposition. Dies machte auch die Aufstellung von jüdischen Kandidaten für die SPD (aber auch für die KPD) schwierig. Kein Wunder also, daß die Sozialdemokraten, die sich in der Defensive befanden, die Reibungsflächen über die Nichtaufstellung von jüdischen Kandidaten zu reduzieren versuchten. Andererseits wurde der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus am stärksten von der SPD unterstützt, obwohl die Mehrheit der Juden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht SPD-Wähler waren. Als der Nationalsozialismus den politischen Kampf gewonnen hatte, hat er die Sozialisten (und Kommunisten) nicht nur brutal verfolgt, sondern auch über ihre Bezeichnung als »jüdisch« delegitimiert. Die SPD im Exil und im Widerstand hat die Diskriminierung und Verfolgung der Juden thematisiert und darüber ausführlich berichtet. Auch jetzt war die Haltung von Sozialdemokraten und Sozialisten zwar nicht immer frei von antisemitischen Äußerungen oder Stereotypen. Daraus aber zu schließen, daß auch die deutschen Sozialisten im antisemitischen Klima der 30er keine Ausnahme machten, ist falsch. Der prinzipielle Kontrast zwischen Antisemiten und Sozialisten in Bezug auf die »soziale Frage« hat die Tendenz bestimmt. Für Sozialisten und Sozialdemokraten war ein konsequenter Antisemitismus ein Widerspruch. ■

schen Baugenossenschaft e.G., Diethard Hasler, versendet den Geschäftbericht mit antisemitischen, rechtsextremistischen und revanschistischen Inhalten im Vorwort. **August** Potsdam: Die Polizei fahndet nach zwei Männern, die einen israelischen Touristen zusammengeschlagen haben. **Oktober** Berlin: Anschlag auf das Holocaust-Mahnmal am Anhalter Bahnhof. 5 von 16 Skulpturen werden zertrümmert. Das Mahnmal war erst am 30. Sept. dieses Jahres aufgestellt worden. Fürstenwalde: In Fürstenwalde wird ein jüdischer Friedhof mit Parolen wie Kampfgruppe Rudolf Heß und NS 88 geschändet. Berlin: Zum dritten Mal wird das Holocaust-Mahnmal am Anhalter Bahnhof geschändet. **November** Berlin: Ein neofaschistisches »Infotelefon« meldet, daß der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer bei einem wöchentlichen Sonntagsstammtisch in Berlin-Wannsee eine Untersuchungskomission gefordert hat, die die *»tatsächlichen Vorgänge«* in den KZ, sowie die Klärung der Kriegsschuldfrage aufklärt, *»damit wir Deutschen wieder frei atmen können«*. Berlin: Beim Verlag der Freunde (Sleipnir) und beim Verlags-Gesellschafter Peter Töpfer wird eine Durchsuchung wegen Volksverhetzung durchgeführt. **Dezember** Strausberg: Die Gedenktafel dem auf Jüdischem Friedhof in Strausberg wird geschändet. **1996, Februar** Berlin: Die Polizei nimmt sieben Rechtsextremisten fest. Gegen zwei wird Haftbefehl erlassen. Sie wollten eine kriminelle Vereinigung mit Namen Weißer Arischer Widerstand - Heimatschutzcor-

Sowohl gestern als auch heute:

Antisemitismus in der Schweiz

Mit der Debatte um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wurden in der Schweiz vermehrt wieder antisemitische Töne laut. Parallel zu dieser Zunahme erhielt die Justiz 1994 mit der Anti-Rassismus-Strafnorm ein Instrument in die Hände, das inzwischen häufig Anwendung findet. Die 1995 als Folge des Beitritts der Schweiz zur UNO-Konvention geschaffene «Eidgenössische Kommission gegen Rassismus» legt nun in einem Bericht dar, wie sich der Antisemitismus in den letzten Jahren in der Schweiz entwickelt hat.

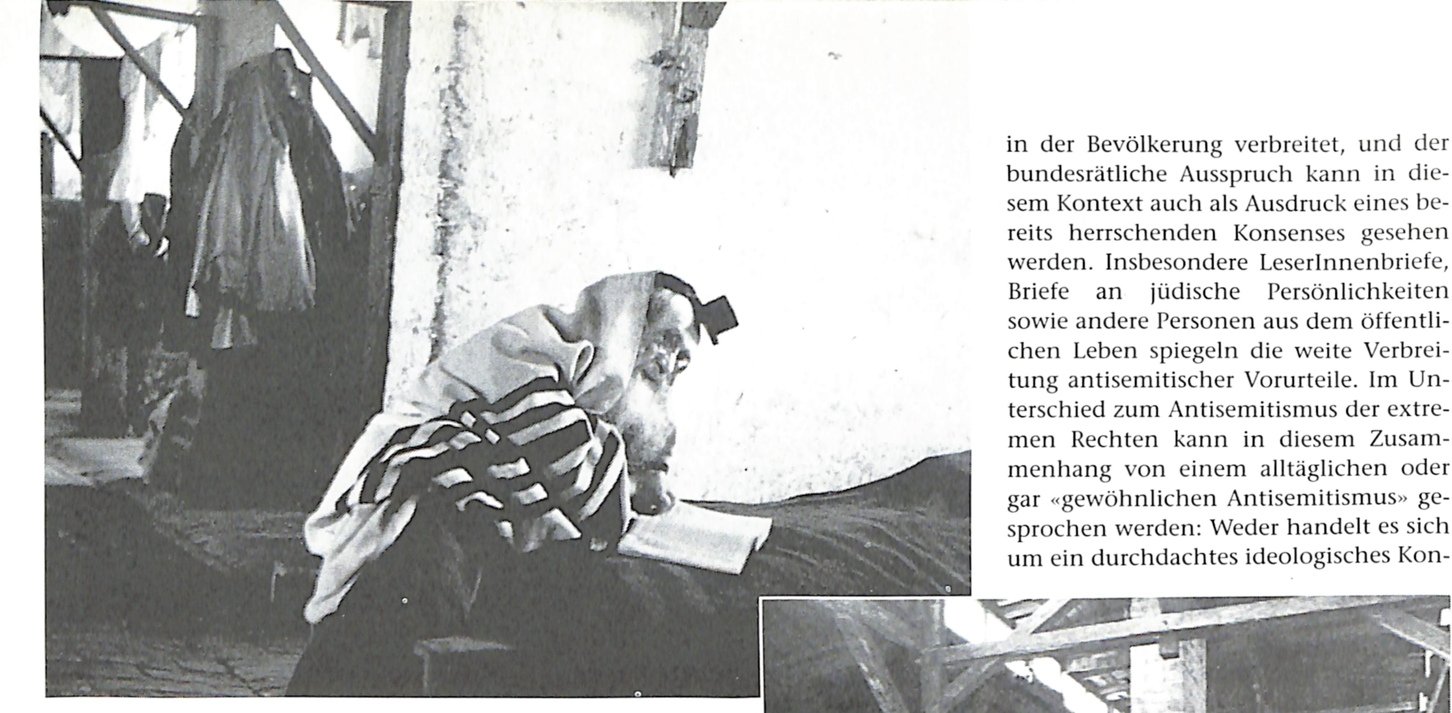
Der Zufall wollte es, daß ausgerechnet am vergangenen 9. November, dem 60. Jahrestag der von den Nationalsozialisten organisierten Pogrome gegen JüdInnen in Deutschland, die Rechtskommission des Schweizer Nationalrats beantragte, die Immunität von Rudolf Keller, Nationalrat und Zentralpräsident der rechtsextremen Schweizer Demokraten, aufzuheben, damit ein Strafverfahren in die Wege geleitet werden kann. In seiner Funktion als Parlamentarier und Parteivorsitzender hatte Keller im Sommer 1998 zu einem Boykott jüdischer Waren aufgerufen.[1] Trotz dieser eindeutigen Aussagen beantragt eine Minderheit der Rechtskommission, die Immunität nicht aufzuheben mit der Begründung, *«der Aufruf müsse als Teil jener heftigen Auseinandersetzungen gesehen werden, als die Schweiz massiv unter Druck kam und auch in der Öffentlichkeit teilweise gefragt wurde, ob sich denn niemand für das Land wehre»*.[2] Die Argumentationsweise der *«legitimen Verteidigung gegen Angriffe von außen»* ist eine in der schweizerischen Tradition des Antisemitismus wohlvertraute Figur, nicht nur in Bezug auf JüdInnen, sondern auf «das Fremde» schlechthin. In dieser Kontinuität steht auch die bis nach dem Zweiten Weltkrieg antisemitisch geprägte Flüchtlingspolitik. Der 1938 auf Wunsch der Schweiz in Deutschland und Österreich eingeführte J-Stempel in den Pässen jüdischer Menschen markierte am augenfälligsten, wie die rassistische Kategorisierung integraler Bestandteil schweizerischer Asylpolitik war. Diese wird heute noch weitergeführt. Nach 1945 manifestierte sich der Antisemitismus kaum mehr öffentlich. Sowohl in rechtsextremen Zirkeln als auch in weiten Teilen der Bevölkerung blieb dieses Gedankengut jedoch erhalten und konnte jederzeit in unterschiedlicher Form wieder an die Oberfläche treten. Zudem gibt es für diese Zeit keine umfassende Forschung. *«Man kann deshalb (...) nur vermuten, daß es, ähnlich wie in Deutschland, eine große desinteressierte Mehrheit gab, daß im Rahmen eines Generationenwechsels sich ein Teil der Antisemiten zu Gleichgültigen und ein Teil der Gleichgültigen zu Anti-Antisemiten wandelten»*.

1989 und die Folgen

Noch vor der aktuellen Debatte über die Befindlichkeit der Schweiz angesichts der konkreten Vorhaltungen zu Verfehlungen der eidgenössischen Politik im Zweiten Weltkrieg wurde von verschiedenen Gruppen versucht, Antisemitismus salonfähig zu machen. Diese Avancen erreichten jedoch nie eine breitere Resonnanz. Erst als 1989 die Schweiz in mancherlei Hinsicht um identitätsstiftende Elemente bangen mußte[3] und einige Grundpfeiler ins Wanken gerieten, wurde als Reaktion darauf gewalttätiger Rassismus offenbar, in dessen Folge auch antisemitische Töne an die Oberfläche kam. Unter anderem als Konsequenz aus den ersten gewalttätigen Übergriffen auf AsylbewerberInnen-Wohnheime wurde im Dezember 1989 das Antirassismus-Gesetz sowie der Beitritt zur UNO-Konvention gegen Rassendiskriminierung ratifiziert. Knapp fünf Jahre später wurde das Gesetz, nachdem die extreme Rechte erfolgreich das Referendum dagegen ergriffen hatte, der Stimmbevölkerung vorgelegt und mit schäbigen 54% Ja-Stimmen gutgeheissen.

Im Zuge dieses Referendumskampfes waren deutlich antisemitische Töne zu hören, bangten doch gerade jene Kreise um ihre sogenannte «Meinungsäußerungsfreiheit», die seit Jahren gegen eine *«jüdische Weltverschwörung»* und die *«Vernichtung der weißen Rasse»* ins Feld gezogen sind. Die größte und am breitesten abgestützte reaktionäre Lobbygruppe, die Aktion für eine unabhängige und neu-

ps gründen. Einer der Festgenommenen habe schon mehrere Straftaten verübt. Die Gruppe soll geplant haben, mit Brandsätzen Anschläge gegen Ausländer, jüdische Bürger und Linke zu verüben. **März** Potsdam: Die Polizei ermittelt eine 18jährige, die die Bilder in der Ausstellung »After Auschwitz« beschädigt hat. **April** Müncheberg: Der Neonazi Sven Ruda erhält in seiner Berufungsverhandlung wegen Friedhofsschändung in Müncheberg ein milderes Urteil, weil er sich vom Rechtsextremismus losgesagt habe. Nun muß er nur 19 Monate verbüßen. **Mai** Sachsenhausen: Jungnazis randalieren in der Gedenkstätte des KZ-Sachsenhausen und schießen in die Luft. Polizei nimmt einen 16jährigen fest. Sachsenhausen: Das Gästebuch der Gedenkstätte wird mit Naziparolen beschmiert. Sechs Jugendliche werden vorläufig festgenommen, eine 17jährige gibt die Schmiererei zu. **Juni** Berlin: Erneute Hausdurchsuchung beim Verlag der Freunde und in den Wohnungen von zwei Mitarbeitern wegen Volksverhetzung. Mehrere tausend Exemplare des Heftes Sleipnir werden beschlagnahmt. **Oktober** Velten: Am Rande eines Fußballspiels in Velten singen Jugendliche volksverhetzende Lieder, die Polizei nimmt zwei von ihnen fest. Berlin: Prozeß gegen Frank Schwerdt, Christian Wendt, Lutz Giesen unter anderem wegen Volksverhetzung. Neuruppin: Prozeß gegen einen 20jährigen, der ein Holocaust-Denkmal beschädigt hat. Oranienburg: Sieben Tage nach ihrer Einweihung werden Skulpturen, die



TRALE SCHWEIZ (AUNS), um den charismatischen Volksparteiler CHRISTOPH BLOCHER, wollte sich die Finger jedoch nicht verbrennen. Sie überließ das Feld, trotz Übereinstimmung in der Ablehnung dieses «Maulkorb-Gesetzes»[4], der extremen Rechten um die Holocaustleugner, wie etwa den St. Galler Arzt WALTER FISCHBACHER, die beiden Herausgeber der rechtsextremen Postillen MEMOPRESS und RECHT + FREIHEIT, EMIL RAHM und ERNST INDLEKOFER. Der sich Mitte der 90er manifestierende Antisemitismus wurde in erster Linie von den umtriebigen Gegnern der Antirassismus-Strafnorm vertreten. Über diesen beschränkten Kreis hinaus wurde dank eines breiten, wenn auch z.T. taktischen Konsens esder Regierungsparteien bis hin zur SVP, die sich die Finger nicht verbrennen mochte, nicht offen antisemitisch argumentiert.

Bundesrätliche Entschuldigung und Verunglimpfung

Anders bei der seit 1996 intensiv geführten Auseinandersetzung über die nachrichtenlosen Vermögen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges auf Schweizer Bankkonten. Das lange gehegte Bild von der «humanitären Tradition» der Schweiz konnte zwangsläufig nicht mehr länger aufrechterhalten werden. Die bereits am 7. Mai 1995, anläßlich der 50-Jahre-Gedenkfeier zum Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte Entschuldigung des damaligen Bundespräsidenten KASPAR VILLIGER[5] für die Zurückweisung von JüdInnen an der Grenze erschütterte diesen identitätsstiftenden Grundpfeiler der modernen Schweiz. Doch nur eineinhalb Jahre später waren vom inzwischen verstorbenen Volkswirtschaftsminister JEAN-PASCAL DELAMURAZ ganz andere Töne zu vernehmen.

Wenn angesichts der berechtigten Forderungen von jüdischen Organisationen selbst ein Regierungsmitglied von «*Erpressung*» spricht und sich rhetorisch fragt, ob Auschwitz in der Schweiz liege, ist einer antisemitischen Argumentationsweise derart Vorschub geleistet, daß die vorgehaltene Hand spätestens dann hemmungslos entfernt werden kann. Auch die darauf erfolgte Entschuldigung an den Präsidenten des jüdischen Weltkongresses vermag da nicht mehr viel auszurichten. Das Bild von den »geldgierigen Erpressern« war längst in der Bevölkerung verbreitet, und der bundesrätliche Ausspruch kann in diesem Kontext auch als Ausdruck eines bereits herrschenden Konsenses gesehen werden. Insbesondere LeserInnenbriefe, Briefe an jüdische Persönlichkeiten sowie andere Personen aus dem öffentlichen Leben spiegeln die weite Verbreitung antisemitischer Vorurteile. Im Unterschied zum Antisemitismus der extremen Rechten kann in diesem Zusammenhang von einem alltäglichen oder gar «gewöhnlichen Antisemitismus» gesprochen werden: Weder handelt es sich um ein durchdachtes ideologisches Konstrukt, das zum Erreichen bestimmter politischer Forderungen zurechtgelegt wird, noch ist er organisiert. Es sind BürgerInnen, die sich bei beliebigen Gelegenheiten entsprechend äussern. Damit soll eine als krisenhaft interpretierte Situation auf Kosten der JüdInnen bewältigt werden.

In dieser Hinsicht gleicht der aktuelle dem historischen Antisemitismus, indem JüdInnen zu TäterInnen konstruiert werden (im Fall der Schweiz: ErpresserInnen). Der altbewährte Abwehrreflex, das Einigeln, das ja schon gegen Hitler erfolgreich war, wird nun auch gegen die «*Unverschämtheit der Juden*» angewandt. So und ähnlich argumentiert manch ein Vertreter der Kriegsgene-

zur Erinnerung an die Holocaust-Opfer am Oranienburger Bahnhof aufgestellt wurden, teilweise schwer beschädigt. Oranienburg: Ein 19jähriger erhält im Schnellverfahren eine Geldbuße über 250 Mark, weil er ein Mahnmal des KZ Oranienburg beschädigt hat. **November** Berlin: Bombendrohung gegen das Centrum Judaicum in der Neuen Synagoge in Berlin-Mitte. **Dezember** Teltow: Eine jüdische Erbengemeinschaft will 850 Grundstücke am Berliner Ortsrand zurück haben, die von ihren Verwandten zwangsweise verkauft werden mußten. Eine Bürgerinitiative wehrt sich gegen die Erbengemeinschaft. Das Verwaltungsgericht-Potsdam lehnt Rückübertragungsansprüche ab. Die Verkäufe zwischen 1933-38 seien normale Grundstücksverkäufe gewesen. **1997, Januar** Berlin: Die CDU- und SPD-Abgeordneten der Berzirksverordneten-Versammlung in Berlin-Spandau lehnen Rückumbenennung der Kinkelstraße in Jüdenstraße ab. **Mai** Berlin: Der Vorsitzende der Deutschen Bahn AG Heinz Dürr räumt Mitschuld der Reichsbahn am Holocaust ein. Ein Mahnmal für 50.000 deportierte Juden wird nun endlich gebaut. Tel Aviv: Der Berliner Opern-Musiker Gerd Reinke unterschreibt in einem Hotel in Tel Aviv besoffen seine Rechnung mit »Adolf Hitler«. er wird fristlos entlassen. **Juni** Fürstenwalde: Der Jüdische Friedhof wird geschändet. **Juli** Berlin: Die BÜRGERINITIATIVE BESORGTER BÜRGER der CDU-Mitglieder GEORG KLAFFUS und ORTWIN KUHN, hetzt unter anderem gegen die Förderung jüdischer Einrich-

ration. Hitler und die Juden seien Bedrohungen für die Schweiz und müßten deshalb ferngehalten werden; und was sich in der Vergangenheit bewährt hatte, wird auch heute nützlich sein.

Der alltägliche Antisemitismus

Als Beleg für diese Tendenzen analysierte die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus in ihrem aktuellen Bericht «Antisemitismus in der Schweiz» die LeserInnenbriefeinsendungen an verschiedenen Tageszeitungen und findet dort die gesamte Palette an Antisemitismen. Eine immer wiederkehrende Rechtfertigung ist die Behauptung der SchreiberInnen, keinE RassistIn oder AntisemitIn zu sein, um danach das berühmte «Aber» zu zücken. Allen öffentlichen Äußerungen in der Art der LeserInnenbriefe ist gemeinsam, daß altbekannte Stereotypen bemüht werden. Nicht weniger erstaunlich ist, mit welcher Hartnäckigkeit sich Vorurteile selbst in der Berichterstattung der Massenmedien halten können. Mit dem Titel «*Wir und die Juden. Report: der Einfluss der Juden*» suggeriert das Hochglanz-Nachrichtenmagazin «Facts» in seiner Ausgabe 3/1997 einerseits einen Gegensatz zwischen Schweizern und Juden und andererseits einen speziellen Einfluß der Juden. Als eine Konsequenz solcher Berichterstattung und der Weidergabe von Vorurteilen läßt sich bei Meinungsumfragen denn auch zwischen den Jahren 1995 und 1997 ein signifikanter Wandel feststellen. Exemplarisch soll hier nur auf folgendes Ergebnis hingewiesen werden: In einer Umfrage des Soziologischen Instituts der Universität Zürich wurden Jugendliche u.a. gefragt, «*ob die Juden auf der Welt zu viel Einfluß hätten*». Stimmten dieser Frage 1995 bereits erschreckende 14 Prozent zu, so waren es 1997, nachdem in der Öffentlichkeit durch die Aussagen von PolitikerInnen und Medien das Terrain geebnet wurde, unglaubliche 31 Prozent. Diese krasse Zunahme ist kein Einzelfall, an Deutlichkeit jedoch kaum zu übertreffen.



Justiz bleibt nicht untätig

Praktisch parallel mit dieser Zunahme antisemitischer Äußerungen griff auch die Justiz härter durch und konnte Dank dem neugeschaffenen Strafgesetz-Artikel 261 etliche Urteile aussprechen. Seit Inkrafttreten der Antirassismus-Strafnorm sind bis zum Sommer vergangenen Jahres 100 Urteile bekannt (38 Verurteilungen und 62 Freisprüche oder Einstellungen). In 55 Fällen ist der Tatbestand antisemitisch motiviert. Den Befürchtungen, Holocaust-Leugner könnten Prozesse dazu nutzen, ihre Ansichten öffentlich wiederzugeben, wurde bereits 1995 mit einem Bundesgerichtsurteil der Riegel geschoben. Die höchste Schweizer Instanz meinte dazu in einem Verfahren gegen die Negationistin Mariette Paschoud: «*Die Forderung nach einem einzigen Beweis für die Existenz von Gaskammern ist angesichts des vorhandenen Beweismaterials absurd.*»

Nicht nur in Fällen von bekannten und notorischen Holocaust-LeugnerInnen kam es zu Verurteilungen. Auch im Bereich des «alltäglichen Rassismus/Antisemitismus» schritt die Justiz ein, so z.B. gegen LeserbriefschreiberInnen.

Wenn nun in einer der nächsten Sitzungen der eidgenössischen Räte über die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Präsidenten der Schweizer Demokraten verhandelt wird, damit er eventuell vor Gericht zur Verantwortung für seine antisemitischen Äußerungen gezogen werden kann, dann wäre dies zwar eine unübliche Angelegenheit, wurde doch das letzte Mal in den 30er Jahren die rechtliche Unantastbarkeit von Parlamentariern aufgehoben. Doch läge es in der Konsequenz der bisherigen Rechtsprechung, solche Äußerungen strafrechtlich zu sanktionieren. Gleichzeitig ist es aber auch Ausdruck eines Wettlaufs der Justiz gegen die Häufung antisemitischer Aussagen, denen mit strafrechtlichen Massnahmen alleine nicht beizukommen ist. ■

1) «*Heute appellieren wir an alle Schweizerinnen und Schweizer, sämtliche amerikanischen und US-jüdischen Waren, Restaurants und Ferienangebote solange zu boykottieren, bis diese gemeinen und völlig unberechtigten Angriffe und Klagen gegen die Schweiz (...) aufhören! Wir lassen uns nicht mehr erpressen und schreiten zur Tat!*» Niggli/Frischknecht, «Rechte Seilschaften» 1998, S. 456

2) Neue Zürcher Zeitung, 10. Nov. 1998

3) Neben den geopolitischen Umwälzungen, stellt das Jahr 1989 auch in einem spezifisch nationalen Kontext in der Schweiz eine Umbruchphase dar, die einen entscheidenden Einfluß auf die Neuformierung der politischen Rechten hatte. Die vier wichtigsten Ereignisse, die 1989 die politische Landschaft massgeblich beeinflußten waren: 1. Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee. 35% der Stimmberechtigten votierten für eine Auflösung der am meisten identitätsstiftenden Institution der Kriegs- und Nachkriegszeit. 2. Der Beschluß im Rahmen der Efta und EU Staaten über einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu verhandeln, legte eines der zentralen Themen fest, entlang dessen die (extreme) Rechte ihre Propaganda gegen eine wirtschaftliche und politische Öffnung schmieden konnte. 3. Die Verwicklung des ersten weiblichen Bundesratsmitglieds in undurchsichtige Geldwäschereigeschäfte ihres Mannes führte zu einer Krise der FDP als DIE staatstragende Partei. 4. Das Aufdecken der 900.000 sog. persönlicher «Fichen», Registrierungen des schweizerischen Staatsschutzes, führten zu einer weiteren schweren Vertrauenskrise gegenüber dem politischem System.

4) Dieser Begriff wurde vom international äußerst umtriebigen Alt-Nazi Gaston-Armand Amaudruz (*1920) geprägt, bevor er zum Standardausdruck breiterer rechtsextremer Kreise wurde.

5) Villiger entstammt einer Tabak-Unternehmerfamilie, die im «Dritten Reich» in Deutschland arisierte Besitztümer aufkaufte.

tungen in der BRD und die Einreise jüdischer Menschen. **August** Wittenberge: Eine Gruppe Neonazis beschimpft Reisende im InterCity Sophie Scholl Berlin-Hamburg mit antisemitischen Parolen. **September** Berlin: Auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Prenzlauer Berg werden 28 Grabsteine zerstört. **Oktober** Jüterbog: Ein antisemitischer Jugendlicher aus Jüterbog wird wegen mit Hakenkreuz-, SS-Runen- und »Jude«-schmierereien auf dem Friedhof, an der Kirche und dem Jugendclub Jüterbogs festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wird antisemitische Propaganda gefunden. Frankfurt/Oder: Diverse Partei- und Gewerkschaftsbüros werden mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. Berlin: Der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee wird geschändet. **November** Berlin: Mehrere Berliner Behörden bekommen nazistische, antisemitische und rassistische Hetzschriften aus Japan zugesandt. Berlin: Auf das Schaufenster eines Geschäftes wird ein Davidstern und »Achtung Jude« geschmiert. Oranienburg: Antisemitische Schändung der Gedenktafel für die jüdischen Opfer der Nazibarbarei in Oranienburg. Oranienburg: Der Jüdische Friedhof in Oranienburg wird geschändet. Berlin: Ein 19jähriger Soldat aus Berlin pöbelt Passanten als »Ruhrpottkanaken und Juden ab ins Gas« in der U-Bahn an. Oranienburg: Eine Gruppe Berliner Skinheads randaliert in der Gedenkstätte Sachsenhausen und beschimpft Besucher. Neun einschlägig bekannte Skinheads zwischen 14 und 19 Jahren werden festgenommen.

Der Antisemitismus in der »kommunistischen« Partei Rußlands

»Klasse und Rasse«

Am 4.Oktober 1998 fand in Moskau eine Kundgebung der kommunistischen »Opposition« statt. Die Veranstaltung war den Opfern der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament 1993 gewidmet. Den Rücktritt von Präsident Boris Jelzin und den Sturz des »*volksfeindliches Regimes*« fordernd, erinnerte das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russischer Föderation (KPRF) General a.D. Albert Makaschow an die Ermordung des oppositionellen Generals Lew Rochlin. Makaschow erklärte den Anwesenden, daß er sich nicht so einfach umbringen lasse und einige Dutzende der »Jidden« (russisches Schimpfwort für Juden) mit ins Grab nehmen werde. Diese Aussage von Makaschow löste in der Presse viele kritische Reaktionen aus. Verschiedene Fernsehsender zeigten mehrfach diesen Ausschnitt seiner Rede und befragten ihn zu seiner Position gegenüber Jüdinnen und Juden. Trotz der eindeutig ablehnenden Berichterstattung wurde der in letzter Zeit wenig bedeutende Politiker damit in den Vordergrund gerückt und ihm eine Plattform für seine antisemitische Propaganda geliefert.



Obwohl Makaschow nur am Rande der Parteispitze steht, stellen seine Positionen leider keine Ausfälle einer Einzelperson dar: Der Chef der KPRF Gennadij Sjuganow wollte seinen Parteigenossen nicht einmal tadeln. Die Parteiführung nannte Makaschows Rede »*nicht ganz gelungen*« und versuchte, diese als Makaschows persönlichen Standpunkt darzustellen. Offiziell ließ die KPRF verlautbaren, die Haltung der Partei zur »nationalen Frage« sei in ihrem Programm zu finden, dem alle Mitglieder zu folgen hätten. Die Partei verhängte keine Sanktionen gegen Makaschow.

Erst einen Monat nach Makaschows Auftritt wurde das Verhalten des Abgeordneten Makaschow in der Duma behandelt. Die Resolution, die die Ablehnung der Duma von Makaschow ausdrücken sollte, war nach den Worten ihres Initiators Stanislaw Goworuchin (auch er ein Nationalist) »*harmlos und ganz rücksichtsvoll*«. Trotzdem wurde sie von einer Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Die Fraktion der KPRF, die dagegen stimmte, erklärte dies damit, daß eine umfassende Resolution über die »*zwischennationalen*« Beziehungen (hier sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen »Nationalitäten« innerhalb Russlands gemeint) vorbereitet werden müsse. Dabei benutzten einige der Parlamentarier im Laufe der Diskussion offen antisemitische Parolen, z.B. »*die Zionisten diktieren ihre Politik sowohl dem Fernsehen als auch vielen Regionen Rußlands*«.

Einer der Abgeordneten, die diese Resolution vorbereiteten, war Viktor Iljuchin von der KPRF, Vorsitzender des Komitees für Sicherheit der Duma. Somit ist es nicht verwunderlich, daß Makaschow in der Resolution gar nicht erwähnt wurde: Derselbe Iljuchin beschuldigte bei einer Ausschuß-Sitzung in der Duma den Präsident des Genozids an der Bevölkerung Russlands. Iljuchin sagte, das russische Volk[1] hätte wesentlich weniger gelitten, wenn »*in der Umgebung von Jelzin die Vertreter der Grundnation vorgeherrscht hätten und nicht nur die Vertreter der jüdischen Nation*«. Die Vertreter der KPRF-Fraktion behaupteten, daß die

Gollwitz: Günter Roersch verteilt antisemitische und rassistische Propaganda in Gollwitz. Er hatte 1993 Bundespräsident Richard von Weizäcker in Hamburg in das Gesicht geschlagen. **Dezember** Berlin: Bei einer Podiumsdiskussion im Haus der Demokratie, unter anderem mit dem Bürgermeister von Gollwitz und dem Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Nachama, pöbeln Rechte mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Zwischenrufen. Berlin: Das Mahnmal für die deportierten Juden in Berlin-Mitte wird beschädigt. **1998, Januar** Teltow: Das Verwaltungsgericht Potsdam entscheidet, daß die umstrittenen Grundstücke in Teltow-Seehof von den jüdischen Vorbesitzern nicht aus Verfolgungsdruck heraus verkauft wurden. Gollwitz: Bürgermeister Andreas Heldt greift verbal Ignatz Bubis an. **Februar** Berlin: Es wird bekannt, daß es im Jahr 1996 in Berlin 96 antisemitische Delikte gab. 1995 waren es 79. Sachsenhausen: Zwei Männer grölen in Sachsenhausen rechtsradikale Parolen. Es werden im Gästebuch rechtsradikale Sprüche entdeckt. **März**, Brandenburg: Der Jüdische Friedhof in Havel wird geschändet. 200 Hools gröhlen zuvor am Bahnhof antisemitische Lieder. Sechs von ihnen werden festgenommen. Berlin: Vier Jugendliche aus Königs Wusterhausen und Berlin-Spandau im Alter von 16 bis 17 Jahren werden festgenommen. Sie haben in der Gedenkstätte des KZ-Sachsenhausen randaliert. Berlin: Das erst im Februar wieder eröffnete Mahnmal für die deportierten Juden in Berlin-Mitte, wird er-

führenden Fernsehensender nicht objektiv über die Tätigkeit der Duma berichten würden und begannen eine Kampagne gegen die Pressefreiheit, die mit der angeblich *»grenzenlosen Willkür«* der Massenmedien begründet wurde.

Bei einer Pressekonferenz am 27.Oktober antwortete Sjuganow auf eine Frage zum Antisemitismus seiner Partei, seine Partei predige den Internationalismus. Aber die wachsende Unzufriedenheit über die »nationale Frage« sei zu verstehen. Sjuganov benutzte hier eine bei den National-Patrioten[2] (u.a. bei einigen KPRF-Mitglieder) populäre These über ein Übermaß von Juden und Jüdinnen in der Regierung und ihre angeblich räuberischen Aktivitäten. Diese Propaganda ist insbesondere gegen die liberalen Politiker, die Anhänger der marktwirtschaftlichen Reformen sind, gerichtet. Sjuganow versucht gleichzeitig – nicht ohne die Mitwirkung der Presse – sich ein Image als europäischer Sozialdemokrat aufzubauen.

Antisemitismus ist nicht nur der Moskauer Spitze der KPRF eigen. So traten in einem Prozeß gegen das RNE-Mitglied[3] Semjonow in Oriol, der u.a. wegen antisemitischer Propaganda angeklagt wurde, bekannte örtliche Kommunisten zu seiner Verteidigung auf.

Alle diese Ereignisse sind vor dem Hintergrund des schon begonnenen Wahlkampfes zu sehen. Bei den Wahlen zur Duma im Dezember 1999 haben Iljuchin und Makaschow vor, mit einer eigenen Parteiliste, der Bewegung zur Unterstützung der Armee, aufzutreten und nationalistischen Wähler anzuziehen. Viele Menschen waren wegen der eindeutig ablehnenden Haltung der bürgerlichen Massenmedien gegen Makaschow überrascht. Die KPRF kann sich trotz alledem der Unterstützung ihrer AnhängerInnen gewiß sein. Die Aufforderungen zu Sanktionen gegen die KPRF seitens der Kreml-nahen PolitikerInnen sind für sie zum »Beweis« der Oppositionsrolle der KPFR geworden. Die Befürchtungen mancher Funktionäre, die Ausfälle Makaschows könnten der KPRF schaden, scheinen sich nicht zu erfüllen. Als eindeutig negative Folge wird nur das schlechte Image der KPRF in Europa bleiben.

Dasselbe kann man auch über die politischen Gegner der KPRF sagen. Der Aufschrei der Presse, öffentlich gezeigte Empörung und die Aufforderung, die Partei zu verbieten, sind nicht zufällig. Dadurch bestärken sich die Demokraten in ihrer Rolle als Hüter liberaler Werte. Es ist unwahrscheinlich, daß sie sich wirklich wegen der frendenfeindlichen Äußerungen Sorgen machen. Neben antisemitischen Positionen sind in den letzten Jahren auch antikaukasische Haltungen viel offener vertreten worden. Dieselben Politiker, die den Antisemitismus der KPRF zu Recht scharf kritisieren, stört die Diskriminierung der Menschen aus dem Kaukasus und Mittelasien nicht. Das hängt vor allem mit der Strategie zusammen, durchschnitliche liberale Wähler, denen die »Kaukasierphobie« durchaus nicht fremd ist, bei der Stange zu halten.

Die KPRF sowie die Bewegung zur Unterstützung der Armee sind Mitglieder einer Vereinigung namens Volkspatriotische Union Russlands, zu denen auch kleine, offen stalinistische Parteien wie z.B. Werktätiges Russland von W. Anpilow gehören. Am Geburtstag von Stalin Ende Dezember letzten Jahres veranstaltete die KPRF-nahe Zeitung »Sawtra« *»unser russisches Frontfest«*. Dort wurde Makaschow mit dem »Stalin-Stern-Orden« ausgezeichnet, der von der Zeitung und einer anderen Organisation gestiftet wurde. Der dankbare General erinnerte die Anwesenden an die *»Gefahr des Zionismus«* und versprach: *»Wir bauen eine Bewegung zur Befreiung Rußlands auf«*.

Stalin als Symbol des »antizionistischen Kampfes« zu nutzen, ist kein Zufall. Schon in den dreißiger Jahren vollzog sich in der Sowjetunion der Übergang von der Ideologie des proletarischen Internationalismus zum »sowjetischen Patriotismus«, der eine Art Großmachtchauvinismus darstellte. Der staatliche Antisemitismus fand seinen Höhepunkt im sog. »Ärzteprozeß«. Dutzende jüdischer Ärzte wurden 1938 verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, ein Komplott zur Vergiftung ihrer Patienten (u.a. die Mitglieder des Zentralen Kommitees und auch Stalin selbst) geschmiedet zu haben. Nach Stalins Tod wurde die Hetze eingestellt.

Doch schon in den sechziger Jahren trat Antisemitismus wieder verstärkt in einigen Zeitungen und an Hochschulen auf und begann, die Kaderpolitik zu beeinflussen. Dabei wurde die Existenz der jüdischen Religion und Kultur in der Sowjetunion verschwiegen. In der Propaganda gab es zwar keine offenen Angriffe gegen Juden und Jüdinnen; da ihre Existenz einfach geleugnet wurde, konnte es eben auch keinen Antisemitismus geben. Gleichzeitig wurde der Antizio-

neut beschädigt. **April** Köpenick: Flugblatt einer Neonazi-Kameradschaft hetzt gegen das geplante Holocaust-Denkmal. Sachsenhausen: Zwei 18jährige Berliner werden festgenommen. Sie haben vor der Gedenktafel in Sachsenhausen Hitler-Gruß gezeigt und das Gästebuch beschmiert. **Mai** Berlin: Die Berliner CDU lehnt das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas ab. Berlin: Es häufen sich die persönlichen Drohbriefe an Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Berlin. Berlin: Das Denkmal für das Jüdische Altenheim in Berlin-Mitte wird zum dritten Mal geschändet. **Juni** Berlin: Im Jahresbericht für 1997 werden keine Angaben über antisemitische Straftaten gemacht. **August** Berlin: Ein orthodoxer Jude aus Israel wird am Kurfürsten-Damm in Berlin-Charlottenburg angepöbelt und bespuckt. Die Polizei greift nicht ein. Nur aufgrund öffentlicher Empörung werden Ermittlungen eingeleitet, auch gegen die Polizeibeamten. Marzahn: In Seehausen, Blönsdorf, Schönefeld (Kreis Teltow-Fläming) und Marzahn werden antisemitische Flugblätter verteilt. **September** Gollwitz: Die Gemeinderatsversammlung des brandenburgischen Dorfes Gollwitz beschließt einstimmig, keine jüdischen AussiedlerInnen aus der ehemaligen UdSSR aufzunehmen. Der Hamburger Günter Rörsch wird wegen Volksverhetzung zu drei Monaten Haft verurteilt. Er hatte in Gollwitz Flugblätter gegen die Aufnahme der Juden aus der ehemaligen UdSSR gehetzt. Berlin: Der Bund freier Bürger (BfB) macht eine Kundgebung gegen das ge-



nismus zu einem wichtigen Faktor der Außen- sowie der Innenpolitik der UdSSR. Die heutige KPRF ist eine treue Nachfolgerin der damaligen KPdSU und handelt im Rahmen derselben Ideologie, die dem »proletarischen Internationalismus« und der »sowjetischen Heimat« den *»Zionismus, Kosmopolitismus und Kapitalismus«* gegenüberstellte. Andererseits wurde in der Sowjetunion der »Nationalextremismus« verfolgt, da er aus dem Rahmen der offiziellen Ideologie fiel. So wurden z.B. die Führer einer der ersten nationalistischen Organisationen, VSHSON, 1967 jeweils zu mehreren Jahren Haft verurteilt.

Jetzt droht man den »Extremisten« immer noch mit staatlicher Repression, doch tatsächlich treten sie ganz offen auf, ohne daß sie Folgen zu befürchten haben. Noch weniger haben die Antisemiten von der KPRF zu befürchten, die im Parlament sitzen und zum politischen Establishment gehören. Erstmals wurde jetzt ein Strafverfahren gegen den Redner einer Kundgebung am 4. Oktober nach dem Artikel 280 StGB eingeleitet, mit dem öffentliche Aufrufe zum gewaltsamen Sturz der Verfassungsordnung verfolgt werden. Obwohl die Straftatbestände des Artikel StGB 282 – *»Aufhetzung zum Nationalitäten-, Rassen- und Religionshaß«* – viel offensichtlicher waren, wurde diese Norm nicht angewendet. Erst im Januar diesen Jahres, also drei Monate nach dem Vorfall, kündigte die Generalstaatsanwaltschaft den Anfang eines neues Verfahrens an – diesmal gegen Makaschow persönlich und nach Artikel 282. Den General brachte diese Nachricht nicht in Verlegenheit. Sogar im – sehr unwahrscheinlichen – Fall einer offiziellen Anklage durch die Staatsanwaltschaft, werden ihm seine Kollegen in der Duma die Immunität sicherlich nicht entziehen.

In den regierenden Kreisen Rußlands gilt es heute fast als unanständig, kein Großmacht-Patriot zu sein. Parolen wie *»Rußland war und bleibt eine Großmacht«* gehören zum guten Ton, mit ihnen sind Kommunisten, »Zentristen« sowie sog. »Sozialdemokraten« einverstanden. Der Moskauer Bürgermeister und einer der Favoriten bei der Präsidentenwahl Luzshkow, der sich selber gerne als »Linkszentristen« und »Sozialdemokraten« bezeichnet, gewinnt erfolgreich politisches Gewicht mit nationalistischen Parolen. Seine Vereinigung Vaterland arbeitet an einer ideologischen Plattform, die die Grossmachtideologie mit demokratischen Werten und den Menschenrechten vereinigen soll. Einerseits mißbilligt Luzshkow die Positionen Makaschows und untersagte die Durchführung des RNE-Parteitags in Moskau. Andererseits wird die kaukasische Bevölkerung in dem von ihm regierten Moskau ständig diskriminiert, und rassistische Paßkontrollen sind an der Tagesordnung.

Für die politische Situation im heutigen Rußland ist ein rechter Konsens charakteristisch. In der Tat vertreten sowohl die KPRF als auch Vaterland und die Regierung Primakow konservative Ansichten und schützen die »nationalen Werte«. Die russischen Kommunisten werden zwar traditionell der Opposition zugerechnet und »Linke« genannt, sind aber eigentlich eine typisch rechte Partei, deren Vertreter Regierungsmitglieder und hohe Staatsbeamte sind. Die antisemitischen Ausfälle Makaschows und seiner AnhängerInnen im Wahlkampf nutzten sowohl der KPRF als auch ihren Gegnern. Es ist beunruhigend, daß nationalistische Sprüche die Gewinnchancen der etablierten Parteien fördern. Der Erfolg wird sicherlich den Willen zur Wiederholung stärken, und wir werden aus Rußland wohl weiterhin die Aufforderungen zur »national-proportionalen Vertretung«, zur Bekämpfung der *»jüdischen Weltverschwörung«* und der *»schwarzen Krämervölker«* zu hören bekommen. ■

1) Hier geht es nur um Russen (zur Bevölkerung Rußlands gehören auch die Angehörigen anderer Völker)
2) Eine (Selbst)bezeichnung der Nationalisten und der radikaleren Anhänger der Großmachtideologie.
3) RNE – Russische Nationale Einheit, offen nationalistisch und neonazistisch auftretende Partei, s. AIB Nr. 44, S. 62.

Der Artikel wurde dem AIB von antifaschistischen FreundInnen aus der GUS zur Verfügung gestellt



plante Holocaustdenkmal. BfB-Sprecher Markus Roscher findet, daß es wichtig ist, daß überhaupt mal jemand gegen das Mahnmal protestiert. **Oktober** Rathenow: An verschiedenen Hauswänden werden antisemitische Schmierereien entdeckt. **November** Berlin: Das Mahnmal für die deportierten Juden auf der Putlitzbrücke in Berlin Tiergarten wird wiederholt beschmiert. Berlin: Der Jüdische Friedhof in Berlin-Prenzlauer Berg wird geschändet. Berlin: Der 40jährige japanische Immobilienmakler Kazuaki N., wird festgenommen. Er soll volksverhetzende Schreiben an in der BRD akkreditierte Mitarbeiter von Botschaften und Konsulaten sowie deutsche Abgeordnete geschickt haben. Seit 1996 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen unbekannt. Er habe Hunderte von Briefen verschickt. In englischer und deutscher Sprache soll er zum Töten von Juden aufgerufen haben. N. spricht von »deutschen Helfern« die ihn angeregt haben, die Briefe auch an deutsche Institutionen und Parteien zu senden. Berlin: Unbekannte treiben über den Alexander-Platz in Berlin-Mitte ein Schwein, welches sie mit dem Namen »Bubis« und einem Davidstern beschmiert haben. **Dezember** Berlin: Der Gedenkstein für jüdische NS-Opfer in Berlin-Mitte wird zum wiederholten Mal zerstört. **1999, Januar** Berlin: Sprengstoffanschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin Heinz Galinski. Die mehr als eine Tonne schwere Grabplatte wird in mehrere Teile gesprengt.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Gemeinsame Beilage von Antifaschistisches Infoblatt, Arranca!, GewerkschafterInnen gegen Rassismus und ZAG-antirassistische zeitschrift

Doppelte Herausforderung

Nur der gleichberechtigte Zugang zu ökonomischen Ressourcen und die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen ein Zusammenleben ohne Diskriminierungen. Wir begrüßen jede Initiative, die in die Richtung geht, den ImmigrantInnen in Deutschland gleiche Rechte zu verschaffen. Für Millionen von Menschen, die hier geboren sind oder seit Jahren hier leben, wäre die erleichterte Einbürgerung durch Hinnahme der Doppelten Staatsbürgerschaft ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Von dem vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft kann eine gewisse Signalwirkung ausgehen.

Von dem vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft kann eine gewisse Signalwirkung ausgehen. Die deutsche Gesellschaft würde signalisieren, daß sie beginnt, die Tatsache zu begreifen, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und der Mythos von "ethnisch reinen" Staaten und Nationalmannschaften immer absurder geworden ist.

Nach allen Schätzungen wird es so sein, daß spätestens in der nächsten Generation die ImmigrantInnen in Städten wie Frankfurt oder München fast die Hälfte der Bevölkerung stellen werden. Allein das zeigt, wie überfällig ein Staatsbürgerschaftsrecht ist, das wenigstens den westeuropäischen Standards entspricht. Denn abgesehen von Deutschland hat kein anderes Land in Westeuropa ein Staatsbürgerschaftsrecht, das ausschließlich auf dem völkisch geprägten Abstammungsrecht ("Blutsrecht") basiert. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Einbürgerungsrechtes ist insofern ein Fortschritt, als anerkannt werden soll, daß die hier geborenen Menschen das Recht haben, deutsche Staatsbürger zu werden. Das noch von 1913 stammende Blutsprinzip (Jus sanguinis) wird immerhin zugunsten des Gebietsprinzips (Jus soli) aufgeweicht, jedoch nicht abgeschafft.
Dies ist der eigentliche Kern der Auseinandersetzung um die Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts. In diesem Sinne ist auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu kritisieren. Sowohl in der zunächst vorgelegten Fassung, und noch weniger in dem jetzt als Gesetzentwurf präsentierten sog. FDP-Options.-Modell geht er nicht weit genug. Neben Erleichterungen bei der Einbürgerung für eine jüngere MigrantInnengeneration beinhaltet er gleichzeitig eine Reihe von Verschärfungen der Zugangsbeschränkungen zu einem deutschen Paß.
Von einer Reform zugunsten einer Normalisierung der doppelten Staatsbürgerschaft kann keine Rede mehr sein. Selbst die SPD und die Grünen räumen ein, daß sie dem Druck der CDU/CSU gewichen und weit hinter den eigenen Ansprüchen zurckgeblieben sind. Von Politikerseite heißt es jetzt beschönigend, die „Zielrichtung ist erfüllt„ oder es handele sich um einen „ersten Schritt„. Dabei ließ schon das reflexartige Zurückweichen der Bundesregierung nach dem, einer rassistischen Kampagne der CDU geschuldeten Wahlsieg in Hessen, wenig Gutes erwarten.



Es ist davon auszugehen, daß die CDU/CSU-Kampagne gegen die Doppelte Staatsangehörigkeit gerade nach dem Erfolg in Hessen und der Einigung auf das „FDP-Modell„ weitergehen wird. Sie muß als das angegriffen werden, was sie ist: Eine rassistische Mobilisierung, die unseren Widerstand notwendig macht. Auch wenn ein Bekenntnis zur Integration vorgeschoben wird, verstehen wir doch sehr genau, um was es geht. Die Unionsparteien mobilisieren über Haß und Ausgrenzung. Sie polarisieren die Gesellschaft auf dem Rücken der ImmigrantInnen und leisten neofaschistischen Positionen Vorschub. Der ausgelaugten "Volkspartei" geht es um Macht. Hier sind die gleichen Demagogen und brandstiftenden Biedermänner am Werk, die schon die de-facto-Abschaffung des Asylrechts in den Jahren 1991 bis 1993 erzwangen - mit Tausenden von Brandanschlägen, Körperverletzungen, Überfällen, mit den Morden von Mölln und Solingen.

Die Unionsparteien mobilisieren über Haß und Ausgrenzung.

In einer Welt, die ihre grundlegenden Probleme nur solidarisch lösen kann, ist die Abschottung von Staaten gegen andere Menschen und Kulturen anachronistisch und mehr als rückwärtsgewandt. Sie wird durch die zukünftige Entwicklung der Einwanderung absurd werden. Mit diesem Prozeß der Immigration konstruktiv umzugehen, liegt im Interesse aller hier lebenden Menschen. Denn in einer demokratischen und zivilen Gesellschaft sollten unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen und Auffassungen selbstverständlich sein. Auch wenn wir in Deutschland davon noch weit entfernt sind, gibt es dazu keine Alternative.
Die Diskriminierungen der ImmigrantInnen haben im Laufe der Jahre ihre Spuren hinterlassen - es ist höchste Zeit, diesen Prozeß zu stoppen. Dabei wäre die Erleichterung der Einbürgerung kein Patentrezept, sondern nur ein kleiner Schritt, da viele der Diskriminierungen im Alltag stattfinden. Wir denken, daß ein Antidiskriminierungsgesetz in Abstimmung mit den ImmigrantInnen genauso nötig ist wie antirassistische Erziehung der Jugend und der deutschen Bevölkerung. Wir sind der Überzeugung, daß es genauso an uns liegt, für eine Situation zu arbeiten, in der es möglich wird, gemeinsam unsere Stadtteile zu gestalten und uns gemeinsam gegen schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen zu wehren.

Dabei wäre die Erleichterung der Einbürgerung kein Patentrezept, sondern nur ein kleiner Schritt,

Mogelpackung Doppelte Staatsbürgerschaft?

Die parlamentarischen Debatten, die Diskussionen auf den Feuilletonseiten und die Wortmeldungen der Meinungsmacher zur Doppelten Staatsbürgerschaft gehören nicht zu den üblichen politischen Scheingefechten. Es geht um mehr als ein eingebürgertes WählerInnenpotential der einen und den damit verbundenen Machtverlust der anderen Seite. Die erleichterte Doppelte Staatsbürgerschaft öffnet vor allem den ZuwanderInnen der zweiten und dritten Generation einen Weg aus vielen bürokratischen Schwierigkeiten wie Erb-, Aufenthalts- und Wehrrecht. So ebnet sie den Weg zu einer vermehrten Einbürgerung, die das völkische Abstammungsprinzip des Grundgesetzes in der Realität zunehmend ad absurdum führen wird und die Position der MigrantInnen stärken kann. Darüber hinaus könnte langfristig eine Hinwendung zu einem, etwa am Beispiel Frankreichs orientierten, republikanischen Staatsangehörigkeitsrecht möglich werden.
Dies sollte im Umkehrschluß jedoch nicht dazu führen, sich lediglich für die Durchsetzung der Doppelten Staatsbürgerschaft zu engagieren. In den öffentlichen Diskussionen und in den vielfältigen Aktivitäten der letzten Wochen sind entscheidende Aspekte antirassistischer Politik ausgeblendet worden: Auch wenn die Hinnahme der Doppelten Staatsbürgerschaft den Schritt, sich einbürgern zu lassen, erleichtern wird, sollte sie als Minimalforderung begriffen werden. Nicht allein deshalb, weil nur wenige der in der Bundesrepublik lebenden MigrantInnen und deren Nachkommen darüber gleiche Rechte erlangen können. Flüchtlinge und Illegalisierte und all diejenigen, die die Kriterien für die Einbürgerung nicht erfüllen, werden auch weiterhin vom Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Ressourcen ausgeschlossen bleiben.
Außerdem ist die Doppelte Staatsbürgerschaft bereits jetzt nicht nur gängige Praxis, sondern unter bestimmte Bedingungen ohnehin gesetzlich legitimiert. So sind Kinder aus binationalen Ehen zumeist Angehörige zweier Staaten. Verfolgte des Naziregimes und AussiedlerInnen haben einen Anspruch auf einen deutschen Paß, ohne ihren bisherigen abgeben zu müssen. Bei der Einbürgerung wird die Doppelstaatsangehörigkeit dann hingenommen, wenn die Gesetze des Herkunftslandes eine Entlassung aus der Staatsangehörigkeit nicht erlauben oder diese an unzumutbare Bedingungen geknüpft wird. Dies trifft insbesondere auf die türkischen MigrantInnen in Deutschland zu, die de facto und offiziell auch nach bisheriger Rechtslage bei der Einbürgerung ihren türkischen Paß behalten konnten. Dies führt noch einmal die Absurdität der CDU-Kampagne vor Augen und verdeutlicht, daß es ihr in erster Linie nicht um die Doppelte Staatsbürgerschaft, sondern um das Schüren von Rassismus und das Festklammern am völkischen Blutsrecht geht.

Wenn selbst nach langjährigen Diskussionen nicht mehr bei einem Gesetzentwurf herauskommt, zeigt das nur, wie tief das Abstammungsprinzip in den Köpfen verankert ist.

Verschärfungen und Fallstricke

Die geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts enthält allerdings nicht nur Verbesserungen, die sich vorwiegend auf die Herabsetzung der notwendigen (rechtmäßigen!) Aufenthaltsdauer beschränken, sondern auch Verschärfungen. Bei „selbstverschuldetem„ Bezug von Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird der Antrag auf Einbürge-

Zudem wäre es auch denkbar, für einen Erwerb bürgerlicher Rechte zu plädieren, der nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist.

rung abgelehnt, was de facto bedeutet, die AntragstellerInnen müssen nachweisen, daß sie nicht „selbstverschuldet„ auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Die Dimension dieser Vorgabe wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß der Anteil der Arbeitslosen unter ImmigrantInnen überproportional hoch ist. Die Unterhaltsprüfung gilt bereits für Jugendliche ab 19 Jahren, nicht wie bisher ab dem 23. Lebensjahr. Verlangt wird außerdem ein schriftliches Bekenntnis zum Grundgesetz. Und seit den kurdischen Protesten gegen die Entführung von Öcalan wird auch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz in Erwägung gezogen. Das bedeutet, daß allein der Verdacht des „politischen Extremismus„ ausreichen würde, den Antrag auf Einbürgerung abzulehnen.
Bei der Berechnung der notwendigen Dauer des Aufenthaltes werden die Zeiten während des Asylverfahrens nicht mehr anerkannt. Flüchtlinge, die fünf Jahre und mehr auf eine Entscheidung ihres Asylantrages warten, sind jedoch keine Seltenheit. Abgelehnt wird der Einbürgerungsantrag auch, wenn eine Verständigung in deutscher Sprache nicht möglich ist.
Zwar wird versucht, mit der jetzigen Reform des „Staatsangehörigkeitsrechts„ die Rechtsgrundlage für das jetzige Gesetz, das - einmalig in Westeuropa - vom Abstammungs- und nicht vom Territorialprinzip ausgeht, aufzuweichen. Aber unter gravierenden Einschränkungen. In Deutschland geborene Kinder von MigrantInnen erhalten zwar qua Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft. Allerdings müssen sich ihre Eltern seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten. Zwischen dem 18. Und dem 23. Lebensjahr müssen sie sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Mit dem 23. Lebensjahr muß die Entscheidung getroffen werden, sonst droht der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft. Rückwirkend soll diese Regelung auch für alle Jugendlichen gelten, die zehn Jahre vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes geboren wurden.
Für ältere MigrantInnen bringt der Entwurf keine Erleichterungen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sieht er sogar Vorschärfungen vor. So soll bei ihnen die doppelte Staatsbürgerschaft künftig nur noch in „Härtefällen„ akzeptiert werden, wenn der Heimatstaat die Ausbürgerung verweigert oder wenn durch die Entlassung aus der alten Staatsbürgerschaft unzumutbare wirtschaftliche oder erbrechtliche Nachteile entstehen. Einzig die Fristen für einen Anspruch auf eine Einbürgerung werden von bisher fünfzehn Jahren auf acht Jahre verkürzt. Wenn selbst nach langjährigen Diskussionen nicht mehr bei einem Gesetzentwurf herauskommt, zeigt das nur wie tief das Abstammungsprinzip in den Köpfen verankert ist. Offensichtlich soll kein wirklich grundsätzliches Umdenken erreicht werden.
Das Konzept der Doppelten Staatsbürgerschaft teilt die hier lebenden Nichtdeutschen in zwei Gruppen: In die einzudeutschenden "alten" ZuwanderInnen der letzten 40 Jahre einerseits und andererseits die "neuen" MigrantInnen der jüngeren Flucht- und Wanderungsbewegungen.
Es ist zu befürchten, daß mit dieser Festlegung zukünftiger staatlicher ImmigrantInnenpolitik der rassistische Konsens nicht nur bestätigt wird, sondern sogar noch eine Zuspitzung erfahren könnte.

Gleiche Rechte statt doppelte Pässe

Etwa zehn Jahre liegt es zurück, daß die Grünen sich auf ihrem Parteitag dazu durchrangen, offene Grenzen zu fordern. Heute wird die Ablehnung der Forderung nach offenen Grenzen zum Prüfstein der "Politikfähigkeit" gemacht. Nehmen wir aber unser Eintreten für offene Grenzen und gleiche Rechte ernst, bedeutet eine tatsächliche Reform des Staatsbürgerrechts und die Durchsetzung der Doppelten Staatsbürgerschaft eine politische Übergangslösung. Wir sollten dafür eintreten, aber ohne die eigentlichen Ziele aus dem Blick zu verlieren. Zudem wäre es auch denkbar, für einen Erwerb bürgerlicher Rechte zu plädieren, der nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Das hätte den Vorteil, daß dadurch die Bedeutung des Staatsangehörigkeitsrechts erheblich verringert würde und damit auch wesentlich mehr Menschen Zugang zu gleichen Rechten erhielten.
Wenn die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts also als beides gesehen wird - sowohl als einen Schritt weg vom völkischen Blutrecht, als auch als Ausdruck und Mittel eines Assimilationszwangs - wird klar, warum das Thema für die Linke kein leichtes Terrain ist. Erschwerend kommen noch grundsätzliche Einwände hinzu. Wer nämlich gegen diesen Staat, den Staat als solches, Nationen und insbesondere Deutschland ist, tut sich schwer damit, für irgendjemanden die Möglichkeit erkämpfen zu wollen, deutscher Staatsbürger zu werden. Aus dieser Unübersichtlichkeit pragmatischer Pros und prinzipieller Kontras kann bei der Bestimmung antirassistischer Praxis die Orientierung an den tatsächlich betroffenen MigrantInnen helfen. Auf die muß das prinzipienversessene Bedenkenträgertum deutscher Linker zynisch wirken. Eine solidarische Grundhaltung hat jedoch zunächst die breite Zustimmung von MigrantInnen zur Möglichkeit des Doppelpasses zur Kenntnis zu nehmen:
Zusammengefaßt kann das für eine antirassistische Linke nur bedeuten: Die Forderung nach gleichen Rechten für alle hier lebenden und hierher flüchtenden Menschen mit Nachdruck zu stellen und mit solidarischem Handeln zu füllen.

Die Forderung nach gleichen Rechten für alle hier lebenden und hierher flüchtenden Menschen muß mit Nachdruck gestellt und mit solidarischem Handeln gefüllt werden.

AIB
Arranca!
GewerkschafterInnen gegen Rassismus
ZAG

Gegenaktionen



Auf die provokative Ankündigung der CDU/CSU die Unterschriftenaktion gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft zu starten, folgte eine Welle von Protest und Empörung. Anfangs bezweifelten viele die Realisierung der Hetzkampagne, reichte der Protest doch bis in die ureigenste Klientel der Christdemokraten hinein. Allen voran, und das selbst im rabenschwarzen Bayern, verkündeten die Kirchen ihren Unmut und mit ihnen ein breites Spektrum der demokratischen Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu der Kampagne zur Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl in den Jahren 1991 bis 1993 zog diesmal auch der große Teil der Medien nicht mit der Rechten mit, sondern nahm eine distanzierte bis kritische Haltung ein. Nichtsdestotrotz wurde die Kampagne begonnen. Es gibt Themen, und die Schürung von Rassismus zum Machtgewinn gehört offensichtlich dazu, da spielen liberale Öffentlichkeit und die Medien nicht unbedingt die gewohnt dominierende Rolle. Höchste Zeit also vom Protest zum Widerstand überzugehen. Wäre der Widerstand immer so massiv gewesen wie bei den Protesten von Göttinger und Berliner StudentInnen, die den CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble im Januar am Reden hinderten, die Aktionen der Union wären vielleicht am massiven Widerstand gescheitert. Doch die CDU/CSU trat flächendeckend und massiv auf. Überall organisierte die Parteibasis ihre Stände und Unterschriftensammlungen. An vielen Orten mischten sich BefürworterInnen der Doppelten Staatsbürgerschaft ein und wurden ZeugInnen der "Reaktionen auf der Straße" und dafür, daß die "CDU - wenn auch ungewollt - rechtsradikales und ausländerfeindliches Gedankengut provoziert", wie es in einer Erklärung von Kirchen, jüdischer Gemeinde und Gewerkschaften aus Hessen hieß. Besonders ältere Leute, die sogenannte Flakhelfergeneration, taten sich mit wütenden Attacken hervor. Die Stimmung vor Ort machte dem letzten klar, daß es den mobilisierten Bürgern am allerwenigsten um Integration geht. In Hessen bauten die Grünen neben den CDU-Ständen ihre eigenen auf und stellten ihre Position zur Diskussion. In mehreren Städten, darunter Berlin und Hamburg, flogen CDU-Stände durch die Gegend, in Magdeburg wechselten schon ausgefüllte Listen die Besitzer und in Frankfurt wurde ein CDU-Stand belagert und blockiert. In Wiesbaden demonstrierte der Ausländerbeirat mit einer Toleranzmeile aus Styroporplatten und in Berlin gingen 800 Leute gegen die Unionskampagne auf die Straße. Auch des nachts waren GegnerInnen der Unionskampagne unterwegs, um CDU Büros mit Protestparolen zu verzieren und für Durchzug zu sorgrn. Für großes Aufsehen sorgte eine Aktion der JungdemokratInnen, die zwei Büros der CDU für einige Zeit besetzt hielten und sich erst nach Eintreffen der Polizei überreden ließen, zu gehen.

Die Gewerkschaften DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG in Berlin-Brandenburg wandten sich gegen die Unterschriftenkampagne: Die Union, die 16 Jahre lang Ausländerpolitik als Kriminalitäts- und Abschiebungspolitik verstanden habe, schüre Ressentiments und spalte damit die Gesellschaft. Der DGB Berlin-Brandenburg warf der CDU vor, sie würde Wasser auf die Mühlen rechter Rattenfänger lenken.

Ein besonders großes Echo erreichte eine Eigeninitiative zweier Journalisten der Frankfurter Rundschau. Per Fax versandten sie einen Unterschriftenappell am Freitag abend, am Montag morgen waren bereits 1500 Unterschriften eingetroffen und das Faxpapier aufgebraucht. Mittlerweile haben diesen Appell über 100.000 Menschen unterschrieben und damit einen deutlichen Beleg dafür geliefert, wie groß das Interesse am offenen Widerspruch gegen die Hetzkampagne ist.

Die Polarisierung der Gesellschaft wurde von Rechts eingeleitet. Nun sollten wir sehen, daß sich ein möglichst starker Gegenpol bildet. Viele Menschen sind dafür offen, sind empört von der Unverfrorenheit der Rechten. Diese Situation stellt für den antirassistischen Widerstand eine große Chance dar. Das Zurückweichen vor der rassistischen Mobilisierung der CDU/CSU und faule Kompromisse zu Lasten der ImmigrantInnen würden uns im Bemühen für eine solidarische Gesellschaft weit zurückwerfen. Damit Erfolge erzielt werden können, ist es notwendig, auf gesellschaftlich breiter Ebene zu agieren und die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Neue Bündnisse sind möglich. Jetzt ist es wichtig, Rückgrat zu zeigen.

Darüber hinaus geht es um längerfristig angelegte Aktivitäten. Dort, wo wir leben und arbeiten, sind Beiträge zur Verständigung und ein sich entwickelndes Miteinander im Alltag genauso notwendig wie zu besonderen Anlässen. Ob es Straßenfeste sind, Stadtteilinitiativen oder Aktivitäten am Arbeitsplatz, es liegt an uns, allen Wege zur Kommunikation zu suchen. Eindeutig sollte eine Botschaft sein: Wir lassen uns nicht nach Gesichtspunkten von Hautfarbe, Herkunft oder Kultur auseinander manipulieren.

AIB

Der brandstiftende Biedermann als Serienmodell

Von einer Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft, skrupelloser Machtpolitik und einer extremen Rechten, die sich die Hände reibt

Die politische Landschaft rechts von der viel beschworenen Mitte wird sich grundlegend ändern. Dies lag nach der Bundestagswahl im vergangenen September ebenso auf der Hand, wie die Tatsache, daß das Verhalten der CDU/CSU entscheidend dafür sein wird, wie diese Entwicklung aussieht. Wenige Monate nach der Wahlniederlage hat die Oppositions-Union mit der Doppelten Staatsbürgerschaft ihr erstes großes Profilierungsthema gefunden. Während die Konservativen mit ihrer Kampagne gegen das Regierungsvorhaben rassistische Stimmungen schüren und Neonazis dazu Beifall klatschen, kündigen sich die grundlegenden Veränderungen erst an.

27. September vergangenen Jahres: Die SPD hat die "Mitte" und damit die Wahl gewonnen, die Union ist zutiefst verunsichert. Auch nach dem Lecken der Wunden und der Reorganisierung des Parteivorstandes gelingt es der CDU, für die Opposition 16 Jahre lang ein Fremdwort war, nur zögerlich, sich in die neuen Rolle einzufinden. Obwohl auch die neue Regierungskoalition nicht gerade mit Erfolgen glänzen kann, vermag die CDU nicht, eine auch nur in Ansätzen erfolgversprechende Oppositionspolitik zu entwickeln. Anders hingegen die bayerische Schwesterpartei CSU: Auf eine sichere Mehrheit in dem südlichen Bundesland gestützt, gehen der frischgebackene Parteivorsitzende Stoiber und seine rechte Hand aus der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, in die Vollen. Ganz traditionell legt die rechte CDU-Schwester es nicht darauf an, die Mitte mit einer Politik der Mitte zurückzuholen, sondern mit rechtem Populismus. Der zieht jetzt viel besser, als eine langfristig angelegte, ausgewogene Oppositionspolitik der Union. Und vor allem schneller.

Die rotgrüne Koalition hat mit ihrer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und insbesondere der Doppelten Staatsbürgerschaft ein Thema vorgelegt, wie es der CSU gar nicht gelegener hätte kommen können. Ein Thema voll mit Emotionen, die nur darauf zu warten scheinen, angeheizt zu werden; ein Thema, das polarisiert und das die Gesellschaft spaltet wie kein anderes seit der Ostpolitik der sozialliberalen Regierung Willy Brandts vor knapp 30 Jahren. Und ein Thema, bei dem sich die Union sicher sein kann, die Stammtische und damit eine Mehrheit

„Die Politiker erklären Türken, die seit 40 Jahren hier leben und arbeiten, den Krieg. Wer wird verantwortlich dafür sein, wenn Skins wieder türkische Häuser abfackeln?" Hürriyet, die meistgelesene türkische Zeitung in Deutschland

der Bevölkerung nicht nur in Bayern hinter sich zu haben: Anfang Januar ergab eine repräsentative Emnid-Umfrage, daß 53 Prozent der Befragten gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft sind. Dafür waren nur 39 Prozent.

Vor diesem Hintergrund muß die CDU sich entscheiden. Während eine Fraktion um die "jungen Wilden" und den Rest des gemäßigten Flügels die doppelte Staatsbürgerschaft in der Optionslösung für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern befürwortet und auch der Unterschriftenaktion skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, wollten insbesondere Parteichef Schäuble und der Wahlsieger in Hessen, Roland Koch, dieses Thema nicht an sich vorbeiziehen lassen. Für Koch war die rassistische Karte die wohl einzige Chance, die Umfrageergebnisse am Wahltag doch noch zu seinen Gunsten verschieben zu können.

Entscheiden tut schließlich doch die CSU. Vollmundig wird die Unterschriftenaktion gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft, die schlimmer sei als die RAF (Stoiber), Anfang Januar angekündigt. CDU-Chef Schäuble, Stellvertreter Rühe und Generalsekretärin Merkel beeilen sich, die Beteiligung der CDU an der Aktion zu erklären, auch wenn sie schon nicht mehr dem Eindruck entgegenwirken können, daß die CSU die CDU vor sich hertreibt. Eine Entscheidung, die folgenschwer ist: Statt die Partei zu reorganisieren und neue wirtschaftliche und soziale Modelle zu entwickeln, setzt die Union auf eine rassistische Kampagne, die ihr schnell zu Macht verhelfen soll.

Die erfolgreiche Unterschriften-Aktion...

Mehr als eine Million Unterschriften will die Union nach eigenen Angaben alleine in den ersten drei Wochen der Kampagne gesammelt haben. Das Motto: "Ja zur Integration - Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft". Von Integration ist allerdings fast ausschließlich auf den Pressekonferenzen und gegenüber KritikerInnen der Unterschriftenkampagne die Rede. Der Halbsatz in der Überschrift der Unterschriftenlisten dient einerseits als Tribut an die parteiinternen Skeptiker - nicht wenige Kreisverbände beteiligen sich nicht an der Aktion - und andererseits als liberales Deckmäntelchen und Universalkeule gegen den Vorwurf des Rassismus. Die eifrigen Unterzeichner, über deren Ansturm selbst die Union erstaunt ist, verstehen die Parole dennoch richtig: "Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben" und "die sollen alle wieder gehen" sind Kommentare der harmloseren Art. Daß die populistische Kampagne, die Integration heuchelt und schon alleine in ihrer Existenz Ausgrenzung bedeutet, dem besseren Verständnis zwischen MigrantInnen und Deutschen dienen soll, das glaubt wohl kaum jemand der vor allem älteren Deutschen, die da ihren Namen in die Listen eintragen. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß die Leute sich trauen zu sagen, was sie schon lange gedacht haben. Ganz nach

„Das konservative Lager wird (...) weiter in Richtung rechtsextrem abrutschen."

dem Motto: "Wenn der Schäuble das sagt, dann darf ich das auch sagen." Die Union erlaubt nicht nur, gegen Ausländer zu sein, sie fordert auch noch dazu auf, dies öffentlich zu sagen und per Unterschrift kundzutun.

Aber der Erfolg gibt recht: Der Andrang an den Unterschriftenständen der Union und vor allem der überraschende Sieg in

Hessen lassen die nicht wenigen parteiinternen Kritiker der Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft verstummen. Mit einem Mal wirkt die Union wieder selbstbewußt und der Parteivorstand kann sich siegessicher zulächeln. Nicht zu stören scheint dabei, daß die Wahl in Hessen, die mit dem Thema Doppelte Staatsbürgerschaft gewonnen und verloren wurde, nicht nur einen Sieg der Union und damit den einer skrupellosen Machtpolitik, sondern auch einen Rechtsruck bedeutet: Die Reps schafften zwar nur eine kleine Steigerung auf 2,7 Prozent, waren aber die einzigen, die allen anderen Parteien Stimmen abziehen konnten. Sogar die CDU, die sonst von allen anderen Parteien Stimmen gewinnen konnte, mußte etwa 3.000 Stimmen an die Rechtsextremen abgeben. Daß es nicht mehr waren, hat die Union wohl nur ihrer Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft zu verdanken, mit der sich die Konservativen rechts profilieren und somit entsprechendes Wählerpotential binden konnten. Gewonnen hat die Union neben der starken Mobilisierung ihrer eigenen Anhänger besonders in den Bevölkerungsteilen, die sonst gerne rechtsextrem wählen: NichtwählerInnen, ArbeiterInnen und JungwählerInnen.

„Wir wollen, daß in Deutschland weiter Kirchenglocken läuten und nicht Muezzine rufen." Roland Koch, hessischer Spitzenkandidat der CDU, in einem Beitrag für „Die Welt"

...und die Folgen

Das Unions-Kalkül, mit einer stimmungsgeladenen, populistischen Kampagne statt mit fundierter Politik zu Macht zu kommen, ist aufgegangen. Nun kann sich die CDU wieder hinstellen und deutlich machen: Ohne uns findet hier keine Veränderung statt. Einen ersten greifbaren Erfolg hat man auf diesem Weg bereits erzielt: Die SPD knickt in der Frage der Doppelten Staatsbürgerschaft ein und macht einen Schritt auf die Union zu. Fraglich scheint nur, wie lange die Konservativen das Potential binden können, das sie in Hessen gewählt hat und welches sie mit ihrer Kampagne auf den rechten Geschmack gebracht haben: Waren es Anfang Januar noch 53 Prozent, die sich gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft aussprachen, zählte das ZDF-Politbarometer Ende Januar schon 63 Prozent, Tendenz insbesondere seit der rassistischen Medienhetze gegen KurdInnen steigend.
Eine Situation, die fatale Ähnlichkeiten aufweist zu der Konstellation, die vor sechs Jahren zur Abschaffung des Asylrechts führte: Die Union brauchte die Stimmen der SPD für die zur Grundgesetzänderung nötigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag, heizte die Stimmung mit rassistischen Parolen, "Das Boot ist voll"-Bildern und Hetze gegen Flüchtlinge auf. Die Folge war ein anhaltender Rechtsruck, der der extremen Rechten zum größten Aufschwung seit dem Ende der 60er Jahre verhalf und zu einer Welle unzähliger Übergriffe, Anschläge und Morde gegen MigrantInnen führte, deren Gipfel das politisch gewollte Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die Morde von Mölln und Solingen bildeten. Der Mob führte das aus, was die zu Brandstiftern gewordenen Biedermänner an den Stammtischen predigten. Am Ende knickte die SPD auch in dieser Frage ein und stimmte für die Abschaffung des Asylrechts. Die Hetze der Union hat ihr Ziel erreicht, ihre "Nebenwirkungen" aber waren nicht mehr aufzuhalten.

„Muezzine und Minarette gehören nicht in unsere Städte." Republikaner Hessen in einem Wahlaufruf

Der Unterschied zwischen damals und heute: 1993 war die Union an der Macht. Sie brauchte die Stimmen der SPD "nur" für die Änderung des Grundgesetzes. Heute bräuchte sie den Druck der Straße für jede Entscheidung, die sie nachhaltig beeinflussen will, wenn sie sich nicht auf eine fundierte Oppositionspolitik und einen daraus resultierenden Machtwechsel in vier Jahren verlassen will. Der brandstiftende Biedermann als Serienmodell, für das die Doppelte Staatsbürgerschaft nur die Pilotkampagne war? Schon bereitet sich die CSU auf einen Europa-Wahlkampf mit nationalistischen Tönen vor: Keine schnelle Osterweiterung, weniger Integration, mehr Mitbestimmung, weniger zahlen und mehr bekommen. Wenn es den Bayern auch hier gelingen sollte, die CDU am Nasenring vorzuführen und auf eine Stammtisch-Kampagne einzuschwören, hätte die Union mehr vollzogen als einen Rechtsruck. Ein derartiger Kurs wäre ein Bruch mit ihrer traditionellen Europa-Politik und damit ein sicheres Zeichen dafür, daß den Herren Schäuble, Rühe und Koch jede Kampagne recht ist, wenn sie Macht verschafft.

Aussichten

Wie es nun weitergeht, wird vor allem davon abhängen, wie weit und wie lange die CDU ihrer Schwesterpartei nach rechts folgt und auf die Stammtisch-Kampagnen als Machtmittel setzt. Sicher scheint nur eins: Die populistischen Kampagnen schieben einen neuen Rechtsruck an, dem sich derzeit auch die SPD nicht entzieht und dessen Gewinner zweifelsohne die extreme Rechte ist, deren Parolen einmal mehr von der Union gesellschaftsfähig gemacht werden.
Sollte sich die Union irgendwann wieder darauf einlassen, Politik zu machen, statt Stimmungen zu schüren, wird sich die extreme Rechte hinstellen und den freigemachten, durch die Union etablierten Platz der rechten Scharfmacher einnehmen können. DVU, NPD und Reps werden dann wohl kaum Schwierigkeiten haben, das Potential zu integrieren, das momentan auf die Parolen der Union anspringt. Und dies in einer Zeit, in der gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstände für rechtsextreme Demagogen viel günstiger stehen, als noch vor sechs oder gar vor dreißig Jahren. Der anstehende Rechtsruck ist exakt das, was die extreme Rechte derzeit zum Aufschwung benötigt. Nachdem die aus den Entwicklungen Anfang der 90er Jahre entstandene Bewegung raus ist, schafft die Union den Rechten genau die Stimmung, die diese brauchen. Schon stellen NPD, DVU und Reps sich hin und fordern dazu auf, die CDU-Aktion zu unterstützen, sammeln selber Unterschriften und versuchen, sich als wahre Vertreter der von der Union zum Thema gemachten Positionen zu präsentieren. Die Szene wird durch die Unions-Kampagne wieder in Bewegung versetzt und es ist nur eine Frage der Zeit, bis - abgesehen von den alltäglichen Übergriffen - wieder eine Welle von Anschlägen und Morden durch Deutschland geht.
Die andere - nicht weniger beunruhigende - Variante wäre, daß die Union oder eine bundesweite CSU sich selbst dauerhaft in der Rolle des rechten Scharfmachers breitmachen und damit das durch die Kampagnen der Union größer werdende rechtsextreme Potential binden. Wie dem auch sei: Die politische Landschaft rechts von der Mitte wird sich grundlegend ändern.

Der Autor dankt dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. für die Unterstützung.

AIB

Impressum

Das **Antifaschistische Infoblatt** erscheint seit 1987 vierteljährlich. Das AIB informiert über Entwicklungen in der Neonaziszene und der Braunzone in Deutschland und international. Darüber hinaus ist das AIB Diskussionsforum für unabhängige antifaschistische Gruppen und Initiativen.
Antifaschistisches Infoblatt, c/o L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Die Zeitschrift **Arranca!** behandelt Themen aus Politik und Kultur. Sie ist ein Projekt der berliner Gruppe FelS und erscheint etwa vierteljährlich.
Arranca!, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Die Gruppe **„GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus"** gibt es seit 1988. Sie versucht, in Betrieben, Berufsschulen und Gewerkschaften gegen rassistische und nationalistische Tendenzen anzugehen. Zusammen mit der DGB-Jugend gibt sie die Zeitschrift RAG heraus.
GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, c/o DGB Jugend- und Kulturetage, Brunnenstr. 125-127, 13355 Berlin

ZAG antirassistische zeitschrift
Herausgegeben von der Antirassistischen Initiative Berlin e.V.
Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Einzelpreis: 6,-DM
Jahresabo: 24,-DM
Die ZAG ist eine linke, antirassistische Zeitschrift, die seit 1991 erscheint. Wir begreifen Rassismus nicht als individuelles Problem von ein paar fehlgeleiteten Jugendlichen, sondern als Unterdrückungsinstrument, das aus der Mitte der Gesellschaft kommt.
Entsprechend weit gefächert sind unsere Schwerpunktsetzungen in den jeweiligen Ausgaben. Von Medien über Polizei und Justiz, Stadtentwicklung bis zur Jugendarbeit.
Anliegen der ZAG ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten Gegenöffentlichkeit zu entwickeln, Hintergrundinformationen zu liefern sowie Diskussionen anzuregen und voranzutreiben.
Dies tun wir außer in unserem Schwerpunkt auch in unserer aktuellen Berichterstattung, unserem Debattenteil sowie in Rezensionen und Kurzvorstellungen.

ZAG, Yorkstr. 59 HH, 10965 Berlin



Gestaltung:
Ralf, früher bei zusammen gestalten

Sonderfall Deutschland

In keinem anderen westlichen Industrieland ist der Erwerb der Staatsbürgerschaft für Einwanderer so schwierig wie in Deutschland. Und nirgendwo sonst ist die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft zu einem Politikum gemacht worden.
Als Standardbeispiel für ein republikanisches Staatsangehörigkeitsrecht, das anders als das deutsche Blutsrecht dem Territorialprinzip folgt, gilt **Frankreich**, wo Immigranten der 1., 2. oder 3. Generation knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung stellen. Wer in Frankreich geboren ist und dort mindestens fünf Jahre gelebt hat, wird mit 16 Jahren automatisch französischer Staatsbürger und auf Antrag schon mit 13, kann seine alte Staatsangehörigkeit jedoch behalten. Schätzungen zufolge sind 90% der meist aus den Maghreb-Staaten stammenden EinwandererInnen DoppelstaatlerInnen. Unzulässig ist der Doppelpaß nur, wenn bilaterale Abkommen - wie zum Beispiel mit Deutschland - ihn verbieten.
In **Großbritannien** sind zwar die Einwanderungsmöglichkeiten in den letzten drei Jahrzehnten deutlich begrenzt worden, beispielsweise wurde den Angehörigen der Commonwealth-Staaten das Recht auf Ansiedlung und Einbürgerung genommen und wurden so die starken Zuwanderungsbewegungen aus den ehemaligen Kronkolonien der Nachkriegszeit stark reduziert, die doppelte Staatsbürgerschaft wird jedoch weiterhin hingenommen.
Wer in den **USA** geboren wurde, ist unabhängig von seiner Abstammung US-StaatsbürgerIn. Wer zugewandert ist, kann sich um Einbürgerung bewerben, wenn er oder sie mindestens fünf Jahre im Land gelebt und dabei eine Arbeitserlaubnis (green card) besessen hat. 1998 wurden 473 000 von insgesamt 770 000 BewerberInnen akzeptiert. Bei der Einbürgerungszeremonie muß dann "jeder Loyalität" zu einem anderen Land abgeschworen werden. Offiziell wird Mehrstaatlichkeit nicht anerkannt. Dennoch verzichtet die Einwanderungsbehörde auf eine Überprüfung und nimmt das Beibehalten der ersten Staatsangehörigkeit hin. EinwandererInnen ohne legalen Aufenthaltstatus konnten schon mehrmals von Legalisierungswellen profitieren.

Das derzeit interessanteste und richtungsweisende Beispiel bietet jedoch **Italien**. Seit einer Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts 1992 ist die Einbürgerung relativ leicht. So können zum Beispiel EU-BürgerInnen nach vier Jahren und ausländische Bedienstete des italienischen Staates nach fünf Jahren einen Anspruch geltend machen. Hinzu kommt ein gesetzlich festgelegtes jährliches Einwanderungskontingent von 38 000 Personen. Die Niederlegung der bisherigen Staatsangehörigkeit wird nicht verlangt, die Doppelstaatsbürgerschaft ist sogar ausdrücklich zulässig, da Italien (wie auch die Türkei) niemand aus der Staatsbürgerschaft entläßt, auch wenn er oder sie eine andere annimmt. Die Reformpläne der neuen Mitte-Links-Regierung gehen noch weiter: Wer in Italien geboren ist, soll künftig die italienische Staatsbürgerschaft erhalten und 200 000 Flüchtlinge -vor allem aus Kurdistan und Albanien- sollen eingebürgert werden.

Arranca!

Demokratie ist, wenn man Rassismus schürt

Oberflächlich betrachtet, scheint ein Riß durch die deutsche Gesellschaft zu gehen. Die Einen würden die doppelte Staatsbürgerschaft für eine erleichterte Einbürgerung in Kauf nehmen und die Anderen stellen sich mit aller Macht dagegen. Die CDU konnte sich der rassistischen Ressentiments der Mehrheitskultur von Anbeginn ihrer Unterschriftenkampagne gewiß sein. Rostock ist noch gar nicht solange her. Es werden mal wieder Menschen getötet, in ihren Häusern verbrannt, aber die CDU bietet ein neues öffentliches Forum für den Rassismus der Mehrheit.

An den meisten MigrantInnen geht die Debatte vorbei.

Die Minderheit bleibt gegenüber der unter Deutschen geführten Diskussion unbeteiligt. Die Unbeteiligten wollten wir eigentlich fragen, was sie über die Situation denken und was für Gefühle diese Debatte bei ihnen auslöst. An den meisten der MigrantInnen geht die über sie Politik machende Debatte vorbei. Weder haben sie die Möglichkeit, an dieser Diskussion teilzunehmen, geschweige denn, irgendeine Form von Entscheidungsgewalt. Es ist nicht ihre Diskussion. Diskutieren und entscheiden wird die Mehrheitskultur. Wieder einmal über sie. Die Debatte über ihre Zukunft, ihre angebliche Integration ist die Debatte über ihren Ausschluß. Wie sollten sie sich auch in der öffentlichen Diskussion einbringen? Sollten sie - sich rechtfertigend - von ihrer vollzogenen "Integration" oder Assimilation berichten? Wäre es nicht anbiedernd? Jämmerlich angesichts dessen, daß sie von der Mehrheit immer wieder darauf hingewiesen werden, wie ungewollt sie sind?

Ihre Beteiligungslosigkeit ist ein Schutz. Die deutsche Gesellschaft, die mich als Fremden behandelt, ist mir fremd. Die permanente emotionale Konfrontation, ausgeschlossen zu werden, fördert jene Fremdheit.

Wir haben zur Vorbereitung dieses Artikels viele Gespräche mit ImmigrantInnen geführt und sind ausschließlich auf die Position getroffen, das Ganze sei eine Angelegenheit der Deutschen, mit der man nichts zu tun habe. Viele haben prinzipiell eine ablehnende Haltung gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Sie sind und fühlen sich ausgegrenzt und angefeindet, ihr Stolz verbietet es ihnen, sich zu rechtfertigen, womit auch eine Argumentation für eine doppelte Staatsbürgerschaft gemeint ist. Die Aggressionen gegen die deutsche Gesellschaft sind in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Ursachen sind der rasant gewachsene Rassismus der deutschen Gesellschaft, die Ausgrenzung der ImmigrantInnen sowohl kulturell als auch ökonomisch. Diese Entwicklung ist nicht folgenlos geblieben, sondern hat eine Gegenreaktion hervorgerufen. Gerade die türkischen Medien, die für die türkische Gemeinde ein fast ausschließliches Informationsmonopol haben, verbreiteten ihren Nationalismus. Ob es gegen die Kurden geht oder andere Kulturen, es hat sich ein Chauvinismus breitgemacht. Gerade viele Jugendliche sind dafür offen, da sie von der deutschen Gesellschaft ausgegrenzt sind und um ihre eigene Identität kämpfen.

So ist das Mißtrauen auch gegen die Kampagne für die doppelte Staatsbürgerschaft extrem groß. Nach der Hessenwahl und den Vorzeichen für eine eintretende Verschlechterung des Gesetzes zur doppelten Staatsbürgerschaft, fühlen sich die meisten natürlich bestätigt.

Die ganze Debatte um die doppelte Staatsangehörigkeit und die CDU-Unterschriftenkampagne wird im Namen der Demokratie geführt. Aber diese 7,5 Millionen Menschen werden von den anderen 80 Millionen weder gesehen noch gehört, anders als z. B. die Dänen in Schleswig Holstein oder die Sorben in der Lausitz. Festzustellen ist, daß die Situation mehr als ernst ist. Wenn die deutsche Gesellschaft es nicht schafft, ein ernstzunehmendes Angebot für eine Integration umzusetzen - eine Integration, die vor allem einen gegenseitig Austausch und interkulturelles Denken, Handeln und Leben beinhaltet - wird sich die Spirale der gegenseitigen Entfremdung und der Aggressionen weiter fortsetzen. Dieses könnte einer wie auch immer zusammengesetzten deutschen Regierung die Rechtfertigung geben, vermehrt in die Herkunftsländer oder zweiten Heimatländer abzuschieben. Es liegt deutlich auf der Hand: Wer sich nicht einfügen will, wird deportiert.

Letztendlich geht es auch nicht um die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit, sondern darum, daß Menschen die seit langer Zeit hier in diesem Land leben, keinerlei Bürgerrechte erlangen sollen, weil sie zufällig nicht "deutscher Abstammung" sind.

Diskutieren und entscheiden wird die Mehrheitskultur.

Solange an diesem Prinzip festgehalten wird, wird es keine wirkliche Veränderung in der Wahrnehmung der hier lebenden und geborenen MigrantInnen geben, sie bleiben die Fremden.

Vielleicht sollte Otto Schily in seinem Gesetzentwurf den Vorschlag mit aufnehmen, daß auch deutsche Jugendliche mit Erreichen der Volljährigkeit ein schriftliches Bekenntnis zum Grundgesetz abgeben müssen, straffrei geblieben sein müssen und ihren Unterhalt ohne Sozial - oder Arbeitslosenhilfe bestreiten können. Anderweitig müsse ihnen leider die Staatsangehörigkeit entzogen werden, gegebenenfalls werden sie abgeschoben. Wohin? Ins Exil, wie die anderen hier Geborenen auch.

Erçan

Kampf, Sieg oder Tod – »Unpolitisches« aus der Gruftszene

Eine ganzseitige Anzeige in der Zeitschrift SIGILL kündigte im Oktober letzten Jahres ein Konzert der Band DEATH IN JUNE (DIJ)[3] in Bucha bei Jena an. Angetreten, um ihre neue CD vorzustellen, war dieses Konzert Bestandteil einer ausgedehnten Europatour dieser rechten Kultband um den in Australien wohnenden DOUGLAS PEARCE (vgl. AIB Nr. 39). Bucha zeigte aufs Neue, wie fließend die Grenzen zwischen »unpolitischer« Gruftszene und rechten Ideologen sind. Etwa 700 Begeisterte zog es am 28. November 1998 in den idyllischen Landgasthof »Zum Nußbaum«, um neben DIJ weiteren Bands des Neofolk zu lauschen. Darunter befanden sich u.a. die ebenfalls aus Australien kommenden FIRE & ICE und Der BLUTHARSCH aus Wien. Auffällig beim gesamten Konzert war das Outfit der Mehrheit der BesucherInnen. Ob im schwarzen Military-Look oder in tarnfarbenen Klamotten – insgesamt paßte sich das Publikum dem martialischen Stil der aufspielenden Musikgruppen an.

Die Pausen zwischen den einzelnen Bands überbrückte der amerikanische Sozialdarwinist BOYD RICE (s. Der Rechte Rand Nr. 55), indem er verschiedene Kurzfilme zeigte. Als sehr einfallsreich offenbarte sich der Film »The black sun«, der etwa zehn Minuten lang Hakenkreuze über die Leinwand flimmern ließ. Folgt man der Eintrittskarte, so hätten die Ordnungskräfte ihn vom Konzert entfernen müssen, denn das »*Tragen verfassungsfeindlicher Symbole hat den Verweis vom Veranstaltungsort zur Folge*«.

Der Blutharsch

Der Hang zum Symbolischen wurde an diesem Abend von der Band DER BLUTHARSCH bis zur Ekstase getrieben. Eingehüllt in Nebel, mit rotem Licht beleuchtet, standen zwei Menschen mit gestreckten Arm und Fackeln in den Händen auf der Bühne. Sie bildeten den Kern einer Gruppe, deren Logo ihr Name in altdeutscher Schrift und eine Sig-Rune ziert. Das martialisch-militärische Auftreten stand im Einklang mit ihrer Musik, die häufiger mit Einspielungen aus der Zeit, als Radios noch »*Volksempfänger*« genannt wurden, unterlegt war. Mastermind dieses Projektes ist ALBIN JULIUS, der innerhalb der Szene bereits mit seinem Projekt »*The Moon lay hidden beneath a cloud*« einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichte. Er war später auch ein Teil des Line-up von DIJ. Douglas Pearce berichtete in der Sigill, daß er Julius in Australien traf und beide gemeinsam ein Tonstudio mieteten. »*Es war phantastisch mit ihm zu arbeiten, da er fast augenblicklich die Arbeitsweise von DEATH IN JUNE verstanden hat und sich einfügen konnte.*«[4]

Bei dem zweiten Sänger vom Blutharsch handelte es sich vermutlich um KLAUS HILGER, der als Betreiber des Mannheimer Musiklabels TESCO einen Namen innerhalb der Apocalyptic-und Industrial-Szene hat.

Alles unpolitisch?

Nicht nur die Atmosphäre ließ Vergleiche zu einem Nazi-Konzert aufkommen. Auch organisierte Neonazis wurden von diesem Spektakel angezogen. Neben einen Infostand der faschistoiden Zeitschrift Sigill baute das THULE-SEMINAR aus Kassel seine Zelte auf. Der als »rechte Denkfabrik« einzuschätzende Verein machte Werbung für die von ihm herausgegebene Zeitschrift ELEMENTE und keinen Hehl aus seiner rassistischen Programmatik. »*Das Thule-Seminar kämpft für ein heterogenes Europa homogener Völker*« war auf einem vom Seminar verteilten Lesezeichen zu lesen.

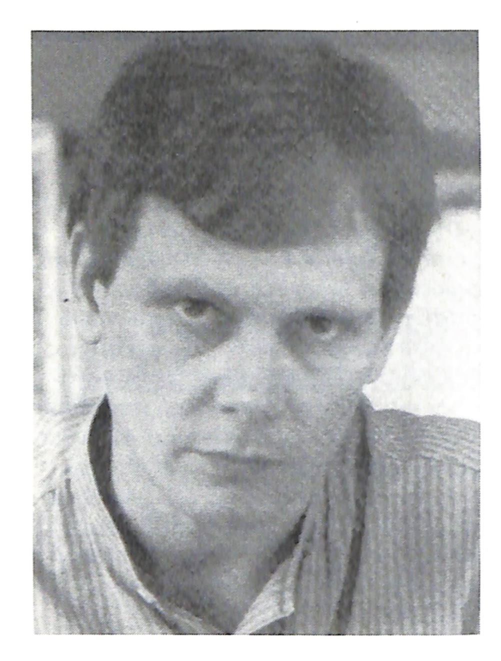
Es war nicht zufällig, daß die »Denker« aus Kassel neben Publikationen ihres Vorsitzenden PIERRE KREBS (als Redner in der Nazi-Szene unterwegs) ebenfalls die Dresdner Zeitschrift HAGAL in ihrem Angebot hatten. »*Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes treten völkische und antisemitische Elemente* [beim Thule-Seminar d.A.] *stärker hervor.*«[5]

Diese inhaltliche Einschätzung bringt den gemeinsamen Nenner von Thule-Seminar und Hagal treffend auf den Punkt, denn letztere ist eine heidnische Zeitschrift mit starken antisemitischen Untertönen.

»*Die schwarze Szene definiert sich gerne als tolerant (...) Leider haben wir jedoch den Eindruck, daß Toleranz häufig mit Kritiklosigkeit und Beliebigkeit verwechselt wird.*«[1] Schon einige Male beschäftigten wir uns ausführlicher mit rechten Tendenzen innerhalb einiger Kreise der Gruftszene. Auslöser für den folgenden Artikel ist ein offener Brief zweier Berliner DJs, welcher, alle bekannten Fakten ignorierend, antifaschistische Bestrebungen innerhalb der schwarzen Szene in Frage stellt. »*Zumal sich die ANTIFA ja das Wort (Links-)Radikalität auf die Fahnen geschrieben hat und somit wohl kaum sehr viel toleranter als die von ihr gehetzte Zielgruppe ist... Wird demnächst jeder vergast, der ein falsches Wort sagt, welches von jenen ANTIFA-Saubermännern als rechtsradikal ausgelegt wird?*«[2] Fast ist man ja geneigt zu sagen, daß es schön wäre, wenn die antifaschistische Arbeit innerhalb der Szene überflüssig sein würde. Ein Blick auf die vergangenen Monate zeigt aber, daß genügend Stoff vorhanden ist, um einigen Teilen innerhalb der schwarzen Szene ein sehr gutes Verhältnis zu rechtsradikalen Gruppen nachweisen zu können.

1998-Tour von Death in June. Links Aldin Julius und rechts Douglas Pearce





Der Leiter des Thule Seminars Pierre Krebs aus Kassel.

Antifaschistische Gegenaktivitäten

Nicht überall konnten DIJ ihre Konzerte so ungestört wie in Bucha über die Bühne gehen lassen. Einen Tag nach dem Buchaer Konzert spielte der gesamte Troß in München. Dort sollte das Konzert ursprünglich im Klub »Feierwerk« stattfinden, wogegen örtliche Antifas jedoch mobil machten. *»Ergebnis der ganzen Aktion ist jetzt, daß das Muenchner Jugendamt DEATH IN JUNE als rechts(radikal) einstuft. Das FEIERWERK hat sich dieser Meinung zwar nicht angeschlossen, das Konzert aber trotzdem abgesagt.«*[6] Letztendlich fanden die Organisatoren im »Ballroom« in Esterhofen einen Ersatzveranstaltungsort.

In Lausanne verhinderte die Öffentlichkeitsarbeit einer Schweizer Antirassismus-Gruppe zumindest den Auftritt von DIJ. Die örtliche Polizei begründete ihr Verbot mit der Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Boyd Rice ließ es sich nicht nehmen, das Auftrittsverbot in provokanter Art und Weise zu kritisieren. Im Zuge des Auftrittes setzte er sich die DIJ-typische Maske auf und trug ein Schild mit der Aufschrift *»Im Dorf bin ich das größte Schwein, ich laß mich mit den Deutschen, den Kroaten und jetzt den Schweizern ein«.*[7]

Noch mehr...

Bereits einige Wochen vor den DIJ-Konzerten besuchte eine andere rechtsextreme Band die BRD. Es handelte sich hierbei um Blood Axis mit ihrem Kopf Michael Moynihan. Die drei Konzerte dieser amerikanischen Gruppe in Laatzen (bei Hannover), Meißen (bei Dresden) und München wurden von Sigill und LAS e.V. organisiert. Auch hier gab es im Vorfeld einiges an antifaschistischen Gegenaktivitäten. So wundert es nicht, daß auf den Internetseiten des Vorortveranstalters in München, Pagan Muzak, nachfolgendes zu lesen war: *»Wer Auftrittsverbote und andere Formen von erzreaktionärer Zensur im Namen von linken Idealen fordert, sollte sich über seinen eigenen Standpunkt Gedanken machen, bevor er anderen etwas vorschreiben will«.* Es ist durchschaubar, daß sich die Organisatoren hinter dem political-correctness-Vorwurf, einem Totschlagargument, verstecken wollen. Einige Zeilen später fügten die Autoren hinzu, daß sie selbst *»kein Interesse«* an *»Faschos«* bzw. *»Faschoorganisationen«* auf ihrem Konzert hätten.

Selbst wenn man diesen Vorsatz als ehrlich ansieht, so geht er doch komplett an jeglicher Realität vorbei, wie beispielsweise in Laatzen. Dort traten neben den Amerikanern die Wiener Gruppe Allerseelen und Combos mit so einfallsreichen Namen wie Ahnenkult oder Jägerblut auf.[8] Das Konzert im Klub »Insomnia« wurde maßgeblich von Oliver Lindner und Marcel Koch vorbereitet. Unter dem Publikum waren zahlreiche Nazi-Skinheads, die sich u.a. mit dem Tragen von T-Shirts offen zum Nazi-Skinhead-Netzwerk Blood & Honour bekannten. Auch die Clique um den Bielefelder Neonazi Bernd Stehmann gab sich ein Stelldichein. Der ehemalige Kader der GdNF ist inzwischen Herausgeber des Nazizines Neue Welt und nutzte die Gelegenheit für ein Interview mit Michael Moynihan.



»Kampf, Sieg oder Tod«, Mitglied der Band »Der Blutharsch«. Im Hintergrund die Sig-Rune, welche u.a. als Symbol der Waffen-SS genutzt wurde

Das Europakreuz

Dafür, daß Koch und Lindner ein Nazi-Konzert maßgeblich vorbereitet hatten, bekamen sie bereits im Vorfeld die entsprechende Quittung. Autonome Antifas griffen ihre Autos an, denn beide sind keine Unbekannten innerhalb der rechtsgerichteten Kreise der Gruftszene. Über beide führt die Spur u.a. zum neofaschistischen Europakreuz (EK).[9] Die seit einigen Jahren von Berlin aus vertriebene Zeitschrift begann als düstere Musikzeitung und versteht sich inzwischen als *»eine Zeitschrift des europäischen Geistes«.* Neben Interviews mit sogenannten Neofolk-Bands bekamen geschichtliche Abhandlungen über faschistische Bewegungen in Europa bzw. rechtsextreme Politik an sich immer mehr Platz. Der politische Kurs ist durch eine offensichtliche Nähe zur NPD gekennzeichnet, was nicht zuletzt durch die Mitarbeit des Vorsitzenden des NHB, Alexander von Webenau, unterstrichen wird. Somit kann das EK als Schnittstelle zwischen dem Neofolk-Bereich und rechtsextre-



men Gruppen/Organisation eingeschätzt werden.

Herausgeber des EK ist der Berliner Marco E. Thiel, der im Düsseldorfer Hochglanz-Nazizine RockNord 1997 die Band Death In June vorstellte. Es war ein Novum innerhalb der rechtsextremen Skinheadszene, daß eine eher aus dem Neofolk-Bereich kommende Band in einer Skinheadzeitschrift Platz bekam. Nebenbei ist Thiel in der Band Egoaedes aktiv.

Das Europakreuz unternimmt aktuell vermehrt Anstrengungen, seine Inhalte über eine mehrsprachige Internetseite zu verbreiten, deren Sprachauswahl für sich selbst spricht. Neben Deutsch sollen die Texte in Zukunft auch in russischer, spanischer, englischer, kroatischer und italienischer Sprache angeboten werden.

Die Wege kreuzen sich

Peter Hauptfleisch, Mitarbeiter für Kunst, Kultur und Geschichte beim Europakreuz, veröffentlichte seine Musikrezensionen auch in der Dresdner Zeitschrift Sigill. Ein Blick in das Impressum der aktuellen Ausgabe zeigt, daß er nicht der einzige rechtsextreme Mitarbeiter bei dem vierteljährlich erscheinenden Periodika ist. So findet sich beispielsweise Martin Schwarz, der parallel zu seiner Sigill-Autorenschaft in so einschlägig bekannten Nazi-Zeitschriften wie Deutsche Stimme (NPD) oder Nation & Europa (älteste rechtsextreme Zeitschrift der BRD) publizierte. Sein Name ist ein Pseudonym, hinter dem die antifaschistische Zeitschrift Lotta Dura den Wiener Studenten und FPÖ-Mitglied Robert Schwarzenbauer verortet. Eher den heidnischen Wurzeln verpflichtet ist der Deutsch-Amerikaner Markus Wolff, der Mitglied der rassistischen Asatru-Allliance in den USA ist. Oder eben Oliver Lindner, der in der Vergangenheit auch schon mal als Mitarbeiter der Sigill geführt wurde.

Das Zillo

Neben dieser Fankultur sollte man den rechten Rand der kommerziellen Independent-Zeitschrift Zillo nicht vergessen. In ihr sind bis heute immer wieder Beiträge über einschlägige Bands des rechten Lagers zu finden. Dabei scheinen die Musikgruppen auch in der Zillo-Redaktion ihre Anhänger gefunden zu haben. Die Redaktion legt mit dem regelmäßigen Berichten über rechte Bands eine *»bemerkenswerte Unbedarftheit«* an den Tag. Hervorzuheben sind dabei Rüdiger Freund und Dirk Hoffmann. Freund verfügt über beste Kontakte zu Personen des Neofolk-Bereiches und Hoffmann bezieht, gut informierten Antifas zufolge, Teile seiner besprochenen Musik über den Versand der Sigill. Auch der Autor der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit, Peter Boßdorf, mischte bei Zillo mit.

Das Ende der «Toleranz der Intoleranz« kann nur aus der Szene kommen

Abschließend ist festzustellen, daß es im rechtsorientierten Neofolk-Bereich ein kleines, aber festes Netzwerk von Zeitschriften, Musiklabels und Bands gibt. Durch ihre Arbeit schaffen sie Anknüpfungspunkte zu rechtsextremen Gruppen, die ihrerseits eigene Inhalte in die schwarze Szene hineintragen (dürfen). Ursache und Wirkung sind nicht immer voneinander zu trennen, vielmehr besteht eine Wechselwirkung zwischen dem Stil weiter Teile der Neofolker und der Einflußnahme von außen. Solange das »Unpolitische« der Gruftszene eine Art Freibrief für rechtsextreme Kräfte darstellt, solange werden rechte/rechtsextreme Inhalte innerhalb der Szene beheimatet sein. Antifaschistische Interventionen von außen werden aber immer nur einen begrenzten Erfolg haben, da sie an der Eigendynamik der Szene, u.a. an dem »Wir-sind-eine-große-Familie«-Gefühl, scheitern werden. Das Ende der »Toleranz der Intoleranz« kann nur aus der Szene kommen, nicht von außen. ■



Europakreuz-Autor und NHB-Vorsitzender Alexander von Webenau zusammen mit dem NPD-Pressesprecher Klaus Beier und dem NPD-Chef Udo Voigt auf dem NPD-Parteitag in Mulda.

Kontaktadressen:
Gruftis gegen rechts/Music for a new society, c/o St. Pauli Str. 10/12, 28203 Bremen
Gruftis gegen Rechts, Rigaer Str. 84, 10247 Berlin

1.) Antwort auf den »Offenen Brief an alle Printmedien«, Gruftis gegen Rechts
2.) »Offener Brief an alle Printmedien, Betreff: rechte Tendenzen in der Gothic-Szene und Hexenjagd auf WEISSGLUT UND ZILLO«, abgedruckt in »Das Maul« Nr.9
3.) zu Death in June siehe AIB Nr. 35
4.) Douglas Pearce in Sigill Nr.17 (Herbst 1998)
5.) Jens Mecklenburg (Hg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, 1996, S.312
6.) Feierwerk-Pressemitteilung aus dem Internet, Dezember 1998
7.) Während des Nationalsozialismus wurden »Rassenschänderinnen« mit einem Schild »Im Dorf bin ich das größte Schwein, ich laß mich mit den Juden ein« gedemütigt.
8.) Anzeige in Sigill Nr.17 (Herbst 1998)
9.) In den Impressa ist Lindner als Gastautor für Kultur und Kunst geführt. Seinem Kompagnon Koch, Kontaktadresse des Hannoveraner Kleinstlabels StateArt, wurde regelmäßig im EK gedankt. Nebenbei – zur Blood-Axis-Tour – veröffentlichte StateArt exklusiv eine limitierte Split-Single von Allerseelen und der »Blutachse«.



Der verurteilte Rechtsterrorist Peter Naumann spricht bei der NPD-Demo in Saarbrücken.

Höhepunkt in der Nazikampagne gegen die Wehrmachtsausstellung

Bombenanschlag in Saarbrücken

In den frühen Morgenstunden des 9. März explodierte am VHS-Zentrum in Saarbrücken, wo derzeit die Wanderausstellung »*Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944*« gezeigt wird, eine Bombe. Es entstand ein Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark. Auch die Fenster umliegender Gebäude gingen zu Bruch. Verletzt wurde niemand.

»*Keine Anfänger und keine Bastler*« war das erste Gutachten der Sprengstoff-Experten des Landeskriminalamtes (LKA) nach dem Anschlag. Der oder die Täter, die selbst die Kriminalisten und Politiker ohne Zweifel im rechtsextremen Lager vermuten, hatte(n) demnach wohl ihre Sprengladung (vermutlich eine Rohrbombe mit drei bis vier Kilogramm Sprengstoff) mit technischem Sachverstand und Fachwissen über Sprengmittel exakt in einer Außenecke des Gebäudes plaziert und elektronisch gezündet. Vermutlich beobachtete(n) er/sie noch die zwei Beamten, die zehn Minuten vor der Explosion ihren Rundgang am VHS-Gebäude machten. Die Wucht der Detonation beschädigte das Gebäude schwer. Fast alle Fensterscheiben wurden beschädigt, Türen und Rahmen aus der Verankerung gerissen. Sogar ganze Mauerteile des Gebäudes wurden verschoben. Auch die Fenster und der Altar der benachbarten Schloßkirche wurden durch die Explosion zerstört. Splitter der Bombe wurden noch in einer Entfernung von rund 150 Metern auf einer Autobahnzufahrt gefunden. Die Ausstellung selbst blieb allerdings mehr oder weniger unbeschädigt. Eine LKA-Sonderkomission tappt bei der Fahndung nach dem/den Täter(n) bis jetzt im Dunkeln.

Dabei haben rechtsextremistische Terroranschläge im Saarland Tradition. So wurden bei ANTONIO FANARA, einem führenden Neonazi aus Friedrichsthal/Billstock im Juli 1997 bei einer Hausdurchsuchung u.a. selbstgebastelte Rohrbomben und Sprengstoff gefunden. Bereits einige Wochen zuvor, am 20. Februar 1999, konnten etwa 400 Neonazis in Saarbrücken gegen die Ausstellung aufmarschieren. Neben der JN hatte ein AKTIONSBÜNDNIS SAAR GEGEN DIE ANTI-WEHRMACHTSAUSSTELLUNG zu der »Protestdemonstration des nationalen Widerstandes« aufgerufen. Zum Nazi-Bündnis gehörten der STAHLHELM LV Saar und Pfalz, der NPD LV Saar und Landkreis Saarpfalz, BLOOD & HONOUR Saar sowie Einzelmitglieder der REPs und der DVU. Die meisten TeilnehmerInnen kamen aus der Region Saarbrücken und aus Karlsruhe. Der Aufmarsch selbst verlief ohne größere Störungen, da das Konzept der Stadt, um jeden Preis eine Wiederholung von Kiel zu vermeiden, vollends aufging. In Kiel gelang es autonomen Antifas mit dezentralen Aktionen, eine Verkürzung der Nazidemo zu erreichen. Um dies in Saarbrücken zu verhindern, hatte die Stadt Saarbrücken in einem einstündigen Treffen mit Vertretern der Nazis die Aufmarschroute in ein gut zu kontrollierendes Stadtviertel verlegt. Als Gegenleistung für die weniger attraktive Route bekamen die Nazis einen Parkplatz und Pendelbusse zur Verfügung gestellt. Antifaschistische Aktivitäten wurden von der Stadt Saarbrücken weitestgehend behindert. So wurden einige Kundgebungen kurzfristig untersagt und die Route der Demonstration des Bündnis gegen Rechts verlegt. Dennoch gelang es fast 150 AntifaschistInnen, in die Nähe des Nazi-Treffpunktes zu gelangen. Nachdem die Nazis hier ungestört losmarschiert waren, zogen die Antifas in einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt. Nach einigen Provokationen durch vereinzelte Nazis kam es zu kleineren Auseinandersetzungen. Die Polizei nutzte diese Gelegenheit, um Jagd auf AntifaschistInnen zu machen. An einem genehmigten Kundgebungsplatz wurden 150 Personen eingekesselt und 95 Personen verhaftet. Insgesamt landeten im Laufe des Tages 126 Antifas in Polizeigewahrsam. Einige bekamen einen Rädelsführer-Tatvorwurf, da sie Handys benutzt hatten. Neun Nazis wurden verhaftet, weil sie gefährliche Gegenstände mit sich herumschleppten. Auf der Abschlußkundgebung der Nazis sprachen der JN-Bundesvorsitzende HOLGER APFEL, die Nazi-Rentnerin MARIANNE HENNING, der ehemalige REP-Spitzenkandidat ALOYS LEHMLER und der als Nazi-Terrorist verurteilte PETER NAUMANN.

Rechte Bombenleger

Gerade Peter Naumann ist im Zusammenhang mit dem Anschlag nicht uninteressant. Der ehemalige stellvertretende JN-Bundesvorsitzende hat nämlich schon eine längere Bomben-Karriere hinter sich. So war er u.a. für die Sprengung eines antifaschistischen Denkmal in Rom und für die Sprengung von Sendemasten (um die Ausstrahlung des Films Holocaust zu verhindern) verantwortlich. Weitere Anklagen wegen der versuchten Befreiung von Rudolf Heß durch einen Bombenanschlag und diversen anderen Sprengstoffdelikten folgten. 1987 kam er wegen sechs Sprengstoffanschlägen in Deutschland, Frankreich und Italien, wegen Mordes und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in Haft. Aber bereits 1995 fand die Polizei bei ihm erneut zwei Rohrbomben. Daraufhin verbreitete er 1996 eine sogenannte »Gewaltverzichtserklärung« und enttarnte einige Waffendepots. Aber auch der verurteilte Naziterrorist und NPD-Bundestagswahlkandidat MANFRED ROEDER machte immer wieder mit militanten Aktionen gegen die mißliebige Ausstellung von sich reden. Zuletzt verübte er im Juni 1996 einen Farbbeutelanschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Erfurt. Klar ist, daß dieser Anschlag der Höhepunkt einer seit zwei Jahren andauernden Kampagne einer Allianz von Geschichtsleugnern ist. Diese reicht von Neonazis über die REPs, Vertriebenenverbände, Soldatenvereinigungen bis hin zu weiten Teilen der CDU/CSU. Die NPD und die FREIEN KAMERADSCHAFTEN nutzen das Thema, um ihre Anhänger kontinuierlich zu mobilisieren. ■

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 27

April/Mai '99



IMPRESSUM:

Was Geht Ab? Nr. 27
April/Mai '99

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin

Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Brunner's out

Presse 22.12.'98, 9.3.'99 - **Manfred Brunner**, **Bund-Freier-Bürger**-Gründer und -Vorsitzender hat sein Amt niedergelegt und ist aus der Partei austreten, wie auch sein Stellvertreter Rolf Dieter Gmeiner. Als Grund gab er an, es gebe Strömungen innerhalb des BFB, die nicht mehr seinen Vorstellungen entsprächen. Der vom Generalsekretär **Heiner Kappel** geleitete hessische Landesverband hatte deshalb erhebliche Probleme beim Landtagswahlkampf. Mehrere Kreisverbände verzichteten auf die Nominierung von Direktkandidaten. Kappel und der BFB-Vize **Rolf-Dieter Gmeiner** aus Wiesbaden gerieten wegen eines Treffens von Kappel und **REP**-Chef **Schlierer** aneinander. Gmeiner warf Brunner vor, seinen Wechsel zu den REPs vorzubereiten, während Brunner betonte, es werde keine Zusammenarbeit mit den REPs geben und Gmeiner mache *»querulatorischen Ärger«*. Laut Focus und **Nation & Europa** sind sowohl die bayerische **FDP** als auch die **CSU** bemüht, Brunner für sich zu gewinnen.

Der frühere bayerische FDP-Landesvorsitzende und der BFB vertreten einen nach außen pseudoseriös auftretenden Wohlstandschauvinismus. Brunner befürchtet wohl, er könne durch die extremeren Funktionäre in seiner Partei in eine »unseriöse« Umgebung geraten.

DSU will keine REPs

N&E 1/99 - Die **Deutsche Soziale Union (DSU)** will ihre Eigenständigkeit ausbauen und keine Listenverbindung mit anderen Parteien eingehen, erklärte der DSU-Chef **Roberto Rink** auf dem DSU-Parteitag in Burgstädt. Vor den ca. 100 Delegierten sagte er, man müsse sich von den **REPs** distanzieren. Es sollten nun verstärkt Kontakte zu Vereinigungen wie **Soziales Sachsen**, dem sächsischen **Unternehmerverband** und dem **Friedenskomitee 2000** von **Alfred Mechtersheimer** gesucht werden. Neuer Chef der DSU Sachsen wurde der Druckereibesitzer(!) **Ulrich W. Lupart**.

Anti-IG Farben-Aktionstag

AN 24.12.'98 - Unter dem Motto: *»Die Profiteure der Zwangsarbeit müssen zahlen!«* haben am 18. 12. 1998 bundesweit Betroffenenorganisationen des Naziterrors und antifaschistische Gruppen protestiert. Sie forderten die sofortige Auflösung der Frankfurter **IG Farben i.A.** und Entschädigungen für alle überlebenden ZwangsarbeiterInnen der NS-Zeit. Die spektakulärste Aktion war die Besetzung des Büros der IG Farben i.A. in der Frankfurter Silberbornstraße. Zwölf Mitglieder des Bündnis gegen die IG Farben, in dem sich ehemalige ZwangsarbeiterInnen, das Auschwitzkomitee und antifaschistische Gruppen zusammengeschlossen haben, hielten die Räume von 9 Uhr bis 11.15 Uhr besetzt, bis sie durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei geräumt wurden. Vor dem Gebäude demonstrierten etwa 50 UnterstützerInnen. Sie verlangten gegenüber der Presse die sofortige Auflösung der »Mordgesellschaft« IG Farben und Entschädigung für die überlebenden ZwangsarbeiterInnen und deren Angehörige. Alle BesetzerInnen wurden vorläufig festgenommen und in Handschellen abgeführt, gegen 18 Uhr aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Zahlreichen JournalistInnen wurde der Zugang zu einer improvisierten Pressekonferenz der BesetzerInnen verwehrt, gegen die wegen der Aktion Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und auch wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet wurden. Ein Mitarbeiter der Firma sei *»blutig geschlagen«* worden – die BesetzerInnen nannten diesen Vorwurf *»absurd«*. Auch in Braunschweig und Marburg gab es Kundgebungen, in Mölln demonstrierten AntifaschistInnen vor dem Wohnhaus des IG-Farben-Liqidators **Volker Pollehn**. Angehörige der französischen Resistance unterstützten die Forderungen mit einer Kundgebung vor der deutschen Botschaft in Paris. In Berlin wurde symbolisch eine Gedenktafel mit den Forderungen der ZwangsarbeiterInnen in der **SPD**-Bundeszentrale befestigt. Die Überlebenden aus den Fabriken der IG Farben hatten von der neuen Bundesregierung er-

Chronologie

4. DEZEMBER

★ Zapfendorf bei Bamberg – Ein Nazi-Skin wurde angegriffen. Dieser holte aus dem Sudhaus eine Truppe von zwanzig bewaffneten Nazi-Skins, welche ein Tanzlokal stürmten und durchsuchten. Daraufhin razzte die Polizei das Sudhaus und kontrollierte 35 Personen. Das Sudhaus gilt als lokaler Nazi-Skin-Treff.

5. DEZEMBER

★ **Groß Schwiesow** – Nazikonzert im Lokal To'n Dörpkrog mit ca. 500 Nazi-Skins aus der ganzen BRD. Das Konzert wurde vom Blood & Honour-Netzwerk organisiert. Es spielte u.a. die Band Kraftschlag. Es war hier bereits das vierte Nazi-Konzert.

7. DEZEMBER

★ **Halle** – Drei Nazis griffen einen Linken an und versuchten, ihm die Haare mit einem Messer abzuschneiden. Der Angegriffene entwaffnete die Nazis und wurde leicht verletzt.

11. DEZEMBER

★ **Jürgenstorf** – Ein Nazi-Konzert von 200 Nazis wurde aufgelöst.

12. DEZMBER

★ **Zeuthen** – Eine Vietnamesin wurde in der S-Bahn von einem Mann geschlagen und sexuell belästigt.

15. DEZEMBER

★ **Berlin** – Mehrere hundert Menschen demonstrierten gegen die neue REP-Bundesgeschäftsstelle.

16. DEZEMBER

★ **Lübeck** – Auf einen Sendemast des NDR wurde ein Brandanschlag verübt und die Parole »NDR Sau« und Hakenkreuze hinterlassen. Offensichtlich sollte die Ausstrahlung eines Berichtes über vermehrt auftretende Brandstiftungen in Lübeck verhindert werden. Gestört wurde lediglich der Empfang einiger Radiosender.

★ **Halle** – Zwei Nazis griffen mit einem Baseballschläger und einer Eisenkette einen Linken an. Dieser wehrte sich und floh.

17. DEZEMBER

★ **Halle** – Nazis versuchten, eine Punk-Wohnung zu stürmen. Der Punk wehrte den Angriff ab und wurde verletzt.

★ **Saarbrücken** – Die US-Band Agnostic Front spielte in der Garage. Neben 1000 HC-Fans fanden auch etwa 50 Nazis Gefallen an den patriotischen, antikommunistischen Texten, unter ihnen der ehem. JN- →

Chef Saarland/Rheinl.Pfalz Oliver Neumüller, sowie Christoph Waldecken und der Nazischläger und ehem. Herausgeber vom Glatzenreport Volker Becker. Er und einige Kameraden wurden nach dem Konzert von Antifas verprügelt.

18. Dezember

★ **Frankfurt** – Das Büro von den Profiteuren der Vernichtung durch Arbeit (u.a. Auschwitz) IG Farben wurde von ehem. ZwangsarbeiterInnen, Antifas und dem Auschwitzkomitee besetzt. Bundesweit gab es weitere Protestaktionen (siehe WGA-Artikel).

★ **Hamburg** – 40 Nazis zogen nachts mit Fackeln zum US-Konsulat und forderten u.a. »Saddam setz dich zur Wehr«.

★ **Halle** – Nazis zogen randalierend mit »Sieg Heil«-Parolen durch die Innenstadt und bedrohten Leute. Einige bewaffnete Nazis wurden verhaftet.

19. Dezember

★ **Nobitz** – Ein Nazi-Konzert wurde verboten, eine Fascho-Band nach Hause geschickt und vier Nazis festgesetzt. Bei drei Nazis wurden 200 verbotene Nazi-CDs gefunden. Daraufhin wurden Wohnungen in Bautzen und Cottbus gerazzt.

★ **Hannover** – 150 Nazis demonstrierten gegen die Wehrmachtsausstellung. 2.500 Menschen demonstrierten gegen die Nazis. Die Nazi-Demo wurde von Antifas mit Flaschen und Steinen angegriffen. Vereinzelt gingen Nazi-PKWs zu Bruch. Elf Nazis wurden verletzt, 168 Antifas in Gewahrsam genommen und 30 verhaftet.

★ **Schwandorf** – 400 Menschen gedachten der Opfer eines Nazi-Brandanschlages, bei dem vor zehn Jahren vier Menschen starben.

★ **Prignitz** – Der NPD-Kreisvorsitzende der NPD Prignitz/Ruppin (Havelland) Mario Schulz (0172-3959667) lud zu einer Infoveranstaltung mit Infotisch und Liedermacher ein. Treffpunkt war Brandenburg-typisch eine Tankstelle in Kletzke.

★ **Straubing** – Bayerischer JN-Landeskongreß. Redner waren u.a. Franz Salzbauer (NPD) und der bayr. JN-Chef Sascha Roßmüller (stellv. JN-Chef). Carsten Beck von der Burschenschaft Saxonia München hielt ein Gastreferat.

20. Dezember

★ **Oschatz** – 20 Nazis griffen Jugendliche an und verletzten einen davon schwer. Anschließend flüchteten sie mit sächsischen und brandenburgerischen Autos.

21. Dezember

★ **Rathenow** – Ein afghanischer Flüchtling wurde angegriffen, geschlagen und beraubt. Vier verdächtigte Jugendliche wurden festgenommen.

★ **Frankfurt** – Um der Forderung nach Entschädigung der NS-Opfer Nachdruck zu verleihen, griffen Antifas die Büroetage und den Eingangsbereich des IG-Farben-Büros in der Silberbornstraße mit Steinen und Farbflaschen an. Sie wollten damit auch Stellung gegen die antisemitische und deutschnationale Schlußstrichdebatte beziehen.

hofft, daß sie sich um die Entschädigungen kümmert, sagte der ehemalige IG-Farben-Zwangsarbeiter Hans Frankenthal. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht, als Schröder verkündete, die Regierung werde die Interessen der deutschen Industrie verteidigen. So weigerte sich die Regierung, Berufungen gegen Gerichtsentscheide zurückzunehmen, die den ZwangsarbeiterInnen Recht gaben. *»Die Regierung geht bis in die letzte Instanz und hofft auf eine biologische Lösung«*, sagte Frankenthal. Das Bündnis fordert die Überführung des IG-Farbens-Vermögens in eine von den Opferverbänden geleitete Stiftung. Ein Teil des Geldes soll an noch lebende ZwangsarbeiterInnen in Osteuropa gehen. Der andere Teil soll die Gedenk- und Mahnstätte Auschwitz finanzieren. Eine Ermutigung für das Bündnis kam aus den USA. Dort hatte sich ein ehemaliger IG-Farben-Zwangsarbeiter an Präsident Clinton gewandt. Auf bilateraler Ebene zwischen den USA und der BRD wurden ihm als US-Bürger eine Million Mark zugesprochen.

Zivilprozeß gegen die Mörder von Solingen

Presse 20.1.'99 - Sechs Jahre nach dem Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genc in Solingen am 29. Mai 1993 hat am 19. Januar in Wuppertal die Beweisaufnahme in einem Schadensersatzprozeß gegen die vier Mörder begonnen. Die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags, bei dem fünf Mädchen und Frauen starben, fordern über 300.000 Mark für die erlittenen körperlichen und seelischen Schäden. Obwohl alle vier Mörder in einem Strafverfahren bereits verurteilt wurden, machte der Anwalt eines Angeklagten im jetzigen Prozeß erneut Zweifel an der Schuld seines Mandanten geltend.

Saevecke verklagt Staatsanwalt

Presse 11.12.'98 - Theodor Saevecke, der *»Henker von Milano«* (siehe Artikel im AIB Nr. 46), verklagte den Staatsanwalt in seinem Prozeß wegen der Erschießung von 15 gefangenen Partisanen im August 1944 in Mailand. Der Ex-SS-Mann verlangt 30.000 Mark Schadensersatz wegen Verleumdung von dem italienischen Militärstaatsanwalt.

Deckert erneut verurteilt

N&E 1/99 - Das Landgericht Mannheim verurteilte in einem Berufungsverfahren den ehemaligen NPD-Chef **Günter Deckert** zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren und neun Monaten wegen Volksverhetzung.

Café Germania in Dresden

Antifa Dresden 16.2.'99 - Am 18. Februar '99 konnte in der Dresdner Waldschlößchenstraße 16 ein **Café Germania** seine Pforten öffnen. Betreiber ist **Helmar Braun**, wohnhaft in Dresden. Braun besitzt eine nachvollziehbare politische Nazi-Kader-Vergangenheit. Er war u.a. in der ***Nationalen Offensive***, in der ***Sächsischen Nationalen Liste*** und im ***Verband der Sächsischen Werwölfe***.

Anfang Dezember '98 mußte das Café Germania in Berlin-Lichtenberg auch aufgrund anhaltender antifaschistischer Proteste schließen. Dieses »Café« war über ein Jahr lang zentraler Treff- und Sammelpunkt der organisierten Berliner Neonazisszene. Im »Café« gingen Nazi-Schläger, Skinheads, Hooligans und rechte Jugendliche ein und aus. Monatlich fanden politische Treffen von Kameradschaften sowie Schulungen und Veranstaltungen statt. Der CDU-Innensenat von Berlin gab in einer kleinen Anfrage bekannt, daß es sich beim Café Germania um den *»wichtigsten Koordinationspunkt der Neonazi-Szene in Berlin«* handelte. Der dortige Café Germania-Betreiber war **Andreas Voigt** (ehemaliger Chef der Skinhead-Gruppe ***Kreuzritter für Deutschland***).

Das Berliner Café Germania war als Pilotprojekt gestartet worden und sollte Vorbild für die Bundesrepublik sein. Vielerorts sollten ähnliche »Kneipen« eröffnet werden, um eine *»deutschlandweite Infrastruktur von Nazi-Objekten«* zu schaffen, so ein Rundschreiben vom Juni '98. Es gibt Informationen, wonach das Berliner »Café« im Brandenburger Umland wiederbelebt werden soll. Grundsätzlich ist anzunehmen, daß die Eröffnung eines Café Germania in Dresden Bestandteil bundesweiter Absprachen und langfristiger Planungen des sogenannten »Nationalen Netzwerkes« ist. Breiter antifaschistischer Widerstand in den verschiedensten Formen hat das »Projekt Café Germania« in Berlin verhindert. Was in Berlin erreicht wurde, sollte in Dresden nicht unmöglich sein. In der Nacht vom 16. auf den 17. Februar '99 wurde beispielsweise das »Café« entglast. An der Wand war der Spruch *»Keine Räume für Nazis«* zu lesen. Ansonsten verlief die Eröffnung reibungslos, vor Ort feierten ca. 150 Nazis mit Freibier ihren neuen *»nationalen Treffpunkt«*.

GdO- News

DS - Seit November '98 hat die **Gemeinschaft Deutscher Osten** einen neuen Vorstand. Chefin wurde **Ursula Stolle**, Stellvertreter **Alexander Schiedewitz** und Schriftführer wurde **Wolfgang Gaewert**.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Antifa-Demo

Antifa-Aktion Würzburg - Am 23. Januar '99 demonstrierten in Iphofen etwa 150 Antifas gegen den dort aktiven Nazi-Zusammenschluss **Frankens Widerstand**. Dieser wird vor allem von dem **NPD**-Landtagswahlkandidaten und Nazi-Skin **Nicola Mathes** und dessen Bruder **Klaus Mathes** (ebenfalls Nazi-Skin) betrieben. Nach VS-Angaben hat der FW 15 Mitglieder im Raum Kitzingen, hauptsächlich in Iphofen. Seit Jahren treten die Faschisten offen auf den Weinfesten auf. In Nürnberg beteiligte sich der FW an einer NPD-Veranstaltung. Auf dem Iphöfer Friedhof legte der FW einen Kranz nieder. Ansonsten verbreitet der FW eigene Spuckis und NPD-Aufkleber in Iphofen. Nach Angaben lokaler Antifas gilt als sehr wahrscheinlich, daß der ortsansässige Allgemeinarzt (einer von zwei) und NPD-Landtagskandidat **Wielant Hopfner** auch dem FW angehört. Hopfner ist Funktionär des **Nordischen Ringes e.V.** und ehemaliger **Wiking-Jugend**-Aktivist. Zugleich ist er auch ein hoher Funktionär der rassistischen **Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung** sowie Autor in der **Nordischen Zeitung**. Nachdem die Iphöfer Nazis eine Gegendemo abgeblasen hatten, versuchten sie mit dem Nazi-Anwalt und Kader **Jürgen Rieger** die Antifa-Demo gerichtlich verbieten zu lassen.

NPD/JN/NHB-News

DS - Der 32. Landesparteitag der bayerischen **NPD** ergab einen Führungswechsel an der bayerischen NPD-Spitze. Die Mehrheit der 72 Delegierten wählten den Schreinermeister **Franz Salzberger** aus Niederbayern zum neuen Vorsitzenden. Der mittelfränkische Bezirksvorsitzende **Ralf Ollert** wurde somit abgelöst. Salzberger hatte die NPD-Bayern bereits seit Mitte 1998 als amtierender Vorsitzender geführt, nachdem der NPD-Chef **Udo Voigt** zurücktrat. Zu Stellvertretern wurden der Leiter des Amtes Politik und Bündnisse im NPD-Parteivorstand, **Per Lennart Aae**, der NPD-Bundespressesprecher **Klaus Beier** sowie **Ralf Ollert** gewählt. Ansonsten wurde dem Antrag des **KV Bamberg-Forchheim** zugestimmt, das Jahr 1999 zum »Jahr der Schulung« zu machen. **Wolfgang Schüler** vom **NPD-LV Sachsen** hat sich mittlerweile etwas Neues einfallen lassen, die NPD-Arbeitsgemeinschaft *»Christen in der NPD«*. Mitte November '98 tagte diese mit Mitglieder des sächsischen NPD-Landesvorstandes und des NPD-Parteivorstandes. Die NPD-AGs *»Kultur und Bildung«* und *»Sozialisten in der NPD«* überbrachten Grüße. Außerdem unterstützte der NPD-KV Meißen-Radebeul die Weihnachtsfeier im Kinderheim Jüdenberg. Der **Deutsche Stimme Verlag** hat im Dezember '99 vor Gericht einen Rechtsstreit mit dem Landratsamt in Neuburg/Donau um angemietete Redaktionsräume gewonnen. Ein bisheriges Wohngebäude darf nun von der Deutschen Stimme uneingeschränkt genutzt werden. Am Rande einer **NHB**-Veranstaltung am 28. November '98 (siehe letzte WGA) fand die jährliche NHB-Mitgliederversammlung statt. Der Bundesvorsitzende **Alexander von Webenau** wurde in seinem Amt bestätigt. Die geplanten Räumlichkeiten in Augsburg wurden nach öffentlichem Druck gekündigt, so daß sich die NHB'ler woanders treffen mußten.





Per Lennart Aae und Klaus Beier

Nationale Zentren

AN, NE 10/98, Antifas - Das Landratsamt des Muldentalkreises hat den Betrieb einer von der **NPD** angemieteten Lagerhalle in Wurzen als *»nationalen Jugendtreff«* genehmigt. Am 26. November 1998 war von der Polizei eine baupolizeiliche Sperrung durchgesetzt worden, für die sich das Landratsamt entschuldigt hat. **JN**-Kader wie **Jörg Hähnel** und **Sascha Wagner** loben das Projekt in höchsten Tönen und wollen hier ihre *»Jugendarbeit«* verwirklichen. Konzerte und Liederabende finden schon jetzt regelmäßig statt, so auch das diesjährige **Europa-Vorn**-Pressefest. Ein Wurzener Nazi-Konzert kam kürzlich in die Medien, da vor laufenden Kameras Liedtexte wie *»Wetzt die blanke Klinge auf dem Bürgersteig, laßt die Messer flutschen in den Judenleib! Blut muß fließen knüppelhageldick. Wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.«* zu hören waren. In dem Haus befinden sich im Aufbau bzw. existie-



Wurzener Nazi-Chef Markus Müller

23. Dezember

★ **Leisnig** – Antifa-Demo »Weihnachtsmänner gegen Rechts«. Im Anschluß wurden zwei Antifas von mehren Nazis massiv bedroht. Drei Antifas wurden verhaftet, als diese den Bedrohten zur Hilfe eilten und sich erfolgreich gegen die Nazis wehrten. Die Angreifer blieben unbehelligt. Ein Antifa kam in U-Haft.

24. Dezember

★ **Jena** – Unbekannte zündeten das Auto des Nazi-Kaders Andre Kappke an. Das Auto stammt ursprünglich von dem Rudolstädter Nazi Tino Brandt.

★ **Mittweida** – Ein Jugendhaus und eine WG wurde von Nazis angegriffen. Antifas wurden verhaftet und nach ihrer Entlassung von Nazis angegriffen.

25. Dezember

★ **Thüringen** – Der Mercedes-Jeep des REP-Funktionärs Wilhelm Tell wurde von Unbekannten angezündet. Schaden 80.000 Mark.

★ **Weimar** – Bei einem PKW, der in unmittelbarer Nähe des Hauses für Soziokultur parkte, wurde eine Scheibe eingeschlagen und der Wagen mit einem Brandsatz angezündet.

26. Dezember

★ **Jena** – Neonazis verwüsteten den Eingangsbereich der Jungen Gemeinde Jena.

28. Dezember

★ **Berlin** – Drei Nazis raubten einen geistig-körperlich behinderten Mann aus.

29. Dezember

★ **Altenburg** – Zwei 17jährige Nazis wurden verhaftet, weil sie einen Dönerstand angezündet hatten.

30. Dezember

★ **Jena** – Mitglieder des Thüringer Heimatschutz griffen eine Person in der Innenstadt an, bedrohten eine Gruppe Jugendlicher (»Jetzt ist Krieg«) und versuchten mehrmals, Personen von deren Fahrrädern zu ziehen.

31. Dezember

★ **Bad Kissingen** –20 »Jugendliche« überfielen ein Aussiedlerheim in Reiterwiesen. Drei Aussiedler wurden durch Gaspistolenschüsse verletzt.

★ **Saarbrücken** –30 Nazi-Skins und Hooligans feierten in der Kneipendisco Sternenhimmel. Einige Nazis wurden von Antifas verjagt. Die Kneipendisco ist Nazi-Treffpunkt und ständiger Konfliktherd zwischen Nazis und Antifas.

★ **Schwedt** – Zwei jugendliche Aussiedler aus Kasachstan wurden zusammengeschlagen. Zwei 19jährige aus einem Heim in Stolpe wurden deswegen verhaftet.

★ **Halle** – Eine Gruppe Nazis verprügelte drei Punks.

1. Januar

★ **Mittweida** – Drei vermummte Nazis schlugen einen Jugendlichen zusammen und verletzten ihn.

★ **Jena** – Vier Jugendliche wurden von fünf Nazis beschimpft und ge-

schlagen. Außerdem wurden ihre Jacken beschädigt.

2. Januar

★ **Leipzig** – 50 Antifas demonstrierten vor der JVA für den inhaftierten Antifa vom 23. Dezember '98.

★ **Jena** – Zwanzig vermummte THS-Nazis überfielen zwei junge Frauen, bedrohten sie, nahmen ihnen ihre Ausweise weg und hielten sie über zwei Stunden fest.

★ **Mittweida** – 130 Jugendliche demonstrierten gegen Nazi-Terror in Mittweida.

★ **Neustrelitz** – Etwa 70 Nazis marschierten für »Solidarität mit dem Irak«. Redner waren u.a. der NPD'ler Eisenecker und der sog. Freie Nationalist Christian Worch.

4. Januar

★ **Weimar** – Ein Ernst-Thälmann-Denkmal wurde mit Nazi-Parolen besprüht.

★ **Wetzlar** – Ein Flüchtlingsheim wurde angezündet. Sechs Menschen wurden verletzt.

★ **München** – Der NPD-Funktionär Per Lennart Aae hält einen Vortrag beim Politischen Informations Club (PIC) München.

5. Januar

★ **Berlin** – Zwischen rechten FDP'lern und FDP-Studenten kam es während einer FDP-Sitzung zu einer Auseinandersetzung.

7. Januar

★ **Magdeburg** – Ein 15jähriger Deutscher schlug einen Flüchtling aus Togo in einer Straßenbahn zusammen. Der Nazi wurde festgenommen.

8. Januar

★ **Berlin-Hellersdorf** – Am frühen Abend überfielen vier Nazis vor einem Supermarkt einen Vietnamesen und jagten ihn durch den Laden. Er riß eine Flasche aus einem Kasten und brach sie am Hals ab, um sich zu verteidigen. Die Skins schlugen ihn mit Gummiknüppeln und traten mit Stahlkappenschuhen auf ihn ein. Einer stieß ihm ein Messer in die Lunge. Dann rannten sie weg. In der Nacht wurden die Täter gefaßt. Einer von ihnen war laut Polizei im März 1998 an einem Überfall auf Linke in Berlin-Friedrichshain beteiligt. Ein 20jähriger Mario H. gestand gleich weitere rassistische Überfälle.

9. Januar

★ **Karlsruhe** – Thorsten Heise, Chef der Kameradschaft Northeim, und der Naziterrorist Manfred Roeder führten eine Saalveranstaltung vor ca. 120 Nazis durch. Anschließend fingen Antifas ein Naziauto ab und schlugen die Seitenscheibe mit einer Axt ein, wobei der Fahrer laut NIT Rheinland leicht verletzt wurde. Die Infotelefonnr. der Nazis war 0172-7240741.

★ **Borna** – Zwei Nazis (23 u. 25 Jahre) warfen Brandsätze auf das Haus einer türkischen Familie. Die sechs Bewohner blieben unverletzt. Die Nazis wurden geschnappt.

10. Januar

★ **Bad Homburg** – Rund 60 Antifas demonstrierten gegen den Wahl-

→

ren schon: ein Computer- und Fotolabor zur Propaganda und **Anti-Antifa**-Arbeit, ein Kraft- und Kampfsportraum und ein Veranstaltungs- und Tagungsraum mit Kneipe. Ein »nationales Zentrum« soll nun auch im benachbarten Sachsen-Anhalt entstehen. Ein Zusammenschluß *»nationaler (Jugend-)Gruppen«* will sich ein Zentrum zulegen. Hier wollen sie ungestört politische Veranstaltungen, Liederabende und Volkstanzkurse durchführen. Momentan bettelt der Zusammenschluß aber noch um Geld. Die Kontaktadresse des Zusammenschlusses liegt in Sangerhausen. Die Kontakttelefonnummer (03464-576583) ist auf **Sandra Jung** (Am Rosengarten 31) aus Sangerhausen angemeldet. Diese gibt zusammen mit **Jens Warncke** (»**Krümel**«) das Naziblatt **Volkstreue Zeiten** heraus.

Nazi-Terror in Jena

Antifas Jena, WGA - Die Brüder **André** und **Christian Kapke** aus Jena verbreiten mit einigen Nazi-Kameraden massiv Terror gegen vermeintliche Linke. André Kapke ist der Chef der **Kameradschaft Jena**, die mittlerweile als Sektion Jena des **Thüringer Heimatschutzes (THS)** auftritt. Gleichzeitig ist er der führende **NPD**-Funktionär in Jena. André Kapke und sein Bruder scheinen nicht zu verkraften, daß sein Auto (SLF-MK 72, ursprünglich von dem Thüringer Nazi-Kader **Tino Brandt**) am 24.12.1998 ausbrannte. Sie erpressen – nur von Frauen – deren Ausweise, um an die Adressen zu kommen. Einige Opfer wurden über eine Stunde festgehalten und mißhandelt. Außerdem kommt es fast regelmäßig zu Bedrohungen, Angriffen und Einschüchterungen. Die meisten Täter kommen aus dem THS bzw. seinem Umfeld. Der THS entwickelte sich 1995 aus der **Anti-Antifa-Ostthüringen** unter Führung von Tino Brandt. Nach eigenen Angaben führt er Schulungen, Demonstrationen, Sonnenwendfeiern, Lieder- und Kameradschaftsabende durch. Nach Angaben des THS-Aktivisten **Ralf Brehme** aus Rudolstadt findet außerdem alljährlich zu Ostern ein 150 km langer Marsch (2,5 Tage mit 20 kg Gepäck, ohne Alkohol, Nikotin, Geld) statt. Bei Rudolstadt fand die Polizei ein Waffenlager des THS. Der THS ist ein Sammelbecken von gewaltbereiten Neonazis und Naziskins.

Christian Kapke



Nazi-Polizei ?

Autonome Antifa Stuttgart - Ausgangspunkt rechten Terrors in Stuttgart ist ein Army-Shop (**American-Store**), der sich zum Anlaufpunkt für Nazi-Skins, rechte Hooligans und andere Faschisten entwickelt hat. Hier wurde auch Nazipropaganda- und Kleidung angeboten. Daß der »American-Store« diese Artikel inzwischen aus dem Sortiment genommen hat, ist in erster Linie der Öffentlichkeitsarbeit der Autonomen Antifa Stuttgart zu verdanken, die in Flugblättern auf den Laden aufmerksam gemacht hatte. Auch die Tatsache, daß die Scheiben des Ladens, ebenso wie in der Filiale in Reutlingen, vor kurzem erneuert werden mußten, dürften den Inhaber zu diesem Schritt bewogen haben. Doch der Fall hat mittlerweile größere Dimensionen angenommen.

Besitzer des »American Store« und der Filialen in Reutlingen und Augsburg ist **Peter Keupp**, ein Militariagroßhändler aus Engstingen. Ein Ermittlungsverfahren gegen Keupp wegen der *»Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole«* wurde im April 1998 aufgrund des *»nicht hinreichenden Tatverdachts«* eingestellt. Die Geschäfte in Stuttgart führt seine Tochter **Heike Keupp**. Sie ist als »Polizeifreiwillige« registriert, derzeit jedoch nicht im Einsatz. Außerdem gehört ihr die Firma **XXL-Sicherheit** in Stuttgart-Vaihingen. Allerdings nur pro forma, denn der eigentliche Chef ist ihr Lebensgefährte. Dieser ist hauptberuflich Polizeibeamter bei der Stuttgarter Hundestaffel und in dieser Eigenschaft ist ihm die Nebentätigkeit bei einem Sicherheitsunternehmen gesetzlich untersagt. Gegen ihn und mindestens zehn weitere Beamte, die für XXL tätig waren, laufen inzwischen interne Ermittlungsverfahren. Heike Keupps Lebensgefährte selbst hat mittlerweile einen Antrag auf Entlassung aus dem Dienst gestellt.

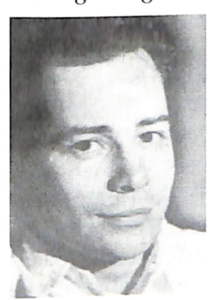
Naziüberfall

Antifas aus Leipzig - In der Nacht vom 29. zum 30. Januar '99 überfielen etwa 30 Nazis das alternative Cafe und Wohnprojekt Plaque in Leipzig zum fünften Mal. Einige vermummte Nazis brachen schwer bewaffnet in das Cafe ein und zerstörten es. Andere versuchten Gasflaschen in das Plaque zu transportieren. Andere rissen einen Zaun als Fluchtweg ein. Der Angriff wirkte gut vorbereitet. Durch Einsatz von Tränengas gelang es sechs Personen, den Angriff zurückzuschlagen. Zwei Nazis und einige Naziautos erlitten durch Steinwürfe Schäden. Der Angriff war durch eine Telefonkette aus der Nazikneipe »Wilde Sau« gestartet worden. An diesem Tag fand außerdem eine **NPD**-Vorstandssitzung statt. Beteiligt an dem Überfall waren Nazis aus den Kneipen »Wilde Sau« (incl. Wirt), »Zum Schotten« und dem Jugendclub »Kirschberghaus« sowie der NPD.

Berlin

Widerstand gegen REPs

Presse '98/99 - Als bekannt wurde, daß die ***REPs*** in der Villa eines 1938 »zwangsarisierten«, jüdischen Fabrikanten ihre neue Geschäftsstelle (Berliner Str. 128) einrichten, kam es im Bezirk Pankow zu starken Protesten – über Lichterketten, kirchliche Andachten und antifaschistische Kundgebungen bis hin zu über 5000 Unterschriften. Die Beteiligung von SchülerInnen war den REPs ein so starker Dorn im Auge, daß sie nach Beschädigung einer REP-Kreisgeschäftsstelle öffentlich erklärten, die Spuren führten *»zu einer Schule«*. Mehrmals demonstrierten Antifas vor der »Villa Garbáty«, woraufhin die REPs Möbel und Computer unter Polizeischutz ins Haus brachten. Die REPs reagierten auf den Protest mit einer Anti-PDS-Kundgebung einer Handvoll Mitglieder unter Anleitung des Berliner REP-Chefs **Werner Müller** und traten bei einer Diskussion in der Friedenskirche mit dem REP-Vorsitzenden **Rolf Schlierer** und weiteren Funktionären wie den Berliner Landesjugendvorsitzenden **Thomas Kay** (0172-3045961) auf.

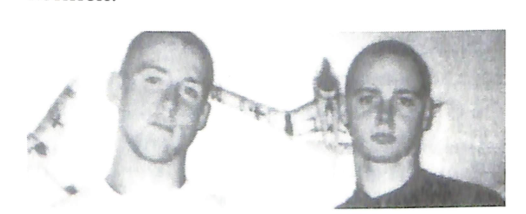


Thomas Kay

Kay ist Anleiter der REP-Jugend, welche mit gestiegener Mitgliederzahl nun eine Jugendsprechstunde und »reine Jugendfraktionen« zur Bezirkswahl plant und desweiteren Freizeitfahrten mit **Dennis Glaubitz** (0177-5329371) – jeden letzten Samstag im Monat – in Berlin und Umland anbietet: z.B. am 27. Februar '99 zu den Seelower Höhen, um an die »Abwehrschlachten« 1945 zu erinnern. Am 27. Januar beteiligten sich 1000 Menschen an einer Kundgebung mit Lichterkette zum Gedenken der Opfer des NS-Regimes vor der Villa, das ***Antifa Aktionsbündnis*** aus Pankow gedachte in einer Demonstration mit 500 Menschen dem Jahrestag der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar ebenfalls dort. Der Vermieter der Villa, **Wolfgang Seifert,** ist familiär wie politisch mit den REPs verbunden. Er schrieb für den Berliner Landesverband im offiziellen Bundesorgan der REP (#12/98) Artikel über die mittelständische Bauwirtschaft und soll mit **Ingeborg Seifert** vom REP-Bundesvorstand verheiratet sein. Er betreibt u.a. die Firma **Allround Service**, ein Unternehmen für Zeitarbeit. Landesgeschäftsführer **Reinhard Haase** und **Gerhard Tempel** vom REP-Bundespräsidium, mit den Sprechern **Klaus Dieter Motke** und **Michael Paulwitz**, verkündeten trotzig: *»Wir werden nicht zurückweichen«!*

Nazi-Feier am 30. Januar

Tsp, BeZe 1.2.1999, ZorG - Um den 66. Jahrestag der Machtübernahme durch die ***NSDAP*** zu feiern, versammelten sich ca. 300 Nazis aus Berlin mit bundesweiter Beteiligung in dem Vereinslokal der Pankower Gartenkolonie »Frohsinn«. Allerdings konnten von den verschiedenen internationalen Bands nur die Berliner Nazi-Band ***Spreegeschwader*** auftreten, weil das Konzert nach relativ kurzer Zeit von Polizei und Spezialkräften aufgelöst wurde. Zu dem Einladungsflugblatt, das heimlich mit detaillierter Straßenkarte und Anweisungen verteilt werden sollte, hieß es: *»Fotos machen nicht erwünscht«, »die Judenvernichtung wird nicht geleugnet«* und *»die Veranstaltung hat nichts zu tun mit einem 30. Januar vor 66 Jahren«*. Unter den Nazis waren Mitglieder von Kameradschaften (***Treptow***), der Nazirocker und Schutzgelderpresser ***Vandalen*** und der ***Hammerskins***. Hinter dem Anmelder **Heiko L.** vermuten AntifaschistInnen **Heiko Lappat**, der schon mehrmals in diesem Zusammenhang auffiel. Ungefähr 100 Nazis aus dem Umfeld von ***Blood & Honour (B&H)***, Vandalen und Ex ***FAP***lern aus dem gesamten Bundesgebiet wurden am 13. Februar im Bezirk Marzahn festgenommen, als sie mit zwei Bussen zu einem Gedenkmarsch für die ***SS*** nach Budapest fahren wollten. Sie kamen über Nacht in Polizeigewahrsam. B & H Berlin hat jetzt ein eigenes Clubhaus, wo Nazis übernachten und für fünf Mark frühstücken können.



Spreegeschwader-Sänger Andreas Ingo Gast (links) und Schlagzeuger Alexander Bahls.

Antifa... hurra

Interim 14.1.1999 - Der in der Danzigerstraße im Bezirk Prenzlauerberg sitzende ***Verlag der Freunde*** von **Andreas Röhler** und **Peter Töpfer** bietet schon seit 1993 in der Zeitschrift ***Sleipnir*** Revisionisten und Nazikadern (Hupka, Worch) ein Forum und verlegt und vertreibt Nazimaterial. Grund genug für Antifas, dem Verlag einen Besuch abzustatten. In den Büroräumen ging einiges kaputt und Abolisten, Adressen und Briefe wechselten die BesitzerInnen. Pech hatte auch **Henry Harm**, Betreiber des Naziladens **Ha-Ra-Kiri** in der Grellstr. 1b, dessen Mercedes in Flammen aufging.

kampfauftakt der REPs zur hessischen Landtagswahl.

13. Januar

★ **Berlin-Friedrichshain** – FreundInnen des 1992 von Nazis ermordeten Hausbesetzers Silvio Meier brachten im U-Bahnhof Samariterstraße eine neue Gedenktafel für Silvio an. Die Tafel war bereits mehrere Male gestohlen worden.

★ **Meerhog** – Lokale Nazis überfielen zwei Skater und verletzten sie.

14. Januar

★ **Stuttgart-Degerloch** – Der REP-Stadtrat Peter Linder wurde »stark alkoholisiert und desorientiert« von einer Polizeistreife aufgegriffen. Auf der Wache setzte er sich zur Wehr und beleidigte die Polizisten. Die Nacht verbrachte er in einer Ausnüchterungszelle.

15. Januar

★ **Wunsiedel** – Ein neuer eigener NPD-Kreisverband gründete sich. Gerhard Pietrzyk wurde als Ortsvorsitzender von dem jetzigen Kreisvorsitzenden Markus Pfau abgelöst. Pietrzyk wurde Stellvertreter.

16. Januar

★ **Magdeburg** – Am Vormittag nahmen rund 20 Nazis aus dem sog. Freie Nationalisten-Umfeld aus Magdeburg und Umgebung an einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs auf dem Westfriedhof teil. Sie trugen schwarze Fahnen und ein Transparent. Magdeburger Antifas gehen davon aus, daß es eine autonome Kameradschaft Magdeburg gibt.

▲★ **Saarbrücken** – Antifas griffen die Nazikneipe »Sternenhimmel« an. Nach dem Glasbruch verhaftete die Polizei wahllos sieben Leute, die sie für links hielt und unterzog sie einer ED-Behandlung.

17. Januar

★ **Berlin-Wedding** – Autonome AntirassistInnen warfen anläßlich der rassistischen Unterschriftenkampagne der CDU die Scheiben des Stadtteilbüros ein.

18. Januar

★ **Halle** – Drei Nazis warfen bei einem alternativem Projekt eine Scheibe ein. Als sie fliehen wollten, sprang der Wagen nicht mehr an.

19.Januar

★ **Neuruppin** – Drei Unbekannte überfielen einen Tunesier und verletzten ihn am Kopf.

21. Januar

★ **Wurzen** – Vier linke Jugendliche wurden von fünf Nazis mit dem Auto gejagt. Ein Nazi hielt einem Linken eine Pistole an den Kopf, worauf sich dieser mit einem Messer wehrte und den Nazi schwer verletzte. Die Polizei ermittelt nicht gegen die Nazis, sondern gegen deren Opfer wegen versuchten Totschlags. Die vier Angegriffenen stellten sich und saßen mehrere Wochen in U-Haft (siehe Artikel im AIB/Staat & Repression).

22. Januar

★ **Eichwalde** – Bei einer Auseinandersetzung zwischen jeweils 15 Antifas und Nazis auf dem S-Bahnhof ⟶

wurden zwei Leute durch CS-Gas leicht verletzt.

★ **Berlin-Mitte** – Unbekannte verübten einen Wasser-Überflutungs-Anschlag auf die rechte »Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus«

23. Januar

★ **Esslingen** – Antifas griffen einen REP-Stand in der Fußgängerzone an, wo die REPs Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sammelten. Der Stand wurde umgekippt und zwei REPs verletzt. Da sie keinen der vermummten Antifas festhalten konnten, stürzten sie sich auf den erstbesten »links aussehenden« Jugendlichen und übergaben ihn der Polizei.

★ **Weimar** – Unbekannte verübten nachts um 1.30 Uhr einen Anschlag auf das Haus für Soziokultur. Sie warfen einen Brandsatz in Richtung der Fenster im ersten Stock, der jedoch an der Hauswand abprallte und auf dem Bürgersteig hochging. Zum Zeitpunkt des Anschlags hielten sich im Haus etwa 50 Gäste der hauseigenen Kneipe auf.

★ **Bonn** – Die Polizei löste in einer Kneipe ein Treffen von einem Dutzend Nazis auf, die laut Nazimusik gehört hatten. Von 13 Nazis wurden die Personalien festgestellt und mehrere CDs beschlagnahmt.

★ **Fürstenwalde** – Fünf Jugendliche, die selbstgemalte Plakate gegen Rassismus klebten, wurden von Nazis angegriffen und getreten, blieben aber unverletzt.

★ **Berlin** – Unter anderem in den Stadtteilen Schöneberg, Steglitz, Tiergarten und Neukölln gab es Aktionen von AntirassistInnen gegen CDU-UnterschriftensammlerInnen. Teilweise wurden Stände umgeworfen und ausgefüllte Unterschriftenlisten mitgenommen.

★ **Mulda** – Bundesparteitag der NPD – siehe Artikel im AIB.

24. Januar

★ **Leipzig** – Gegen den rechten Jugendtreff Kirschberghaus sollte eine Kundgebung stattfinden. Als ca. 50 Nazis begannen, eintreffende Antifas zu attackieren, schlugen diese die Angriffe zurück. Einige Scheiben gingen zu Bruch. Anschließend kam es zu Verhaftungen und Übergriffen der Polizei gegen die Antifas. Die Nazis suchten währenddessen weiter die Auseinandersetzung und griffen JournalistInnen an.

★ **Berlin-Neukölln** – Rund 300 Menschen demonstrierten gegen die rassistische Unterschriftenkampagne der CDU.

25. Januar

★ **Leipzig** – Eine »links aussehende« Frau wurde von Nazis zusammengeschlagen.

★ **Köln** – Bei dem 17jährigen Betreiber der Homepage »Der arische Ansturm«, die über einen US Anbieter agierte, wurde von der Polizei Sprengstoff beschlagnahmt.

30. Januar

★ **Leipzig** – Nach einem Treffen der NPD, sammelten sich Nazis in der Kneipe Wilde Sau und griffen mit 30 vermummten und bewaffneten Leuten das alternative Kultur und Wohnprojekt »Plaque e.V.« an. Sie →

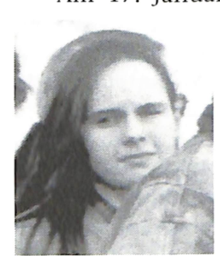
Brandenburg

Nazi-Club als Dank...

Presse - Am 16. und 17. Januar '99 kam es in Frankfurt/Oder (mal wieder) zu mehreren Überfällen von Nazis.

Am 16. Januar sammelten sich etwa 60 Jungnazis in einem Park, in der Nähe des Bahnhofes und gingen in 10 15-er Gruppen auf die Jagd nach »Zecken und Ausländern«. Ein pakistanischer Asylbewerber und zwei ihm zu Hilfe eilende Landsleute wurden angegriffen, getreten und einer von den dreien mit einem Messer verletzt. Später wurde in einer Unterführung ein Marokkaner von 35 Nazis zusammengeschlagen. Vereinzelt gab es auch Angriffe von Nazis auf die Polizei. Der Staatsschutz war im Vorfeld über Nazi-Aktivitäten informiert und schickte die MEGA nach Frankfurt. Trotzdem wurden gerade einmal die Personalien von sechzehn der beteiligten Nazis aufgenommen und ein 14-jähriger als Haupttäter für den Überfall auf den Marokkaner präsentiert.

Am 17. Januar versuchten dann sechs Nazis, in die Wohnung eines Richters einzudringen, der für seine harten Urteile gegen Nazi-Schläger bekannt ist. Sie wurden an Ort und Stelle festgenommen und ein 18-jähriger im Schnellverfahren zu einer Geldstrafe verurteilt.



Mary Ehrenberg

Eine Woche später fand in Frankfurt/O. ein sog. «Friedenstreffen« statt. Anwesend waren neben dem Staatsschutz, dem Ordnungs- und dem Jugendamt auch der Nazi-Schläger **Christian Steinecke**, der NPD-Abgeordnete im Frankfurter Stadtparlament **Rene Wegner** und **Mary Ehrenberg**, die Freundin von dem NPD-Kader **Jörg Hähnel**, sowie zwei Linke.

Mary Ehrenberg war auch bei den Überfällen vom 16. Januar gesehen worden. Das Treffen sollte der für das Image der Stadt schädlichen Gewalt ein Ende zu setzen. Dies ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, daß Hähnel die Linken für die Gewalt verantwortlich macht. Der Angriff auf den Marokkaner sei ein Racheakt für einen Überfall von AntifaschistInnen auf ihn gewesen. Die anwesenden Linken zogen sich schnell von dem »Friedenstreffen« zurück. Dieses endete dann ohne Ergebnis.

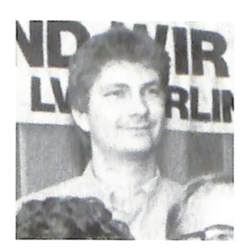
Einige Zeit später wurde Jörg Hähnel zum eigentlich polizeiinternen KKV-Treffen (Kommunale Kriminalitätsverhütung) eingeladen. Dort wollte die Polizei mit ihm über den »Abzug« der Nazis vom »Oderturm« verhandeln – einem Frankfurter Einkaufszentrum, das seit langem als Treffpunkt der rechten Szene bekannt ist. Hähnel verlangt dafür ein »Nationales Jugendzentrum« in Frankfurt/Oder. Allerdings wurde Hähnel aufgrund öffentlichen Drucks in letzter Minute wieder ausgeladen. Nachdem er nun jedoch als gleichberechtigter Gesprächspartner bei den politisch Verantwortlichen der Stadt und der Polizei anerkannt ist, ist dies wohl eine sehr ernst zu nehmende Forderung.

NPD-Wahlen

Zündstoff, WGA - Ende Oktober 1998 fand bei Oranienburg der 2. ordentliche Parteitag des ***NPD***-Bezirksverbandes Brandenburg statt. Der bisherige Bezirksvorsitzende der NPD-Brandenburg **Thilo Kabus** wurde von dem Frankfurter (Oder) Nazi-Kader **Jörg Hähnel** abgelöst. Stellvertreter wurden ein **Werner** und **Reinhard Golibersuch**, Schatzmeister wurde **Gerd Detlef Freitag**. Thilo Kabus sowie der Fürstenwalder NPD-Stadtverordnete **Danilo Wilcke** wurden mit fünf weiteren NPD'lern zu Beisitzern gewählt.



Gerd Freitag



Thilo Kabus



Reinhard Golibersuch

REP-Jugend

Das letzte Treffen der ***Republikanischen Jugend (RJ)*** fand in Burg/Spreewald bei Cottbus statt. Die Delegierten der LVs Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hessen und Sachsen wählten den 20jährigen **Stephan Schneider** zum Sprecher für den Bundesarbeitskreis Republikanische Jugend«. Er wurde auch beim REP-Bundesparteitag auf einen Beisitzerposten gewählt.



REP-Milchbubi Stephan Schneider

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Neues aus Halle, ...

Antifa, Tsp 9.12.1998 - Vom 8. - 10. Januar 1999 fand im Hotel »Maritim« in Halle der »Deutsche Studententag« der Verbindungen ***Coburger Convent (CC)*** und ***Deutsche Sängerschaft (DS)*** statt. Anlaß für die Polizei, mit Hundertschaften und einem Hubschrauber Halle zur Festung auszubauen. Alle irgendwie links wirkenden Menschen mußten willkürliche Personalienfeststellungen oder kurzzeitige Festnahmen wegen »Sachbeschädigungen« über sich ergehen lassen. Zudem drang die Polizei in die 22 (Szenekneipe) ein und versuchte, das alternative Kulturobjekt in der Ludwigstraße zu stürmen.

Bereits im November 1998 wurden die Firmenräume des Naziversands ***Ultima TV*** im Hallenser Plattenbauviertel Heide-Nord gerazzt. Der Betreiber **Mirko Hesse** unterhält zudem einen Klamottenladen in Leipzig. Bei der bundesweit angelegten Durchsuchung u.a. in Bayern und Sachsen wurden ca. 3000 CDs, 100 Videos, Hakenkreuzfahnen, Computer und Siebdruckmaschinen gefunden.

Wer sich für Politik in Halle interessiert, kann die Zeitung ***fuego*** c/o Infoladen, Ludwigstr. 3, 06110 Halle (Saale) bestellen.

Magdeburg...

AAM - Am 16. Januar '99 beteiligten rund 20 Nazis aus dem Umfeld der sog. Freien Nationalisten mit Transparenten und schwarzen Fahnen an einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs und versuchten, Ursache und Wirkung des II. Weltkrieges zu verleugnen. Bereits im Jahr zuvor hatten Vertreter rechtsradikaler Parteien wie ***NPD*** und ***REPs*** Kränze am Gedenkort abgelegt und auf dem Magdeburger Domplatz Flugblätter verteilt. Einige Monate vor dem Aufmarsch der freien Nationalisten legten etwa 100 Nazis, ausgestattet mit NPD-Fahnen, am Volkstrauertag in Gommern bei Magdeburg Kränze ab. Ihren eigenen Opfern gönnen die Nazis dagegen keine Ruhe: Einen Tag bevor **Frank Böttcher** (ein von Nazis ermordeter Punk), 19 Jahre alt geworden wäre, mußten AntifaschistInnen eine gestohlene Gedenktafel erneuern. Einen Tag nach der Einweihung wurde sie mit brauner Farbe übergossen. Am 18. November '98 reinigten AntifaschistInnen sie in einer öffentlichen Aktion. Anfang Dezember nahm die Polizei einen Jugendlichen fest, als er die Tafel beschädigte. Wenige Tage später wurde sie wieder gestohlen. Trotzdem versuchen die örtlichen Antifas, den Ermordeten mit Gedenkdemonstrationen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Hamburg...

AN, DS - Nach eigenen Berichten demonstrierten am 18. Dezember 1998 rund 40 Nazis in Hamburg gegen die Bombardierung des Irak, zogen mit Fackeln vor das US-Konsulat und forderten u.a. *»Saddam setz dich zur Wehr«*.

Auf einem Höhenflug der besonderen Art befindet sich der ehem. Landesvorsitzende der ***FAP*** und momentane BWL-Student **André Goertz**. Der jetzige Betreiber des ***NIT Hamburg***, verfügt nach eigenen Angaben über vier regionale Anschlüsse seines Infotelefons und eine eigene Homepage. In einem 4-Seiten-Interview im Naziskinzine ***Rock Nord*** rühmt er sich seiner bisher 30 Ermittlungs- und Gerichtsverfahren und dreier Hausdurchsuchungen. Trotzdem sei er nur einmal wegen Verwendens von Nazisymbolen verurteilt worden.

Er findet sein NIT das *»professionellste«* und *»technisch versierteste«*, die anderen seien *»rein regionale Freizeitprojekte«*, denen er die Benutzung des Namens »NIT« untersagen möchte.

Obwohl er nach der Wahl *»vor Wut in den Teppich gebissen«* hat, möchte er es sich *»an Rhein und Neckar«* gemütlich machen, weitere NITs eröffnen und plädiert in dem Skinzine für *»vorzeigbare Leute«* mit einem entsprechenden Auftreten – *»Subkultur und Politik«* seien *»zwei paar Schuhe«*.

& Hannover !

AIM - In der Nacht vom 17. zum 18. Dezember 1998 schlugen ***ANTIFAS IN MOTION*** dem Fan-Shop von **Jörg Draht** am Vahrenwalder Platz in Hannover-List zum wiederholten Mal die Scheiben ein und kippten noch Farbe hinterher. Draht, der als rechter Schläger auffiel, versorgt dort Hools und Nazis mit Klamotten. Die Antifas fordern in einem Schreiben, Faschisten und ihre Strukturen öffentlich zu machen!

Hessler sitzt

Der Naziaktivist **Jens Hessler** (Lingen) ist seit November 1998 für neun Monate in Haft. Nachdem bei **Sven Faltermeier** (Stralsund) ein Lager seines **Nibelungen-Versandes** mit tausenden verbotenen Nazi-CDs gefunden wurde, war seine Bewährung futsch.

---

konnten zum Glück nach kurzer Zeit vertrieben werden.

★ **Kiel** – Ein von der NPD/JN organisierter Aufmarsch wurde von Antifas massiv gestört und angegriffen, so daß die Route verkürzt werden mußte. Einige Nazis wurden verletzt, etliche Antifas festgenommen (siehe Artikel AIB).

★ **Berlin-Pankow** – Ca. 300 Nazis veranstalteten ein Konzert zum 66. Jahrestag der Machtergreifung der Nazis, das von der Polizei beendet wurde.

★ **Stuttgart/Stammheim** – Eine Gruppe von sieben Naziskins verprügelte zwei Jugendliche. Einem Opfer wurde die Kleidung geraubt, so daß er sich Erfrierungen zuzog.

★ **Gerstungen (Wartburgkreis)** – 30 Nazis marschierten am Bahnhof mit Reichskriegsflagge auf, bis die Polizei den Aufmarsch unterband.

★ **Neustrelitz** – Nazis demonstrierten gegen Drogen.

★ **Hanau** – In der Nacht wurde das örtliche CDU-Büro eingeworfen und »eingestänkert«. Grund war die rassistische Unterschriftenkampagne.

★ **Thalheim b. Stollberg** – Bei einer Disko griffen Nazis zwei Flüchtlinge an. Diese wehrten sich und verletzten zwei der Angreifer mit einem Messer. Die beiden Nazis kamen ins Krankenhaus, die beiden Flüchtlinge in U-Haft.

★ **Dürwiß** – 200 Menschen demonstrierten gegen ein geplantes JN-Zentrum. In dem verbarrikardierten Haus sitzt das JN-Blatt »Schwarze Fahne«. 30 Nazis waren im JN-Haus.

31. Januar

★ **Leipzig** – Um 0.30 morgens zogen 100 Autonome zur Kneipe »Wilde Sau« und erklärten, sie würden den Nazitreff verschonen, mit der Aktion sollte allerdings gezeigt werden, daß man durchaus in der Lage wäre, zurückzuschlagen, wenn man wolle. Die Aktion war eine Antwort auf den Angriff aufs Plaque.

★ **Leipzig** – Vor der Jugendvollzugsanstalt demonstrierten 200 Antifas, um gegen die Verleumdungen und Ermittlungen gegen die vier verhafteten Jugendlichen aus Wurzen zu protestieren (siehe 21. Januar).

★ **Limbach-Oberfrohna** – Zwei Nazis (15 und 17 Jahre) griffen vier Jugendliche mit Zaunlatten an. Zwei der Opfer mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Die Nazis wurden verhaftet.

1. Februar

★ **Dresden** – Beim Bund der Vertriebenen fand eine Veranstaltung zum »Schwarzbuch des Kommunismus« statt. Ca. 20 Antifas griffen das Haus an und warfen mehrere Scheiben ein. Es gab keine Verhaftungen.

★ **Otterwisch** – Bei einem Nazi-Angriff auf einen Jugendclub wurden zwei Jugendliche am Kopf verletzt.

★ **Leipzig** – Im Hauptbahnhof griff eine Naziclique Jugendliche an und bedrohte sie. Wenig später wurden sie von Antifas handfest in ihre Schranken gewiesen.

7. Februar

★ **Magdeburg** – Etwa 200 junge Antifas versammelten sich auf dem

Bahnhofsvorplatz und gedachten des Mordes an Frank Böttcher vor zwei Jahren.
★ **Berlin** – Auf dem U-Bahnhof Lichtenberg griffen Antifas zwei 20- und 21jährige Naziskins an. Beide mußten zur ambulanten Behandlung in eine Klinik.
Im Stadtteil Schöneberg griffen laut Tagespresse ein Dutzend »offenbar linksgerichtete Jugendliche« die Kneipe »Bülow-Eck« in der Bülowstraße an. Sie warfen die Scheiben ein und demolierten das Inventar. Es kam zu Schlägereien. Vier Personen wurden festgenommen.
★ **Köln** – Bei einem Brand in der Garage eines MigrantInnenwohnheims wurden zwei Menschen verletzt. Laut Polizei brach das Feuer in der Waschküche aus und breitete sich auf die Garage aus. Die Brandursache stünde noch nicht fest.

13. Februar

★ **Guben b. Cottbus** – Jugendliche Nazis hetzten den Algerier Omar Ben Noui zu Tode. Nach einem Diskothekenbesuch jagten sie ihn und zwei weitere Migranten mit dem Auto durch die Stadt. Omar trat in Todesangst eine gläserne Haustür ein und verletzte sich dabei an der Hauptschlagader. Er verblutete im Treppenhaus. (siehe Artikel AIB)
★ **Frankfurt/O.** – Vermutlich Nazis übergossen nachmittags eine Gedenkbüste Ernst Thälmanns mit schwarzer Farbe.
★ **Dresden** – Wie seit Jahren veranstalteten Nazis einen Aufmarsch am Jahrestag der Bombardierung der Stadt. Etwa 100 Nazis nahmen teil. Mit dabei waren u.a. auch NPD/JN-Kader wie Sascha Wagner.
★ **Aachen** – Die lokale CDU versuchte das erste Mal, ihre rassistische Unterschriftenkampagne auf die Straße zu tragen. Als einige Antiras sich mit Transparenten neben den CDU-Stand gestellt hatten, wurden CDU-Mitglieder, vor allem der Aachener Geschäftsführer Kinting, handgreiflich. Die CDU baute ihren Stand dann ab.

Termine

10. April 1999
★ **Reutlingen** – Eine Nationale Initiative »Freispruch für alle nationalen Gefangenen« will eine Demo »Freiheit für Dennis Entenmann« durchführen.
17. April 1999
NPD-Demo in Frankfurt/Oder 13.00 Uhr Brunnenplatz
17. April 1999
NPD-Demo in Magdeburg
16. bis 18. April 999
★ **Südostniedersachsen** – Kongreß der GfP.
1.Mai 1999
★ **Bremen** – Bundesweite Demo der NPD/JN (bisheriger Stand der Naziplanung).
8. und 9. Mai 1999
★ **Ludwigsburg** – Traditionstreffen alter Wehrmachtssoldaten der 23. Panzerdivision in der »Kaiser-Bar« am Karlsplatz.

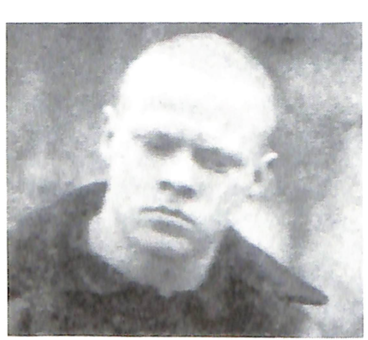
NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

REP-Aktivitäten

Der REP, NIT - Die REPs entwickelten während des hessischen Wahlkampfes wieder einiges an Aktivitäten. Am 10. Januar '99 sprach **Rolf Schlierer** in Bad Homburg und am 16. Januar in Bad Sooden/Allendorf. Am 22. Januar sprach der REP-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat **Haymo Hoch** im Bürgerhaus von Dietzenbach. Einen Tag später trat **Dr. Klaus Zeitler** für die REPs in Wiesbaden auf. Haymo Hoch hatte dann am 28. Januar im Bürgerhaus Rodgau/Niederroden seinen nächsten Auftritt. Die größte Kundgebung fand am 30. Januar '99 im Schloßgartensaal der Stadthalle Hanau statt. Gleichzeitig fand noch eine Veranstaltung mit Hoch in Marburg statt. Die Abschlußkundgebung wurde am 5. Februar auf dem Schloßplatz in Wiesbaden durchgeführt (Kontaktnr. 0611-313116). Die Spitzenkandidaten der REPs waren **Manfred Thierau, Bernhard Plappert, Gitta Schülbe, Harald Kanthack, Haymo Hoch, Gerald Wißler, Bert-Rüdiger Förster und Mark-Olaf Endre.** In Stallendorf taten sich die **CDU** und die REPs zusammen, um den ersten **SPD**-Stadtrat zu kippen. Dieser hatte die REPs als *»Rattenfänger«* bezeichnet. Daraufhin kündigte die SPD die große Koalition in Marburg-Biedenkopf. Als Treffpunkt *»gradliniger Leute«* wurde in der REP-Zeitung **Der Republikaner** der Gasthof »Zur Zehntscheune« (06661-2919) in Niederzell bei Schlüchtern beworben.

NIT-Rheinland

NIT- Am frühen Morgen des 10. Dezember '98 wurde das **NIT Rheinland** Ziel einer Hausdurchsuchung. Grund der Polizeiaktion waren Volksverhetzungen und Beleidigungen der NIT-Betreiber. Während der Durchsuchung wurde die gesamte NIT-Technik beschlagnahmt. Es dauerte etwa zwei Wochen, bis das NIT wieder startklar war. Die Direktleitung wurde erstmal eingestellt. Das NIT Rheinland wird von der Kameradschaft Düsseldorf betrieben. Führende NIT'ler sind **Sven Skoda, Udo Birr**, T. Engler und Jörg Wagner.



Jörg Wagner

Nazi-Versände

NIT, WGA,ZorG - Am 15. Januar '99 fanden in zwölf Städten in NRW 22 Hausdurchsuchungen gegen Nazi-Versände statt. Betroffen war u.a. der **Ohrwurm-Versand** von **Marcel Ingignoli** (32, Ex-FAPler aus Duisburg) aus Haßlinghausen (Gevelsbergerstr. 44). Auch der **Donner-Versand** aus Lüdenscheid hatte Probleme. Dem Betreiber **Stephan Haase** wurde der Gewerbeschein entzogen, da er aufgrund einer Verurteilung zu einem halben Jahr auf Bewährung wegen Volksverhetzung nicht fähig sei, seinem *»Gewerbe«* rechtmäßig nachzugehen. Nun hat er den Versand an den *»unbescholtenen Kameraden«* **Sigmund** abgegeben.

Nazi-Veranstaltungen

DS, NE - Der **Witikobund NRW** lud für den 23. Januar '99 nach Duisburg zu einem Neujahrsvortrag in das »Haus Klucken«. Es sprach der Nazi-Buch-Verleger **Rolf-Josef Eibicht** zum Thema: *»Geschlossenheit des deutschen Patriotismus als Voraussetzung der Wiederbelebung des ostdeutschen und sudetendeutschen Heimatanspruches«.* Auf einer Veranstaltung des Internet-Magazines **Signal** sprachen im Dezember '98 der Vorsitzende des **Vlaams Blok Frank Vanhecke** und die deutschen Nazi-Funktionäre **Markus Beisicht** (DL) und **Manfred Rouhs (Europa Vorn)**.

NPD-News

DS - Der **NPD-KV Wetterau** trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gaststätte »Licher-Eck«, Bahnhofstr. 1, neben dem Rathaus. Beginn ist 19.30 Uhr. In Wölfersheim blockiert die NPD-Fraktion weiterhin alle parlamentarische Arbeit. So lehnte sie jetzt den gesamten Gemeindehaushalt für 1999 ab. Fraktionsvorsitzender ist **Volker Sachs**, er gehört der Fraktion seit 1980 an. Am 14.11.'98 verstarb der Alt-NPD'ler **Heinz Heilmann**. Er kämpfte noch 1945 ergebnislos für den »Endsieg«, dann schloß er sich der NPD an. 1976 stellte er der NPD sein privates Gebäude für die NRW-Landesgeschäftsstelle zur Verfügung.



In der NPD-Zentrale in den 80er Jahren

»Ruhm & Ehre«in Magdeburg

Seit Anfang Februar mobilisierte die NPD mit Unterstützung von Unabhängigen Kameradschaften und Nazi-Gruppierungen aus Norddeutschland zu einem Aufmarsch am 27. Februar 1999 nach Magdeburg. Die von dem ehemaligen NF-Kader und NPD-Landesvorsitzenden Steffen Hupka angemeldete Veranstaltung stand unter dem Motto »*Keine deutschen Pässe für Ausländer!*«.

Dem Aufruf des bislang fast bedeutungslosen NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt folgten etwa 800 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Wie bei nahezu allen Aufmärschen der letzten Monate stellten die Anhänger der Unabhängigen Kameradschaften den größten Teil der Aufmarsch-TeilnehmerInnen und im konkreten Fall auch der Organisationsstruktur. So fungierte z.B. der Selbstschutz Sachsen-Anhalt wie bei der Frank-Schwerdt-Demo im Dezember 1998 in Berlin als Ordnerdienst. Deren arrogantes Auftreten sorgte allerdings bei nicht wenigen Nazis für Unmut. Da der NPD gerichtlich ein Demonstrationszug durch die Innenstadt untersagt worden war, beschränkte sich die Kundgebung auf den mit Stacheldraht abgesperrten Magdeburger Domplatz. Rechte Jugendliche aus Magdeburg, die das Szene-Event des Jahres erwartet hatten, blieben gelangweilt von den Reden der Naziführer am Rande stehen. Die norddeutschen Nazi-Busse versuchten vergebens, etwas Schwung in die Veranstaltung zu bringen, indem sie schon vor dem Domplatz ihre Busse verliessen und zum Kundgebungsort marschierten. Unterwegs startete der eigene Ordnerdienst mehrere Angriffsversuche auf vermeintliche AntifaschistInnen. Die Veranstalter hatten aber zunächst mit erheblichen organisatorischen und technischen Problemen zu kämpfen: So gab es Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Kameradschaften. Der Lautsprecherwagen, einige Teilnehmer und Transparente trafen mit großer Verspätung ein, manche Nazikleingruppe war betrunken, andere pinkelten öffentlich in die angrenzenden Parkanlagen. Neben Steffen Hupka sprach auf der Kundgebung auch Thomas »Steiner« Wulff als Vertreter der Freien Nationalisten. Wulff wünschte am Ende seiner Ansprache der Waffen-SS »Ruhm und Ehre«, was von den angereisten Nazis als Parole brav wiederholt wurde. Die Polizei verwarnte daraufhin den Veranstaltungsleiter Steffen Hupka, griff jedoch nicht ein.

Anders verhielt sich die Polizei gegenüber den antifaschistischen Protestveranstaltungen. Die Demonstration »Nein zu Naziaufmarsch, Blutrecht und Rassismus! Gleiche Rechte für MigrantInnen!«, zu der AntifaschistInnen aufgerufen hatten, wurde von der Polizei mehrfach angegriffen. Höhepunkt der polizeilichen Provokation war jedoch der überfallartige Angriff mehrerer Dutzend Bereitschaftspolizisten auf die Veranstaltung des Bündnisses gegen den NPD-Aufmarsch. Dabei wurden auch einige der Bündnis-UnterstützerInnen von den aggressiven Beamten verletzt bzw. festgenommen. Auch eine größere Gruppe von jugendlichen Nazis, die scheinbar wegen des Demonstrationsverbots zu wenig Auslauf bekommen hatte, versuchte, an die Bündnisveranstaltung heranzukommen. Sie wurde von der Polizei eingekesselt und weggeführt. Dennoch werteten die Magdeburger AntifaschistInnen die Gegenaktionen als Erfolg. Das Bündnis ist – vor allem dank der Polizei-Übergriffe – stabiler als zuvor, einige Nazis und mehrere ihrer Fahrzeuge trugen Blessuren davon, Hupka und seine Aufmarsch-Organisatoren waren unzufrieden mit dem Verlauf ihrer Veranstaltung.

Bleibt abzuwarten, ob die NPD am 17. April noch einmal so viele Neonazis nach Magdeburg mobilisieren kann, wenn sie ihren zweiten Aufmarsch-Versuch startet. Die antifaschistische Jugendszene der Stadt ist durch die Gegenaktionen eher gestärkt. ■



Bild oben: Ordner des Norddeutschen Buskonvois mit Megaphon.
Bild mitte: Demoanmelder Steffen Hupka (links) aus Timmenrode bei Quedlinburg
Bild u.li.: Mirko Appelt – Kameradschaftsführer aus Klötze und Anführer des Selbstschutz Sachsen-Anhalt
Bild u.re.: Mitglieder der Weißen Bruderschaft

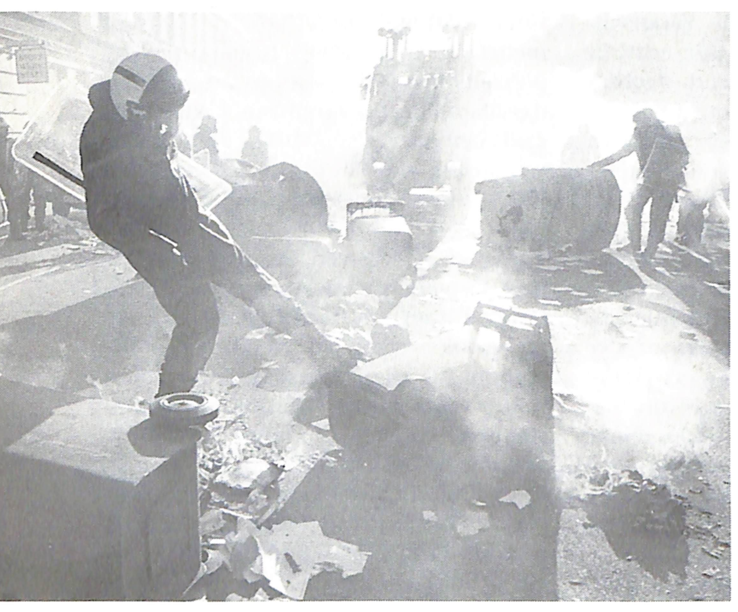




Allianz der Geschichtsleugner

Nazidemonstration in Kiel gestoppt

»*Hier marschiert der nationale Widerstand*«, so tönte es stundenlang durch die Kieler Straßen. Aber von Marschieren konnte nicht die Rede sein. Im Gegenteil – trotz des massiven Aufgebotes an Polizeikräften konnte die JN-Demonstration gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« nur ca. 300 Meter der geplanten Demonstrationsroute vorankommen, und dies auch nur im Schneckentempo. Selbst der Rückweg wurde schwierig, und so hatte die gesammelte Nazitruppe am Ende eines langen Tages gerade einmal einen Kilometer zurückgelegt, bevor sie nach endlosem Warten auf ihre Busse endlich abreisen konnte.



Mit einer Demonstration gegen die Ausstellung »*Verbrechen der Wehrmacht*«, die im Kieler Landtag gezeigt wurde, versuchte die militante Naziszene am 30.1.1999 in Kiel, endlich einmal in Schleswig-Holstein eine größere Demonstration auf die Beine zu stellen. Die Szene um die ehemaligen NL-Funktionäre THOMAS WULFF und CHRISTIAN WORCH und ihre alten und neuen Alliierten bemüht sich seit längerem, eigenständige Gruppen in Schleswig-Holstein aufzubauen. Die freien Kameradschaften und ihre JN-Kameraden verfügen inzwischen in all den Städten, in denen sie immer wieder Demonstrationen und anderes durchgeführt haben, über mehr oder weniger aktionsfähige Gruppen. Diese vermögen zwar ohne direkte Unterstützung aus dem Hamburger Umland immer noch keine großen Sprünge zu machen. Aber ein Anfang, so muß befürchtet werden, ist gemacht. In Kiel besteht seit Ende der 80er Jahre keine organisierte Struktur militanter Nazis mehr. Im Windschatten der Kampagnen der letzten drei Jahre und insbesondere motiviert durch die Aktivitäten des Neumünsteraner CLUB 88 finden sich aber auch hier wieder verstärkt Nazis zusammen.

Die Nazidemonstration wurde, dies ist im Nachhinein sicher festzustellen, von der bundesweiten Struktur um die verbotene Hamburger NATIONALE LISTE getragen, also mehr oder weniger diejenigen Personen, die ehemals in der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT organisiert waren. Deren Strategie besteht darin, mit einer hohen Frequenz an Aufmärschen ihre Präsenz in der Öffentlichkeit als »normal« zu verankern – sei es unter Ausnutzung des Parteienprivilegs der NPD, die von den Gerichten (Aufhebung von Verboten) und vom Staat (Parteienfinanzierung) begünstigt wird, oder durch die kampagnenmäßige Mobilisierung gegen Ziele wie die Wehrmachts-Ausstellung. Mit dieser Strategie, zu der auch weitgehend diszipliniert durchgeführte Aufmärsche gehören, haben die Neonazis gegenüber den 70er und 80er-Jahren bereits Erfolge erzielt. Inzwischen können sie sich weitgehend darauf verlassen, daß die Gerichte einmal erlassene Verbote aufheben und die Polizei ihnen anschließend den Weg freiprügelt. Der Rückschlag, den die Nazis in Kiel erlitten haben, bezieht sich gerade auf diesen Punkt. Erstmals seit langer Zeit konnten sie das stets vollmundig verkündete Ziel, »ihnen gehöre die Straße« nicht durchsetzen. Trotz eines massiven Aufgebotes der Polizei, konnten sie ihre Route auch nicht ansatzweise zurücklegen. Teilweise »drohten« sie der Polizei gar mit einer Sitzblockade, um den Weitermarsch durchzusetzen. Zwar lag die Zahl der mobilisierten Nazis mit 750-800 Teilnehmern über den Erwartungen; Demonstrationen in dieser Größenordnung hat es in den letzten Jahren jedoch mehrfach und regelmäßig gegeben. Insofern stellen sie – im Unterschied zu den Großdemonstrationen der NPD in München, Leipzig oder Rostock, die allerdings nur unter Nutzung der gesamten NPD-Infrastruktur möglich sind – keinen besonderen Mobilisierungserfolg dar.

Die Leitung der Veranstaltung lag bei altbekannten Kadern von inzwischen verbotenen Naziorganisationen. So übernahm Christian Worch mit dem Anmelder die Verhandlungen gegenüber der Polizei und agierte als der eigentliche Veranstaltungsleiter. Unterstützt wurde er von TIM BARTLING (Club 88), THORSTEN HEISE , THORSTEN DEVRIES , OLIVER SCHWEIGERT, Thomas Wulff und FRIEDHELM BUSSE. Die NPD, deren Lübecker Verband ihrer Jugendorgansation JN die Demonstration angemeldet und deren Parteivorstandsmitglied HANS-GÜNTHER EISENECKER als Rechtsanwalt die Aufhebung des Verbots der Stadt Kiel vor dem Verwaltungsgericht Schleswig durchgesetzt hatte, spielte eine untergeordnete Rolle. Einmal mehr hat die NPD hier den Rahmen gestellt für die Verbreitung offen nationalsozialistischer Propaganda, die sich beispielsweise in Parolen wie »*Jetzt oder nie – Euthanasie*« spiegelte. Als die Nazis losmarschierten, reagierten die anwesenden 120 Antifas zum Entsetzen der Polizei und der Aufmarschspitze keineswegs wie diese sich das vorgestellt hatten. Anstatt sich vor der Übermacht von hunderten Polizisten und 750 Nazis zurückzuziehen, blockierten sie die Straße und gingen auf die Demonstration los. Die Nazis reagierten zunächst mit panischem Rückzug. Erst eine halbe Stunde später konnten sie dann tatsächlich losgehen, nachdem die Polizei die seitlichen Straßen abgesperrt hatte. Trotzdem kam der Marsch immer wieder zum Stillstand, da Antifas die Straßen blockierten und auf der geplanten Route Barrikaden errichteten, die teilweise angezündet wurden. So mußte Christian Worch schließlich verkünden, daß die Demonstration in der geplanten Form nicht durchgeführt werden könne, man müsse nun zurückmarschieren. Zurück am Wilhelmsplatz wurden noch Abschlußreden gehalten, unter anderem von INGO STAWITZ, der der Stadt Kiel auch gleich Rache schwor, »*sie würden wiederkommen.*«. Die Antifa-Aktivitäten werden von lokalen Antifas als Erfolg bewertet, da 2.500 Menschen, darunter 150 Antifas aus Dänemark, mobilisiert werden konnten und die Nazis durch die Kombination verschiedener Aktionsformen zum Abbruch ihrer Demo gezwungen wurden. ■

Zweimal Sachsen:

Mulda: NPD-Parteitag

Beim Bundesparteitag der NPD am 23./24. Januar 1999 im sächsischen Mulda hatten Schmerztabletten Hochkonjunktur. Der beißende Brandgeruch machte den NPD'lern sichtlich zu schaffen. Im Bundesland ihres stärksten Landesverbandes stieß die NPD auf größeren Widerstand als erwartet. Trotzdem verlief der Parteitag schließlich relativ ungestört.

Am 9. November 1998 trudelte bei Bürgermeister Gottfried Hegewald, früher Deutsche Soziale Union, heute Allianz Unabhängiger Wähler, eine Anfrage der NPD zur Kapazität der Halle ein. Handschriftlich wurde diese beantwortet und am 8. Dezember der Mietvertrag unterzeichnet. Erst durch Presseveröffentlichung erfährt der Gemeinderat und die übrige Bevölkerung Muldas von ihrem Glück. Die Empörung ist groß, weil Hegewald im Alleingang entschieden hat. Etliche Gemeinderatsmitglieder drohen jetzt mit Rücktritt, der Gewerbeverein distanziert sich von Aktivitäten der NPD und mit vereinten Kräften wird nach einem Weg gesucht, die Veranstaltung abzublasen. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Vertrag zu kündigen. Antifaschistische Sprühereien am Muldaer Rathaus und der Halle, Postwurfsendungen an die Bevölkerung und die Anmeldung einer Demo unter dem Motto *»Kein Frieden mit Nazis«* durch den Bund der Antifaschisten erhöhen den Druck weiter. Der SPD-Ortsverein fordert gar den Rücktritt des Bürgermeisters. Aber die Abwehrfront bröckelt bereits. Diverse Hotels kündigen Regreßforderungen an die Gemeinde an, sollte die NPD wegbleiben. Man hat ja den Vertrag für die Bewirtung der Nazis. Die NPD/JN geht in die Offensive, steckt Flugblätter in die Briefkästen und Holger Apfel klagt vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz. Am 20. Januar bekommt er Recht, einen Tag später brennt die Muldentalhalle. Die Brandstiftung sorgt für 100.000 DM Sachschaden. Heizung, Elektrik, Teile des Bodens und einer Wand werden zerstört. Auf einer Krisensitzung von Gemeinderat, Landratsamt, Polizei, Versicherung, Feuerwehr und NPD-Bundesvorstand einigt man sich, den Parteitag trotzdem planmäßig abzuhalten. Die Halle wird am nächsten Tag für die NPD wiederhergestellt.

Das Präsidium: v.r.n.l. Günther Eisenecker, Doris Zutt, Per Lennart Aae, NPD-Security

Am 23. Januar das übliche Bild, wenn Antifas in einer Stadt demonstrieren, in der auch die NPD ist. Mulda gleicht einer Polizeifestung, für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt. Das hieß für die ca. 500 Antifas Anreise mit Zug oder mehrere Kilometer zu Fuß aus den umliegenden Orten. Die NPD durfte auf einem Parkplatz an der Uni in Freiberg einen Schleusungspunkt einrichten. Von dort ging es mit Polizeieskorte die 13 km direkt bis zur Halle. Ca. 300 Delegierte, darunter natürlich die gesamte NPD/JN-Führungsriege, stimmten über das Wahlprogramm und die Liste zur Europawahl ab. Udo Voigt präsentierte die Unterschriftenlisten *»Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft und Ausländerintegration«*. Derweil verzögerte sich der Beginn der Antifademo durch Polizeischikanen um Stunden. An der Halle vorbei, von der Polizei weiträumig abgeschirmt, ging es quer durch das Dorf. Mulda hat gezeigt, daß die sonst schon schwierig herzustellenden Bündnisse mit PDS, Grünen etc. vor anstehenden Wahlen noch weitaus komplizierter zu erreichen sind. So blieben autonome Antifas wieder einmal nahezu unter sich. ■

Kirschberghaus-News

Für den 24. Januar war vor dem Kirschberghaus eine Kundgebung gegen die Naziumtriebe in Leipzig-Grünau angemeldet und genehmigt worden. Die Polizei wußte davon mindestens eine Woche vorher und war auch informiert, daß mit Naziaktivitäten in diesem Zusammenhang zu rechnen sei. Trotzdem sah sie keinen Anlaß zum Einschreiten, als sich bereits eine Stunde vor Kundgebungsbeginn teilweise vermummte und mit Totschlägern sowie Knüppeln bewaffnete Nazis im und am Kirschberghaus sammelten. Unter diesen ca. 50 Nazis befanden sich bekannte Grünauer Faschos wie Jerzy Lang, aber auch aus dem Umland (u.a. Wurzen) war Unterstützung angereist. Die Polizei unter Einsatzleiter Winkler sah sich auch dann nicht bemüßigt, irgend etwas zu unternehmen, als die Nazis mehrfach das Auto eines Fotografen attackierten. Als die KundgebungsteilnehmerInnen in Grünau eintrafen und zum Kundgebungsplatz gehen wollten, wurden sie von den davor wartenden Nazis mit Flaschen und anderen Gegenständen beworfen. Daraufhin setzten sich die Angegriffenen zur Wehr, was die Polizei dann plötzlich in hektische Betriebsamkeit versetzte. Jedoch nicht zur Unterbindung der Naziattacken, sondern in Richtung der Angegriffenen. Diese wurden vom Haus abgedrängt, zwölf Leute zu Boden geworfen und verhaftet, einige verprügelt. Unterdessen hatten die Nazis weiter freies Spiel aus ihrem Stützpunkt heraus. Unter den Augen der Polizei jagten etwa 20-30 Nazis einen Fotografen, er entkam durch einen Zufall. Nun griffen sie mit Steinen aus dem Gleisbett die Antifas von hinten an, wurden jedoch zurückgeschlagen.Gleichzeitig wurden zwei JournalistInnen am Kirschberghaus angegriffen und eine dabei am Arm verletzt. Ihre Forderung nach Erster Hilfe wurde von Beamten mit: *»Wir haben wichtigeres zu tun!«* abgelehnt. Wegen der unklaren Situation erklärte die Anmelderin die Kundgebung für undurchführbar. Am Abend fuhren mit Nazis besetzte Autos verstärkt durch die Stadt, u.a. auch in Connewitz. Am Montag, dem 25. Januar schlugen Nazis dort eine links aussehende Frau zusammen. Einen antifaschistischen Spaziergang am 20. Februar in Grünau, der auf die Vorfälle der vergangenen Wochen aufmerksam machen sollte, verbat die Polizei wegen *»zu befürchtender Randale«*, obwohl in den Ankündigungen auf Gewaltlosigkeit hingewiesen worden war. Ende Februar gab die Stadt bekannt, daß sie den »Treff 2« im Kirschberghaus wahrscheinlich ab April in kommunale Trägerschaft übernehmen wird. Die Verträge mit dem Jugendbildungsverein (JBV) wurden gekündigt. Dieser war mit seiner Praxis der akzeptierenden Jugendarbeit mit Nazis im »Treff 2« derart in die Kritik und in die Medien geraten, daß der öffentliche Druck die Stadt zu diesem Schritt zwang. Ob sich damit die Situation im Kirschberghaus und in Grünau ändert, ist zu bezweifeln. Zu sehr verharmlost die Stadtverwaltung, insbesondere das Jugendamt, das Naziproblem in Grünau. ■

DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt -

Fast ein Jahr Zierde des Landtages



Ein Gastbeitrag von Matthias Gärtner, Mitglied der PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Mit dem Einzug von sechzehn rechtsextremen DVU-Abgeordneten am 26. April 1998 in den Landtag von Sachsen-Anhalt ist zum ersten Mal eine politische Kraft aus diesem Spektrum in ein Parlament in den neuen Bundesländern eingezogen. Ein von München aus gesteuerter und mit drei Millionen DM finanzierter Phantomwahlkampf überzog das gesamte Land Sachsen-Anhalt. Die Hauptbotschaften waren durch Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus geprägt. Das waren auch die zentralen Motive von insbesondere jungen Wählerinnen und Wählern, der rechtsextremen DVU ihre Stimme zu geben. Insgesamt knapp 33% der 18 - 21jährigen männlichen Wähler machten bei der Landtagswahl ihr Kreuz bei der FREY-Partei. Die neue Qualität im Vergleich zum DVU-Einzug in die Landesparlamente von Schleswig-Holstein und Bremen bestand darin, daß nunmehr nicht fünf oder sechs Rechtsextreme parlamentarische Möglichkeiten besitzen, sondern insgesamt sechzehn. Sie könnten somit auch bei einer möglichen Spaltung nach sachsen-anhaltischer Landtagsgeschäftsordnung drei Fraktionen bilden. Wochenlang feierte GERHARD FREY dieses Ergebnis in seinen rechtsextremen Postillen. »*Zierde*« des Parlamentes nannte er die sechzehn Abgeordneten seiner aus München gesteuerten Fraktion im sachsen-anhaltischen Landtag. Hatten die Medien noch im Wahlkampf auf eine kritische Berichterstattung verzichtet, widmeten sie sich nunmehr intensiv den Abgeordneten der DVU, ohne sich allerdings mit den gefährlichen Inhalten auseinanderzusetzen. So wurde Fraktionsvorsitzender HELMUT WOLF der Körperverletzung überführt. Wolf hatte seine schwangere Frau geschlagen und tyrannisiert. TORSTEN MIKSCH soll seinen Hund in den Brunnen geworfen haben. Gegen ihn ist ein Verfahren wegen Tierquälerei anhängig. JÖRG BÜCHNER, ehemaliger Buffetleiter bei der Mitropa, wurde als langjähriger Spitzel des DDR-Staatssicherheitsdienstes enttarnt. MIRKO MOKRY, jüngster Abgeordneter im Parlament, zeichnete sich durch das Malen von Hakenkreuzen an Friedhofsmauern aus und beging auch schon einmal Fahrerflucht, nachdem er das Fahrrad eines Kindes überrollt hatte. Überhaupt ist die Fraktion eine illustre Mischung von Biographien. Die vermeintliche Vorzeigerechtsextreme CLAUDIA WIECHMANN war bis 1989 Mitglied der SED, ebenso wie ihr Fraktionskollege DIETER KANNEGIEẞER. Alterspräsident RUDI WIECHMANN, Vater von Claudia Wiechmann, saß nach der Wende für die FDP im Kreistag von Gräfenhainichen. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der DVU-Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein verfügen sie allerdings alle nicht über eine einschlägige rechtsextreme Biographie. Dafür aber um so mehr der auch in der Magdeburger Fraktion als Fraktionsgeschäftsführer tätige Frey-Emissär HEINRICH GERLACH. Er leitete bereits die Geschicke der beiden gescheiterten Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein. «*Der hat uns anfangs ganz schön rangenommen*«, charakterisierte einmal ein DVU-Abgeordneter die Rolle Gerlachs in der sachsen-anhaltischen Landtagsfraktion. Zu den Lenkern der Fraktionsgeschicke gehört auch der unter Sondervertrag stehende und von Frey geschickte MATTHIAS CANIS. Nur durch einen einstimmigen Fraktionsbeschluß kann sein Vertrag gekippt werden. Seit kurzem hat die Fraktion einen neuen Berater erhalten, der innerhalb der rechtsextremen Parteienszene nicht völlig unbekannt ist. Prof. Dr. GÜNTER BERNARD arbeitet nunmehr für die DVU-Fraktion. Bernard wurde 1993 zum Landesvorsitzenden der REPUBLIKANER in Sachsen gewählt. Er war Soziologieprofessor und Ausländerbeauftragter an der Leipziger Uni, bis 1989 Mitglied der SED und 25 Jahre an der Sektion »*wissenschaftlicher Kommunismus*« der Uni tätig. Noch 1989 schrieb er hochinteressante Abhandlungen über »*Die Einheit von Technik, Ökonomie und Soziologie bei der Anwendung von Schlüsseltechnologien*«. Für die REPs kandidierte Bernard dann 1994 zur Bundes- und Landtagswahl auf der sächsischen Landesliste. Aufgrund von Protesten mußte Bernard seinen Posten an der Uni in Leipzig räumen. Im Zuge der Annäherung von SCHÖNHUBER und Frey ist Bernard zur DVU übergewechselt und mußte offenbar versorgt werden.

Im täglichen parlamentarischen Geschäft nähert sich die Fraktion der DVU mittlerweile teilweise Bremer und Schleswig-Holsteiner Niveau. Im Mittelpunkt der Antrags- und Fragetätigkeit stehen zumeist die Kosten für Asylbewerber, Drogenbekämpfung, Ausländerkriminalität, PDS und Linksextremismus, Gewalt in Medien und Tierhaltung. Aber auch das Jahr 2000 war der DVU-Fraktion eine sogenannte Große Anfrage und einen entsprechenden An-

trag wert. Eine ganze Kanonade solchen Unsinns kündigte DVU-Fraktionschef Wolf in einer Presseerklärung der Fraktion wie folgt an: *»Wie aus der Fraktion der Deutschen Volksunion im Landtag von Sachsen-Anhalt zu erfahren war, wird die DVU-Fraktion anläßlich der Plenarsitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt am 21.01. 1999 in ihren Debattenbeiträgen zu den von ihr gestellten Anträgen sowie in weiteren bereits angekündigten Redebeiträgen des DVU-Fraktionsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Helmut Wolf, einige richtungsweisende neue politische Vorschläge zur Lösung der Probleme des Landes sowie auch interfraktioneller Grundsatzentscheidungen dem Landtagsplenum wie auch der Öffentlichkeit vorstellen.«* In den Debatten fiel Wolf insbesondere durch menschenverachtende verbale Entgleisungen auf. Homosexualität bezeichnete er als *»sexuelle Abartigkeit«*, die Landesregierung wird als *»Höppner-Regime«* bezeichnet, für den DVU-Abgeordneten Weich beginnt die Geschichte der PDS mit den *»Terroristen und Mördern«* Liebknecht und Luxemburg.

Mitte Februar diesen Jahres wurden das erste Mal die bereits lange vor sich hinschwelenden Konflikte innerhalb der DVU-Fraktion öffentlich. Vier DVU-Parlamentarier verließen die Fraktion aus verschiedenen Gründen. Torsten Miksch und Jörg Büchner wurden von Frey persönlich aus der Partei und anschließend aus der Fraktion ausgeschlossen - offiziell wegen Tierquälerei beziehungsweise Stasi-Connection. Offenbar nur vorgeschobene Gründe, denn bereits am selben Tag erklärten zwei weitere Abgeordnete den Austritt aus der Fraktion. HORST MONTAG und WERNER KOLDE folgten Miksch und Büchner als fraktionslose Abgeordnete. Tage vorher versuchten offensichtlich diese und weitere vier Abgeordnete, Fraktionschef Wolf durch einen Putsch des Amtes zu entheben. Dies hatte man bei einem Geheimtreffen ausgemacht.

Der Coup flog auf, die Parteizentrale in München griff ein und versuchte durch Einschüchterung und finanzträchtige Postenvergabe, einen Teil der Abtrünnigen wieder auf Linie zu bringen, was einstweilen auch gelang. Miksch, der anschließend bekannt gab, daß er Kontakte zur NPD pflegt und die Gründung einer zweiten rechtsextremen Fraktion nicht ausschließt, plauderte Tage danach ausführlich gegenüber Medienvertretern die Innereien der DVU-Fraktion aus. 1.000 DM müßte jeder Abgeordnete ohne Spendenquittung nach München abführen, die Mitarbeiter seien zum Großteil von Frey geschickt, die Verwendung der 120.000 DM monatlichen Fraktionsgelder sei nicht nachvollziehbar für den einzelnen Abgeordneten, die Fraktionsräume seien mit massenhaft Druckerzeugnissen aus dem Hause Frey ausgestattet und Fraktionschef Wolf würde jede kritische Diskussion in der Fraktion mit der Bemerkung: *»Keinen Knatsch in der Familie«* unterbinden. Daß sich eine neue rechtsextreme Fraktion gründet, erscheint angesichts der unterschiedlichen Biographien und politischen Ansichten der ausgetretenen Fraktionsmitglieder als eher unwahrscheinlich. Stasi-Mann Büchner und der unter DDR-Zeiten politisch verfolgte Kolde scheinen keine gemeinsam politisch funktionierende Mixtur zu ergeben. Trotzdem hat der NPD-Vorsitzende UDO VOIGT seinen Mann in Sachsen-Anhalt, STEFFEN HUPKA, beauftragt, Gespräche und Kontakte zu ehemaligen und noch-DVU-Abgeordneten zu suchen, um mögliche Kooperationen zu vereinbaren. Glaubt man Hupka, verhandelt die NPD mit vier ehemaligen und aktuellen DVU-Abgeordneten, darunter Thorsten Miksch.

Die politisch etablierten Kräfte im Landtag von Sachsen-Anhalt feierten den Abgang der vier Abgeordneten als den Anfang vom Ende der DVU, den man ja schon lange vorausgesehen habe. Im Parlament taten sich jedoch insbesondere SPD und Landesregierung schwer im Umgang mit der DVU. So ließen sie die diskriminierenden Äußerungen und Reden von Abgeordneten der Rechtsaußenpartei meist unbeantwortet im Raume stehen und überließen es der PDS, gebührend zu antworten. Die CDU hat zunehmend das Problem (oder auch nicht), daß sie sich des Beifalls der DVU-Fraktion sicher sein kann. Die Nähen dieser beiden Unionsparteien wurden besonders bei der Debatte zur Doppelten Staatsbürgerschaft deutlich. Die Gefahr, die durch die Austritte verstärkt wird, besteht darin, daß, nachdem die DVU zur Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt nur 3,2% erhalten hat und nicht in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen ist, das Problem auf die leichte Schulter genommen wird und eine öffentliche und offensive parlamentarische und außerparlamentarische Auseinandersetzung mit dem Verweis auf vermeintliche Unbedeutsamkeit unterbleibt.



Frey-Intimus Heinrich Gerlach 1997 bei einer Bezirksverordnetenversammlung in Hamburg

Damit würde aber verkannt werden, daß wir es mit einem rassistischen Denken zu tun haben, das aus der Mitte der Gesellschaft kommt und dort fest verankert ist. ■

Ein weiterer Versuch einer Sammlungsbewegung

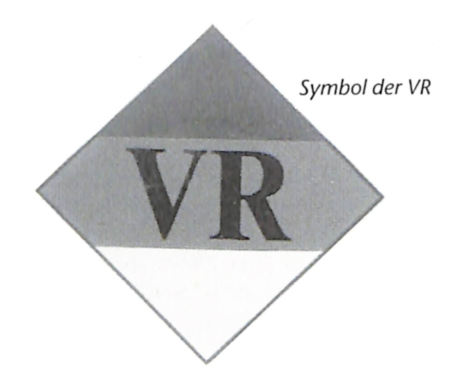
Die Vereinigte Rechte

Die Idee einer Vereinigten Rechten ist weder besonders neu, noch besonders originell. Vor allem nach Wahlschlappen geistert dieser Begriff durch die rechtsradikale Parteienlandschaft, ohne ernsthafte und längerfristige Konsequenzen zur Folge zu haben. Als Anhängsel der Partei Deutsche Liga für Volk und Heimat wurde beispielsweise ein Förderverein Vereinigte Rechte ins Leben gerufen. Hauptverantwortlicher dieses Fördervereins war der Generalsekretär der Deutschen Liga Franz Glasauer (Ex-Patria-Versand, NPD, REP). Sein Förderverein sollte überparteilich die Interessen der »Deutschen Rechten« wahrnehmen und diese zu einer einheitlichen Wahlpartei, unter Wahrung der jeweiligen Eigeninteressen, zusammenführen. Außerdem sollten sog. Bürgerhäuser für die »Deutsche Rechte« errichtet werden .[1] Im Förderverein Vereinigte Rechte wurde ein Freiheitliches Bildungswerk gegründet, welches ein Schulungszentrum für alle »patriotischen Gruppen« zur Verfügung stellen sollte. Beide Gruppierungen kamen über kleinere Aktivitäten nicht hinaus und verschwanden 1996 zusammen mit der Deutschen Liga von der Bildfläche, ohne ihre Ziele erreicht zu haben.

Mario H. Meurer: Bundesvorsitzender der selbsternannten Vereinigten Rechten



Am 11. Oktober '97 wurde die Vereinigte Rechte dann erneut gegründet. Bundesvorsitzender wurde Mario H. Meurer aus Stuttgart, und Bundeskoordinator wurde Leo Thenn. Die Bundesgeschäftsstelle liegt bei Mario Meurer in Stuttgart. Die Vereinigte Rechte will, wen wundert's, die »einzige starke deutsche Rechtspartei in Deutschland« werden. Dafür will sie eine »positive Revolution« im rechten Lager herbeiführen. Anschließend soll es zu einem Wahlbündnis kommen: *»Beim Wahlbündnis behalten die Parteien immer ihre Identität. Während des Wahlkampfes treten sie unter einem gemeinsamen Namen auf (Vereinigte Rechte), der auch auf dem Stimmzettel steht. Auf den Landeslisten und in den Wahlkreisen werden durch parteiinterne Wahlen jene Kandidaten eingesetzt, die am meisten Erfolg bei den Wählern versprechen. Die anfallenden Kosten für den Wahlkampf werden anteilig und objektiv auf die Bündnispartner umgelegt. Genauso wird mit den staatlichen Wahlkampfkostenerstattungen verfahren. Der Europawahlkampf 1999 wird von einem gemeinsamen Bundes-Wahlkampfteam geplant. Seine Planungen werden von den Landesverbänden der Bündnispartner ausgeführt«.*[2] Als erstes Etappenziel war ein Kongreß der Bundesvorsitzenden aller Rechtsparteien und Rechtsgruppierungen nach der Bundestagswahl 1998 geplant. Dieser Einheitskongreß fand am 7. November 1998 im Landgasthof & Pension »Zur Mühle« in Gröden (Brandenburg) statt. Die VR hatte 180 Einladungen verschickt, aber nur 79 Zusagen bekommen. Von diesen kamen dann nur 24. Erschienen waren u.a. die komplette DSU-Spitze von Brandenburg und Sachsen, der Landesgeschäftsführer der REP-Brandenburg, diverse NPD-Kreisvorsitzende aus *»Mitteldeutschland«* und der ehemalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, S. Stiegelmaier. Der ehemalige REP-Chef Franz Schönhuber sandte eine Grußbotschaft.[3] Jeder eingeladene Parteiführer, der nicht erschienen ist, gilt jetzt als Einigungsverhinderer. *»Ihm muß die Basis die Gefolgschaft verweigern, er muß zum General ohne Truppen gemacht werden. Alle Einigungsverhinderer müssen von den eigenen Leuten in Wort, Schrift und Bild an den Pranger gestellt werden!«*[4]. Dabei sollten doch, laut Arbeitspapier zum Einheitskongreß, *»sämtliche Bundesvorsitzenden der in Deutschland demokratisch zugelassenen national-konservativen Parteien«* das Bundespräsidium der Wahlpartei Vereinigte Rechte bilden. Da kein einziger Bundesvorsitzender irgendeiner relevanten Rechtspartei erschienen ist, kann man das erste Etappenziel getrost als gescheitert ansehen.



Symbol der VR

Europawahlen als zweite Etappe

Als zweites Ziel wird die Teilnahme an der Europawahl 1999 in dem beschriebenen Wahlbündnis angestrebt, von der sich die VR eine gewaltige Initialzündung verspricht. Diese wurde am 6.November '98 vom Bundesvorstand offiziell beschlossen und zugleich die Wahlbeteilung an den Landtagswahlen 1999 in Sachsen und Brandenburg angekündigt. Am 10. Januar '99 fand der VR-Europaparteitag in Stuttgart/Bad-Canstatt statt. Hier wurden die Kandidaten für den Europawahlkampf aufgestellt und der Landesverband Baden-Württemberg konstituiert. Auch bei den Kommunalwahlen in Sachsen, NRW und Baden-Württemberg will die VR mit auf dem Wahlzettel stehen. Ihre Landeslisten von Sachsen und Brandenburg will sie noch bis zum 28.02.'99 offenlassen – wer dann nicht mitspielt, soll im Wahlkampf von der VR massiv bekämpft werden. Ob sie dazu in der Lage ist, scheint fraglich. Bisher gelang es ihr nur in Sachsen, Brandenburg und Baden-Württemberg, eigene Landesverbände ins Leben zu rufen. In Sachsen wurde Peter Liebchen aus Lauta zum ersten Landesvorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter ist Eric Raufmann.[5] Bei einer Nachwahl zum Bundesvorstand der VR wurde Liebchen dann auch gleich zum stellvertretenden Parteivorsitzenden ernannt.[6] Landesvorsitzender von Brandenburg wurde Ende Januar '99 Sylvio Feistl aus Weinsdorf. Er wird von Burghard Fenske unterstützt, der in Cottbus einen Kreisverband gründen will. In Baden-Württemberg wurde Mario H. Meurer Landesvorsitzender. Seine Stellvertreter wurden der FAP-Gründer Martin Pape und Dieter Hergesell. In den anderen Bundesländern sieht es noch sehr mau aus. In Köln soll ein Kreisverband gegründet werden, der sich an der Stadtratswahl 1999 beteiligen will. Für die Gemeinderatswahl in Stuttgart und für die

Wahlen zur Regionalversammlung wurden Listen aufgestellt. In Oberbayern will P. HABERMANN einen Kreisverband Garmisch gründen. In Offenbach gründete der VR-Beauftragte STEFAN MARX eine KAMERADSCHAFT, die er an die VR binden will. Mario H. Meurer stellte sich im November '98 in Esslingen als OB-Kandidat zur Wahl und holte mit Forderungen wie *»Schließung der Asylunterkünfte«*, *»Streichung der Sozialhilfe für Drogenabhängige«* und Abschaffung der *»nutzlosen Ämter«* Ausländer- und Frauenbeauftragte 1,7 Prozent der Wählerstimmen.

Regionale Schwerpunkte

Im Großen und Ganzen läßt sich feststellen, daß die VR bis jetzt nicht mehr und nicht weniger ist als eine weitere rechtsextreme Splitterpartei, die sich für wichtiger hält als sie ist. Dies wird auch aus einem internen Papier des VR-Bundeskoordinators Leo Thenn vom August 1996 mit dem Titel *„Kurzfristige und mittelfristige Planung für die Gründung der Partei »Vereinigte Rechte« u. deren Aktivitäten bis zum Jahre 2002 unter Bezugnahme auf das »Pforzheimer Modell« von Ostern 1996«* deutlich. Nach diesem hätte die VR bis Ende 1997 ihre Kreis- und Landesverbände gegründet haben müssen, um 1998 an der Bundestagswahl mit einem *»Achtungsergebnis«* teilzunehmen. Jetzt wäre die Erstellung einer Wahlkampfanalyse nach der Bundestagswahl, die Gründung von Bezirksverbänden und Ortsverbänden, eine Flugblattverteilung *»Wer ist die Vereinigte Rechte?«* flächendeckend in Deutschland und die Imagewerbung in vielen Tageszeitungen fällig. Im Dezember 2002 wäre dann der Einzug in den deutschen Bundestag geplant. Hinsichtlich des Parteiprogramms erklärte Thenn *»Alle Parteipogramme der bestehenden Rechtsparteien und sonstigen rechten Vereinigungen sollten als Vorlage herangezogen werden«*. Und so sieht das VR-Programm jetzt auch aus: Deutschland in den Grenzen von 1937, Einführung der Todesstrafe, kein Ausländerwahlrecht und keine doppelte Staatsbürgerschaft, Abtreibung nur in Ausnahmefällen usw. Inhaltlich also nichts Neues.

Aber selbst ein eigenes Profil und bessere Strukturen würden es der VR momentan nicht ermöglichen, an der NPD, den REPs oder der DVU vorbeizukommen. Keine größere rechtsextreme Partei wird in absehbarer Zeit bereit sein, sich in die VR einzuordnen. Selbst andere rechte Splittergruppen wollen lieber unbedeutend vor sich hin kränkeln, als sich der VR zuzuordnen. Geplante Fusionsabsichten mit der DEUTSCHEN HEIMATPARTEI scheiterten ebenso wie die Vereinigung mit der Partei UNTERNEHMEN FÜR DEUTSCHLAND.

Interessant sind momentan die lokalen Beziehungen von VR-Aktivisten zu konservativen und neonazistischen Kreisen. Peter Liebchen soll es z.B. gelungen sein, Teile der DSU und des Landesverbandes des BUNDES DER VERTRIEBENENEN (BDV) zu einer Beteiligung an der gemeinsamen VR-Wahlliste zu bewegen. Zwischen der Landesspitze des BdV-Sachsen und dem sächsischen Landesvorstand der VR war im Dezember '98 ein Treffen geplant, *»mit dem Ziel, einen großen Teil der einigungsgewillten Mitglieder im BdV als neue Mitstreiter in der VR zu integrieren«*.[7] Am 8. November '98 sprachen Mario Meurer und Peter Liebchen in Dresden-Heidenau auf einer Veranstaltung einer NATIONALEN VEREINIGUNG SÄCHSISCHE SCHWEIZ (NVSS) über die *»Schaffung einer nationalen Wahlplattform unter Führung der Vereinigten Rechten zur Landtagswahl 1999.«*[8]. Auch wenn die VR bundesweit ein Witz ist, sollten ihre regionalen Aktivitäten durchaus im Auge behalten werden. ■

1) Flugblatt »Rechte Einheit jetzt !« des Fördervereins Vereinigte Rechte e.V. Ohne Datum
2) Informationsschrift der Vereinigten Rechten »Deutsche Patrioten vereinigt Euch! Die Zeit ist reif – so reif wie noch nie!«. Ohne Datum, etwa Mitte 1998 .
3) VR-Rundschreiben 3/98-Weihnachtsbrief von Mario H. Meurer, 25. Dezember 1998
4) VR-Informationschrift siehe 2.
5) Junge Freiheit 12.6.1998
6) Junge Freiheit 3.7.1998
7) VR-Rundschreiben 3/98 siehe 3.
8) VR-Rundschreiben 3/98 siehe 3.

Funktionäre der VR:

- **Hans-Dieter Balk**: Schuhmachermeister aus Siegen, VR-Europawahlkandidat, Vorstandsmitglied der DEUTSCHEN LIGA, ehem. Beisitzer der Deutschen Liga in NRW
- **Astrid Eckelhoff**: Deggendorf, VR-Europawahlkandidatin
- **Wolfgang Eckelhoff**: Journalist, VR-Europawahlkandidat
- **Sylvio Feistl**: Selbständiger aus Wainsdorf, VR-Landesvorsitzender des Landesverbandes Brandenburg, VR-Europawahlkandidat.
- **Burkhard Fenske**: Verkaufsberater aus Cottbus, VR-Europawahlkandidat, stellvertretender Vorsitzender des VR-Landesverbandes Brandenburg
- **Alexander Gisa**: Azubi aus Trichtingen, VR-Bundesjugendbeauftragter, VR-BuVo-Mitglied, VR-Europawahlkandidat, Beisitzer des VR-LV Ba.-Wü.
- **Peter Habermann**: Steinmetz aus Garmisch-Partenkirchen, VR-Europawahlkandidat
- **Dieter Hergesell**: Beamter aus Besigheim, VR-Europawahlkandidat, stellv. Landesvorsitzender des VR-LV Ba-Wü.
- **Mario Jeskulke**: Gleisanlagenbauer aus Hoyerswerda, VR-Europawahlkandidat.
- **Peter Liebchen** aus Lauta: stellv. VR-Bundesvorsitzender, Länderkoordinator Mitteldeutschland/OST , Vorsitzender des VR-Landesverbandes Sachsen, VR-Europawahlkandidat, ehem. NPD-Ortsvorsitzender Rielasingen im KV Konstanz, ehem. Vorstandsmitglied der DEUTSCHEN LIGA-LV Baden-Württemberg, ehem. Deutsche Liga-Beauftragter für Sachsen-Anhalt, Vorstandsmitglied der Initiative KONTRA STASIBEAMTE.
- **Mario H. Meurer**: Theologe aus Stuttgart, VR-Bundesvorsitzender, stellvertretener VR-Bundeskoordinator, VR-Spitzenkandidat, VR-Landesvorsitzender des VR-LV Ba.-Wü., Beisitzer im Vorstand des CANSTATTER KREISES E.V., VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS, EVANGELISCHE NOTGEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND E.V., DEUTSCHER KREUZORDEN-BRUDERSCHAFT DER RITTER VOM ERZENGEL MICHAEL, INITIATIVE ZUR WIEDERVEREINIGUNG GESAMTDEUTSCHLANDS (IWG), ehem. REP-Ersatzkandidat und ehem. Landesgeschäftsführer und Direktkandidat der CHRISTLICHEN MITTE (CM) in Baden-Württemberg.
- **Martin Pape** aus Stuttgart: VR-Europawahlkandidat, stellv. Landesvorsitzender des VR-LV Ba.-Wü., Gründer der FAP, Vorsitzender der DEUTSCHEN FREIHEITS- UND ARBEITSPARTEI (DFA), Herausgeber des DEUTSCHEN STANDPUNKT.
- **Eric Raufmann**: Zimmerer aus Lauta-Dorf, VR-Europawahlkandidat, stellv. Vorsitzender des VR-LV Sachsen.
- **Gottfried Reiser**: Unternehmer aus Heidenheim, Landesschriftführer des VR-LV Ba.-Wü.
- **Robert Schmitt**: Uhrmachermeister aus Stuttgart, VR-Bundesschatzmeister, VR-BuVo-Mitglied, Landesschatzmeister des VR-LV Ba.-Wü.
- **Klaus-Peter Seifert**: Kreisrat aus Gunzenhausen, Platz zwei der VR-Bundeswahlliste, Deutschlandkoordinator der FRANZ-SCHÖNHUBER-FREUNDESKREISE.
- **Leo Thenn** aus Pforzheim: VR-Bundeskoordinator, ehem. REP- KV PFORZHEIM, REP-BEZIRKSLEITUNG BA.-WÜ.
- **Wolfgang Triefenbach**: Unternehmensberater aus Frankfurt/Main, VR-Europawahlkandidat.
- **Günter Voss**: Bauschlosser aus Rottweil, VR-Europawahlkandidat, Beisitzer im VR-LV Ba.-Wü.

Der CDU-Doppelpaß mit Rechtsaußen

Eine Nachbetrachtung der Landtagswahl in Hessen



Die Machtfrage in Hessen scheint fürs Erste geklärt. Mit der Unterschriftensammlung gegen die rot-grünen Pläne zur doppelten Staatsbürgerschaft und der damit verbundenen Totalmobilmachung des rechten politischen Spektrums gelang es der CDU, den Wahlkampf zu diktieren und alle anderen Parteien in die Defensive zu drängen. Die Wahl wurde zum Triumph für die CDU, die 43,4 % der Stimmen gewann und mit ihrem »Juniorpartner« FDP (5,1% der Stimmen) für die nächsten vier Jahre die Regierung stellt. Die Ergebnisse der »rechtsextremen« Parteien wie NPD (0,2%), Republikaner (2,8%) und Bund freier Bürger (0,4%) erscheinen demgegenüber genauso nebensächlich wie es deren Wahlkampfaktivitäten waren. Und die politische Linke, die durch die Kampagne beinahe überrollt wurde, bleibt weitgehend sprachlos und paralysiert zurück.

Rassistische Mobilmachung

Der Rechtsruck und der rassistische Grundkonsens in der Bevölkerung, den der Wahlausgang letztendlich nur bestätigte, zeigte sich in besonderer Intensität auf den Straßen und vor allem auch in der Multikulti-Hauptstadt Frankfurt. Für das rassistische Klientel, welches sich in der Vergangenheit eher murrend dem multikulturellen Konsens der selbsternannten Weltstadt gefügt hatte, war die Unterschriftensammlung zweifelsohne ein Blockadebrecher.

Der an den CDU-Ständen täglich vollzogene Schulterschluß zwischen hochmotivierten CDU-Fußtruppen, wertkonservativen BürgerInnen, alten und jungen Nazis und rassistischen Pöblern mit Jägermeister-Fahne ließ das dort versammelte Volk spüren: »Wir sind viele«. Und gestärkt durch derlei Erkenntnisse ließen es sich manche nicht nehmen, in der nächsten U-Bahn oder am naheliegenden Info-Stand der Grünen die rassistische Sau rauszulassen.

Der kosmetische Zusatz *»Ja zur Integration«*, der sich auf der Unterschriftenliste und auf den CDU-Flugblättern befindet, dient(e) ausschließlich zur verbalen Abgrenzung vom offen rechtsradikalen Spektrum und verhinderte freilich nicht, daß die allermeisten UnterzeichnerInnen die Liste so verstanden, wie sie zu verstehen war: als eine Liste gegen Ausländer.

Einen recht ungewöhnlichen Nachweis hierfür brachte das Satireblatt Titanic. Unter dem Logo der CDU bauten deren MitarbeiterInnen in Frankfurt einen »eigenen« Stand mit Unterschriftenliste auf. Das fleißig unterschreibende Volk störte sich weder an den dort verwendeten Slogans *»Zu viele Ausländer – schöne Scheiße«* und *»Schluß mit dem Doppelmoppel mit Ausländern«* noch an den auf dem »Infotisch« ausliegenden Büchern – einem Standardwerk über deutsche Schäferhunde und dem Goebbels-Tagebuch.

...und eine paralysierte Linke

Das linke und liberale Spektrum hatte dem nicht sehr viel entgegenzusetzen. Zwar erreichte der von der Frankfurter Rundschau initiierte *»Frankfurter Appell«* bereits nach drei Wochen über 100.000 UnterzeichnerInnen und fanden in vielen Städten antirassistische Protestaktionen vor den CDU-Ständen statt. Doch stellte die Aggressivität der ganz gewöhnlichen Deutschen die AntirassistInnen vor eine neue Qualität der Auseinandersetzung und somit vor ein kaum lösbares Problem. Antirassistische Kundgebungen oder Blockadeaktionen wurden ständig provoziert und mehrfach auch angegriffen; sei es durch ausgewiesene rechte Schläger, die es offensichtlich nur aus diesem Grund zu den CDU-Ständen gezogen hatte, oder durch RentnerInnen, die in die Menge stürmten und von der Polizei entfernt wurden.

Es gelang nicht, einen antirassistischen Widerstand auf die Beine zu stellen, der auch nur annähernd das Selbstbewußtsein und die Dynamik des rechten Mobs erreicht hätte. Von den Regierungsparteien, SPD und Grüne, war dies am allerwenigsten zu erwarten. In der irrigen Annahme, die Kampagne der CDU würde ins Leere laufen, setzte die argumentative Verteidigung der geplanten Staatsbürgerschaftsreform erst sehr spät – zu spät! – ein, wobei von einem offensiven Auftreten schon gar nicht die Rede sein kann. Ihr Wahkampf war geprägt durch Siegeszuversicht und Selbstgefälligkeit. So zeigte das beherrschende Plakat der SPD lediglich das Konterfei von Hans Eichel übertitelt mit der unheimlich inhaltsschwangeren Aussage *»Der Ministerpräsident.«* Politisch, so mochte mensch annehmen, gab es kaum etwas zu vertreten.

Von Hinterbänklern zu Landesvätern – Die Landesregierung des Roland Koch

Die Strategie, die Partei weit nach rechts zu öffnen, um politischen Druck zu erzeugen und um drohende Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien zu verhindern, hat in Hessen eine besondere Tradition. Schon 1969 gelang es Alfred Dregger mit einem ultrarechten Wahlkampf die ihrerzeit auf einer Erfolgswelle schwimmende NPD in Schach zu halten. Die daraus erwachsene Problematik besteht jedoch darin, die (Un)geister, die man rief, nachfolgend loszuwerden oder zu disziplinieren – vorausgesetzt, man will es überhaupt. Daß derartiges

ausgerechnet dem neuen Ministerpräsidenten ROLAND KOCH gelingen soll, mag bezweifelt werden. Koch dient seit Jahren schon als ein Aushängeschild des rechten Flügel der in Hessen sowieso schon weit rechts stehenden CDU. Im Ringen um den CDU-Landesvorsitz lehnte er sich 1992 mit der Forderung, rechts von der Union auf Stimmenfang zu gehen und nach Koalitionspartnern zu suchen, weit aus dem Fenster, unterlag jedoch gegen den späteren Innenminister MANFRED KANTHER.

Roland Koch trat hierbei als Frontmann des PETERSBERGER KREISES auf, einer »*wertkonservativen Sammlung*« innerhalb der hessischen CDU, deren offenes Eintreten für eine Koalition mit den Republikanern noch 1992 innerhalb der eigenen Partei als »*Stammtischweisheiten einiger Hinterbänkler*«[1] abgetan wurde. Zunehmende Bedeutung erlangten die »Wertkonservativen« schließlich über die CDU-Rechtsaußentruppe CHRISTLICH-KONSERVATIVES DEUTSCHLAND-FORUM (CKDF), für das der Petersberger Kreis in Hessen den Boden bereitete. Diese Bedeutung bestand vor allem darin, daß das CKDF eine Schnittstelle zu den Rechtsradikalen vornehmlich aus den Kreisen um das Wochenmagazin JUNGE FREIHEIT darstellte und diese auf deren Marsch in die Institutionen maßgeblich unterstützte. Vordenker des Frankfurter Leserkreises der JF war zu dieser Zeit der Student THILO STRATEMANN, damals Republikaner, der seine spätere Aufnahme in die CDU einer Bürgschaft der Frankfurter Bundestagsabgeordneten ERIKA STEINBACH zu verdanken hat. Heute leitet Stratemann den rechtsintellektuellen Zirkel STAATSPOLITISCHER CLUB und betätigt sich als Souffleur für den neugewählten Frankfurter Landtagsabgeordneten BORIS RHEIN.

Der 28-jährige Rhein, Vorsitzender der JUNGEN UNION in Frankfurt, hatte in seiner noch jungen politischen Karriere schon für die eine oder andere Schlagzeile gesorgt. 1996 stellte er sich mit Erika Steinbach an die Spitze der KrikerInnen gegen das Ansinnen der CDU-Führung, zu den Kommunalwahlen 1997 auf den CDU-Listen auch EU-BürgerInnen zuzulassen. Dem jüdischen CDU-Funktionär Michel Friedman legte er nahe, ein Angebot der Jüdischen Gemeinde in Berlin wahrzunehmen, denn in Frankfurt würde ihn niemand vermissen. Ähnlich antisemitische Ausflüge sind auch vom neuen Landesvater Roland Koch überliefert. Nach dem verpatzten Polizeieinsatz beim neonazistischen Rudolf-Hess-Marsch 1993 in Fulda verbat er sich die Kritik jüdischer Verbände, da dies kein jüdisches, sondern ein rein deutsches Problem sei.

Zu den Mitstreitern im Petersberger Kreis zählte auch der Landtagsabgeordnete BERND HAMER aus Bad Homburg (Taunus). Er half 1993 durch einen Auftritt vor dem Junge-Freiheit-Leserkreis Frankfurt tatkräftig mit, diesen salonfähig zu machen. In der damaligen »Asyldiskussion« verbreitete er ungeniert »Das Boot ist übervoll«-Parolen und warf Flüchtlingen vor, sie wollten »*lediglich das soziale Netz Deutschlands in Anspruch nehmen*«. Selbst in Kreisen der Union wurde gegen Hamer der Vorwurf der Volksverhetzung laut. Und konservative Medien betitelten ihn als »*Scheuklappenpolitiker, der mit billigen Populismus und Hetze gegen Flüchtlinge ins Horn der Republikaner stößt*«[2]. Bei den Landtagswahlen 1999 gelang Hamer in seinem Wahlkreis ein Erdrutsch-Sieg, über 53% der WählerInnen des Hochtaunus-Kreises votierten für ihn.

Der unverhohlene Rassismus in der hessischen CDU und die beinahe zwangsläufigen Folgen zeigten sich in den letzten Monaten auch in der Kommunalpolitik Der Ortsbeiratsfraktionsvorsitzende des Stadtteils Fechenheim, WOLFGANG BODENSTEDT, nebenbei Bundessprecher des CKDF, rechtfertigte einen rassistischen Brandanschlag auf ein von Roma bewohntes Haus damit, daß diese sich nicht angepaßt hätten und folglich selbst schuld seien. Obwohl Bodenstedt von Teilen seiner Partei Rückendeckung bekam, stellte er sein Amt zur Verfügung. Als Nachrücker auf dem freigewordenen Platz im Ortsbeirat folgte Thilo Stratemann. ■

1) FAZ, 23.7.1992
2) Oberurseler Kurier, 26.9.1992

Am frühen Morgen verblutete im Hausflur der Hugo-Jentsch-Straße 14 der Algerier Omar Ben Noui nach einer rassistischen Hetzjagd durch Gubener »Jugendliche«.

Normalzustand: Rassistische Hetzjagd in Guben

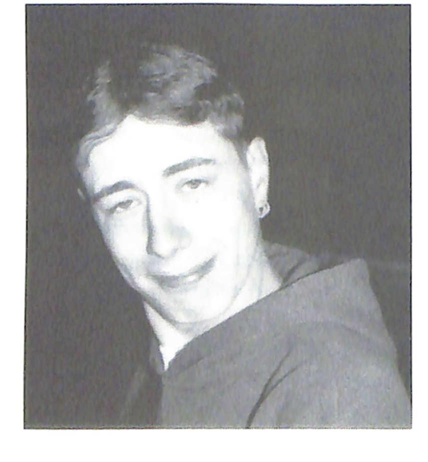
Seinen Ausgangspunkt hatte alles in der Diskothek »DanceLand« im Plattenbauviertel in der Sprucke, der einzigen Multi-Kulti-Disco im Ort, mit einem von dem stadtbekannten Nazi RONNY PENSCHOW (Spitzname NESSEN) angezettelten Streit zwischen VietnamesInnen und einer Gruppe Naziskins, in dessen Folge die Nazis von den Ordnern vor die Tür gesetzt wurden.

Angeblich wurde Penschow bei dem Streit durch einen Machetenhieb verletzt, so daß die Nazis per Handy Verstärkung holten. Mindestens vier Autos machten sich sofort auf die Suche nach potentiellen Opfern, unbehelligt von der inzwischen erschienenen Polizei. So warfen sie die Scheiben eines Asia-Shops und des vietnamesischen Restaurants »Drachenstübchen« ein und bedrohten einen 17jährigen Dunkelhäutigen und seine gleichaltrige Begleiterin in der Altstadt mit den Worten: *»Wenn wir Euch noch mal sehen, machen wir Euch tot!«*. Gegen 2.30 Uhr entdeckte die Meute, vor allem

Bild Oben: Ronny Penschow (»Nessen«)
Bild u.li:Renée Kubitza
Bild u.re. Alexander Bode







angestachelt von dem stadtbekannten NPD-Kader ALEXANDER BODE, die drei späteren Opfer (die nichts mit der Auseinandersetzung im »DanceLand« zu tun hatten) in der Nähe der Aral-Tankstelle (Sprucke), einem beliebten Treffpunkt für rechte Jugendliche nicht weit vom »DanceLand« entfernt – und fing gleich unter lautem Gejohle an, die drei zu jagen. Die mörderische Jagd endete schließlich im ca. 500 Meter entfernten Hauseingang für Omar tödlich. Der mit Omar geflüchtete Afrikaner konnte sich in ein vorbeifahrendes Taxi retten, der dritte Flüchtling rettete sich in die Disco zurück. An der offiziellen Version des *»tragischen Unglücksfalles«* (O-Ton Gubener Polizeichef LIPPMANN), daß Omar sich beim Eintreten der Haustürscheibe die Knieschlagader verletzte, bestehen erhebliche Zweifel, da laut Zeugenaussagen die faschistischen Verfolger vor dem Haus »Türken raus« brüllten und quietschende Reifen deutlich zu hören waren. Von einem *»relativ großen räumlichen Abstand zwischen Verfolgern und Verfolgten«* (Staatsanwalt) kann also keine Rede sein. Auffällig war und ist auch das Verhalten der Ermittlungsbehörden, besonders von Staatsanwaltschaft und Polizei. Es wird weder von Totschlag geschweige denn Mord geredet, allenfalls Körperverletzung kommt in Betracht. Immerhin mußte selbst die für ihre abwiegelnden Kommentare bekannte Gubener Polizei zugeben, daß alle fünf in der Tatnacht festgenommenen 17-18jährigen RONNY HAHN, RENÉE KUBITZA, JÖRG DONATH, KASCHKE und DANIEL TSCHAKOWSKI stadtbekannte Nazischläger sind, die schon mehrfach wegen Nazipropagandadelikten und Körperverletzungen aufgefallen waren. Die 17jährigen Daniel



Freunde und Mitbewohner von Omar bei einer Mahnwache

Tschakowski und Renée Kubitza, gegen die wegen Landfriedensbruch und fahrlässiger Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt wird, wurden 48 Stunden nach der Hetzjagd auf Antrag der Staatsanwaltschaft in ein geschlossenes Heim überwiesen. Die drei 18jährigen beteiligten Neonazis wurden wieder aus der Untersuchungshaft entlassen. Zwei weitere Beteiligte, darunter auch Alexander Bode, wurden in der Nacht vom Sonntag auf Montag festgenommen. Bezeichnend ist auch die Verhaftung des in ein Taxi Geflüchteten, der vom Fahrer in eine Kneipe (»Tom's Bistro«) gebracht wurde, verfolgt vom rassistischen Mob. Bei den Nazis wurden nicht einmal die Personalien aufgenommen. Währenddessen saß der Afrikaner über vier Stunden mit auf dem Rücken gefesselten Händen auf der Polizeiwache, Omar Ben Noui lag verblutend im Hausflur und zur selben Zeit rief der Wirt vom DanceLand per Telefon die Polizei, die eine (!) Stunde später eintraf. Die Nazis konnten den Mord bis 5.30 Uhr mit einem Autokorso und »Sieg-Heil«-Rufen in der Altstadt feiern – von Polizei keine Spur. Daß die Gubener Polizei schon immer wegschaut bei faschistischen Aktivitäten und die verharmlosende bzw. falsche Berichterstattung örtlicher Medien wie der »Lausitzer Rundschau« ihr übriges tut, beweisen eine Reihe von Vorkommnissen, wie z.B. der Überfall auf VietnamesInnen im Frühjahr 1998 an der Aral-Tankstelle und die nicht unterbundene Sonnenwendfeier bei Guben in Juni 1998. Viele Dinge kommen erst jetzt an die Öffentlichkeit – an einer chronologischen Auflistung wird noch gearbeitet. ■

Tödlich »tolerantes« Brandenburg

In der Jahresbilanz rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten von Januar bis November 1998 führt das Brandenburger Innenministerium 294 Delikte auf. Unter den 92 fremdenfeindlichen Straftaten befanden sich 34 Körperverletzungen, drei Landfriedensbrüche und zwei versuchte Tötungen. Unter den 172 Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund waren 130 Propagandadelikte und 17 Gewaltstraftaten verzeichnet. Elf Mal wurden Menschen verletzt, es gab drei Landfriedensbrüche, zwei versuchte Tötungen und eine Brandstiftung; dazu kommen elf Propagandadelikte, zwei Friedhofsschändungen und eine Sachbeschädigung unter den 30 erfaßten Straftaten mit antisemitischen Hintergrund. Zunächst bedeutet dies einen Rückgang der Straftaten um 45,3 % gegenüber dem Vorjahr. Das brandenburgische Innenministerium bezeichnet diese Zahlen als »erfreuliches Ergebnis« – .

Doch der Schein dieser Statistik täuscht ohnehin, denn sie spiegelt nur die Straftaten wider, die in der Kategorie Rechtsextremismus erfasst werden. Die Kriterien, wann ein Angriff von Rechten auch als rechtsextremistische Straftat wahrgenommen wird, sind sehr ungenau. In diese Kategorie fallen Straftaten, nach der allgemeinen Definition erst dann, wenn die Täter Mitglieder und/oder Sympathisanten verfassungsfeindlicher Organisationen sind, oder wenn sie sich während oder nach der Tat zu ihren Tatmotiven entsprechend äußern. Geht man davon aus, daß der Großteil der Täter nicht in feste Strukturen integriert ist und nicht über ein kohärentes rechtsextremistisches Weltbild verfügt, sondern vielmehr ein dumpfer Alltagsrassismus ihr Handeln bestimmt, wird mit den obigen Kriterien ein Großteil der Angriffe nicht erfaßt.

Zumal in der Regel ein Großteil der Angriffe, insbesondere gegen alternative oder antifaschistische Jugendliche, aus Angst sowie berechtigtem mangelnden Vertrauen in Polizei und Justiz nicht zur Anzeige kommt. Hinzu kommen Angriffe, bei denen nicht vordergründig rassistische Motive Auslöser sind – Rassismus jedoch die ohnehin kaum vorhandene Hemmschwelle weiter senkt.

Weggucken in Rhinow ...

Einer der schwersten Angriffe im letzten Jahr in Rinow (Havelland) am 11. Oktober wurde z.B. bei der Polizei und in der Presse als Diskoschlägerei behandelt. Zwei Türsteher aus Bosnien bzw. Mazedonien und ihre beiden Gäste wurden dort in bzw. vor einer Disko von einer Gruppe jugendlicher Nazis angegriffen. Eines der Opfer lag über mehrere Wochen im Koma. Dieser Angriff wird in der Statistik des brandenburgischen Innenministeriums nicht als rechtsextremistische Straftat aufgeführt.

... und in Königs Wusterhausen

Als am 19. September '98 ein in Berlin lebender Student aus Kamerun von Nazis im brandenburgischen Königs Wusterhausen auf dem Bahnhof zusammengeschlagen wurde, faßte man drei Täter. Damals hatte der rassistische Übergriff großes Aufsehen erregt, nicht wegen der Tat an sich, die in einigen Regionen schon zur Normalität geworden ist, sondern weil der Übergriff von PassantInnen geduldet bzw. unterstützt wurde. So verweigerte ein Taxifahrer ebenso jegliche Hilfe wie auch später ein Bahnangestellter.

Bei dem Prozeß am 8. Februar '99 gegen die rechtsextremen Jugendlichen konnte sich schließlich keiner der Täter erinnern. Von dem Taxifahrer und seinem Kollegen wurde der Spieß umgedreht. In den Aussagen der Taxifahrer wurde aus dem Opfer ein Täter. William Z. habe durch *»aggressives Auftreten«* provoziert. Zwei der Täter, der 31jährige RENE FUHRMANN und der 26jährige HEIKO MUNDT, erhielten Bewährungsstrafen und mußten Schmerzensgeld zahlen. Der 18jährige *»jugendliche Mittäter«* RENE WEIDEMANN wurde freigesprochen.

... und in Dedelow

Besondere Medienöffentlichkeit erreichte ein Übergriff im August letzten Jahres, als in Dedelow, einem Dorf bei Prenzlau, drei italienische Bauarbeiter überfallen wurden. Auf einem Feuerwehrfest ging Luca, einer der drei Italiener, zur Toilette und kam nicht wieder. Nach einiger Zeit fanden ihn seine beiden Begleiter: blutverschmiert, völlig benommen und unfähig zu sprechen. Er war von den beiden Nazi-Skins MARTIN HOGE und DAVID DRÄGER zusammengetreten worden. Mit Stahlkappenstiefeln hatten sie seinen Schädel angebrochen. Luca wäre gestorben, wenn er nicht sofort notoperiert worden wäre. Doch bis er ins Krankenhaus kam, verging viel Zeit. Lucas Begleiter ging zum Fest zurück und bat alle Anwesenden um Hilfe. Die Feuerwehrleute auf dem Fest wimmelten ab. Sechzig Menschen waren auf dem Fest, keiner wollte helfen – einer der Italiener mußte selbst zur Telefonzelle laufen.

Am 2. März '99 verurteilte das Landgericht Neuruppin MARTIN HOGE zu fünfeinhalb Jahren Jugendstrafe wegen versuchten Mordes und zweifacher Körperverletzung und seinen Mithelfer DAVID DRÄGER zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung. Beide Angeklagten versuchten die Tat vor dem Gericht als Festschlägerei zu relativieren, der kein ausländerfeindliches Motiv zugrunde gelegen hätte. Das szenetypische Aussehen der beiden Täter und deren Äußerungen nach der Tat *»egal, ob die Sau stirbt«* sowie die Gleichgültigkeit gegenüber dem Opfer machte selbst die Richterin fassungslos. In ihrer Urteilsbegründung merkte sie an, daß das landesoffizielle Toleranzprogramm wohl noch nicht bei den Adressaten angekommen sei. Wenn auf solche Überfälle mit Kerzen und Mahnwachen reagiert wird, dann geht es den Verantwortlichen »des Landes« in erster Linie um Brandenburgs arg lädiertes Image. Einen Tag nach der tödlichen Hetzjagd in Guben warnte Ministerpräsident STOLPE vor einer Vorverurteilung der jugendlichen Mörder. Sein erstes Mitgefühl galt nicht den Überlebenden und den Angehörigen, sondern den Bewohnern des Hauses, in dem Omar ben Noui verblutet war, weil niemand die Tür öffnete. Nach der ersten demonstrativen Erschütterung, folgt reflexhaft die Ergänzung, daß die Tat nichts mit Brandenburg und seinen Bürgern zu tun habe und Brandenburg kein *»neonazistisch durchseuchtes Land«* sei. Die Reflexe sollten mißtrauisch machen, wie ernst gemeint ein Aktionsprogramm *»Tolerantes Brandenburg«* ist, wenn die entscheidende Motivation die Sorge um das Image des Wirtschaftsstandorts ist. Die Sorge gilt hier nur mittelbar den Opfern, sie werden primär als Störfaktor einer PR-Kampagne wahrgenommen. ■



Rene Fuhrmann und Heiko Mundt im Gerichtssaal

Bundesrepublik Deutschland – lebensgefährlich für Flüchtlinge

»Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. 1993 - 1998« 6. aktualisierte Auflage

Gefährlich schon der Weg bis an die Grenzen dieses Landes; gefährlich erst recht die Einreise eingepfercht in abgedichteten Zwischendecken in LKWs, tödlich der Weg in Sommerbekleidung durch den tiefverschneiten Wald über die tschechisch-bayerische Grenze, gefährlich und für viele tödlich die Durchquerung von Oder und Neiße. Gefährlich und oft genug unmöglich die Einreise über den Flughafen Frankfurt. Gefährlich, weil die Menschen im Transitbereich des Flughafens aufgrund des Horrors der Unterbringungsbedingungen schlichtweg verrückt werden.

Gefährlich nicht nur der Weg auf den Straßen, weil rassistische Dumpfköpfe meinen, alle Menschen zusammenschlagen zu müssen, die nicht in ihr arisches Konzept passen, gefährlich auch das Leben in Sammellagern und Wohnheimen, Angriffspunkte für den rassistischen Mob und Arbeitsplätze für schlampige ÄrztInnen und SozialarbeiterInnen.

Zermürbend die teilweise jahrelange Warterei bis zur Entscheidung über den Asylantrages. Zerstörend die Gewißheit, daß alle rechtlichen Möglichkeiten auf ein irgendwie geartetes Bleiberecht ausgeschöpft sind. Dramatisch die Situation, wenn der Ausreisetermin überschritten wird und die Flüchtlinge als Illegalisierte jederzeit mit Denunziation oder Festnahme rechnen müssen.

Gefährlich dann der Abschiebeknast: Gefangenschaft, Psychoterror und Ausweglosigkeit. Und nackte Gewalt und Willkür durch Polizei-Beamte bei den Abschiebungen. Obwohl viele der Flüchtlinge an Händen und Füßen gefesselt sind, wird auf sie eingedroschen, werden sie gewürgt, gemartert, werden ihnen die Knochen gebrochen.

Und dann die Auslieferung an das Land, aus dem die Flüchtlinge fliehen mußten, um Hunger, Krieg oder Verfolgung zu entkommen. Hier erfolgt die direkte Übergabe durch BRD-Schergen an die Schergen des anderen Landes, die Verhaftung, die Folter, die Verurteilung.

Das Netz der Abschottung durch Schließung der Grenzen, eine ausgetüftelte Gesetzgebung, eine knallharte, militärische Umsetzung – die geballte Macht des institutionellen Rassimus, dazu die propagandistische Begleitung durch Medien und Politik, Öl ins Feuer des traditionellen, ungetrübten Rassismus der biederen Volksseele, dieses Gesamtkonzept der BRD zum Thema »Asylrecht« gibt keinem Flüchtling eine Chance, in dieser Gesellschaft würdig zu leben und führt bei sehr vielen Flüchtlingen zur psychischen und physischen Zerstörung. In dem Heft »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« werden diese gefährlichen und oft tödlichen Situationen, anhand von 845 Einzelbeispielen dokumentiert.

Von 1993 bis 1998 starben mindestens 90 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen. 162 Flüchtlinge verletzten sich zum Teil erheblich. Allein 67 Personen starben an den deutschen Ost-Grenzen. 64 Menschen begingen wegen der drohenden Abschiebung Selbstmord. Mindestens 121 Flüchtlinge versuchten, sich zu töten und überlebten z.T. schwer verletzt. Während der Abschiebungen starben vier Flüchtlinge, 58 Flüchtlinge wurden verletzt. Abgeschoben in ihre Herkunftsländer, kamen sechs Flüchtlinge zu Tode, mindestens 212 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert. Mindestens 15 Menschen verschwanden spurlos. Neun Flüchtlinge starben durch Polizeigewalt in der BRD, mindestens 49 wurden verletzt. Bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte starben nach unseren Recherchen mindestens 42 Menschen; mindestens 369 wurden z.T. erheblich verletzt.

Beispiele aus dem Heft:

21. Januar 97: Düsseldorf. Es ist der dritte Versuch, die 27jährige Tina Thoualy, abgelehnte Asylbewerberin von der Elfenbeinküste, abzuschieben. Bei den ersten beiden Versuchen hatten sich die Piloten jeweils geweigert, die sich wehrende Frau mitzunehmen. Auch jetzt wehrt sich Tina T. entsprechend ihrer wenigen Möglichkeiten. Ihre Beine sind umwickelt, die Hände sind auf dem Rücken mit Stahlhandschellen gefesselt. Zwei Beamte und eine Beamtin des BGS versuchen, Tina T. auf dem Flugzeugsitz mit dem Sicherheitsgurt zu fixieren. Sie windet sich und ruft halblaut *»Hilfe, Hilfe!«*. Die Beamtin drückt ihr das Kissen einer Kopfstütze in den Mund, so daß sie keine Luft mehr bekommt; sie gerät in Panik. Der neben ihr sitzende Beamte verbiegt ihr die auf dem Rücken mit Handschellen gefesselte rechte Hand dermaßen nach oben, daß mehrere Knochen brechen. Tina T. wird für sechs Wochen in ein Krankenhaus eingeliefert.

10. Juli 97: Bei Guben wird Halina Halim tot aus der Neiße geborgen. Sie ist 54 Jahre alt und stammt aus Afghanistan. Im Kleid der Toten werden zwei Gebetsbücher (Koran) und eingenähter Schmuck gefunden. Die Frau war auf dem Weg zu ihrem Sohn, der als Asylbewerber in Chemnitz lebt. Von ihrer 10jährigen Tochter, die sie begleitete, fehlt jede Spur. Es wird vermutet, daß auch sie die Durchquerung des Grenzflusses nicht überlebte.

28. Februar 98: Das Dorf Liskoshan im umkämpften Drenica-Gebiet im Kosovo wird von serbischen Sondereinheiten umstellt und überfallen. Der 70jährige, im Dezember abgeschobene Kosovo-Albaner Muhamet Islami Gjeli (Gjelaj) wird hingerichtet. Ihm wird mit der Axt des Hauses (ein wichtiges häusliches Symbol) der Kopf gespalten. Auch sein 37jähriger Sohn, Naser Islami Gjeli (Gjelaj), der vor einigen Monaten aus der BRD abgeschoben worden war, fällt dem Massaker zum Opfer. Er wird von Serben erschossen. Vater und Sohn galten beim serbischen Innenministerium sowie auch beim deutschen Auswärtigen Amt als »Terroristen«. Weitere zwölf Menschen aus dem Dorf, alle männlichen Mitglieder einer Großfamilie, werden ebenfalls ermordet.

18. August 98: Flüchtlingsunterkunft im Transitbereich des Flughafens Frankfurt am Main, Gebäude 182.

Der 23jährige Flüchtling Tarik T. aus Algerien versucht, sich mit seinem eigenen Gürtel zu erwürgen. Andere Flüchtlinge halten ihn sofort fest und versuchen, den Gürtel abzustreifen. Er kommt in die psychiatrische Klinik und versucht dort am nächsten Tag erneut, sich umzubringen. Sein Aufenthalt in der Psychiatrie unter BGS-Bewachung hält an. Kurz danach findet ein erneuter Selbstmordversuch statt. ■

Die Dokumentation ist zu beziehen bei der
Antirassistischen Initiative
Yorckstr. 59
10965 Berlin;
Tel. 785 72 81; FAX 786 99 84

Zum Abschluß der Interviewserie im AIB

Vom Osten lernen...?

Seit der Jubiläumsausgabe zum 10jährigen Bestehen des AIB im September 1997, führten wir für jede Ausgabe verschiedene Interviews mit ostdeutschen Antifas. Vornehmlich ging es uns darum, einen verstärkten Blick nicht nur auf die erstarkte rechte Jugendkultur im Osten zu werfen, sondern vor allem die Entwicklung verschiedener ostdeutscher Antifagruppen zu beleuchten. Wir mußten feststellen, daß es sicherlich nicht nur für uns viele weiße Flecken im Bereich antifaschistischer Arbeit gibt, daß eben nicht nur in den größeren Städten Gruppen existieren, sondern daß sich in den letzten Jahren in diesem Punkt in Städten, wo wir es vielleicht nicht erwartet hatten, viel entwickelt hat. Die Antifas die wir zu den Interviews baten, konnten unterschiedlicher kaum sein. Angefangen von seit vielen Jahren kontinuierlich arbeitenden Gruppen in Groß- aber auch Kleinstädten, über noch relativ junge, aber trotzdem alles andere als unerfahrene Zusammenhänge, bis hin zu SchülerInnen-Initiativen oder der jungen Gemeinde. So unterschiedlich unsere jeweiligen InterviewpartnerInnen auch waren, immer wieder zeigten sich viele interessante Überschneidungen, die nach unserer Überzeugung einige Verallgemeinerungen zulassen.

Die politische Situation in Ostdeutschland Anfang der 90er Jahre, das plötzliche massive Auftreten von Neonazis, die im damals bestehenden nahezu »rechtsfreien« Raum, vor allem durch brutale rassistische und antisemitische Übergriffe, aber auch durch Angriffe auf linke Jugendliche von sich reden machten, zwang viele, die sich damit nicht abfinden konnten dazu, sich vor allem um den eigenen Schutz Gedanken zu machen. Übereinstimmend wurde uns von vielen Antifas berichtet, daß eine organisierte politische Arbeit damals für die meisten eine untergeordnete bzw. gar keine Rolle spielte. Es waren vor allem die immer wiederkehrenden militanten Auseinandersetzungen mit Nazis, die im Vordergrund standen und an denen sich die meisten politisierten. Die ersten Zusammenhänge oder Gruppen bildeten sich deshalb unter der Prämisse, den Selbstschutz besser organisieren zu können. Die Antifas, die sich in dieser Zeit organisierten, verband vornehmlich die Zugehörigkeit zur Subkultur der Punks. Einige Gruppen entstanden aber auch komplett aus schon bestehenden Cliquen und Freundeskreisen.

Erst im Laufe der Jahre entwickelten sich diese meist extrem männerdominierten Zusammenhänge weiter und widmeten sich auch anderen Politikfeldern. Viele nutzten die bestehenden rechtlichen Freiräume: In sehr vielen Städten wurden Häuser besetzt und dort, wo eine größere linke Szene entstand, bildete sich auch allmählich die dazugehörige Infrastruktur von Treffpunkten, Kneipen, Konzerträumen und Infoläden. Gerade die Existenz von gemeinsamen Treffpunkten von Antifas war und ist von großer Bedeutung für die politische Arbeit in den einzelnen Städten. Dort, wo Treffpunkte und Zentren fehlten, hatten es die meisten Gruppen wesentlich schwerer. Für die Nazis stellten linke Treffpunkte immer ein begehrtes Angriffsziel dar. Bei allen negativen Auswirkungen schweißten diese Angriffe die betroffenen Antifas oftmals noch fester zusammen. Vielerorts, jedoch hauptsächlich in den größeren Städten, gelang es aus der Defensivposition herauszukommen und durch entschlossenes Auftreten die Nazis zumeist aus den Innenstädten in die Plattenbaubezirke zurückzudrängen. In den kleineren Städten hatten Antifas immer damit zu kämpfen, den Nazis zahlenmäßig weit unterlegen zu sein.

Aber gerade dort, wo die Kontinuität der antifaschistischen Arbeit besonders wichtig ist, finden immer wieder starke personelle Wechsel statt. Sehr viele der AntifaaktivistInnen ziehen nach einigen Jahren der politischen Arbeit in die größeren Städte. Persönliche, aber auch politische Gründe sind dafür der Auslöser. Das Fehlen der personellen Kontinuität erschwert die politische Arbeit oft ungemein. Das ist sicherlich auch ein Grund dafür, daß die Bündnisarbeit mit bürgerlichen Kräften für viele unserer InterviewpartnerInnen ein fester Bestandteil ihrer politischen Arbeit darstellt. Bei allen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, war es doch immerhin möglich, zumindest zeitweise Menschen außerhalb der autonomen Antifa zu antifaschistischer Arbeit zu mobilisieren. Doch das nahezu völlige Fehlen einer liberalen Öffentlichkeit wie sie in Westdeutschland zumindest



in Grundzügen existiert, stellte und stellt viele ostdeutsche Antifas vor große Probleme. Wenn es kaum mehr gelingt, durch das Öffentlichmachen und Anprangern faschistischer Aktivitäten bei großen Teilen der Bevölkerung zumindest Betroffenheit auszulösen und stattdessen Antifas als Unruhestifter und als Standortproblem angesehen werden, ist ein Umdenken unumgänglich. Unser Eindruck war, daß gerade viele ostdeutsche Antifagruppen damit besser umgehen können, als vergleichbare Gruppen in Westdeutschland.

Die Entwicklung einer rechten Jugendkultur, die zu einem dominierenden Faktor, sogar zum Mainstream wird, hat in Westdeutschland schon lange begonnen. Viel zu lange haben wir das aber als ein speziell ostdeutsches Problem betrachtet. Doch die Realität hat uns eingeholt. An diesem Punkt haben Antifagruppen im Osten einen eindeutigen Erfahrungsvorsprung. Sie sind mit dieser Situation seit Jahren konfrontiert, sie haben gelernt, damit umzugehen und für sich Gegenstrategien entwickelt.

Das Allheilmittel haben sie auch nicht gefunden, aber durch die Interviews haben wir gelernt, daß es vielen Gruppen im Westen durchaus helfen würde, die im Osten gemachten Erfahrungen anzunehmen und davon zu provitieren. Doch viel zu oft mußten wir hören, daß sich Antifas vor allem in kleineren Städten von »denen aus dem Westen« nicht verstanden und nicht akzeptiert fühlen. ■

Antifa ist gut – aber wie weiter?



mit Antifa-Gruppen aus Leipzig, Freiberg und Rostock

AIB: Beginnen wollen wir mit einer kurzen Bestandsaufnahme der letzten Zeit in allen drei Städten und einer rückblickenden Bewertung der NPD-Veranstaltungen und deren Auswirkungen.

Leipzig: Die Entwicklung nach dem 1.Mai in Leipzig ist für die Antifa erstmal positiv gewesen. Der 1. Mai 1998 in Leipzig, die Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch, waren für uns ein voller Erfolg. Was Gegenkonzepte bei Naziaufmärschen angeht, haben wir ja schon immer ein klares, aber umstrittenes Konzept gehabt. Wir stehen immer noch zu unserer Minimalforderung, daß man gegen Naziaufmärsche vorgehen muß. Wir denken, daß das dezentrale Konzept von Leipzig richtig ist. Wir wollen so nah wie möglich an die Nazis ran, um ihnen den öffentlichen Raum zu nehmen. Dabei ist unser Handeln auch darauf gerichtet, daß Saubermann-Image, das die NPD sich gerne zulegen wollte, zu entblößen. Sie haben ihr Ziel, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, nicht erreicht. Es ist aber nur bis zu einem gewissen Punkt eine erfolgreiche Antifapolitik, wenn man ihre Aufmärsche behindert, sie zum Stehen bringt oder ringsum was passiert.

> *»Es ist aber nur bis zu einem gewissen Punkt eine erfolgreiche Antifapolitik, wenn man ihre Aufmärsche behindert.«*

Rostock: Den Nazis einen schlechten Tag in Rostock am 19. September 1998 zu bereiten, war auch unser Ziel. Im Unterschied zu Leipzig haben wir aber nicht nur auf die Mobilisierungsfähigkeit von Antifagruppen gesetzt. Die Form der Zusammenarbeit mit anderen Menschen, die auch was gegen Nazis haben, ist jedoch heftig kritisiert worden. Nach dem NPD-Aufmarsch hatten wir aber ein gemischtes Gefühl. Unsere Pläne zur Verhinderung sind nicht aufgegangen. Die Möglichkeiten dazu waren allerdings an diesem Tag sehr beschränkt. Die Antifademo in der Innenstadt ist ins Leere gelaufen. Ein Antifa ist von Nazis überfahren worden. Es geht ihm mittlerweile den Umständen entsprechend gut. An dieser Stelle möchten wir ihn gerne grüßen. Die Bündnisdemo in Lichtenhagen war von der Stimung her gesehen, trotz relativ großer Beteiligung, eher flau. Aber auch an anderen Stellen der Stadt waren an diesem Tag viele unterschiedliche Menschen auf der Straße und eine allgemeine Ablehnung den Nazis gegenüber sichtbar. Was das Rostocker Bündnis gegen Rechts betrifft, schätzen wir unseren Ansatz, mit vielen gemeinsam zu planen, doch relativ erfolgreich ein. Auch nach dem 19. September ist ein Kern zusammen geblieben. Das und die entstandenen Beziehungen mit anderen Leuten sind eine gute Basis für die Zukunft.

Freiberg: Wir hatten am 23. Januar 1999 den Bundesparteitag der NPD in unserer Nähe. Auch wir haben uns um ein Bündnis bemüht. Doch wir hatten schon Schwierigkeiten, einen Anmelder von der PDS zu bekommen. Es war auch eine andere Situation als in den beiden anderen Städten, da wir eine Saalveranstaltung in der Stadt hatten. Ansonsten ist es so gewesen, daß im Vorfeld von Seiten der Polizei ein Klima der Angst vor Gewalt geschürt wurde. Viele Leute waren abgeschreckt. Außerdem ist Mulda ein Ort, in dem man kaum Möglichkeiten hat, sich zu bewegen. Viele Antifas empfanden den Tag nicht als Erfolg. Die Demo war recht klein. Daß dann am Samstagabend und am Sonntag in der Gegend Nazikader ungestört unterwegs sein konnten, weil die meisten Angereisten schon wieder weg waren, war für uns frustrierend. Die Strukturen vor Ort waren damit überfordert. Im Vorfeld sind verschiedene Versuche unternommen worden, um eine Vermietung der Halle an die Nazis zu verhindern. Gesagt werden muß auch, daß leider viele Leute durch die Pressemeldung – die Halle sei unnutzbar feuergeschädigt – geglaubt hatten, daß da nichts mehr stattfindet. Es gab auch keine großen Konzepte für einzelne Varianten, alles sollte nur durchgezogen werden. In einer Kleinstadt ist es sowieso ein anderes Arbeiten als in der Großstadt.

> *»Bei den potentiellen PartnerInnen ist Antifaschismus nicht Teil eines politischen Konzeptes.«*

Leipzig: Unsere Einschätzung war, daß es relativ okay gelaufen ist. Es ist immer schwierig in kurzer Zeit, was auf die Beine zu stellen.

AIB: Inwiefern haben regional unterschiedliche Rahmenbedingungen Auswirkungen auf konzeptionelle Überlegungen gerade bei Mobilisierungen gegen Nazi-Veranstaltungen?

Rostock: Mit Beginn des letzten Jahres gab es beinahe jedes Wochenende Veranstaltungen von Nazis, bei denen wir es für notwendig hielten, diese militant und/oder politisch anzugreifen. Bei der Vielzahl der Anlässe waren wir jedoch oft nur die Reagierenden oder gar nicht in der Lage, adäquat einzugreifen. So haben wir begonnen, nach effektiveren Mitteln des Eingreifens zu suchen. Ein Teil davon war auch, sich intensiver um Bündnisse zu bemühen. Auch in anderen Regionen sind konzeptionelle Überlegungen angestellt worden. Die Ergebnisse sind teilweise unterschiedlich, und die Diskussion ist nicht beendet. Aus unserer Sicht sollten sich die Überlegungen an den regionalen Bedingungen orientieren und zu einem Ende von schematischem Handeln führen. In der Vielfalt der Möglichkeiten liegt unsere Kraft, dies muß in Antifa-Strategien auch zum Ausdruck kommen.

Leipzig: Ja gut, aber Bündnisse sind auch immer davon abhängig, was man machen will. Zum Beispiel bei einem großen Event ist es natürlich richtig zu sagen, wir wollen eine Bündnisgeschichte dagegen machen. Doch wir sagen, wenn man eine Bündnisdemo macht, muß man mit eigenen Positionen reingehen. Es spricht nichts gegen ein Bündnis, wenn gesagt wird: Wir wollen den Naziaufmarsch verhindern, und es wollen Leute aus einem liberalen Spektrum oder von der PDS mitmachen.

Freiberg: Erschwerend bei der Bildung von Bündnissen wirkt, daß so etwas wie eine liberale Öffentlichkeit im Osten fehlt. Bei den potentiellen PartnerInnen ist Antifaschismus nicht

Teil eines politischen Konzeptes. Sie handeln oft lediglich aus dem Bauch heraus, unter dem Motto: »Der Faschismus war schrecklich!« Warum er sich in Deutschland durchsetzen konnte, und was es davon heute noch oder wieder gibt, wird kaum analysiert. Ansonsten müßte es ja heftige Selbstkritik geben. Stichworte sind z.B. autoritäre Prägung oder das »Gastrecht-Denken« – d.h. jeder und jede, der oder die keinen deutschen Paß hat, wird nur als Gast in einem Haus angesehen, das denen mit deutschem Paß gehört.

Leipzig: Im Augenblick ist die Situation doch so, daß viele Sachen nur noch mit einer Unterstützung von anderen angemeldet werden können. Rein autonome Demos gibt's so gut wie gar nicht mehr. Aber Saalfeld hat gezeigt, daß man es mit riesigen Aufwand hinbekommt, eigene Positionen in Bündnisse zu tragen. Bei solchen Demos arbeiten wir mit einer antiextremistischen Öffentlichkeit, eher liberal, nicht großartig links, aber antiextremistisch im Glauben an den Mythos, daß die BRD als Nachfolgestaat des Nationalsozialismus aus den Fehlern gelernt hat. Daher geht eine reflexhafte Anti-Nazi-Haltung bis in bürgerliche Kreise rein. Man muß vorsichtig sein, weil man weiß, daß sie Dich leicht fallenlassen können.

Rostock: Ja, wir müssen aufpassen. In der medialen Öffentlichkeit wird Antifaschismus auf eine – wenn überhaupt noch – ehrenwerte moralische Haltung reduziert. Die politische Dimension, nämlich die Lehren aus der Nazizeit zu ziehen und im heutigen politischen Alltag sich dessen immer wieder bewußt zu sein, ist kaum noch Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Über eine Gleichsetzung von Rechts und Links, die sogenannten Extreme an den Rändern der demokratischen Gesellschaft, werden wir politisch entmündigt. Oft werden wir in der Öffentlichkeit nur noch als eine Gruppe wahrgenommen, von der eine Bedrohung für andere ausgeht. Das kann einem egal sein, oder aber man läßt es sich nicht gefallen. Auch darin liegt die Bedeutung von Bündnissen. In diesen besteht die Chance, eigene Positionen zu erklären, für Nachfragen zur Verfügung zu stehen. Wichtig finden wir dabei, die PartnerInnen als gleichberechtigt anzusehen. Ein Austausch kann zu gemeinsamen Überlegungen und Zielen führen. Deswegen sind Arbeit und Zeit für das Bündnis nicht umsonst.

Leipzig: Eure Positionen waren in Rostock aber nicht sichtbar. Schmetterlinge gegen Nazis, so verwischen Positionen, man erkennt keine Antifa mehr.

Rostock: Nach den 12 Prozent WählerInnenstimmen für die DVU in Sachsen-Anhalt und der Feststellung fortschreitender rechter kultureller Dominanz fanden wir es wichtig, daß den Nazis auf breiter Ebene erstmal wieder gezeigt wurde: »Wir wollen Euch nicht und fallen auf Eure pseudosozialen Parolen nicht herein!« Deshalb beinhaltete unserer Bündnisansatz auch, Gruppen und Menschen mit einem anderem Politikverständnis zuzulassen. Daß als Ergebnis eine stadtweite Schmetterlingskampagne unter dem Motto »Bunt statt Braun« herauskam und mit hohem finanziellem Aufwand auch von Betrieben finanziert worden ist, war von uns nicht geplant. Wir haben öfter diskutiert, aus dem Bündnis auszusteigen, haben aber weiter mitgemacht, da so Auseinandersetzungen geführt werden konnten. Wir haben unsere Positionen nicht versteckt und sind als ein wesentlicher Teil des Bündnisses anerkannt. Im Gegensatz zu vielen Nazi-Veranstaltungen in den Wochen vorher haben sich in Rostock Menschen nicht aus Angst vor den Nazis zurückgezogen, sondern sich artikuliert. Darin sehen wir eine positive Entwicklung, die sich dann wohl auch in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hat. Das Bündnis besteht in seiner Form weiter und man wird sehen, ob eine inhaltliche Auseinandersetzung in Zukunft genauer geführt wird. Spannend wird dies insbesondere mit den Pateivertretern. Wir stimmen aber zu, wenn festgestellt wird, daß ein Konzept nicht nur darin bestehen kann, eine Anti-Nazi-Stimmung zu schaffen.

»Gesellschaftliche Entwicklungen seit 1989 finden doch statt, ohne daß die Antifa daran groß was ändern konnte.«

Leipzig: Wir sind gegenüber Euren Versuchen eher skeptisch. Gesellschaftliche Entwicklungen seit 1989 finden doch statt, ohne daß die Antifa daran groß was ändern konnte. Das wird aktuell auch wieder deutlich: Z.B. bei der Walserdebatte oder den Auseinandersetzungen um die doppelte Staatsbürgerschaft. Deswegen halten wir es für schwierig, mit antifaschistischen Bündnissen breiten gesellschaftlichen Raum zu schaffen und in die Offensive zu gehen. Auf der einen Seite die schöne Utopie, auf der anderen dagegen die praktische Antifapolitik. Wir müßten dieses »Anti-Nazi« mit Inhalten füllen, und warum wir gegen diese ganze Ideologie sind. Wir können sagen, warum wir gegen deutschen Arbeitswahn, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus sind. Wir haben viel zu thematisieren. Die Frage ist: Sind Bündnisse ein allgemein gutes Podium, oder sind sie es nur ein taktisches Mittel in bestimmten Situationen? In den letzten Jahren wurde es kaum geschafft, über Bündnisse Themen in der Gesellschaft zu setzen.

»Wie schaffen wir es, uns wahrnehmbar zu artikulieren?«

Rostock: Das muß in Zukunft nicht so bleiben. Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre ein aktueller Anknüpfungspunkt. Das Rostocker Bündnis gegen Rechts hat dazu eine Presseerklärung verfaßt und es gibt dazu eine Veranstaltung. Die Frage ist doch eher: Wie schaffen wir es, uns wahrnehmbar zu artikulieren? Fällt uns noch was anderes ein als eine Demo mit eingeübten langweili-

gen Ritualen auf allen Seiten.

Leipzig: Regional ist es so vielleicht machbar. Aber wenn man sich das gesellschaftliche Klima ansieht, ist das doch unrealistisch. Niemand schafft es von Links, auf die Unterschriftenkampagne der CDU entsprechend zu reagieren. Die Nazis können sich auf eine Stimmung in der Bevölkerung stützen. Sie können sich in so einem Klima wunderbar bewegen. In diesem Bereich wird die Antifa nicht gehört und in der FAZ mit einer Presseerklärung nicht zitiert.

»Die Nazis können sich auf eine Stimmung in der Bevölkerung stützen.«

Freiberg: Diese Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft trifft den gesellschaftlichen Kern. Wenn die CDU kritisiert wird, treffe ich die Gesellschaft wesentlich mehr, als wenn die Nazis für sich thematisiert werden, da die CDU mit ihrer Illegalisierungspolitik sich innerhalb eines rechten Konsens` der Ausgrenzung bewegt. Das schlimme Wort »Integration« verwischt das dahinterstehende Ziel nach kultureller Anpassung und Eingliederung nach rein ökonomischen Gesichtspunkten.

AIB: Welche Überlegungen habt Ihr, was die Perspektiven von Antifa-Arbeit regional und bundesweit angehen?

Leipzig: Wir unterstützen z.B. den Aufruf, sich unter dem Label »Antifa-Offensive« zu treffen, um Aktionen zu koordinieren. Seit mehreren Jahren gibt es diesen Streit zwischen BAT- und AA/BO-Gruppen. Den halten wir für unproduktiv. Es gibt inhaltliche Unterschiede bei BO-Gruppen und bei welchen vom BAT. Es gibt keinen Ort, wo die Diskussion produktiv geführt werden kann. Es gibt kein Vor und Zurück. Der tiefe Graben ist imaginär und irrational. Deshalb denken wir, beim Schlagwort »Antifa-Offensive« könnte man zusammenkommen und ganz praktisch zusammen was machen. Dazu bräuchte man noch einen theoretischen Zusammenhang, wo man Unterschiede in Antifastrategien oder gesellschaftlichen Analysen diskutieren müßte. Diese »Antifa-Offensive« könnte den Rahmen für ein praktisches Zusammengehen bilden: Endlich mal wieder ein Label, also ein eigenes Symbol, auf das sich alle einigen können. Dies ist erstmal nur eine Idee, aber man sollte es probieren. Wäre es nicht mal toll, wenn das Antifa-Infoblatt die Initiative ergreift und sagt *»Ey, Ihr lest uns alle, wir finden das jetzt gut, wenn die beiden Gruppen zusammengehen, wenn die Streits beendet werden und wenn wir jetzt einen gemeinsamen Handlungszusammenhang hätten?«*

Freiberg: Es gibt auch noch andere Antifa-Strukturen. Die Idee eine gemeinsamen Kampagne »Antifa-Offensive« finde ich nicht so verkehrt. Es muß ja nicht so sein, daß zuerst die Struktur kommt, die bestehende Organisierungen zusammenführt, sondern daß durch die Offensive überhaupt erstmal wieder begriffen wird, daß wir doch ein Ziel haben und daß wir was zusammen machen können. Allerdings sollten regionale Sachen so wie bisher weiterlaufen. Meine Idee ist eher, daß es an jedem Ort der Bundesrepublik eigenständige, klar denkende und offensive Leute geben sollte, die Antifaarbeit machen. Das ist mir allemal lieber als noch so eine verknöcherte Struktur. Doch ich befürchte, daß es Spaltungslinien gibt, die sich nicht einfach so auflösen lassen.

Leipzig: Aber die Spaltungslinien machen sich überhaupt nicht mehr inhaltlich fest. Das ist doch das Verrückte. Das sind alte Geschichten. Einzelne Gruppen schmoren in ihrem eigenen Saft. Wir kommen hier nicht weiter. Wir brauchen irgendetwas in der Mitte von bisher Bestehendem, eine gemeinsame Struktur, eine Weiterentwicklung bestehender regionaler Strukturen, die überall sichtbar ist. Wir müssen insbesondere für jüngere Leute wieder attraktiver werden Wir müssen unsere Strukturen so organisieren, daß die Jungen auch wirklich rein können.

Rostock: Aber es gibt nunmal unterschiedliche Organisierungen oder eben Nichtorganisierung, unterschiedliche Formen, wie Leute Politik angehen oder was sie bei sich vor Ort machen. Das wird es auch immer geben, das ist auch ganz normal. Insofern stehe ich der Sehnsucht nach Vereinheitlichung von Antifapolitik eher skeptisch gegenüber. Klar wäre es gut, daß Gräben, die zweifellos vorhanden sind, nicht immer tiefer werden, sondern eher mehr zugeschüttet werden. Aber das wird sich an konkreten Anlässen zeigen. Regionale Initiativen brauchen oft Hilfe, aber keine Vereinnahmung. Eine Debatte über Organisierung sollte auch nicht losgelöst von der über den Schutz vor staatlicher Repression geführt werden. Gerade in ländlichen Regionen werden Antifa-Initiativen schon aufgerieben, bevor sie sich überhaupt entfalten können. Hier könnten erfahrene Zusammenhänge Schutzfunktionen übernehmen, bei der Abwehr von Diskriminierung helfen, anwaltliche Unterstützung organisieren oder finanziell beim Aufbau von Treffpunkten helfen. Da gibt es doch gute Beispiele und auch schon Erfahrung.

»Regionale Initiativen brauchen oft Hilfe, aber keine Vereinnahmung.«

Freiberg: Wichtig fänden wir auch, so etwas wie eine antifaschistische Kultur zu fördern. Sie muß attraktiv und ansprechend sein. Wir können gute Parties machen, und es spricht sich dann auch rum, daß Nazis doch uncool sind.

Leipzig: Wir glauben, daß es sehr schwierig ist, eine Antifakultur in diesen gesellschaftlichen Verhältnisen zu schaffen, in denen wir leben. Was geht, ist, kleine Symbole zu finden, auf die sich alle einigen können, so wie sich alle auf das zerschlagene Hakenkreuz einigen können. Irgendwie ist es immer da – auf Plakaten, Aufrufen, Buttons etc. –, aber es ist selten so, daß zum Beispiel überlegt wird, eine bundesweite Merchandise-Struktur antifamäßig aufzubauen. Und wir müssen auch mehr an Schulen machen.

AIB: Danke für das Gespräch.■

Erwerbslosenproteste im Rückblick:

Der »rechte« Geist der Arbeit

Mit feinem Gespür für erfolgversprechende Agitationsfelder nimmt sich die Rechte vermehrt des Schlüsselproblems »Arbeit und Erwerbslosigkeit« an und gibt sich dabei verstärkt sozialrevolutionär. Die folgende Auswertung der Erwerbslosenproteste 1998 in Berlin stützt allerdings die These von Angelo Lucifero[1], daß es weniger die Rechten selbst sind, die Erfolge verzeichnen, sondern eher der ideologische Gleichklang in Sachen »*Wir wollen einen Arbeitsplatz!*«, der das politische Spektrum von der NPD über SPD und Gewerkschaften bis hin zu traditionalistisch orientierten K-Gruppen erfasst.

Auch bei den Aktionen der Erwerbslosen in Berlin versuchten rechte Gruppen anfangs, Fuß zu fassen. Ihre mit »*Arbeit zuerst für Deutsche – NPD MACHT ORDNUNG*« überschriebenen Faltblätter, in denen multinationale Konzerne attackiert und auch zum Nachdenken »*über Alternativen zur Globalisierung*« aufgerufen wird, wurden aber beim ersten Aktionstag am 5. Februar umstandslos zerfetzt und die Verteiler vertrieben, unter ihnen auch JN-Kader ANDREAS STORR[2]. Ebenso umstandslos solidarisierte sich später das Berliner Aktionsbündnis Erwerbslosenproteste mit MigrantInnen und Illegalen, in dem es seine Forderungen – bis hin zu der nach einheitlichem Existenzgeld – generell auf diese ausdehnte. Insoweit zeigten sich die hiesigen Erwerbslosen – überwiegend frisch anpolitisiert und aus allen Ecken und Altersgruppen der prekarisierten Berliner Bevölkerung – also immun gegen Versuche rechter Einflußnahme. »Fall erledigt« dachten offenbar auch diejenigen AntifaschistInnen, die am 5. März, dem 2. Aktionstag, auf dem Hacken kehrt machten, als klar war, daß die JN es dort nicht ein zweites Mal probieren würde. Daß gerade an diesem Morgen unter den DemonstrantInnen vor dem Landesarbeitsamt politische Widersprüche offen und mitunter lautstark verhandelt wurden, wie sie krasser kaum sein könnten, entging ihnen.

Da forderten am offenen Mikrofon namentlich Frauen ein neues Verständnis von Arbeit als am Wohlergehen der Menschen und ökologischen Notwendigkeiten orientierte, allgemeine gesellschaftliche Tätigkeit, wurde Zwangsarbeit angegriffen, plädierten MigrantInnen für ein Zusammengehen aller Deklassierten, wurde das Recht auf Faulheit ebenso propagiert wie die Forderung nach Existenzgeld für alle.

Dagegen, eher aus der Masse vorgetragen: dumpf anschwellende Sprechchöre »*Kohl muß weg*«, »*Wir sind das Volk – wir wollen Arbeit*«, »*Gegen die Bonner Bonzen*«. Die Antwort anderer DemonstrantInnen: »*Kein Kohl, kein Rotkohl, kein Grünkohl, kein Braunkohl – Kohle her!*« – an diesem Protesttag behielten emanzipatorische Stimmen das letzte Wort. Kontrafaktisch aber illustrierte etwa die Süddeutsche Zeitung ihren Bericht[3] von der Kundgebung mit einem Foto der Parole »*Wir sind das Volk!*«, hochgehalten von zwei eher belächelten Randfiguren, und überschrieb das Ganze mit »*Ruf nach Arbeit*«.

Diese hochgradig ideologisierte Presseresonanz erwies sich später als höchst symptomatisch für das Verhalten der Medien zu den Erwerbslosenprotesten: Die anwesenden JournalistInnen ließen in auffälliger Einmütigkeit erkennen, daß sie eine ganz bestimmte Schablone einer »*Volksbewegung*« im Kopf hatten, zu denen sie sich die passenden Belege im Erscheinungsbild der Proteste suchten: Die nationalistische '89er »Aufstands«-Dynamik, codiert in der Parole: »*Wir sind das Volk*«, kombiniert mit »*französischen Verhältnissen*« als Metapher für Wut und Gewaltbereitschaft und der eigentlich einzigen Forderung, die »Arbeitslose« nach herrschender Ideologie auf den Lippen führen dürfen: »*Wir wollen Arbeit*«. Tatsächlich war diese Tendenz – vor allem unter den männlichen Teilnehmern – ja auch vorhanden, und das ist aus antifaschistischer Sicht das eigentlich Beunruhigende an den deutschen Erwerbslosenprotesten. Wo auch immer diese Tendenz in Erscheinung trat, stürzten sich Fotografen und Kameraleute geradezu elektrisiert in Aufnahmeposition, während sie konträre Aussagen (»*Wer nicht arbeitet, soll wenigstens gut essen!*«) sorgsam ausblendete.

Am 8. Mai, dem 4. Aktionstag, wurde als Ziel der Demonstration die Börse in der Fasanenstraße ausgewählt. Erfundene, eng parallelisiert steigende Börsenkurse und »Arbeitslosen«-Zahlen auf Flugzetteln des Aktionsbündnisses suggerierten eine Kausalität, die keine ist: Die Spekulanten, die Finanzhaie und internationalen Banken, mithin die Zirkulationssphäre, seien verantwortlich für die Erwerbslosigkeit. Mit der Börse als Symbol, den »*reichen Spekulanten*« und »*bürokratischen Bonzen*« als den »*Verantwortlichen*« hatte sich in den Berliner Protesten voerst jenes nicht einfach nur simplifizierende Deutungsmuster der Erwerbslosigkeit durchgesetzt, das nicht zufällig auch zum Kernbestand rechter Ideologie und Parolen gehört. Es entspricht exakt dem vulgärmarxistischen, halben – und deshalb gefährlich falschen – Anti-Kapitalismus, der als das



benannt werden muß, was er ist: Moderner Antisemitismus. Dessen Kerngehalt liegt in der weit verbreiteten Weigerung, sich des zunehmend bedrohlichen, stummen Zwangs der Verhältnisse als das zu erwehren, was er ist: Ein umfassendes, abstraktes, ausbeuterisches gesellschaftliches Verhältnis – das Warenverhältnis. Das antisemitische Weltbild sucht nach Faßbarem, nach Verkörperungen dieser abstrakten Bedrohungen. Also setzt es »Geld« an die Stelle von Ausbeutung und sucht sein Heil in Tauschringen. Also setzt es »Globalisierung« an die Stelle fortschreitender Vergesellschaftung und erklärt sich die eigene Malaise mit der Bedrohung des »guten«, produktiven heimischen Kapitals durch



Bei den Erwerbslosenprotesten in Berlin wurde mitunter mit arg mißglückter Symbolik gearbeitet ...

das spekulative »internationale Finanzkapital«. Also sucht es eine Gruppe von »Profiteuren«, menschliche Verkörperungen dieser angsteinflößenden, abstrakten Bedrohung. Diese Gruppe bedarf – im antisemitischen Weltbild im Gegensatz zum rassistischen – keiner gemeinsamen äußeren Merkmale. Es muß nur eine Bezeichnung für sie durchgesetzt werden – deshalb der Judenstern[5].

Beim 5. Aktionstag im Juni geriet dann ein gedankenlos-satirisch aufgezogenes *»Arbeitslosen-Gelöbnis«* am Marx-Engels-Forum zu gruseligem, selbstverarschenden Probehandeln. Eine Schar in blaue Müllsäcke gehüllter *»Arbeits-Looser«* mit Schrubbern und Strohhüten ließ sich von einem *»Arbeitslosen-Hauptfeldwebel«* als *»Wohlstandsmüll«* zum Schwur bitten und marschierte in ungelenkem Gleichschritt hinter einer Art Standarte her, die auf schwarzem Grund ein um neunzig Grad verdrehtes rotes Arbeitsamts-Emblem im weißen Kreis zeigte. Allein Exaktheit, Geometrie und Farbwahl dieses seltsam inhaltsleeren Fetischs konnte einem schon die Fußnägel hochrollen, aber das fast ängstliche Nicht-sehen-wollen dieser – wahrscheinlich eher unbewußt produzierten – faschistoiden Symbolik auf Seiten ansonsten sehr verständiger Beobachter verursachte dann ein Vakuum in der Magengegend. Die Medien reagierten exakt wie oben beschrieben.

Beim 6. Aktionstag in Friedrichshain rückte die soziale Realität der Erwerbslosigkeit wieder in den Vordergrund. *»Vom Arbeitsamt zum Sozialamt – kein langer Weg«* war das Motto der Veranstaltung und die Demonstrierenden forderten auf ihrem Leittransparent: *»Schluß mit der sinnlosen Arbeiterei – 1.500 DM + Warmmiete = Existenzgeld«* und attackierten mit Farbbeuteln ein Nazi-Lokal. Die taz dokumentierte den Zug mit einem Foto der oben beschriebenen »Arbeitslosen-Standarte« samt Träger.

Im August gingen die Proteste baden und im Oktober scheiterte der Grottian'sche[6] Plan, die *»reichen Schmarotzer im Grunewald«* (O-Ton aus dem Erwerbslosen-Plenum) zu besuchen – die »Bewegung« hatte sich totgelaufen. Dieses Abflauen der Proteste ist, neben der eklatanten organisatorischen Schwäche des Berliner Aktionsbündnisses, dem erbärmlichen Agieren der Gewerkschaften und Illusionen über die Wirkungen eines Regierungswechsels, maßgeblich auf die unbearbeiteten und in der Sache auch unüberbrückbaren politischen Widersprüche unter den Erwerbslosen zurückzuführen. Diskussionsversuchen linker AktivistInnen schlug eine mitunter feindselige Stimmung entgegen, die sich in ebenfalls symptomatischen Abwehrhaltungen äußerte: Da wurden *»Intellektuelle«* gegen *»einfache Arbeitslose«* gestellt und angebliche Unterschiede zwischen *»Wessis«* und *»Ossis«* aufgemacht. Das daraus resultierende interne Gegeneinander führte zu einem uneinheitlichen, notdürftig verkleisterten äußeren Erscheinungsbild und darüberhinaus zur vielleicht entscheidenden Hemmung einer dynamischen Zunahme der Proteste: Die Rückkopplung zwischen *»Volkes Stimme«* und den bürgerlichen Medien in den oben beschriebenen ideologischen Bahnen blieb aus, und damit der erhoffte *»Volksaufstand gegen die Arbeitslosigkeit«*. Wäre dieser zustande gekommen, und im Frühjahr lag das einige Monate in der Luft, die Linke hätte hilflos einer reaktionären Massenbewegung zur sozialen Frage gegenübergestanden, in der die Rechte wohl unwiderruflich das ideologische Kommando übernommen hätte.

Nicht so sehr organisierte, erkennbare Nazis, die von außen versuchen die Proteste zu instrumentalisieren, stellten bei den Erwerbslosenprotesten – zumindest in Berlin – das eigentliche Problem dar. Der beschriebene ideologische Boden dafür jedoch, der hegemoniale Diskurs über die Arbeitsplätze, die angeblich zu wenig da seien, und die erschreckend weit verbreiteten, tendenziell antisemitischen Deutungsmuster der ökonomischen Krise von Seiten der Betroffenen, sie bilden den politischen Knackpunkt von kaum zu überschätzender Brisanz. *»Arbeit her !«* – diese herrschende Redeweise über das Problem bildet die gemeinsame Basis der Rechten, der Konservativen, der Gewerkschaften, aber auch einer weitverbreiteten Tendenz traditionalistischer K-Gruppen.

Eine antifaschistische Linke, die hier nur auf das Eindringen organisierter Rechter schaut, die im Politikfeld Erwerbslosigkeit selbst sich zuspitzende diskursive Auseinandersetzung aber mit Mißachtung straft, gerät in Gefahr, ihrer ureigensten Aufgabe nicht gerecht zu werden: Der konsequenten Bekämpfung antisemitischer und faschistischer Tendenzen. Sie ließe aber auch eine ziemlich einmalige Chance vorüberziehen, in dieser – den Kern der aktuellen gesellschaftlichen Probleme treffenden – Auseinandersetzung linksradikale Politik wieder auf eine politische Basis zu stellen. ■

1) Angelo Lucifero: Sozial und rechts ? Ein Situationsbericht aus Ostdeutschland. AIB Nr. 46
2) AAB: Vorsicht Nazis auf Erwerbslosenprotesten. Flugblatt, Berlin März 1998
3) vgl. Interim Nr. 446 19.3.1998, S. 17. Die AutorInnen des abgedruckten Nachrichtenüberblicks allerdings erfassten die politische Brisanz der Situation in ihrer Beobachtung: »Die Parolen reichten von »Her mit Arbeit« bis zu »Weg mit Arbeit«.«
4) SZ vom 5.3.1998
5) Dazu grundlegend Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus – ein theoretischer Versuch
6) Peter Grottian, Teilzeit-Professor an der FU-Berlin, initiierte das Berliner Aktionsbündnis
7) vgl. hierzu: Stefan Schmidt: Das Gerede von den Arbeitsplätzen ZAG 19 s. 29ff und ZAG 20, S. 32ff
8) Dieser Text in Urfassung: http://www.berlinet.de/mw/text/aib1999.htm

Frankreich: Die Frage der Immigration mit den sozialen Bewegungen verknüpfen

Die Bewegung der Sans-Papiers

Die Sans-Papiers (Ohne Papiere) ist die Bewegung der von Abschiebung bedrohten ImmigrantInnen in Frankreich, deren Aufenthalt rechtlich nicht genehmigt ist. Einer der Schwerpunkte ihres Kampfes und vorrangiges Ziel der Nationalen Koordination der Sans-papiers-Kollektive ist die Schaffung einer Verbindung mit den Kämpfen anderer Rechtloser in der französischen Gesellschaft: *»Der Kampf der Sans-papiers muß den Kämpfen der Haushalte, der Vorstädte, der Arbeitslosen und der Ausgeschlossenen angeschlossen werden. Alle, die von dieser Gesellschaft entrechtet werden, müssen ihre Kräfte vereinen.«* Doch ist die Durchsetzung dieses Ziels mit vielen Hindernissen verbunden, wie sich anhand der noch vorhandenen Zersplitterung der Bewegungen der Rechtlosen zeigt.

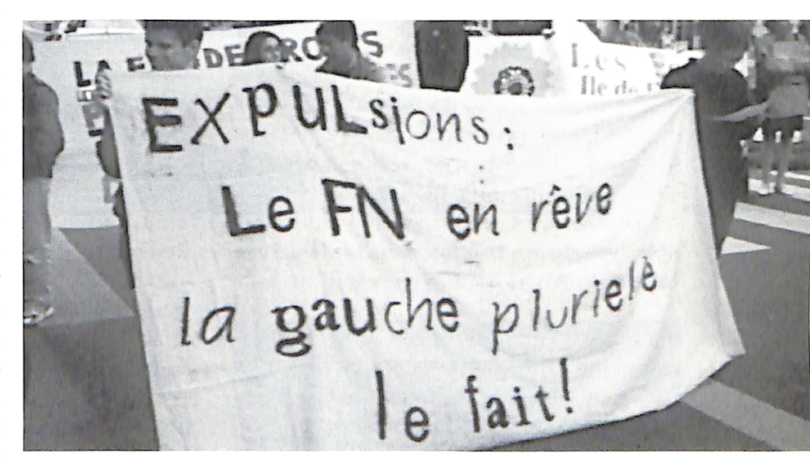
Die Arbeitslosenbewegung vom Winter 1997/98 spiegelte diese Abgrenzungen wider, und die gemeinsame Durchführung von Aktionen mit den Sans-papiers zog keine wirkliche Vereinigung der Kräfte nach sich. Erfolgreicher war der Zusammenschluß der Sans-papiers-Bewegung (vor allem in Paris) mit den Aids-Hilfegruppen (Organisationen wie Act Up), um das Problem der Abschiebung von kranken MigrantInnen anzugehen. In einem kleineren Umfang arbeiteten die Sans-papiers mit den ausländischen Hilfslehrern zusammen, da diese von überproportional hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind. Eine weitere Verbindung wird zu der Arbeitslosenbewegung und den Gewerkschaften gesucht. Wie die CGT (Gewerkschaft, die der Kommunistischen Partei Frankreichs nahesteht, Anm. d. AIB) haben viele Gewerkschaften Räume bereitgestellt. Doch da Akzeptanz von Autonomie nicht unbedingt zu den Stärken der großen Gewerkschaftszentralen gehört, hat auch diese Zusammenarbeit ihre Grenzen. Eine Demonstration gegen Schwarzarbeit (»travail clandestin« im Original, Anm. d. AIB) Ende 1998 in Paris ist ein Beweis für den anhaltenden Wunsch der Sans-papiers, sich in die sozialen Bewegungen zu integrieren.

Eine neue Bewegung

Zweifellos ist die Sans-papiers-Bewegung sehr erfolgreich ins Licht der französischen Öfentlichkeit getreten. Sie ist eines dieser historischen Ereignisse, die zum einen aus starken symbolischen Momenten bestehen und zum anderen aus Durststrecken, die ihre eigenen Entstehungsmythen sowie neue Erfahrungsgemeinschaften schaffen.

Über das Aufsehen, die Empörung und die kurzen Gefühlswallungen in den Medien hinaus hat es die Bewegung geschafft, die Situation der Sans-papiers als ein unübersehbares gesellschaftliches Problem zu vermitteln. Trotz einer vielschichtigen Repression, die immer wieder darauf abzielt, die Sans-papiers zu spalten und in ihren Untergrund zurückzudrängen, hat die Bewegung beständig versucht, den Kampf zu erweitern und zu verlängern. Diese Bewegung als Sprachrohr der Sans-papiers entwickelt sich rasch und bildet autonome Organisationsformen. Gleichzeitig sorgt sie dafür, daß sich zahlreiche Kräfte der Gesellschaft auf eine zentrale Forderung konzentrieren: die Regelung der Aufenthaltssituation aller Sans-papiers (wir übernehmen hier die direkte Übersetzung aus dem Französischen, um nicht von Legalisierung reden zu müssen, denn bekanntlich kann kein Mensch illegal sein, Anm. d. AIB). Diese zentrale Forderung hat neue Perspektiven sowohl für die Sans-papiers, die keine individuellen Lösungen mehr fanden, als auch für die Sympatisantenorganisationen eröffnet, die vor unlösbaren Problemen standen. Angesichts der starren Haltung des Staates und spektakulärer Polizeiübergriffe hat sich die Bewegung politisiert und radikalisiert. Diese Dynamik hat die Diskussion um die Folgen der restriktiven Einwanderungspolitik seit 1974 in den Vordergrund geschoben, die aus der Schließung der Grenzen und einem totalen Einwanderungsstop bestand. Erreicht wurde eine globale Infragestellung der französischen und europäischen Einwanderungsgesetzgebung. Die Bewegungsfreiheit der Menschen ist wieder als ein uneingeschränktes, fundamentales Recht bekräftigt worden und erscheint als eine mögliche, quasi unwiderrufliche Alternative in den Zeiten der Globalisierung.

Die Diskussion um diese Problematik wurde oft von Einzelpersonen vorangebracht, die sich öffentlich oder anonym äußerten und aus verschiedenen sozialen Schichten stammten. So entstanden neue Zusammenschlüsse innerhalb von Politik und Kultur, die sich außerhalb der klassischen und institutionellen Stellvertreterorganisationen bewegten. Gewisse politische Organisationen und Gewerkschaften rücken aber noch immer nicht von ihrem Anspruch ab, der Bewegung eine politische Zielsetzung zu geben und/oder sie zu vertreten. Sie rechnen mit deren baldiger Auflösung und ihrer Unfähigkeit, sich dauerhaft zu organisieren. Sie haben der Regierung Jospin (sozialistisch geführte Regierung Frankreichs, Anm. d. AIB) ihr volles Vertrauen ausgesprochen, die eine Regelung für alle Sans-papiers versprochen hatte. Alle Hoffnungen der Sans-papiers und ihrer UnterstützerInnen hatten sich auf die Verfügung vom 24. April 1997 von Innenminister Chevenement gestützt. Jedoch stellte sich schnell heraus, daß es sich um ein gigantisches Täuschungsmanöver handelte, um alle jene, die sich in Frankreichs politischem Untergrund befinden und ihre SympathisantInnen polizeilich zu erfassen. Nach der anfänglich großen Hoffnung machte sich Desillusionierung breit: Der Status von nur ca. 50% aller Personen wurde reguliert. Der Rest ist zur Abschiebung verdammt oder zur Rückkehr in den Untergrund mit der täglichen Bedrohung durch Abschiebung. Diese kann nach einer einfachen Kontrolle der Papiere, die allzuoft aufgrund der Haut-



»Abschiebungen: Die FN träumt davon, die pluralistische Linke tut es !« Transparent auf einer Demonstration im November ´98 in Paris

farbe stattfindet, folgen. In der enttäuschten Hoffnung ist der Grund für die vermehrten Besetzungen von Kirchen und einigen Hungerstreiks seit dem Sommer 1998 zu suchen.

Die verschiedenen Aspekte des Kampfes der Sans-papiers

Die Bewegung der Sans-papiers, sowie die breite Unterstützung ihrer Forderungen stellen eine neue Etappe des Widerstandes in der Geschichte der Immigration sowohl in Frankreich als auch in Europa dar. Diese Bewegung ist seit drei Jahren ein Dorn im Fleisch der französischen Linken und des Staates, der seit 1974 die Existenz eines staatlichen Rassismus nicht zugeben kann. Die Liste der folgenden Forderungen wird von fast allen Gruppen geteilt:

- Regelungen für alle Sans-papiers durch eine zehnjährige Aufenthaltsgenehmigung,
- völliger Abschiebestopp und die Rückführung der bereits abgeschobenen ImmigrantInnen,
- Aufhebung aller fremdenfeindlichen Gesetze,
- Bewegungsfreiheit und freie Ansiedlung für alle,
- Schließung aller Abschiebeheime.

Der Kampf der Sans-papiers läßt eine Form des sozialen Kampfes wieder aufleben, der vor allem aus langandauernden Besetzungen (insbesondere von Kirchen) besteht. Dadurch werden Menschen mobilisiert, und die Bewegung tritt ans Licht der Öffentlichkeit. Diese Orte werden schnell Anziehungspunkte für Hunderte von Sans-papiers, die darin eine Möglichkeit sehen, aus ihrem Leben im Untergrund zu treten und ihre Isolierung zu durchbrechen. Desweiteren sorgen tägliche Diskussionen während den Besetzungen und Treffen für eine Politisierung der Bewegung.

Ein zweites Merkmal des Kampfes ist die Tendenz, den verschiedenen juristischen Kategorien der Einzelfälle eine einzige Forderung gegenüberzustellen und sich zu weigern, die Fälle einzeln zu behandeln. In dieser Frage kommt es zwischen den Sans-papiers und ihren Unterstützerorganisationen oft zu Disputen. Die Strategien letzterer drehen sich um das »legale« Ziel, das Meiste im Rahmen der existierenden Gesetze zu erreichen und darüber hinaus humanitäre Argumente geltend zu machen. Doch für die Sans-papiers ist eine Aufsplitterung der Verhandlungen undenkbar. Natürlich sind die taktischen Allianzen immer möglich, notwendig, wünschenswert und werden auch von beiden Seiten gesucht, doch dies funktioniert nur innerhalb eines permanenten Konflikts.



»Abschiebungen = Deprtationen – die Flugzeuge des Todes« Paris, November ´98

Das dritte Kennzeichen der Bewegung ist ihre autonome Organisationsform und die Tatsache, daß die Sans-papiers selbst die Bewegung anführen. Dieser Autonomiewunsch ist nicht zufällig, sondern das Resultat vieler individueller Erfahrungen. Über Jahre hinweg haben viele Sans-papiers ihre persönlichen Verhältnisse den Sympathisantengruppen anvertraut, ohne daß diese Lösungen für ihre Situationen gehabt hätten. Mittlerweile kennen sie die politischen Analysen dieser Organisationen und auch die Grenzen ihres juristischen und gesetzestreuen Vorgehens. Selbst wenn die Unterstützung immer wieder gesucht wird, bleibt diese doch den autonomen Entscheidungen untergeordnet. In dieser Frage besteht der zweite, oft auftretende Widerspruch zwischen Sans-Papiers und UnterstützerInnen. Diese erkennen die autonome Organisation der Sans-papiers zwar an, doch würden sie es vorziehen, daß die Entscheidungen über Aktionen und Taktiken zusammen getroffen werden. Das würde angesichts der unterschiedlichen Strategien (Schaffung eines Kräfteverhältnisses für die totale Statusregulierung aller für die einen; Schaffung eines positiven Kräfteverhältnisses für einzelne Verhandlungen mit den Polizeibehörden für die anderen) das Ende gewisser Aktionen bedeuten, die als zu radikal, zu unpopulär, zu medienfern und untaktisch angesehen werden...

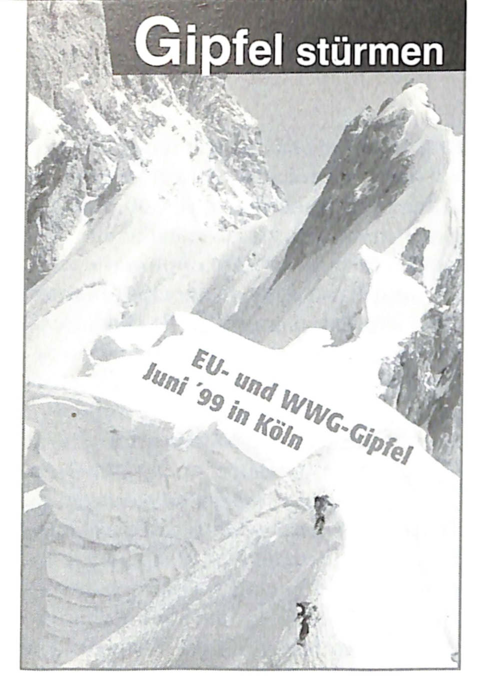
Das vierte herausragende Merkmal der Bewegung ist, daß sie verschiedene Völkergruppen vereinigt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Immigration schließen sich Menschen aus Schwarzafrika, dem Maghreb und Asien zu einem gemeinsamen Kampf zusammen. Dies geschieht natürlich nicht reibungslos, ohne Schwierigkeiten und Konflikte. Das fünfte Merkmal dieser Bewegung ist die Tatsache, daß in ihr ganze Familien aktiv sind und nicht nur Einzelpersonen. Die Präsenz der Frauen und Kinder bei den Besetzungen stellt das Image der Bewegung in ein neues Licht. Diese Neuerung ist auch deshalb so wichtig, weil die Frauen mehrere Phasen des Kampfes selbst in die Hand genommen haben, wie Besetzungen von Rathäusern. Dazu gehört auch die Medienpräsenz ihrer Sprecherin Madjiguene Ciss.

An der Seite der Sans-papiers kämpfen...

Die Sans-papiers-Bewegung in Frankreich geht weiter. Nach der humanitären Phase beginnt nun die Phase, in der Verständnis für die Größe und die Schwierigkeiten des Kampfes wachsen. Trotz einiger Erfolge (wie Regelungen für eine gewisse Anzahl von Menschen), bleiben viele Klippen zu umschiffen. Der Weg aus der Isolierung heraus bleibt schwer. Ein Schwerpunkt ist die Integration in einen europaweiten Kampf. Die Harmonisierung der diskriminierenden europäischen Gesetzgebungen gegenüber ImmigrantInnen, die in das Territorium des Schengener Abkommens einreisen, ist bereits geplant und macht gemeinsame Aktionen nötig. Sei es während der letzten europäischen Aktionstage am 24. Oktober 1998 und 23. Januar 1999 gegen die Abschiebegefängnisse, oder bei der nächsten internationalen Demonstration am 27. März 1999 in Paris für den *»freien Verkehr von Menschen«*.

Sans-papiers und SympathisantInnen müssen ihre Aktionen gegen die Festung Europa verstärken. Die Kölner Demonstration am 29. Mai 1999 gegen den Euro- und G 8-Gipfel ist eine weitere Möglichkeit unsere Kräfte zusammenzuschliessen, um den Völkern zu zeigen, daß für uns Europa für jeden offen und multikulturell sein muß.

Deshalb kämpfen wir, No Pasaran (antifaschistisches Netzwerk), seit Beginn der Bewegung an der Seite der Sans-papiers, um zu beweisen, daß Antifaschismus, so wie wir ihn sehen, auch bedeutet, daß jeder Mensch dort leben darf, wo er will oder kann. Das heißt, daß der Kampf für die Regulierung des Status der Sans-papiers, für Bewegungsfreiheit und für die Aufhebung aller fremdenfeindlichen Gesetze etc. bedeutet, gegen autoritäre und diskriminierende Ideen zu kämpfen. Diese Ideen werden nicht nur von rechtsextremistischen Parteien vertreten. ■



Ab dem 1. Januar leben wir de facto im Euro-Land. Mit großem Aufwand wurde im vergangenen Jahr eine Pro-Euro Kampagne durchgezogen. Deren zentrale Aussage lautete: Der Euro wird so hart wie die Deutsche Mark! Man könnte fast annehmen, die DM würde nur eine andere Prägung erhalten. In einem ersten Beitrag zu diesem Themenkomplex haben wir den Rahmen erörtert, in dem diese »Wirtschafts- und Währungsunion« (WuW) entstanden ist und wessen Interessen dabei dominant waren. In dieser Ausgabe soll es zum einen um die Struktur und die Politik der Europäischen Zentralbank gehen, zum anderen um die Auswirkungen der WuW innerhalb der Europäischen Union (EU) und deren globale Option. Ansonsten möchten wir auf die Anzeige zu der EU-Broschüre hinweisen, in der noch viele weitere Aspekte dieser EU behandelt werden.

Teil II: Maastrichter Vertrag und das Konvergenzregime

Ein Blick zurück

Ein Gastbeitrag der Gruppe GoN

A. Maastrichter Vertrag 1991 – das Konvergenzregime in der EU entsteht

Die Verhandlungen verliefen mehrere Jahre hinter verschlossenen Türen. Das zu verhandelnde Problem war, es mußten für den gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraum für alle Beteiligten verbindliche Grundlagen festgelegt werden. Schon die Festlegung dieser Grundlagen bedeutete eine Richtungsentscheidung, in welchem Rahmen sich die Wirtschafts-, Steuer und Sozialpolitik in den einzelnen Staaten oder gemeinsam im Rahmen der EU abspielt bzw. entwickeln wird. Dazu wurden im Maastrichter Vertrag sogenannte Konvergenzkriterien in allgemeiner Form festgelegt, die dann später in einem zusätzlichen Protokoll mit konkreten Zahlen spezifiziert wurden. Das Erreichen der Konvergenzkriterien war bzw. ist das Entscheidungskriterium, um an der Wirtschafts- und Währungsunion (WuW) teilzunehmen bzw. zum Euro-Land dazu zugehören. Diese Kriterien sind die folgenden:

Öffentliche Defizite im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP):

– Die Neuverschuldung darf nicht mehr als 3% des BIP betragen, dies betrifft die staatliche Gesamtneuverschuldung d.h. in der BRD die von Bund, Ländern und Kommunen.

– Die Gesamtverschuldung muß unter 60% des BIP liegen. Die Inflationsrate darf maximal 1,5% über denjenigen der drei preisstabilsten Länder liegen.

– Die langfristigen Zinsen dürfen nicht mehr als 2% über dem Durchschnitt der Zinsen der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten liegen.

Warum ist in diesem Zusammenhang von einer Richtungsentscheidung zu sprechen? Weil mit den Konvergenzkriterien rein monetaristische (geldpolitische) Festlegungen getroffen wurden. Gerade die Festlegung von 60% des BIP in Bezug auf die Gesamtverschuldung erscheint dubios, da bei Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages 1993 schon insgesamt 10 von 15 beteiligten Staaten dieses Kriterium nicht erfüllten (siehe Tabelle S. 56)

Desweiteren sind mehrere Länder, dabei gerade die Höherverschuldeten, durch diese Festlegungen in bezug auf ihre Steuer- und Sozialpolitik geknebelt. Denn diese Länder haben regelmäßig, wenn es zu ökonomischen Krisenerscheinungen gekommen ist, höhere Schulden gemacht, eine höhere Inflation zugelassen und mit den geliehenen Geldern die Konjunktur belebt. Dies wird im allgemeinen antizyklische Wirtschaftspolitik genannt, über deren Erfolge bzw. Erfolgsaussichten sich streiten läßt. Jetzt ist die Situation aber eine vollkommen andere, denn als Bezugsgröße für die zugelassenen Schulden wurde das Bruttoinlandsprodukt festgelegt. Bei dem Bruttoinlandsprodukt handelt es sich um die Summe der Werte (Verkaufspreise) der in dem Land produzierten Waren und Dienstleistungen.

Bei einem steigenden BIP verringert sich die Gesamtschuldenquote automatisch und erhöht sich der Spielraum bei der Neuverschuldung bzw. steigt automatisch das zu verfügende Staatsbudget. Aber anders herum: verringert sich das BIP, so erhöht sich die Gesamtschuldenquote bei gleichbleibenden Rahmenbedingung (wie z. B. dem Zinsniveau, Steuereinnahmen etc.) und verringert sich der Spielraum bei der Neuverschuldung. Damit verringert sich das verfügbare Staatsbudget. Also bei Verringerung des BIP, weniger produzierten Waren und Dienstleistungen in einem Land, was in der Regel auch mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit einhergeht, reduziert sich automatisch das nach Maastrichter Konvergenzkriterien verfügbare staatliche Budget. Es gibt nur ein Land, das dem gegenüber unbesorgt bleiben kann, das ist Luxemburg, alle anderen EU-Staaten haben die Gesamtschuldenquote von 60% entweder überschritten oder annähernd erreicht (siehe Tabelle S.56). Steigt das BIP allgemein in den EU-Staaten, so wird es wohl keine oben beschriebene Zwickmühle geben. Aber bei ökonomischen Abwärtsentwicklungen (Rezession) bleibt gerade den höher verschuldeten Ländern wie

z.B. Belgien oder Italien ein noch geringeres staatliches Budget zur Verfügung bei steigenden Ausgaben durch z.B. höhere Arbeitslosigkeit o. ä.! Hier stellt sich natürlich die Frage, wie diese Festlegungen im Maastrichter Vertrag eigentlich zustande gekommen sind.

Maastrichter Vertrag und die Deutsche Bundesbank

Da der Vertrag im Geheimen ausgehandelt wurde, ist man im wesentlichen auf Mutmaßungen angewiesen, warum dieses so oder so festgelegt wurde. Aber es gibt eine aufschlußreiche Quelle, aus der sich ziemlich eindeutige Interessenlagen und Absichten abschöpfen lassen. Dabei handelt es sich um die Deutsche Bundesbank (Buba). Sie begleitete nicht nur seinerzeit die Vertragsverhandlungen, sondern bis heute zur Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion (WuW) den gesamten Prozeß mit entsprechenden Stellungnahmen. 1992 schreibt sie über sich selbst, daß sie »*intensiv beratend an den Vorbereitungsarbeiten für die Vertragsformulierung beteiligt*« war[1].

Buba: »*Stabilitätsergebnisse (...) wie bisher in der Bundesrepublik*«

Die beteiligten Staaten haben sich in die Zwangsjacke der Stabilitätskriterien stecken lassen. Die Frage ist, wer hat sich das ausgedacht? Hierzu finden sich wiederum klare Aussagen der Buba im Jahre 1990: »(...) *für die Endstufe der WWU muß aus der Sicht der Buba den stabilitätspolitischen Erfordernissen in jedem Fall ausreichend Rechnung getragen werden. Dabei muß gesichert werden, daß künftig auf Gemeinschaftsebene gleiche Stabilitätsergebnisse erzielt werden können wie bisher in der Bundesrepublik.*«[2] Also hier ist ein eindeutiger Maßstab definiert, nicht eine Angleichung oder eine Annäherung in der EU soll gefunden werden, sondern die »Stabilitätsergebnisse« der Bundesrepublik sind auf »Gemeinschaftsebene« zu verwirklichen. Aber damit noch nicht genug, denn schon 1990 scheint die Buba ein abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber den anderen EU-Staaten zu besitzen, denn es »*müssen auf Gemeinschaftsebene vertragliche Vorkehrungen einschließlich bindender Regeln und Sanktionen für eine wirksame Haushaltsdisziplin in allen Mitgliedsstaaten geschaffen werden.*« Wahrscheinlich hätte man 1990 beim unbedarften Lesen dieser Stellungnahme gedacht, irgendwie müssen die einen Knall haben, auf der einen Seite wird die europäische Idee und Integration bejubelt und auf der anderen Seite ist von »Sanktionen« die Rede. Aber es kommt noch prekärer, denn über die Ausgestaltung der Europäischen Zentralbank (EZB) werden 1990 ebenfalls klare Voraussetzungen genannt: »*Das Europäische Zentralbanksystem muß mit einer in institutioneller, funktioneller und personeller Hinsicht dauerhaft gesicherten Unabhängigkeit ausgestattet sein. Seine Mitglieder dürfen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben (...) auch nicht durch zu weitgehende Berichtspflichten in ihren Entscheidungsfreiheit eingeengt werden. Ein gleiches Stimmrecht für alle Mitglieder ist nur dann vertretbar, wenn eine solche Unabhängigkeit auch gegenüber nationalen Einflüssen gesichert ist.*« Auf die sogenannte Unabhängigkeit der Buba oder der Europäischen Zentralbank wird später noch genauer eingegangen. Hier soll nur festgestellt werden, daß die Buba auf jeden Fall kein Konsensmodell unter Berücksichtigung nationalstaatlicher Interessen zulassen will. Sie verlangt eine strikte Abkopplung davon und nur dann gäbe es die Option eines gleichen »*Stimmrechts für alle Mitglieder*«. Ebenso wird schon der Anschein von öffentlicher Kontrolle »*durch zu weitgehende Berichtspflichten*« strikt abgelehnt.

Als abschließende Bewertung und Festlegung folgt dann noch: »*die Tragfähigkeit des vorgesehenen Konzepts für die WuW darf in den dargelegten Punkten nicht durch Verhandlungskompromisse gefährdet werden.*« Und tatsächlich ließen sich schon 1990 in der Stellungnahme der Buba in Bezug auf die Festlegungen zur WuW im Maastrichter Vertrag die wesentlichen Punkte ablesen. Die Buba ist dann auch 1992 so frei, festzustellen: »*Die Empfehlungen der Buba zu allen wichtigen fachlichen Fragen und Problemen sind von der Bundesregierung in die politischen Entscheidungen einbezogen worden. Sie haben sich in wichtigen Punkten im WuW-Vertrag niedergeschlagen.*« Und weiter: »*Die vorgesehene institutionelle Ausgestaltung der Endstufe steht weitgehend im Einklang mit den Empfehlungen der Bundesbank.*«[1]

Es kann also festgehalten werden, daß die wesentlichen Festlegungen im Maastrichter Vertrag von deutscher Seite durchgesetzt wurden. Nun trat mit der Zeit aber ein gewisses Problem auf, weil die Zwangsjacke der Stabilitätskriterien nur als Eintrittskarte zur Euro-Teilnahme vorgeschrieben war. D. h., unter den damaligen Vertragsbedingungen konnten die an der WuW beteiligten Staaten nach Einführung des Euros wieder machen, was sie wollen. Und dies war sicher nicht der Wunsch der Buba und der Bundesregierung. Im Maastrichter Vertrag waren zwar in allgemeiner Form Sanktionen und Geldbußen bei Nichteinhaltung der Konvergenzziele niedergeschrieben, aber es fehlten jegliche konkreten Ausführungen.

Neuverschuldung am BIP/Gesamtschulden am BIP

Land/Jahr	1991	1993	1995	1997
Belgien	-6,3/127,5	-7,1/135,2	-3,9/131,3	-2,1/122,2
Dänemark	-2,1/ 65,5	-2,8/ 81,6	-2,4/ 73,3	0,7/ 65,1
Deutschland	-3,1/ 41,5	-3,2/ 48,0	-3,3/ 58,0	-2,7/ 61,3
Finnland	-1,5/ 23,0	-8,0/ 58,0	-4,7/ 58,1	-0,9/ 55,8
Frankreich	-2,1/ 35,8	-5,8/ 45,3	-4,9/ 52,7	-3,0/ 58,0
Griechenland	-11,5/92,3	-13,8/111,6	-10,3/110,1	-4,0/108,7
Irland	-2,3/ 95,3	-2,7/ 96,3	-2,2/ 82,3	0,9/ 66,3
Italien	-10,1/101,5	-9,5/119,1	-7,7/124,2	-2,7/121,6
Luxemburg	1,9/ 4,2	1,7/ 6,1	1,9/ 5,9	1,7/ 6,7
Niederlande	-2,9/ 79,0	-3,2/ 81,2	-4,0/ 79,1	-1,4/ 72,1
Österreich	-3,0/ 58,1	-4,2/ 62,7	-5,2/ 69,2	-2,5/ 66,1
Portugal	-6,0/ 67,3	-6,1/ 63,1	-5,7/ 65,9	-2,5/ 62,0
Schweden	-1,1/ 52,8	-12,2/ 75,8	-6,9/ 77,6	-0,8/ 76,6
Spanien	-4,2/ 45,5	-6,9/ 60,0	-7,3/ 65,5	-2,6/ 68,8
Ver. Königreich	-2,3/ 35,6	-7,9/ 48,5	-5,5/ 53,9	-1,9/ 53,4
EU-Durchschnitt	56,0	65,9	71,0	72,1

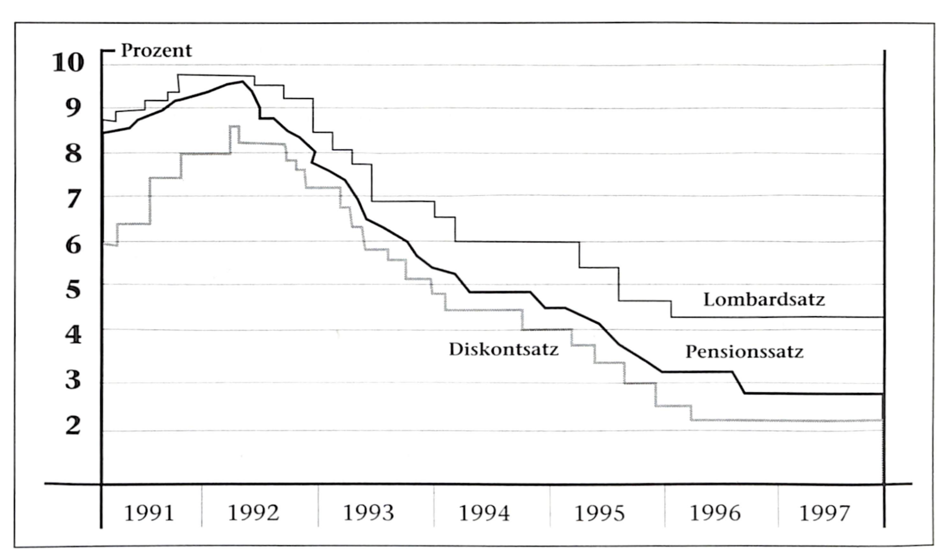
Quelle: Europäische Kommission, Euro 1999, 25. März 1998 und Stellungnahme der Bundesbank zur Konvergenzlage vom 26.3.98

B. »Stabilitäts- und Wirtschaftspakt« – das Konvergenzregime wird vollendet

Das neue Zauberwort hieß nun »Stabilitätspakt«. Diesen legten Tietmeyer (Bundesbankchef) und der ehemalige Finanzminister Waigel im Oktober 1995 auf einem europäischen Finanzministertreffen zum ersten Mal vor, wofür sie aber bei einigen Mitgliedsstaaten keinerlei Zustimmung erhielten. Erst auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember '96 in Dublin konnte Deutschland den »Stabilitätspakt« durchsetzen: »*die Mitgliedsstaaten, die dem Euro-Währungsgebiet angehören, sind*

Diskontsatz: Er ist der Leitzins für alle Kredite. Zu diesem Zinssatz gewährt die Bundesbank dreimonatige Kredite, die Banken müssen dafür bei der Bundesbank »rediskontierbare« Wechsel hinterlegen.
Lombardsatz: Bei ihm werden bei der Bundesbank dreimonatige Kredite gewährt, es müssen Wechsel oder andere Schuldtitel verpfändet werden. Der Lombardkredit wird vorwiegend für »Liquiditätsengpässe« (Zahlungsunfähigkeit) gewährt.
Pensionssatz: Zinssatz beim Wertpapierpensionsgeschäft bei zweimonatiger Laufzeit.

Quelle: Drucksache 13/9090, Deutscher Bundestag



verpflichtet, Stabilitätsprogramme vorzulegen, und unterliegen vereinbarten Sanktionen, wenn sie gegen ein übermäßiges Defizit nicht wirkungsvoll vorgehen.«[3] Dementsprechend jubelte Waigel in einer Presseerklärung: *»Die Währungsunion wird eine Stabilitätsgemeinschaft«*. Die Festlegungen von Dublin erlangten vertragliche Verpflichtung durch den »Stabilitäts- und Wirtschaftspakt« (Sta. u. Wi.), der auf dem Amsterdamer Gipfel im Juni ´97 verabschiedet wurde. In ihm verpflichten sich die Mitglieder, das *»mittelfristige Haushaltsziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuß aufweisenden Haushalt einzuhalten.«* D. h. die Grenze, von den ursprünglichen 3% des BIP an Neuverschuldung, wurde auf 0% reduziert. In der zum Sta. u. Wi. gehörenden »Verordnung über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung« verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, der Kommission und dem Rat alle nötigen Daten für das laufende bzw. abgelaufene Haushaltsjahr und auch für »mindestens die drei folgenden Jahre« ihre Haushaltsplanungen vorzulegen. Sie unterwerfen sich dabei der Kontrolle der Kommission und dem Rat. In der dann ebenfalls zum Sta. u. Wi. gehörenden »Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit« ist festgelegt, daß *»bei einem bewußt geplanten Defizit (...) ein Eilverfahren angewandt«* wird, um Sanktionen und eventuell Geldbußen zu verhängen. In dieser Verordnung sind dann noch folgende Festlegungen getroffen: Da die Defizitquoten direkt an das BIP gekoppelt sind, kann ein Mitglied eine Ausnahmeregelung aufgrund eines *»schweren Wirtschaftsabschwungs«* nur erwirken, *»wenn das reale BIP innerhalb eines Jahres um mindestens 2% zurückgegangen ist.«* Bei geringeren Werten muß der Haushalt praktisch der wirtschaftlichen Entwicklung folgen. Die erhobenen Sanktionen dürfen *»die Obergrenze von 0,5% des BIP nicht überschreiten«*. Das wären für Deutschland ca. 18 Mrd. DM. Dann wird es noch Profiteure dieser Sanktionen/Geldbußen geben, denn sie *»werden unter den (am Euro) teilnehmenden Mitgliedsstaaten, die kein übermäßiges Defizit (...) aufweisen, im Verhältnis zu ihrem Anteil am gesamten Bruttosozialprodukt (...) aufgeteilt«*. Dieser Kontrolle haben sich alle EU-Mitgliedsländer unterworfen, also auch diejenigen, die den Euro nicht einführen. Bei ihnen greifen die Sanktionsmaßnahmen erst mit der Einführung des Euros.

Das Europäische Währungssystem (EWS) bricht auseinander

Hier soll erst einmal auf die prinzipielle Frage eingegangen werden, warum wird das übermäßige Schuldenmachen so drastisch reglementiert und wenn nötig abgestraft? Mit der Einführung des Euros, der Festlegung der Wechselkurse dazu, gilt auch ein annähernd einheitliches Zinsniveau. Würde jetzt einer oder sogar mehrere Staaten anfangen den Schuldenberg aufzublähen, aus welchen Grund auch immer, so würde dies unweigerlich das Zinsniveau in allen EU-Staaten tangieren, es würde in der Tendenz steigen. Dies läßt sich am einfachsten an der Entwicklung in Deutschland darstellen und dabei auch mit der in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Vorstellung aufräumen, Deutschland sei in Bezug auf Stabilität und Schuldenstand ein Musterländle. Hauptsächlich bedingt durch den Anschluß der DDR wuchs seit 1991 die Gesamtschuldenquote am BIP von 41,5% bis 1997 auf 61,3%. Die Zinssätze stiegen 1992 auf ein Rekordhoch um bis heute auf ein Rekordtief zu sinken (siehe Graphik oben). Das hohe Zinsniveau hatte auf die ökonomische Entwicklung keine starken negativen Auswirkungen, weil die Industrie und auch viele andere gute Geschäfte aufgrund der Nachfrage aus der ehemaligen DDR machen konnten. Diese Entwicklung war dann auch ursächlich dafür, daß im Jahre 1993 das Europäische Währungssystem (EWS) auseinanderbrach. Im EWS war eine Schwankungsbreite der Währungen von +/- 2,25% vereinbart worden. Hier gab es jetzt zwei gegenläufige Entwicklungen: In Deutschland eine relative lebhafte Konjunktur bei hohen Zinsen und in den anderen EU-Staaten eine stagnierende bis rückläufige Konjunktur, die im Gegensatz zu Deutschland niedrigere Zinsen erfordt, um Investitionen zu ermöglichen. Entsprechenden Forderungen konnte aber nicht wie gewünscht nachgekommen werden, weil dann das vereinbarte Verhältnis der Währungen auseinanderlaufen würde. Auf bzw. gegen dieses Mißverhältnis wurde spekuliert und zwar ausgehend von Großbritannien. Dort liehen sich die hauptberuflichen Geldspekulanten täglich wachsende Summen in britischen Pfund um sie dann gleich in DM umzutauschen. Da sich dafür dann immer mehr Nachahmer fanden, war es nur eine Frage der Zeit bis der Bank of England die DM ausgehen würde und damit gezwungen wäre, das Pfund zur Abwertung freizugeben. Das wahrscheinlich ungewollte Startsignal gab dafür der damalige Buba-Präsident Schlesinger, der am 15. Sept. 92 verlauten ließ – *»das EWS bedürfe einiger Anpassungen«* – und das Pfund binnen Stunden um ca. 9% gegenüber der DM abrutschen ließ. Nun mußten die geliehenen Beträge von DM in Pfund zurück getauscht werden und die Kredite konnten mit einem immensen Gewinn beglichen werden. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich in Italien und Spanien. Andere Länder schützten sich gegen diese Spekulation in dem sie Zinsen sprunghaft hochsetzten. Auf jeden Fall mußte nach 14 Jahren das EWS aufgegeben werden und seitdem galt eine Spannbreite zwischen den

Währungen von +/-15%. Auf der anderen Seite wurden im Hintergrund die Messer gewetzt: Denn die Buba hatte sich einfach geweigert, erstens die Zinsen zu senken und zweitens sich an Stützungskäufen zu beteiligen, in dem sie verstärkt DM auf den Markt bringt. Dies begründete die Buba mit der Befürchtung, daß dies die Inflation anheizen könnte und zum anderen widerspricht dies entschieden ihrer Geldmengendoktrin, d. h. die kursierende Geldmenge in DM in einem definierten bestimmten Bereich konstant zu halten. Insgesamt ließ die Buba ihre europäischen Partner im Regen stehen und das Platzen der EWS-Seifenblase soll ihnen mindestens 100 Mrd. DM gekostet haben[3].

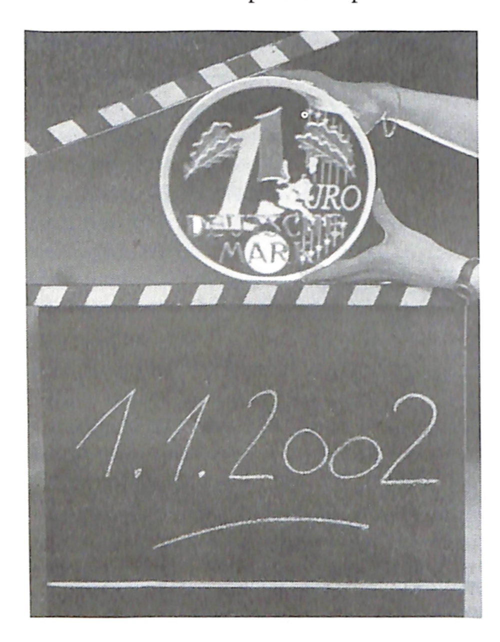
Insgesamt verdeutlichte dieser Vorgang zwei Dinge: Erstens machte die Buba klar, daß die Geldpolitik in der EU nach ihrer Pfeife zu tanzen hat und wenn dies andere an den Rand des Ruins treibt, ist ihr dies weitgehend schnuppe. Ihr vorrangiges Interesse gilt der Absicherung der deutschen Exportwirtschaft, d. h. den Kurs der DM möglichst stabil zu halten.

Zweitens hat dieser Vorgang einen eindeutigen Beweis erbracht, daß in einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebiet ein Auseinanderlaufen von Schuldenstand bzw. -aufnahme und Zinsniveau verheerende Folgen haben kann und hat.

Desweiteren stellte der Absturz des EWS eine allgemeine Lehrmeinung als Illusion vor. Die DM war Leitwährung in der EU, aber die Funktion einer Ankerwährung, wie es viele dachten, nahm sie nicht wahr. Hierzu muß bemerkt werden, daß die DM schon länger in einem Währungsraum größer als die BRD vorherrschend und bestimmend ist. Denn gleich mehrere Staaten haben ihre Zinssätze und ihre nationalen Währungen direkt an die DM gekoppelt. Dies sind u.a. Holland, Belgien, Luxemburg und Österreich. Also mit Deutschland fast die Hälfte der ersten Runde der 11 Euro-Länder. Hier zeigt sich auch eine gewisse Machtkonstellation und Interessenlage. Die genannten Länder hatten sich auf Gedeih und Verderb an die DM gebunden, ohne darauf direkt Einfluß nehmen zu können. Mit der Einführung des Euros sind sie zumindest in der Position, über den Europäischen Rat und den Rat der Europäischen Zentralbank, der sich aus dem sechsköpfigen Direktorium und den nationalen Notenbankchefs zusammensetzt, mitzureden. Für die Länder, die sich direkt an die DM gekoppelt haben, hieß es, die Bedingungen von Maastricht/Amsterdam zu schlucken, aber aus der unbeeinflußbaren Abhängigkeit zur DM heraus zu kommen.

Kerneuropa-Konzept im Hinterhalt

Dies trifft für die anderen Länder wie Frankreich, Italien oder Großbritannien natürlich in der Form nicht zu. Aber hier gab es von Deutschland noch eine andere Vorgabe. Diese hieß: Kommt es zu keinem entscheidenden Fortschritt in der EU-Einigung, so würde diese mit den Willigen durchgezogen, als sogenanntes Kerneuropa-Konzept. Dieses



Kerneuropa sollte Frankreich, Holland, die Benelux-Staaten plus Österreich umfassen. Dieses Konzept wurde 1994 von SCHÄUBLE UND LAMERS formuliert und am 1. September von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedet. Dort heißt es: »*Entscheidend ist, daß die Länder, die in ihrer Kooperation und in der Integration weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere, nicht durch Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen.*« Dies war sozusagen eine mehr als eindeutige Mahnung.

Auf die Frage – »Was ist zu tun?« – werden »*fünf Punkte vorgeschlagen, die als eine sich wechselseitig bedingende Einheit zu verstehen sind:*
– die institutionelle Weiterentwicklung der Union (...),
– die weitere Festigung des Kerns,
– die qualifizierte Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen,
– die Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Union,
– die Erweiterung nach Osten.«

Dies macht noch deutlicher, daß Deutschland sozusagen seinen EU-Partnern die Pistole auf die Brust setzte: Entweder werden unsere Spielregeln akzeptiert oder wir basteln uns ein Kerneuropa auf Grundlage der deutsch-französischen Allianz bei gleichzeitiger Ausdehnung gen Osten, was ohne Zweifel die Position Deutschands noch stärker werden ließe. Zusätzlich sollte noch »*außen- und sicherheitspolitischer*« Handlungsraum geschaffen werden. Dies war die eindeutige Abmahnung an die übrigen EU-Staaten, diese bei weiterer Blockade schlichtweg im Regen stehen zu lassen, um selbst zum Sprung zu einer zukünftigen Globalmacht neben den USA anzusetzen. Später ist es im deutsch-französischen Integrationsgetriebe dann allerdings etwas zum Knirschen gekommen und in der gemeinsamen Außenpolitik wurde in der EU bislang kein Fortschritt erzielt, sondern sie zappelt noch am Konsensprinzip. Dazu kam noch, daß Deutschland kurz zuvor das EWS platzen ließ und damit ihre ökonomische Führungsmacht eindeutig demonstrierte. Damit unterstrich sie sozusagen ihre politische Absichtserklärung auf eine Gesamt-EU zugunsten eines Kerneuropas zu verzichten. Dies sind wohl die wesentlichen Eckpunkte, die erklären, warum Deutschland sich so weitgehend bei der WuW durchsetzen konnte. Dabei muß festgestellt werden, daß es in der EU nicht um eine freudige Verwirklichung der europäischen Idee ging und geht, sondern um einen Machtpoker, wie sich eine neue, potentielle Weltmacht neben den USA konstelliert und formiert. Wesentliche Rahmenbedingungen wie sie z. B. mit dem »Stabilitäts- und Wirtschaftspakt« durchgesetzt wurden, gleichen schlichtweg einem ´Friedensdiktat´: Der Bestrafungsmodus definiert von vornherein mögliche Gewinner und Verlierer. Staaten, die sich eines übermäßigen Defizits schuldig gemacht haben, müssen an die Konvergenz-Einhalter zahlen, die sich diesen Betrag entsprechend ihrer wirtschaftlichen Potenz aufteilen. Wer davon wohl am meisten profitieren könnte? ■

1) Stellungnahme des Zentralbankrats der Buba vom 23. Januar 1992
2) Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa vom 6. Sept. 1991
3) Martin / Schuhmann, Die Globalisierungsfalle S. 89

Dokumentation: Erklärung der Antifa Südbrandenburg

Die Mordkommission Cottbus versucht junge Linke aus Spremberg über den Mord an einem polnischen Mann, mit dem niemand auch nur entfernt zu tun hatte, zu Aussagen über ihre Gruppe und deren Mitglieder zu bewegen. Am Samstag, 28. November ´98, wollen junge Linke aus Spremberg nach Greifenhain zur Disko fahren. Zuvor besuchen sie den Jugendklub Welzow, wo ihnen schon auf dem Parkplatz eine Zivilstreife auffällt. Der Diskobesuch verläuft ohne Zwischenfälle, doch auf der Rückfahrt werden sie von einer neuen Zivilstreife begleitet. Am folgenden Tag wird in Domsdorf, welches nicht auf der Fahrstrecke der Jugendlichen lag, eine männliche Leiche gefunden. Die Polizei geht davon aus, daß der Ermordete polnischer Nationalität ist (er hatte keine Papiere bei sich) und nicht am Fundort getötet wurde. Tatsachen, die belegen, daß keiner der Jugendlichen aus Spremberg in den Fall verwickelt ist oder Hinweise dazu geben könnte. Dennoch werden fünf Jugendliche, zwei wohnen zur Zeit in Cottbus, mit Hausbesuchen durch MoKo Kommissar Uwe Sattler beehrt. Dieser fordert sie mündlich zu einer Zeugenvernehmung im Polizeipräsidium Cottbus auf. Hausdurchsuchungen finden nicht statt. Verunsichert durch das Auftreten Sattlers begeben sich die Jugendlichen nacheinander am 9.12., 10.12. und 11.12.98 zur Vernehmung ins Polizeipräsidium. Dort machen alle die Aussage, daß sie nicht am Tatort waren und auch keine Hinweise zur Aufklärung geben können. Trotzdem wird ein Spremberger willkürlich aufgefordert, eine Speichel- und Haarprobe abzugeben. Er weigert sich anfangs, woraufhin Uwe Sattler mit einer richterlichen Verfügung droht, was den Jugendlichen, der kaum Kenntnisse seiner rechtlichen Möglichkeiten hat, einschüchtert. Ohne einen schriftlich festgehaltenen Widerspruch werden »dem Zeugen« die Proben entnommen, was bei genauer rechtlicher Betrachtung mit einer Freiwilligkeit gleichzusetzen ist. So kann er im Nachhinein keine gerichtlichen Schritte gegen dieses Unrecht einleiten. Auf einzelne Vernehmungen einzugehen erübrigt sich, da alle denselben Kontext hatten. Im Vordergrund standen Fragen zum Freundeskreis und einzelnen Personen aus der linken Szene. Dabei betonte Kommissar Sattler, im Kumpelton sprechend, duzend, daß es nicht um ihre politische Einstellung gehe und er selbst *»Faschos auch Scheisse findet«*. Immerhin besucht er mit seinem Sohn auch Ärzte-Konzerte (Aussage Sattler). Einige Tage später macht Sattler dem »Offenen Haus« in Spremberg und dem Jugendklub Welzow seine Aufwartung und befragt dort die Sozialarbeiter und mehrere Jugendliche. Scheinbar war damit die Neugier noch nicht befriedeigt, denn schon in der ersten Woche diesen Jahres verschickte das 4. Kommissariat (Staatsschutz) im Polizeipräsidium Cottbus Einladungen zur »Personalienfeststellung« an mehrere junge Linke aus Cottbus, ohne Gründe zu nennen. Es ist anzunehmen, daß wie schon im Vorjahr versucht werden soll, Informanten für den Staatsschutz anzuwerben. Solch ein Anwerbeversuch war im Dezember ´98 in Cottbus gescheitert. Das Wichtigste in solchen Situationen ist, einen klaren Kopf zu bewahren, seine Rechte zu kennen und schweigsam zu sein. Wir hoffen mit dieser Veröffentlichung unsererseits Druck auf die uns verfolgende Staatsgewalt auszuüben, um dieser Welle der staatlichen Repression ein Ende zu setzen. ■

Repression in Sachsen

Keine Aussagen – nur das ist sicher

In der Nacht vom 21. zum 22. Januar 1999 kam es in Wurzen zu mehreren von Nazis provozierten Zusammenstößen mit AntifaschistInnen. Vor einer mehrheitlich von linken Jugendlichen besuchten Kneipe tauchten mehrere Nazis samt Kampfhund auf, die den Jugendlichen drohten. Diese reagierten nicht auf die Provokationen der Nazis. Als vier Jugendliche die Kneipe einige Zeit später verließen, wurden sie auf der Straße von den Nazis angegriffen. Es wurde versucht, sie mit dem Auto von der Straße zu drängen und sie wurden mit einer Pistole bedroht.

Als die gleiche Gruppe Nazis später von Besuchern der Kneipe auf ihre Provokationen angesprochen wurde, zog ein Nazi, der schon länger als gewalttätig bekannt ist, wieder eine Pistole und hielt sie einem der Linken an den Kopf. Die linken Jugendlichen setzten sich zur Wehr und im Laufe der Auseinandersetzung wurde der Nazi durch einen Messerstich verletzt. Noch in der Nacht nahm die Polizei die Ermittlungen auf, die sich jedoch von Anfang an gegen die Linken richteten. Vier stellten sich und wurden festgenommen. Einem wird versuchter Totschlag und den drei anderen gemeinschaftlich schwere Körperverletzung vorgeworfen. In guter Absicht stellten sich alle vier und machten Aussagen, nicht um sich selber oder ihre GenossInnen zu belasten, sondern um den Tatverlauf so zu schildern, wie er war, nämlich daß sie von den Faschisten angegriffen wurden, sich in Lebensgefahr befanden und in Notwehr handelten.

Ihre Aussagen wurden von den Ermittlern prompt gegen sie verwendet, und sie landeten wegen der oben genannten Vorwürfe für zwei Wochen in U-Haft. Die lokale Berichterstattung schlug in dieselbe Kerbe und druckte unhinterfragt die Polizeiversion und die Anzeigen der Nazis ab.

Am 31. Januar demonstrierten 200 Antifas vor dem Leipziger Jugendknast, um gegen die polizeiliche und mediale Repression und Verleugnung gegen die Jugendlichen zu protestieren und ihre Freilassung zu fordern. Sie verlangten eine Aufklärung der Vorfälle und eine klare Benennung der Nazis als wahre Täter. Die Vorfälle zeigen, daß es nach wie vor in einer Verhaftungssituation das wichtigste ist, keine Aussagen zu machen. Egal wie sehr man im Recht ist: Jede Aussage, die man macht, kann einem von den Ermittlungsbehörden im Mund herumgedreht werden und gegen einen selbst oder andere ausgelegt werden. Durch Aussagen werden der Polizei immer Informationen gegeben, ganz gleich, wie unwichtig sie erscheinen. Sich selbst entlasten kann man immer noch in einem Prozeß und vor allem nach Absprache mit einer RechtsanwältIn und einem Ermittlungsausschuß oder anderen Leuten.

Auch in Leisnig ging die Polizei gegen Antifas vor: Dort fand am 23. Dezember 1998 eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto *»Weihnachtsmänner gegen Rechts«* statt. Nach der Demo wurden zwei Antifas von mehreren Nazis massiv bedroht. Drei Antifas wurden von der Polizei festgenommen, als sie den in Bedrängnis geratenen zu Hilfe eilten und sich gegen die Nazis erfolgreich wehrten. Die Nazis blieben mal wieder unbehelligt. Einer der Verhafteten befindet sich immer noch in U-Haft in Leipzig. Eine Protestkundgebung gegen diesen Skandal fand am 2. Januar 1999 vor der JVA statt, an der etwa 50 Leute teilnahmen. ■

§129-Verfahren

Passau

Am 12. Mai 1998 wurde durch eine bundesweite Staatsschutzaktion ein Verfahren nach §129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) bekannt, das seit März 1997 gegen 39 Passauer AntifaschistInnen läuft.

Im Laufe des Sommers erhielten fünf (ehemalige) Passauer Antifas eine Beschuldigtenvorladung von der Polizei. Im Mai hatte es bei 28 Antifas Hausdurchsuchungen gegeben, ermittelt wird laut Staatsanwaltschaft München aber gegen »39 Personen des antifaschistischen Spektrums«, 33 davon sind nun bekannt.

Ende Juni ´98 erhielt eine 18jährige aus Passau eine Zeugenvorladung vom bayerischen LKA, um zu dem §129-Verfahren auszusagen. Da sie dem Termin nicht folgte, bekam sie einen Monat später eine Vorladung zur Staatsanwaltschaft München. Dieser Termin konnte bis November verschoben werden. Währenddessen wurden noch zwei andere PassauerInnen auf die gleiche Weise vorgeladen. Bei den drei Vorladungen Mitte November verweigerten zwei der ZeugInnen die Aussage, sie stützten sich dabei auf §55 StPO, mögliche Selbstbelastung. Zeugenaussagen belasten immer die Beschuldigten, an entlastenden Aussagen hat der Staatsschutz natürlich keinerlei Interesse. Darum ist es wichtig, sich nicht erpressen zu lassen, und keine Aussagen bei Polizei und Justiz zu machen.

Im September gab es dann zwei Anquatschversuche, bei denen ein VS-Angestellter namens Roland Döckel Geld dafür bot, daß die angesprochenen Personen ihm Informationen über Beschuldigte und die Passauer Antifa-Strukturen geben sollten.

Einige Beschuldigte erhielten personenbezogene LKA-Berichte aus dem Zeitraum März ´98, aufgrund derer die Staatsanwaltschaft die Durchsuchungen einleitete: Darin werden hauptsächlich die angeblichen politischen Aktivitäten des/der Beschuldigten aufgelistet (z.B. politische Betätigungsfelder, Demoanmeldungen, OrdnerInnendienst bei Antifaparties, ...) und die Kontakte, die bei den meisten zu 50-70% aus Personen bestehen sollen, *»die mit politisch motivierten Straftaten in Erscheinung«* getreten seien. Über die »kriminelle Vereinigung« oder was sie getan haben soll, steht nichts darin. Bis heute, also nach fast zwei Jahren Ermittlungen, wurde keine einzige Straftat konkret genannt. Akteneinsicht gibt es noch nicht, die Ermittlungen laufen also weiter, genauso wie Observationen und Belauschung.

Aus: Rundbrief 1, Informationen zum §129-Verfahren gegen die Passauer AntifaschistInnen, Januar 1999

Für mehr Information wendet Euch an:
Antifaschistische Aktion Passau
Große Messergasse 8
94032 Passau
Infotelefon: 0177/334 81 70

Durchsuchungen

Berlin/Frankfurt a.M.

Am Samstag, 16. Januar wurde der Buchladen »Georgi Dimitroff« in Frankfurt, der Buchladen »Vertrieb für internationale Literatur« in Berlin sowie eine Privatwohnung von der Polizei durchsucht. Es wurden Flugblätter der Zeitschrift »Gegen die Strömung« beschlagnahmt, die zur Verhinderung des Naziaufmarsches am 1. Mai 1998 in Leipzig aufriefen. Außerdem wurde ein Hochleistungskopierer versiegelt.

Der Vorwurf lautet auf Billigung und Verherrlichung des militanten, gewalttätigen Vorgehens der Antifa am 1. Mai '98 in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise. Der Durchsuchungsbefehl gibt keine konkrete Passage des Flugblattes an, auf die sich die Richterin beim Ausstellen des Befehls bezog.

München

Die Durchsuchung des Infoladens München fand am Abend des 21. Januar statt. Zeitgleich durchsuchten Polizeibeamte eine Privatwohnung, in beiden Fällen wurden Flugblätter des Bündnis gegen Rechts Leipzig beschlagnahmt, die zur Verhinderung des NPD-Bundesparteitags in Mulda aufriefen. Der Infoladen wurde ohne Beisein von Zeugen durchsucht, dazu wurden von den Beamten wieder Schlösser aufgebrochen. Hier wurden außerdem ein Walter-Moers-Comic (»Adolf, die Nazi-Sau«), ein Ordner des Ermittlungsausschusses und der Protokollordner der Infoladengruppe »sichergestellt«. Zwei Aufkleber (ERNK, PKK), die die Beamten von der Bürotür abkratzten, tauchen ebenfalls in der Beschlagnahmeliste auf. Die Münchener Infoladengruppe kündigt rechtliche Schritte an: *»Die gesamte Durchsuchung ist für uns rechtlich äußerst fragwürdig (...). Es wurden wieder Räume aufgebrochen, durchsucht und fotografiert, die nicht zum Infoladen gehören. Ferner ist es unserer Meinung nach rechtlich ebenfalls bedenklich, daß die Anordnung nur von der Staatsanwaltschaft ausgestellt wurde und nicht von einem Gericht. Für eine richterliche Anordnung wäre genug Zeit gewesen. Außerdem ist es nicht nachvollziehbar, warum die Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung des Infoladens anordnet, obwohl es hierfür kein Indiz gibt. Das Flugblatt trägt weder die Adresse des Infoladens, noch zeichnet er sich presserechtlich verantwortlich für den Inhalt. (...)«*

ZeugInnen gesucht

Luxemburg/Liebknecht-Demo

Der Berliner Ermittlungsausschuß sucht immer noch ZeugInnen, die Festnahmen bei der L-L-Demo am 10.Januar ´99 beobachtet haben. Wenn Ihr Übergriffe gesehen oder sogar dokumentiert habt, dann meldet Euch bitte schleunigst beim EA.

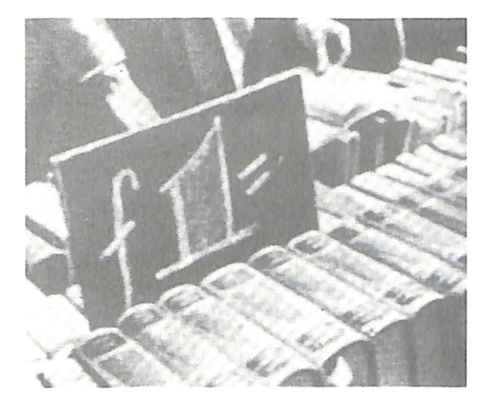
Ermittlungsausschuß
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel. : 030/692 22 22

Antifaschist verurteilt

Weimar/Buchenwald

Am 12. Februar ´99 wurde vor dem Amtsgericht Weimar ein Aachener Antifaschist wegen »Störung der Totenruhe« zu einer Geldstrafe von 4500 Mark verurteilt. Hintergrund ist die Auseinandersetzung um das Internierungslager II von Buchenwald 1945-50. Schon bald nach 1989 wurde auf dem Gelände ehemaliger Massengräber ein Stelenwald als Denkmal für die Toten des Lagers II gebaut. Die Kritik der ehemaligen KZ-Häftlinge von 1938-45 richtete sich von Anfang an dagegen, daß den NS-Tätern (genau 80% der von den Alliierten Inhaftierten waren Funktionsträger der NSDAP, der SS oder der Gestapo) direkt am KZ-Gelände ein ehrendes Denkmal gesetzt wurde. Die Forderung der AntifaschistInnen lautete, daß 80% der Stelen abgebaut werden sollten, weil nicht einzusehen sei, daß Nazis auch noch mit Denkmalen geehrt werden. Die VVN-BdA Aachen zog ´97 auf das Gelände des Lagers und überzog 80% der Stelen mit Mülltüten. Außerdem befestigten sie Zettel mit der Aufschrift »Kein Denkmal für NS-Täter« und »NS-Stelen auf den Müll«.

Die Antifaschisten betonten, daß sie nicht gegen Gräber von Nazis sind, daß individuelle Trauer für sie möglich sein muß, und daß sich die Aktion nur gegen einen Teil der Stelen als Denkmal für NS-Täter richtete. Die Verteidigung legte Berufung ein, das nächste Verfahren findet beim Landgericht in Erfurt statt.



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

»telegraph ostdeutsche quartalsschrift« Nr. 3/4 1998, Schwerpunkt: »brauner Osten«

Eine Art »never ending story« ist den Medien der »braune Osten«. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht eine überregionale Zeitung die rechtsradikale Alltagskultur in den neuen Ländern thematisiert. Doch selten gehen die Reportagen und Kommentare über eine panikartige Situationsbeschreibung hinaus. So sind präzise Analysen jenseits der soziologischen Untersuchungen oder Statements von Verfassungsschutzämtern und einiger ExpertInnen selten; antifaschistische zumal.

In diese Lücke möchte die Ende Dezember 1998 erschienene Doppelnummer der Zeitschrift »telegraph« stoßen. Dies ist eben jenes aus der linken DDR-Opposition hervorgegangende Periodikum, das als »ostdeutsche quartalsschrift« nach einer ökonomisch bedingten Erscheinungspause inhaltlich erneuert wieder auftauchte. Den Untertitel zum Programm erklärend, suchten Redaktion und AutorInnen in der vorausgehenden Nummer das sozialrevolutionäre Potential einer ostdeutschen Identität zu beweisen. Ein Drahtseilakt: denn die in gewissen Punkten durchaus bestechend hellsichtigen Erklärungsansätze für die Situation im Osten wurden von einer Identitätsrhetorik überlagert, die sich nicht scheute von Kolonialismus im Verhältnis West/Ost zu sprechen, das Fortbestehen eines die gesamte ostdeutsche Gesellschaft umfassenden lebensweltlichen Erfahrungskollektivs konstatierte und im Subtext eine Ethnisierung des Ostdeutschen betrieb. Doch der von linksradikaler Seite befürchtete »Rechtsruck« (vgl. »Arranca!« Nr. 15, u.a.) in Richtung »Neues Deutschland« und dessen ideologischer Gemengelage blieb – wie die neue Ausgabe zeigt – aus. Vielmehr mühen sich die HerausgeberInnen auf rund 140 Seiten beinahe alle Ursachenaspekte für die rechtsextreme Durchdringung der Ex-DDR auszuloten. Dies reicht von der Beschreibung der Situation von AusländerInnen und VertragsarbeiterInnen zur DDR-Zeit, über die Beleuchtung der stalinistischen Prägung des staatsoffiziellen Antifaschismus bis zum Nachzeichnen der Entwicklung einer neofaschistischen Subkultur vor 1989. Dem ist eine lesenswerte Auseinandersetzung mit den blinden Flecken im DDR-Geschichtsbild bei Blick auf die NS-Vergangenheit beigegeben.

Eine Analyse des eingangs erwähnten Medienphänomens »brauner Osten« im Spiegel der westdeutschen Presse bleibt mit der Aufzählung von stereotypen Beschreibungsfiguren (Plattenbauten, Unerfahrenheit des politischen Personals vor Ort usw.) hinter den Erwartungen zurück. Statt die Vorstellungsmuster westdeutscher JournalistInnen auseinander zu nehmen, klagt der Autor des Beitrags nur über den Ton der Bevormundung in der Berichterstattung. Etwas zu kurz kommt auch die Rubrik Gegenstrategien. Hier bietet das Heft neben einem sehr interessanten Gespräch mit polnischen Antifas ein etwas schleppendes Interview mit Antifagruppen aus Erfurt, Rostock und Cottbus. Leider beschränken sich die beteiligten Gruppen auf einen Rückblick der Situation der letzten Jahre und ihrer Arbeit. So kommen aktuelle Diskussionen um strategische Optionen der Antifa im Osten kaum zum Tragen. Das ist schlicht eine verpaßte Chance, die praxisstarken aber oft theoretisch schwachen Ostantifagruppen zu fordern. Daß die Lage verschieden, aber mies ist, drang sogar schon nach Hamburg!!

Sieht mensch von diesen Mängeln und einem bei langen Artikeln doch wünschenswerten Anmerkungsapparat bzw. Literaturverzeichnis ab, so ist ein durchaus Basiswissen lieferndes Schwerpunktheft entstanden.

Ästhetischer Rassismus

Im Potsdamer Filmmuseum war vom 4. Dezember 1998 bis 14. März 1999 die erste umfassende Ausstellung zum Leben und Werk von Leni Riefenstahl zu sehen. Eine vergleichbare Veranstaltung hatte es in Deutschland bis dato nicht gegeben. Begleitend zur Ausstellung wurden im Kino des Filmmuseums Werke von Leni Riefenstahl gezeigt. Die alten Bilder in eine neue Zeit transportiert? So oder ähnlich erlangen die Werke Leni Riefenstahls eine neue Popularität und die Werke werden kurzerhand zur Popkultur dazugezählt.

Das Filmmuseum in Potsdam hatte sich mit dem Vorhaben einer solchen Ausstellung eine schwere Aufgabe gestellt. Der Einstieg in die Bilderflut war an mehreren Stellen möglich, ganz nach Geschmack. Im Rundgang gab es Biographisches, persönliche Dokumente, Korrespondenzen, Kinoplakate, Anzeigen, Auszüge aus Drehbüchern und einige Photos. Dazu kamen Monitore mit ihren später gedrehten Unterwasseraufnahmen und einer, in dem die neueste Coverversion des Songs »Strippet« gezeigt wurde, aufgenommen von Rammstein, die ihr Video zu dem Stück mit Bildern aus den Olympiafilmen gestaltet haben.

Geteilt war der Rundgang von vier getrennten Bereichen. Gleich zu Beginn im ersten standen vier, ungewöhnlich kleine Monitore in denen fortwährend folgende Filme liefen: »Olympia I+II« (1936-1938), »Triumph des Willens« (1935) sowie zwei Filme, in denen sie auch als Schauspielerin mitgewirkt hat: »Das blaue Licht« (1931/32) und »Tiefland« (1940-1954). Nach dieser eher anstrengenden Betrachtungsmöglichkeit prallte mensch regelrecht auf riesige Portraits in der Nuba-Galerie – der zweiten größeren Schaffensperiode Riefenstahls. Nach diesem Bereich gab es die Möglichkeit, an zwei Tischen ausliegende Interviews und Rezensionen einzusehen und zu lesen. Oder man ging direkt in einen kleinen Vorführungsraum, in dem die biographische Dokumentation von Ray Müller gezeigt wurde. Wie schon gesagt, es gab mehrere Möglichkeiten, sich der Ausstellung zu nähern, ohne alle miteinander betrachten zu müssen.

Das Filmmuseum hat sich ganz offensichtlich um Vollständigkeit und eine kritische Betrachtung bemüht und ist dabei scheinbar der Riefenstahlschen Ästhetik auf den Leim gegangen. Im Katalog wird Leni Riefenstahl ausführlich zitiert: »Ja: Schönheit, Harmonie (...) Mich fasziniert, was schön ist, stark, gesund, lebendig (...) wenn Harmonie hervorgebracht wird, bin ich glücklich.« Da steht die Harmonie marschierenden Deutschtums zusammen mit der Realität, daß Leni Riefenstahl sich nicht scheute, für ihren Film »Tiefland« Menschen aus einem entsprechenden Lager kommen zu lassen, weil diese durch ihr Äußeres (Sinti und Roma) dem Film das nötige südländische Flair geben sollten. Gleichzeitig kann ihr Wille zur Ästhetik nicht verleugnet werden.

Bei ihren Reportagen über die Nuba, einem Volksstamm aus dem Sudan, fotographierte sie nur junge, gesunde, »gestählte« und durchweg glücklich wirkende Menschen in den verschiedensten Haltungen und Posen. Als BetrachterIn fühlt mensch sich immer wieder an die Olympia-Filme erinnert. Alte oder kranke Menschen waren nicht zu sehen und einen wirklichen Blick in den Alltag vermitteln die Bilder kaum. Diese übertriebene Körperbetontheit durchzieht ihr ganzes Werk und ist beispielhaft für ihre Ästhetik. Das Potsdamer Stadtmagazin »evants« faßt es in seiner Dezemberausgabe begeistert zusammen: »Ihr Werk ist bestimmt von dem Wil-



len, Schönheit und Harmonie in vollkommenen Bildern zu inszenieren.«

International gibt es schon viel länger eine Auseinandersetzung mit Leni Riefenstahl und in den vergangenen Jahrzehnten gab ihr künstlerisches Werk, vor allem das der dreißiger Jahre, immer wieder anderen KünstlerInnen Anstoß. Aber diese Werke sind auch politische Zeitdokumente und trotzdem konnte die Politik in der Potsdamer Ausstellung untergehen, wenn überwiegend die Kunst für sich allein diskutiert wird und die historischen Hintergründe ins Abseits rücken. Aufgefangen wurde dies nur durch diverse parallel laufende Veranstaltungen mit Filmvorführung und Diskussionsabenden, die immer sehr gut besucht waren.

Weiß, Hermann (Hg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt a.M.: Fischer 1998, 502 S.

Der Nationalsozialismus gilt als eine der besterforschten Perioden der deutschen Geschichte. Dennoch sind gute Nachschlagewerke rar. Dies gilt insbesondere für biographische Handbücher. Wer bislang einen schnellen Überblick über Personen suchte, die für diesen zeitgeschichtlichen Komplex von Bedeutung sind, war auf einige, zumeist unbefriedigende Werke angewiesen. Bezüglich einzelner Komplexe – wie Widerstand und Emigration – lagen zwar sicherlich detailliertere Nachschlagewerke vor. Einen repräsentativen Überblick, der besonders die Seite der deutschen Eliten im NS berücksichtigte, bot nahezu kein Werk. Lediglich die alte, fehlerhafte Zusammenstellung sehr kurzer Biographien von 5.000 Angehörigen der NS-Elite von Stockhorst unter dem Titel »Fünftausend Köpfe« lag vor, die aber eine gewisse geistige Nähe nicht verleugnen konnte. Kaum verblüffend also, daß der rechtsextreme Arndt-Verlag des Kieler Velegers Dietmar Munier das Buch – ohne jede Veränderung zur früheren Ausgabe – nun neu verlegt. Ein Belegexemplar wollte der Verlag uns gerne zuschicken, tat es dann aber nicht, vermutlich aufgrund der berechtigten Annahme, daß das AIB nicht gerade zu seinen Freunden gehört. Immerhin erschlich sich der auch unter rein geschäftlichen Gesichtspunkten unseriöse Verlag damit ein Informationsexemplar unserer letzten Ausgabe.

Neben dieser zweifelhaften Publikation wurde Robert Wistrichs Nachschlagewerk »Wer war wer im Dritten Reich 1983 ins deutsche übertragen und später bei Fischer verlegt. Dieses Buch ist schon brauchbarer, zumal es für die deutsche Ausgabe überarbeitet und verbessert wurde, stand aber dennoch wegen verschiedener Wertungen auch immer in der Kritik. Seit Jahren ist es vergriffen.

Wer detaillierter an den Tätern der Vernichtungspolitik interessiert ist, kann mit Gewinn die biographischen Stichworte in der »Enzyklopädie des Holocaust« heranziehen. Die frisch erschienene, gut gemachte »Enzyklopädie des Nationalsozialismus« (herausgegeben von W. Benz u.a. bei dtv) verzichtete dagegen auf einen ausführlicheren biographischen Teil und konzentriert sich – neben den ausführlichen Essays zu einzelnen Aspekten des Nationalsozialismus – auf Sachstichworte. Der Kompromiß, das komplette Personenregister über den Standard hinaus mit kurzen biographischen Angaben zu versehen, bedeutet zwar weit mehr an Service, als die meisten Editionen bieten. Für das Interesse eines schnellen Zugriffs auf Daten zu Leben und »Wirken« nationalsozialistischer Aktivisten kann dieses Register aberwegen der unsystematischen und uneinheitlichen Auswahl nicht befriedigen.

In diese Lücke stößt nun Hermann Weiß mit dem neuen »Biographischen Lexikon zum Dritten Reich« bei Fischer. Weiß gehört zu den Mitherausgebern der oben genannten NS-Enzyklopädie und war auch für die Überarbeitung und Erweiterung der ursprünglichen englischen Ausgabe von Wistrichs »Wer war wer...« verantwortlich. Das neue Lexikon sieht sich auch in der Nachfolge Wistrichs. Das zeigt sich etwa an der Auswahl der Biographien: »Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft« stellen beide Bücher vor. Über diese Auswahl läßt sich sicher streiten. Vielleicht wäre es – angesichts der besseren Literaturlage zu Widerstand und Emigration– doch sinnvoller gewesen, sich auf die Eliten des »Dritten Reiches« zu konzentrieren, aus denen ja dann im historischen Prozeß auch Angehörige des deutschen Widerstandes hervorgegangen sind. Das Auswahlkriterium wirkt insofern etwas veraltet. Da die Zahl der Beiträge auf etwa 500 begrenzt ist, müssen notwendig einige weniger prominente Aktivisten des Regimes fehlen.

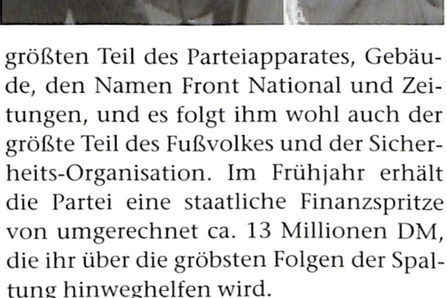
Gegenüber dem älteren Werk fällt aber zunächst auf, daß der Kreis der vorgestellten Personen deutlich erweitert ist. Auch die Form der Darstellung ist deutlich gestrafft und systematischer aufgebaut, was leider in der graphischen Gestaltung nicht sofort ins Auge fällt. Sinnvoll war es sicher auch, ein derartiges Buch als Gemeinschaftswerk mehrerer Fachleute anzugehen. Unter den MitarbeiterInnen finden sich einige ausgewiesene SpezialistInnen, die überwiegend aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin stammen.

Die Qualität eines Lexikons zeigt sich erst in der Benutzung über einen längeren Zeitraum. So läßt sich auch noch nicht beurteilen, inwieweit das Buch durchgehend dem neueren und neusten Forschungsstand entspricht, wofür aber der Kreis der MitarbeiterInnen spricht. Die Durchsicht des Werkes ergibt immerhin – mit Blick auf die extreme Rechte nach 1945 – eine Reihe von Querverweisen, wie etwa Theodor Oberländer, Friedrich und Hans Grimm, Otto-Ernst Remer usw.

Inwieweit die Aktivität nach 1945 zu berücksichtigen ist, blieb offenbar den einzelnen AutorInnen überlassen; immerhin kommt diesem Aspekt erfreulicherweise in der Regel ein gewisser Raum zu, gerade auch mit Blick auf die Verfolgung durch alliierte und deutsche Nachkriegsjustiz. Insgesamt scheint Hermann Weiß mit diesem neuen biographischen Lexikon ein nützliches und brauchbares, zudem nicht völlig überteuertes Nachschlagewerk vorgelegt zu haben, das eine wichtige Lücke schließt. Umso wichtiger ist es, vor dem Kauf des »Stockhorst« zu warnen, der ein ähnliches Format und ebenfalls einen schwarzen Einband aufweist. Nicht nur, weil dieses Buch hoffnungslos veraltet ist, sondern auch, weil die möglicherweise hierdurch gewonnen Einnahmen einen Verlag unterstützen, der ohne Abstriche als rechtsextrem bezeichnet werden kann.



Nach monatelangen heftigen Streitigkeiten wurde am 23./24. Januar diesen Jahres die Spaltung der erfolgreichsten neofaschistischen Partei Europas besiegelt. Der bisherige Parteivize BRUNO MÉGRET (49) gründete den FRONT NATIONAL – NATIONALE BEWEGUNG. Er unterlag dem langjährigen unumstrittenen Parteichef JEAN MARIE LE PEN (70) in einem Streit, der die Partei von der Basis bis zur Spitze entzweite. Laut Einschätzung unserer französischen FreundInnen von Reflexes und der englischen Antifa-Zeitschrift Searchlight ist diese Spaltung unumkehrbar. Wer behält den Einfluß auf die 40.000 Parteimitglieder, wer hat den Apparat erobert und worum ging es in diesem Konflikt?



»Der FN verliert seinen Kopf!«

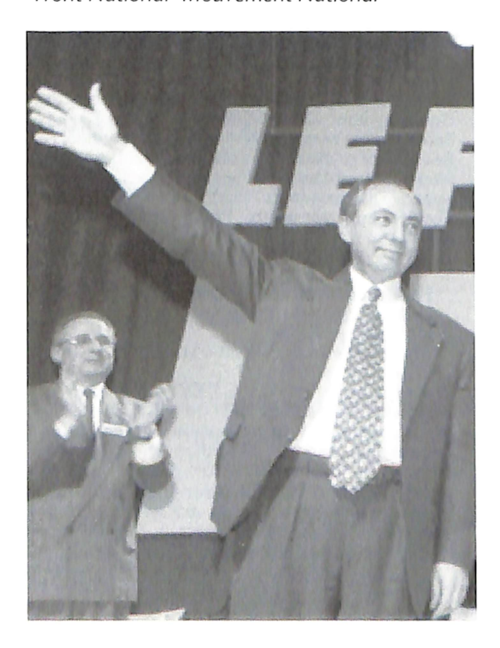
Die Spaltung des Front National

Große Hoffnungen setzte die Partei noch vor einiger Zeit auf die Europawahlen im Juni diesen Jahres. Endlich sollte die magische Marke von 20 Prozentpunkten überschritten werden. Außerdem mehrten sich die Verlautbarungen aus den Reihen der traditionellen bürgerlichen Rechten, die ein Ende der Blockade gegenüber dem FN forderten.

Die Erfolge des FN bei den letzten Regionalwahlen versetzten die UDF, die RPR und LIBERALE DEMOKRATEN in Panik. Aus Angst um ihre politische Zukunft schloßen ihre Parteifunktionäre in vier Départements de facto Bündnisse mit dem FN und ließen sich mit ihren Stimmen wählen. Ihre Parteileitungen sahen sich zu Drohungen genötigt, man werde die Abtrünnigen ausschließen.

Konsequenzen ließen auf sich warten, auch wenn sowohl die UDF als auch die RPR offiziell jedes Bündnis mit dem FN weiterhin verurteilen. Etwas aufgeweichter sieht dagegen die Haltung der Liberalen Demokraten mit dem Ex-Nazi ALAIN MADELLIN an der Spitze aus. Einige ihrer Mitglieder schließen zwar rigoros jedes Bündnis mit Le Pen aus, stehen aber einer Kooperation mit Mégret aufgeschlossen gegenüber.

Bruno Mégret, Vorsitzender des Front National -Mouvement National



Die Uneinigkeit innerhalb der bürgerlichen Rechten und die kontroverse Strategiedebatte innerhalb des FN ist als eigentliche Ursache des Streits von Le Pen gegen Mégret zu sehen. Le Pen, der aus seiner vehementen Abneigung gegen die bürgerliche Rechte nie einen Hehl gemacht hat, dachte bis Dezember, daß es seiner Partei gelingen würde, die traditionelle Rechte langsam auszuhöhlen und sich dann selbst als einzige »Alternative für Frankreich« präsentieren zu können. Er war nicht grundsätzlich gegen Bündnisse, bestand jedoch darauf, daß sie vom FN dominiert werden.

Mégret geht an die ganze Sache wahrscheinlich etwas realistischer heran. Auch er erkannte die Krise der traditionellen Rechten, doch argumentierte er, daß man sie erst umarmen müsse, um sie dann erwürgen zu können. Le Pens Position basiert auf einem krankhaften Haß auf diejenigen, welche ihn während seiner politischen Karriere an den Rand gedrückt hatten. Mégret, als ehemaliger Konservativer, kennt hingegen die inneren Strukturen des politischen Gegners; er weiß, wie französische Politik läuft, und ist von dem Ziel besessen, die Macht zu übernehmen.

Das erste Mal in der FN-Geschichte standen nach den Regionalwahlen konkrete Entscheidungen ins Haus, die die Neofaschisten möglicherweise in den nächsten drei oder vier Jahren zur Macht hätten führen können. Unter diesem Druck entzündeten sich die Widersprüche zwischen Mégret und Le Pen.

Die weitere Entwicklung des FN liegt im Ungewissen. Wahrscheinlich gelingt es Le Pen, einen großen Teil der FN-Stammwählerschaft von acht bis zehn Prozent an sich zu binden. Er behält den größten Teil des Parteiapparates, Gebäude, den Namen Front National und Zeitungen, und es folgt ihm wohl auch der größte Teil des Fußvolkes und der Sicherheits-Organisation. Im Frühjahr erhält die Partei eine staatliche Finanzspritze von umgerechnet ca. 13 Millionen DM, die ihr über die gröbsten Folgen der Spaltung hinweghelfen wird.

Die Anhänger Mégrets haben den Kampf um Einfluß in der Parteiführung des FN noch nicht aufgegeben. Ausdrücklich hinter Mégret gestellt haben sich 58 von 95 Departements-Sekretären, 51 von 120 Mitgliedern des Zentralkomitees und 14 von 44 Mitgliedern des Polit-Büros. Mégret hat außerdem 139 von 273 Regionalabgeordneten, drei von zwölf Abgeordneten des Europaparlaments und zwei von vier FN-Bürgermeistern auf seiner Seite. Für Mégret wird viel davon abhängen, wieviel Raum sich seine neue Partei erobern kann. Eine erste Nagelprobe werden die kommenden Europawahlen sein, bei denen sich zeigen wird, ob die Partei in der Lage ist, die Fünfprozenthürde zu überspringen.

Wenn dies nicht gelingt, könnte die Zukunft der neuen Partei so elend aussehen, wie vorausgesagt: Es besteht die Gefahr, daß Mégrets Wähler ihm den Rücken kehren und zur alten Rechten zurückkehren könnten. Die Arbeiterschaft wird ihn wohl eher nicht wählen. Aufgrund seines konservativen und bürgerlichen Hintergrundes ist ihnen Mégret suspekt. Was ihm bleibt, ist die Verbreiterung seiner politischen Basis. Das müßte ihm aber schnell gelingen, wenn er sein Ziel erreichen will, mit der konservativen Rechten einen Block zu bilden, um dann nach der Macht zu greifen. ■

Gekürzt und übersetzt vom AIB
Der vollständige Artikel kann in der Searchlight-Ausgabe 4/99 nachgelesen werden.

Österreich

FPÖ – Sieger bei den Regionalwahlen in Kärnten

»*42 Prozent in Kärnten; Bravo Jörg!*« Mit diesem Satz gratulierte Bruno Mégret, Vorsitzender der Front National Abspaltung FN-MN, dem Landtagswahlsieger in dem südösterreichischen Bundesland. Durch seine »*Festigkeit, Modernität, Dynamik und solide Verankerung in seiner Region Kärnten*« habe Jörg Haider allen nationalen Kräften Europas bewiesen, daß es möglich sei, eine Wahl »*mit breitem Vorsprung*« zu gewinnen und gleichzeitig seinem »*patriotischen Ideal*« treu zu bleiben. »*Sein Sieg von heute kündigt unsere Siege von morgen an*«, ließ Mégret verlautbaren, und hofft, daß etwas von dem Erfolg auch auf ihn abfallen möge. Selbstverständlich gratulierten auch die anderen Vorsitzenden neofaschistischer Parteien dem »*feschen Jörgl*«, wie der Alpennazi herzlich von den Alpenbazis geliebkost wird. Ob Jean Marie Le Pen oder Rolf Schlierer, alle hoffen auf ein Signal für die im Juni bevorstehenden Europawahlen.

Als einzige der großen Parteien legte die FPÖ in Kärnten zu. Sie erhielt einen Zuwachs von fast neun Prozentpunkten, während die konservative ÖVP ein Minus von 3,1 Prozentpunkten (20,7%) und die Sozialdemokraten, als bisher stärkste Partei, ein Minus von über 4 Prozent hinnehmen (32,9%) mussten. Möchte Jörg Haider Landeshauptmann werden, so ist er auf die Stimmen aus den beiden bürgerlichen Parteien angewiesen. Bei dieser Frage kommen jetzt die in Wien mit großer Koalition Regierenden unter Druck. Ihre offizielle Position lautet, daß »*ein Landeshauptmann Haider mit allen Mitteln verhindert werden soll*«. Jedoch ist solch eine Position der Öffentlichkeit nicht so leicht zu vermitteln. Nachdem die Partei Haiders in etlichen gesellschaftlichen Bereichen tonangebend geworden ist - ihre Positionen zur Ausländerpolitik sind längst in die Gesetze der Republik gegossen worden - will ein großer Teil der Bevölkerung jetzt auch, daß der Wahlsieger eine Chance bekommt. Bekäme er die nicht, so mutmaßen politische Beobachter, könnte dies einen »Märtyrerbonus« für Haider geben, der sich bei den Europawahlen im Juni und den Nationalratswahlen im Oktober niederschlagen könne. Die Pressefreundlichkeit der »Blauen« wurde bereits am Tag vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses unter Beweis gestellt. Von drei FPÖ-Ordnern in ihren gelben Skianoraks ist ein Fernsehteam der ARD bei der Abschlußkundgebung mit vollem Körpereinsatz weggerempelt worden. Ein Fernsehteam der ARD hatte 1995 ein Video von Haiders fatalem Auftritt vor SS-Veteranen ausgestrahlt. Der Erfolg der Freiheitlichen Partei in Kärnten kam in dieser Höhe überraschend. Das ganze letzte Jahr wurde die Partei von einem Korruptionsskandal nach dem anderen erschüttert. Fast sah es so aus, als ob sie damit ihr sorgsam aufgebautes Image als Partei der »Tüchtigen und Sauberen« verspielt hatte. Haider selbst schaffte es, unbeschadet aus den Skandalen hervorzugehen und seine Rolle als Saubermann noch zu unterstreichen. Er schloß willkürlich und unter Umgehung sämtlicher innerparteilichen Demokratiespielregeln, eine ganze Reihe von Funktionären aus der Partei aus und schlug so gleichzeitig zwei Fliegen mit einer Klappe: Betroffen waren nicht nur in Korruptionsverdacht geratene Funktionäre, sondern auch innerparteiliche WidersacherInnen. Ganz anders, aber nicht minder heftig, wird agiert, wenn jemand es wagen sollte, sich aus freien Stücken von der Partei zu trennen. Einen Eindruck, wie herzlich dies unter den Rechten dabei zugeht, vermittelt ein Zitat von dem EX-FPÖ-Mitglied Jörg Steiner: »*Der Druck und die Schmutzkampagne der Ex-Kollegen sind fast unerträglich. So stelle ich mir den Ausstieg aus einer Sekte vor.*« Haider ist Populist und Liebling der Medien. Aus seinen ultranationalistischen und autoritären Ansichten macht er ebenso wenig einen Hehl wie aus seiner Demokratiefeindlichkeit. Wird er dafür angegriffen, schafft er es, sich als den zu Unrecht Verfolgten zu präsentieren: er bezeichnete seine Gegner als »*Scharfrichter*«[1], die »*die übelsten Mittel*« gegen ihn anwenden, als »*Haider-Kannibalen*«[2] oder als »*linke Jagdgesellschaft*«[3], die ihn mit »*haßerfülltem Fanatismus*« verfolgen würde. Aus seiner Sicht sind die Freiheitlichen »*die Gladiatoren, die Minderheit in der politischen Arena, die gegen die Löwen der Macht ankämpfen*«[4]. Die FPÖ ist für Haider die »*PLO Österreichs, die Befreiungsbewegung der Österreicher*«[5]. Im September 1998 kündigte Haider einen »*politischen Guerillakampf*« gegen die als »*Besatzungsmacht*« bezeichnete Regierung an.[6] Haider übersteht einen politischen Skandal und vermeintlichen Ausrutscher nach dem anderen. Bereits 1991 mußte er als Kärntner Landeshauptmann zurücktreten, als er die Beschäftigungspolitik des NS-Faschismus lobte. Damals wurde er mit den Stimmen der konservativen ÖVP in das Amt des Landeshauptmannes gewählt. Der Siegeszug der Partei setzte sich fort. Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1990 wuchs der Anteil der Haider-Stimmen von 9,7 Prozent auf 16,6 Prozent. Im Oktober 1994 wurden daraus 22,5 Prozent. Haider schafft es die beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ vor sich her zu treiben, und denen fällt nichts dagegen ein. ■

1) Haider 1993 S. 247, vgl. »Der Schoß ist fruchtbar noch«, Hrsg. Grünalternative Jugend, Wien, 1998
2) ebda. S.248
3) ebda. S.248
4) Haider 1994, S.5
5) aus Süddeutsche Zeitung 18.10.96
6) zit. nach Presse 10.9.98

Tschechischer Antifaschist in Haft – Internationale Solidarität gefordert

Am 27.11. 98 wurde der tschechische Anarchist Michal Patera nach Auseinandersetzungen mit mehreren Neonazis von der Polizei verhaftet. Sein Begleiter und er wurden von fünf Neonazis in einer Prager Kneipe angriffen. Nachdem sein Begleiter bewußtlos zu Boden ging, drängten die Neonazis Michal in eine Ecke. Daraufhin zog er eine automatische Schußwaffe (in legalem Besitz) und schoss dreimal auf den Aggressivsten der Angreifer.

Für die Polizei schien der Fall klar zu sein: der Vorwurf lautete auf »*ideologisch motivierten Mordversuch*« und dafür drohen Michal bis zu 25 Jahren Haft. Inzwischen wurde dies in einen »*gewöhnlichen Mordversuch*« abgeändert, der mit bis zu 15 Jahren Haft geahndet werden kann. Bis zur Eröffnung des Verfahrens sitzt Michal in Untersuchungshaft, die in der Regel ein Jahr beträgt.

Die GenossInnen von Michal rufen zur internationalen Unterstützung auf. In einem Rundschreiben betonen sie, daß sie davon ausgehen müssten, daß Michal nicht mit einem fairen Verfahren rechnen kann. Von den sieben Zeugen seien fünf die Neonazi-Schläger, gegen die keinesfalls ermittelt werde. Außerdem sei die Polizei voreingenommen. Unterstrichen wird diese Einschätzung durch offizielle Zahlen des Innenministeriums, nach denen »*mehr als jeder dritte Polizist Mitglied oder aktiver Sympathisant einer neofaschistischen, rassistischen oder extrem nationalistischen Organisation*» sei.

Viel Unterstützung kann die kleine Gruppe der Anarchisten in Prag nicht erwarten. Sie berichten von einer Neonazi-Szene von ca. 3.000 Personen alleine in Prag, denen, nach Mobilisierungen, ca. 200 junge Antifas entgegentreten würden.

Schon im letzten Jahr saß ein Mitglied von ihnen wegen eines ähnlichen Vorwurfes vor Gericht. Eine internationale Kampagne sorgte nach einem Jahr für seine Freilassung. Höhe der Prozeßkosten: 130.000 CsK Das entspricht ca. 20 tschechischen Monatslöhnen. Heute sind die Kassen leer und ausgepumpt und eine Verteidigung von Michal Patera kostet wieder viel Geld.

Der Aufruf aus Prag ist sehr dramatisch:«*Wir [...] sind unter ständigem und fürchterlichem Druck einer wachsenden und sehr aggressiven Neonazi-Bewegung. Direkte Zusammenarbeit und Komplizenschaft von Polizeiangehörigen sind eine allseits bekannte Tatsache.*«

- **Protestiert bei der tschechischen Botschaft oder den Konsulaten**
- **Organisiert Benefiz-Veranstaltungen**
- **Sammelt Geld und spendet für die Prozeßkosten**

Spendenkonto: Freie ArbeiterInnen Union,
Kto.Nr.: 370 300 17 11
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ 160 500 00
Stichwort: Michal Patera

Schreibt Briefe an:
Michal Patera (1976)
PO Box 5
14057 Praha
Republik Tschechien

Rußland I

Synagoge in Rußland geschändet

Unbekannte haben in Nowosibirsk eine Synagoge geschändet. Sie sind in das Gebäude eingedrungen, haben das Mobiliar zerschlagen, die einzigartige Bibliothek verwüstet, sowie die Thora-Rollen zerstört. Außerdem sind die Wände mit dem Spruch »*Nieder mit den Juden!*« und anderen Drohungen beschmiert worden. Darunter stand die Abkürzung RNE, was für die antisemitische, rechtsextreme Partei Russische Nationale Einheit steht. In den vergangenen Jahren hatte es wiederholt Bombenanschläge auf Synagogen gegeben.

Österreich

Haft für Minderjährige

In Österreich werden trotz heftiger Proteste verschiedener Flüchtlingsorganisationen und gegen entsprechende Gesetze Minderjährige in Haft genommen. Im Innsbrucker Gefängnis wurde eine minderjährige Albanerin, die einen Selbstmordversuch unternahm, aufgrund von Disziplinarmaßnahmen für drei Tage in Einzelhaft genommen. Die Haft wurde mit der zu erwartenden Flucht und damit dem Abtauchen der jungen Frau in die Illegalität begründet. Desweiteren sei es notwendig, sie in Haft zu behalten, bis Alter und Identität festgestellt seien.

Spanien

Festung Europa

Um die Grenzen in der spanischen Enklave Ceuta in Marokko für Flüchtlinge möglichst undurchlässig zu gestalten, hat die spanische Regierung weder Kosten noch Mühen gescheut. Stacheldraht wurde erhöht, auf 8 Kilometer Zinkwände gezogen, sowie eine 2,5 Meter breite Straße an den Grenzanlagen planiert. Es wurden Halogenstrahler installiert, die nach Einbruch der Dunkelheit das Gebiet in taghelles Licht tauchen und den Bewegungsmeldern die Arbeit erleichtern. Rund um die Uhr patrouillieren Streifen der Guardia Civil, auch Angehörige des Heeres werden eingesetzt. Die Anzahl der dort stationierten Polizisten soll vervierfacht werden.

USA

Abtreibungsgegner verurteilt

Anfang Februar verurteilte ein Bundesgericht militante Abtreibungsgegner zu einer Entschädigungszahlung von 171 Millionen Mark. Die Abtreibungsgegner veröffentlichten im Internet Namen und Adressen von Gynäkologen auf von ihnen entworfenen Fahndungsplakaten. Der Betreiber einer dieser Websites kündigte an, seine Aktivitäten auszuweiten. Der 54jährige Neal Horsley aus dem US-Bundesstaat Georgia sagte, er werde auch Kliniken in Großbritannien, Japan und den USA durch digitale Kameras überwachen lassen. Die so gewonnenen Bilder wolle er auf den Internetseiten »Nuremburg Files« (Nürnberger-Akten) zeigen. Da die Verurteilten gegen das Urteil Berufung eingelegt haben, erwarten Beobachter des Prozesses einen jahrelangen Rechtsstreit. Dieser wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst vor dem obersten US-Gericht beendet werden können. Die Kläger haben bisher ohne Erfolg ein Verbot der Seiten verlangt, das Bundesgericht konnte jedoch eine Entfernung nicht anordnen.

Uruguay

Festnahmen von Terrornazis

Nach drei Bombenanschlägen wurden in der Hauptstadt Montevideo vier Neonazis verhaftet. Der argentinische Nachrichtensender TN meldete, daß die vier Männer einer Gruppe angehörten, die sich nach Hitlers Geburtsjahr Nationalistisches Kommando von 1889 nannte.

Schweiz

Neonazis demonstrieren

Ende November demonstrierten Angehörige des schweizerischen NATIONALEN WIDERSTANDES gegen das Verbot eines geplanten Rechtsrock-Konzertes in Neuenburg. Die Polizei hatte in Neuenburg die Konzerthalle für zwei Tage besetzt gehalten, da sie Ausschreitungen der Konzertbesucher fürchtete. Die Teilnehmer der Demonstration, die in Mulden stattfand, kamen aus diversen Schweizer Organisierungen. Etwa 80 Teilnehmer zogen mit Transparenten durch die Stadt. Die Polizei war lediglich mit zwei Einsatzwagen vor Ort und mit der Situation völlig überfordert.

Rußland II

Verständnis für Antisemitismus

Der Vorsitzende der russischen Kommunisten, GENNADI SJUGANOW, äußerte Verständnis für die scharfen antisemitischen Äußerungen ALBERT MAKASCHOWS. Der General a. D. äußerte sich wiederholt antisemitisch (s. AIB Nr. 46). In Fernsehausschnitten, die von der Veranstaltung der nationalistischen BEWEGUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ARMEE berichteten, schlug Makaschow vor, die Organisation »Vereinigung gegen die Jidden« zu nennen. Er erntete für diese Äußerung starken Beifall. *»Wir werden Antisemiten sein und müssen siegen.«* Gegen Makaschow leitete die Generalstaatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein. Sjuganow kommentierte die antisemitischen Reden mit Verständnis. *»Die Lage in Rußland sei wegen der verfehlten Politik des Kremls derart schlecht, daß die Menschen zu harten Äußerungen verleitet würden.«* Adolf Schajewitsch, der russische Oberrabbiner, nannte die KPRF eine national-chauvinistische Partei. Sjuganow will nach Ansicht von Beobachtern eine Abspaltung eines antisemitischen, rechtsradikalen Flügels der KPRF verhindern. Makaschows Ausfälle sollen lediglich genauer analysiert werden.

Tschechien II

Skinheadtreffen abgeblasen

Vor einem internationalen Skinhead-Treffen in der Nähe von Pilsen wurden unter anderem die Rädelsführer festgenommen, woraufhin das Treffen abgesagt werden mußte. Bei der Polizeiaktion wurden Kassetten, CDs, Aufnäher und zahlreiche Flugblätter gefunden. Eine umfangreiche Adressenkartei konnte auch sichergestellt werden. Laut Polizeiaussagen gilt die tschechische Skinhead-Bewegung als eine der radikalsten in Europa.

Großbritannien

Combat 18-Mitglieder festgenommen

Die britische Polizei hat bei einer landesweiten Aktion gegen die Nazi-Terror-Gruppe COMBAT 18 15 Personen festgenommen, darunter auch zwei Soldaten der Armee. Bei Durchsuchungen wurden CDs und Propagandamaterial beschlagnahmt. Das Verteidigungsministerium bestätigte, daß mit den zivilen Behörden während der gesamten Untersuchung zusammengearbeitet wurde. *»Für Rassismus gibt es in der Armee keine Heimat und kein Versteck«*, hieß es. Bei den Soldaten soll es sich um Angehörige eines Eliteregiments der Fallschirmjäger handeln, die für die Ausbildung an Waffen zuständig gewesen seien. Im Januar waren bei Mitgliedern von Combat 18 »Todeslisten« mit Namen von Anti-Rassismus-AktivistInnen und vom Londoner Polizeichef Sir Paul Cordon gefunden worden.

Polen

Demo gegen Auschwitz-Gedenken

Einwohner von Oswięcim (Auschwitz) haben gegen das geplante Gesetz zum Schutz der Gedenkstätten protestiert. Mehrere hundert Menschen zogen am 06. März in einem »Schweige- und Friedensmarsch« vom ehemaligen Stammlager Auschwitz zum Vernichtungslager Birkenau. Die Aktion richtete sich gegen die mögliche Umsiedlung von angeblich 1.000 Menschen, die in der Nähe der Gedenkstätte wohnen. Sie fordern außerdem eine endgültige Regelung der Rechtslage der Gedenkstätte und ihrer Schutzzonen. Der unklare rechtliche Status hat in der Vergangenheit zu internationalen Konflikten geführt. Ausländische Unternehmen seien vom Investieren abgehalten worden und die Konjunktur in der Stadt sei stark beeinträchtigt.

Der vor mehr als drei Jahren begonnene Bau eines Supermarktes in direkter Nähe der Gedenkstätte hatte weltweit zu heftigen Protesten geführt.

Für großen Unmut sorgen auch vor der Gedenkstätte aufgestellte Kreuze, die auf die Initiative eines antisemitischen Politikers zurückgehen.

Südafrika

Gegen die Finanziers

Südafrikanische Bürgerrechtler wollen mit einer internationalen Kampagne gegen die »Finanziers der Apartheid« die Streichung der Milliardenschulden Südafrikas sowie Entschädigungszahlungen an die Opfer der Rassentrennung erreichen. Dennis Brutus kündigte an, daß sich die Kampagne vor allem gegen Banken und Konzerne in Deutschland und der Schweiz richten wird. Diese Unternehmen hätten das Apartheid-Regime trotz internationaler Sanktionen mit Kapital versorgt.

Berichtigung

Im Artikel »USA: Mörderische »Lebensschützer«« der letzten Ausgabe ist uns ein Fehler unterlaufen: Das FBI fahndet nicht wie von uns im ersten Absatz behauptet nach einem »mutmaßlichen Täter«, sondern nach einem Zeugen (im Original: »material witness«). Der Mann ist zwar selbst ein »Lebensschützer«, wird vom FBI aber nicht als Täter beschuldigt. Sorry !!!

Kein Topfset und auch keinen Akkubohrer,

aber eins unserer drei AIB-Pakete (s.u.) gibt´s umsonst ins Haus, wenn Du das AIB bis zum 31. Mai '99 abonnierst.

Einfach den nebenstehenden ***Coupon ausfüllen*** *und dazuschreiben, ob Du Paket A, B oder C haben willst und dann:*

Ab in den Briefkasten.

Abo & Nachbestellung

Abos
Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du sie bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Nachbestellung
Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt der entsprechende Portobetrag (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM).

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ______ (incl.)
- ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
- ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)
- ○ je zwei Exemplare von fünf Ausgaben (50.- DM)
- ○ je zwei Exemplare von zehn Ausgaben (100.- DM)

○ Geschenkabo für die untenstehende Person

○ Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ______

Adresse:

Weiterverkauf

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

○ Bitte sendet mir ______ Hefte ab der Nr. ______ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile.

Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

AIB-Paket A

Ausgaben 14,17,18,23,24,25,26 für 15,- DM incl. Porto.

AIB-Paket B

Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.

AIB-Paket C

Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Paket zusammen gibt's für 50.- incl. Porto!

Konto

J. Lehmann
Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10
Postbank Berlin

Für alles außer dem Weiterverkauf gilt Vorkasse! Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Lieferbare AIBs

➔ AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

➔ AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

➔ AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

➔ AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Burger« +++ die alte »Neue Front«

➔ AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Sudafrika

➔ AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

➔ AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

➔ AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

➔ AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Schweden: VAM

➔ AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

➔ AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung+++ Anschlag in Oklahoma

➔ AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

➔ AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

➔ AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Hermann-Niermann-Stiftung

➔ AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskin-szene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

➔ AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

➔ AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

➔ AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Osterreich

➔ AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

➔ AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung

➔ AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung«

➔ AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada

➔ AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden

➔ AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden

➔ AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum +++ Frankreich, Rußland, Schweiz

➔ AIB 45 (10/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Wahlen '98 +++ Euthanasie & Eugenik +++ Nazi-Szene in Sachsen +++ Vertriebene +++ Entschädigung

➔ AIB 46 (1/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: »Soziale« Konzepte von Rechts +++ Vom Knast zur Kameradschaft +++ Frauen ohne Asylrechte +++ Lebensschützer in den USA


TOCK TOCK TOCK
Ich hab' nichts gegen Fremde. Einige meiner besten Freunde sind Fremde. Aber diese Fremden da sind nicht von hier!
DIE SPINNT, DIE
CDU